

MINI-ZINSEN
Die Enteignung der Sparer



Nr. 47/18.11.13
Deutschland: 4,40 €
Barcode
4 190700 704400 47

PRINTED
IN GERMANY

Türkei 11,40
Ungarn 11,40,-

Spanien 4,90
Schweden 4,90,-
Italien 4,90,-
Frankreich 4,90,-

Portugal 4,90,-
Slowakei 4,90,-
Slovenia 4,90,-
Norwegen 4,90,-

Japan 10,60 Yens 1,40,-
Malta 4,90,-
Norwegen 4,90,-
Polen 10,90,-

Österreich 4,90
Dänemark 4,90,-
Finnland 4,90,-
Frankreich 4,90,-

Österreich 4,90
Dänemark 4,90,-
Finnland 4,90,-
Frankreich 4,90,-

Österreich 4,90
Schweiz 5,30

Gespräche mit einem Phantom

Cornelius Gurlitt über das Geheimnis seiner Bilder



Hausmitteilung

18. November 2013

Betr.: Titel, Nachrufe, Taifun

Seine Wohnung in München wurde von Journalisten aus aller Welt belagert, hochrangige Politiker und Anwälte wollten unbedingt mit ihm sprechen – aber Cornelius Gurlitt blieb unauffindbar. Als einzige Journalistin durfte Özlem Gezer den scheuen Gejagten, mit dessen ausdrücklichem Einverständnis, mehrere Tage begleiten, sie konnte ihn beobachten. Ihr Fazit: Der 80-Jährige habe bis heute nicht wirklich verstanden, warum er im Zentrum eines Skandals stehe, eines Skandals, der die Kunstszene erschüttert und sogar für politische Verwerfungen zwischen Berlin und Washington gesorgt hat. Grund für die Aufregung: In Gurlitts Wohnung wurde eine Kunstsammlung ungeahnten Werts entdeckt. Gurlitts Vater, Kunsthändler unter den Nazis, hat sie einst aufgebaut. Es handelt sich um eine Sammlung, deren Provenienz, Hochkarätigkeit und wahre Eigentümerschaft viele Fragen aufwerfen – ein Kunst-Krimi hat begonnen, dessen Ende noch lange nicht abzusehen ist (Seite 126).



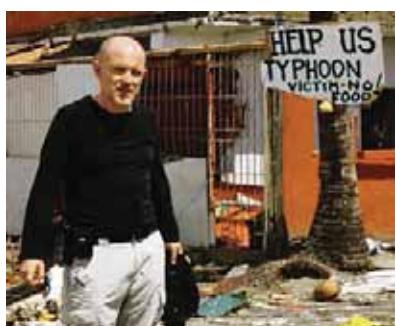
ÖZLEM GEZER / DER SPIEGEL

Gezer, Gurlitt

Der vergangene Mittwoch war für Uli Hoeneß, den Präsidenten des FC Bayern München, einer der wichtigsten Tage seiner Karriere: Am Abend sollte die Jahreshauptversammlung stattfinden, auf der es vor allem um Hoeneß' Steueraffäre ging – und damit um die Frage, ob er weiterhin im Amt bleiben könne. Als am Vormittag desselben Tages der SPIEGEL bei Hoeneß anrief, mit der Frage, ob dieser einen Nachruf zum Tode des SPIEGEL-Reporters Jürgen Leinemann schreiben wolle, da sagte Hoeneß sofort zu, er wolle sich gleich Gedanken machen. Wie Hoeneß reagierten fast alle Prominenten und Politiker, die um einen Nachruf gebeten wurden: Ex-Kanzler Gerhard Schröder etwa, auch Finanzminister Wolfgang Schäuble, Theatermann Jürgen Flimm. Viele von ihnen hat der SPIEGEL-Mann über Jahre hinweg begleitet, oft freundschaftlich, gelegentlich in kritisch-professioneller Distanz – jedoch stets fair. So sind die Erinnerungen an den Journalisten Leinemann als Ganzes auch ein Stück Zeitgeschichte (Seite 146).

Für Bernhard Zand, Asien-Korrespondent des SPIEGEL mit Sitz in Peking, waren es lediglich fünf Flugstunden bis nach Manila, Hauptstadt der Philippinen – doch dann begann eine Reise in einen schrecklichen Teil der Welt; er flog mit einer kleinen Passagiermaschine weiter auf die vom Taifun „Haiyan“ verheerte

Insel Leyte. Zusammen mit den SPIEGEL-Kollegen Katrin Kuntz und Jonathan Stock recherchierte Zand die Zustände im Katastrophengebiet, er beobachtete die unzureichenden Schutzmaßnahmen und die Verzögerungen bei den Hilfslieferungen. Zand beobachtete, dass Brunnen und Flüsse auf der Insel durch verwesende Leichen verseucht sind; und er erlebte, wie Tausende Menschen kurz vor dem Verdurstan stehen. „Es war erschütternd“, sagt Zand, „jederbettet jeden um einen Schluck Wasser an“ (Seite 92).



DER SPIEGEL

Zand auf Leyte

In diesem Heft

Titel

Cornelius Gurlitt, der Mann, der in seiner Wohnung kostbare Kunst lagerte, spricht erstmals über das Geheimnis seines Schatzes 126
Der Münchner Fund überfordert Politiker, Ermittler und Kunsthistoriker 132
Auszüge aus einem bisher unbekannten Text von Hildebrand Gurlitt über die Ursprünge seiner Sammlung 136

Deutschland

Panorama: Krankenkassen sollen für bessere Beratung vor Operationen zahlen / Koalitionspläne kosten Milliarden / USA planen NSA-Versöhnungstour 17
Regierungsbildung: Die SPD öffnet sich zur Linkspartei – der Tabubruch wird die Große Koalition dauerhaft belasten 22
Hessen: Ministerpräsident Volker Bouffier vor der Entscheidung über den künftigen Koalitionspartner 26
Opposition: Wie Grüne und Linke der Übermacht der Großen Koalition trotzen wollen 30
Karrieren: Wird CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt in Berlin Minister? 32
Energie: Stromkonzerne fürchten um die Zukunft des Braunkohlenabbaus 34
Kommentar: Ex-Bundespräsident Christian Wulff vor Gericht 36
Affären: Die engen Kontakte des CDU-Politikers Eckart von Klaeden zu einem Goldman-Sachs-Manager 38
Religion: Ein Inder in Westfalen – die katholische Kirche importiert ihre Priester 40
Ermittlungen: Die HSH Nordbank finanzierte eine Windkraftanlage, die womöglich von der Mafia zur Geldwäsche genutzt wurde 44
Politiker: SPIEGEL-Gespräch mit dem grünen Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele über seine neue Rolle als deutscher Held 47
Kriminalität: Ein mutmaßlicher Betrüger soll mit einfachen Tricks Hunderte Anleger abgezockt haben 52
Verkehr: Senioren bauen mit ihren E-Bikes viele Unfälle 54

Gesellschaft

Szene: Ein Stuntman auf dem Schulhof / Das Anti-Streber-Stipendium der Zeppelin-Universität Friedrichshafen 56
Eine Meldung und ihre Geschichte – wie ein walisischer Elektriker seinen Enkelsohn zum Fußball-Nationalspieler machte 57
Musik: Das Comeback der Sängerin Judith Holofernes 58
Homestory: Der Bundespräsident entdeckt die „dritte Generation Ostdeutschland“ 64

Wirtschaft

Trends: Stromkonzerne hoffen auf Milliarden-erstattung / Kratzer am VW-Image 66
Vermögen: Die schleichende Enteignung der deutschen Späher 68
Ökonomie: Im SPIEGEL-Gespräch streiten Marcel Fratzscher und Hans-Werner Sinn über die Rolle der EZB und die Politik der Euro-Rettung 74
Arbeitsmarkt: Die deutsche Industrie hebelt Tarifverträge mit Hilfe von Werkverträgen aus 78
Internet: Google gibt dem Druck aus Brüssel – ein wenig – nach 82
Gesundheit: Die Große Koalition will den Wechsel zwischen privaten Krankenversicherungen erleichtern 84
Landwirtschaft: Schwere Vorwürfe gegen den Betreiber des Pferdehofs von Deutsche-Bank-Chef Jürgen Fitschen 86



Gabriel

Große Koalition: Zwietracht vor dem Start s. 22

Mit der Öffnung zur Linkspartei hat SPD-Chef Sigmar Gabriel Teile der Union erheblich gereizt und misstrauisch gemacht. Politiker von CDU und CSU wollen zurückslagen – aber sie wollen auch die Große Koalition nicht gefährden.

Zwergenaufstand im Bundestag Seite 30

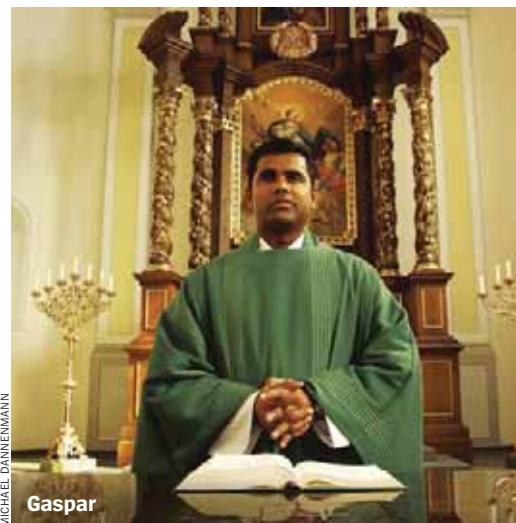
Demokratie lebt vom Widerspruch, doch die Große Koalition wird im Bundestag mit einer Vierfünftelmehrheit regieren. Wie kann die Opposition aus Grünen und Linken einer solchen Übermacht trotzen?

Auf Kosten der Späher Seite 68

EZB-Chef Mario Draghi hat die Zinsen auf ein Rekordtief gesenkt, ein Ende ist nicht abzusehen. Schon erwägen die Frankfurter Notenbanker weitere Schritte. Die Politik des billigen Geldes kostet die Späher ein Vermögen.

Moderne Mission Seite 40

Weil ihr der Nachwuchs fehlt, setzt die katholische Kirche auf Priester aus dem Ausland: Fast jeder zehnte Geistliche stammt nicht aus Deutschland. Benjamini Gaspar wurde von einer indischen Metropole ins westfälische Bocholt geschickt – und predigt nun in einer Sprache, die er gerade erst gelernt hat. Nahaufnahme eines Kirchenexperiments.



Gaspar



Zerstörungen in Tacloban

Chaos nach dem Taifun

Tausende Menschen starben, als der Wirbelsturm „Haiyan“ die Philippinen verwüstete. Im Chaos danach blieb die Hilfe vielerorts stecken. Die Regierung in Manila war auf den Ernstfall nicht vorbereitet.

Seite 92

Afrikas Aufbruch

Der Westen hatte den Kontinent schon abgeschrieben. Doch nun booms die Wirtschaft. China umwirbt Staatschefs und investiert Milliarden, um sich den Zugriff auf Rohstoffe zu sichern. Eine Serie über Afrikas neue Gründerzeit.

Seite 106

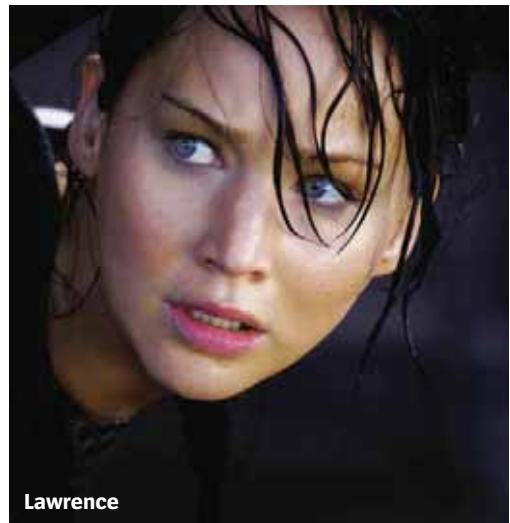
Die neuen Öko-Handys

Mit einer neuen Generation von Smartphones setzen junge Gründer nicht auf Technikrekorde, sondern auf Nachhaltigkeit: Die Rohstoffe werden fair gehandelt, Arbeiter nicht ausbeutet, und die Geräte lassen sich reparieren.

Seite 122

Hollywoods anderer Star S. 138

Die Schauspielerin Jennifer Lawrence wurde durch den Film „Die Tribute von Panem“ in kurzer Zeit zu einem der bestbezahlten Hollywood-Stars und zu einem Jugend-Idol. Aus Anlass der Fortsetzung „Catching Fire“ erzählt die 23-Jährige, wie sie mit dem Medienrummel umgeht und warum sie glaubt, dass Ruhm nicht fair ist.



Lawrence

MURRAY CLOSE

Ausland

- Panorama:** Erdogan verfehlte Moralpolitik / China schafft seine Umerziehungslager ab 90
Philippinen: Das Chaos nach dem Taifun 92
Mehr Tropenstürme durch Klimawandel? 95
Europa: Die neue rechte Allianz von Brüssel ... 98
Syrien: Die Weltgesundheitsorganisation verhinderte rasche Impfkampagne nach Polio-Fällen 100
Epidemiologe Stefan Brockmann über die Gefahr einer neuen Seuche 101
Großbritannien: Wie der US-Geheimdienst Diplomatenreisen weltweit überwacht 102
Global Village: Schwule Dragqueen lehnt Olympiaboykott in Sotschi ab 103

Serie

- Afrika (I):** Der Wandel des Schwarzen Kontinents, seine neue Mittelschicht und die fortschreitende Digitalisierung 106
Chinesische Firmen betreiben in Afrika eine neue Form von Wirtschaftsförderung 108

Wissenschaft · Technik

- Prisma:** Wie Stachelschweine töten / Big Pharma beeinflusst Wissenschaftler 114
Altatum: Mithras, Isis, römische Götter – am Ende gewann das Christentum 116
Landwirtschaft: Gigantische Agrarmaschinen sollen die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung sichern 118
Klima: SPIEGEL-Gespräch mit dem Geo-Ingenieur David Keith über den Plan, die Erderwärmung mit Kunstwolken zu stoppen 119
Elektronik: Jungunternehmer erfinden Öko-Handys 122

Kultur

- Szene:** Der Kunsthändler Hans Neuendorf über die Rekordpreise auf dem Kunstmarkt / Jonas Jonassons missglückter Roman „Die Analphabetin, die rechnen konnte“ 124
Kino: US-Star Jennifer Lawrence über ihren neuen Film „Catching Fire“ und ihren Verzicht auf soziale Netze 138
Zeitgeist: Kulturexport in Zeiten der NSA-Krise – die Berliner Schaubühne und der Schriftsteller Ilya Trojanow gastieren in New York ... 140
Bestseller: 142
Buchkritik: Maxim Billers Novelle „Im Kopf von Bruno Schulz“ ist ein gewagtes Spiel mit den Identitäten großer Literaten 143

Medien

- Trends:** „Wetten, dass ...?“-Regisseur Volker Weicker über die anhaltende Kritik an der Show / Gaby Köster arbeitet an ihrem TV-Comeback 145
Gedenken: Nachrufe auf den SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann 146

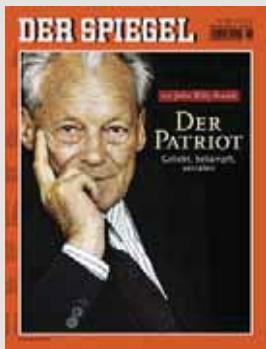
Sport

- Szene:** Hype um die Schach-WM / Härtere Strafen für randalierende Fußballfans 151
Olympia: Nach dem Aus für die Winterspiele in Bayern steckt der Spitzensport in der Sinnkrise 152
Rennsport: Formel-1-Impresario Bernie Ecclestone steht in London vor Gericht 156

Briefe

- 10
Impressum, Leserservice 158
Register 159
Personalien 160
Hohlspiegel / Rückspiegel 162

Titelbild: Foto Ozlem Gezer/DER SPIEGEL; Fotos dpa
Wegweiser für Informanten: www.spiegel.de/briefkasten



SPIEGEL-Titel 46/2013

„Willy Brandt ist nach wie vor ein leuchtendes Vorbild für Courage, Aufopferung und Menschlichkeit. Was für ein Leben.“

MARTIN HENNIGER, POTSDAM

Nr. 46/2013, 100 Jahre Willy Brandt,
Der Patriot – Geliebt, bekämpft, verraten

Wärme, Wagemut und Weite

Beim Untertitel „Geliebt, bekämpft, verraten“ haben Sie meines Erachtens ein Attribut vergessen – nämlich: verehrt!

ANGELA DAMBÖCK, MÜNCHEN

Dieses einfühlsame Porträt ohne jede Lobhudelei werde ich als Zeitdokument für meine Enkel aufbewahren. Ja, wir Berliner haben ihn nicht nur akzeptiert und respektiert, wir haben ihn geliebt.

HEINZ GAFFRON, BERLIN

Eine äußerst gelungene Würdigung Brandts, die auf Glorifizierungen verzichtet und auch die Abgründe der Person nicht ausspart. Gleichwohl kommt der Titel und Ihr letzter Satz dem gleich, was man einen Ritterschlag nennt. Bravo!

MICHAEL HABERSAATH, WESSELING (NRW)

Brandt stürzte nicht über eine Intrige Wehners, sondern über sein unzulängliches Krisenmanagement, das bereits seit der Bundestagswahl von 1972 ein latenter Gefahrenherd war.

DR. HELMUT ESCHWEILER, BERLIN

Willy ist für mich *der* positive deutsche Politiker des 20. Jahrhunderts, und seinetwegen begann ich (Jahrgang 1964) mich mit Politik zu befassen. Wichtig ist, dass die Jüngeren lernen und begreifen, wer er war und dass man anständig durch die Nazi-Zeit kommen konnte, wenn man wollte – selbst wenn man aus kleinen Verhältnissen kam!

DANIEL HAGE, WEIL AM RHEIN (BAD.-WÜRTT.)

Er war Mensch, ein Typ. Er hatte Format.

JÜRGEN-S. KÖNIG, BAD BEVENSEN (NIEDERS.)

Brandts Mutter, Martha Frahm, war den Naturfreunden eng verbunden. „Auf diese Weise gehörte sie, das einfache Arbeitermädchen, zu etwas wie den Vorläufern der heutigen Ökologen“, schrieb Brandt. 1913 machte sie die Ostertour der Natur-

freunde mit auf die Insel Poel zusammen mit dem arbeitslosen Lehrer John Möller. 270 Tage später kam Herbert auf die Welt. Mit den Naturfreunden, zu denen auch fast der ganze Vorstand der SAP gehörte und von denen viele im Widerstand fielen, hatte Brandt eine enge Bindung.

MICHAEL MÜLLER, BERLIN
BUNDESVORSITZENDER DER NATURFREUNDE

Brandt steht wie kein Zweiter als Gegenbeispiel für die Globkes, Kiesingers und Filbingers, die nicht wie er dem



Frauenschwarm Brandt 1969

NS-Regime die Stirn boten. Deshalb wurde er von den Vertretern der Unionsparteien anfangs bis aufs Messer bekämpft. Sie konnten nicht ertragen, vorgeführt zu bekommen, dass sie auf der falschen Seite gestanden hatten und Widerstand möglich gewesen war.

ANDREAS MEISSNER, DRESDEN

Willy Brandt hat gern gesungen. Noch lieber als die Arbeiterlieder hat er mit uns beiden Liedermachern das Lied von „Herrn Pastor sien Kau“ angestimmt.

OSS UND HEIN KRÖHER, PIRMASENS (RHLD.-PF.)

Ein Raucher, Trinker, Weiberheld, von Stimmungsschwankungen und Widersprüchen gezeichnet – an ihm konnte man sich reiben. Dagegen wirkt Merkel wie ein Pflasterstein: kalt, grau, unverrückbar. Wann kommt wieder einer wie Willy?

DR. RUDOLF HOLZAPFEL, AUGSBURG

Die Kanzlerschaft Brandts war eine doppelt positive Zäsur für uns. Innenpolitisch der gelungene Ausgang aus der selbstverschuldeten Unterwürfigkeit. Brandt wurde neben Adenauer und Heuss zum Vater der deutschen Demokratie. Er gab ihr Wärme, Wagemut und Weite. Und außenpolitisch waren Brandt/Bahr/Scheel mit ihrer Ostpolitik so erfolgreich, dass Gorbatjow später die Perestroika wagen konnte. Wir sollten dies nie vergessen. Brandt war der Friedensgarant und nach Adenauer der kühnste Brückenbauer!

DR. PAUL FRITZ, NÜRTINGEN (BAD.-WÜRTT.)

Durch Brandts Politik wurde einer der Grundsteine für den Mauerfall 1989 gelegt. Eine Kundgebung Brandts in Greifswald am 17. März 1990, die ich organisierte, bleibt für mich unvergessen.

LOTHAR BRANDT, NEUENKIRCHEN (MECKL.-VORP.)

Ich stamme aus einer deutschen Familie, die nicht aus Schlesien vertrieben wurde. Dank Helmut Kohl durften wir wegen unserer Herkunft dann doch noch als Spätaussiedler kommen. Wäre es nach Brandt gegangen, wäre ich jetzt Pole und der guten Beziehungen wegen für immer von Deutschland getrennt. Als Bürgermeister von Berlin wollte er die Beziehungen zu Polen und der DDR nur verbessern, damit sein Berlin wieder vereinigt ist.

STEFAN PAPON, VELBERT (NRW)

Als Student erlebte ich den Tag der Abstimmung über das Misstrauensvotum gegen Brandt. Auf dem Campus in Hamburg waren Radiogeräte, sogar Fernseher aufgestellt, um die sich Trauben von Menschen versammelten. Plötzlich hörte man Jubelrufe, als hätte die Nationalmannschaft das entscheidende Tor im WM-Endspiel geschossen. Der Moment ist mir als Glücksgefühl im Gedächtnis geblieben.

DR. KLAUS G. WERNER, CLOPPENBURG (NIEDERS.)

Zweimal passierte es mir als Student in New York, dass ich umringt war von Kommilitonen, die mir gratulierten: nachdem Brandt das Misstrauensvotum heil überstanden hatte und nach seinem Sieg bei der Bundestagswahl 1972. Nachdem ich mich für Kiesinger im Ausland immer „fremdgeschämt“ hatte, genoss ich diese neue Situation, ich war stolz auf Willy und die Weisheit der deutschen Wähler.

SIEWERT BRANDT, HAMBURG

Brandts Würdigung kommt zur richtigen Zeit – gerade für seine politischen Enkel, Urenkel und Ururenkel in der eigenen Partei. Seine Nachfolger haben bis heute nicht erkannt, wer er war, was er war: ein konstruktiver Antikommunist, ein überzeugter Antifaschist, ein Demokrat mit Realitätssinn und dennoch Weitsicht, ein Politiker mit Herz und Verstand.

DR. MARKO MICHELS, SCHWERIN

Nr. 45/2013, Warum die Partnerländer von Deutschlands Wirtschaftsstärke profitieren

Königsweg zum Wohlstand

Dass solcher Merkantilismus nicht der Königsweg zum Wohlstand ist und keine nachhaltige wirtschaftspolitische Strategie sein kann, weiß man seit 200 Jahren. Denn erkauf werden die Exportüberschüsse mit einer seit Jahren anämischen Binnen-nachfrage. Die Exporte nützen in der Wertschöpfungskette zwar auch manchen Partnerländern, die zu geringen Importen beziehungsweise anhaltenden Importüber-schüsse der übrigen Welt tun das aber ge-wiss nicht. Umkehr ist dringend geboten!

DIPL.-ÖKONOM KAI VAN DE LOO, BOCHUM

Sie unterstellen, dass die Kommission mit ihrer Untersuchung des Leistungsbilanz-überschusses einseitig gegen Deutschland agiere. Noch bedauerlicher ist die Unter-stellung, diese Haltung basiere auf persönlichen Vorurteilen von Generaldirektor Marco Buti. Dies stellt nicht nur die beruf-liche Reputation Butis in Frage, sondern auch die Funktionsfähigkeit der Kommissi-on als EU-Institution. Die Kommission hält sich lediglich an die Vorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung, die von allen Mitgliedstaaten vereinbart wurden.

SIMON O'CONNOR, BRÜSSEL
EUROPÄISCHE KOMMISSION



DAVID HECKER / DDP IMAGES

Deutscher Exportartikel Auto in Emden

Mit einer EU-Norm „Vereinheitlichte Obergrenze der Qualität“, die VW ver-pflichtet, eine definierte Zahl von Wackel-kontakten in der Elektronik und Öldich-tungen mit EU-Sollbruchstelle zu verwen-den, könnte man das Problem leicht lösen. So wird ein unfairer Wettbewerbsvorteil gegenüber Renault und Citroën beseitigt und der Exportüberschuss reduziert.

DR. THOMAS WENZEL, WEYHER (RHLD.-PF.)

Nr. 45/2013, Viele psychiatrische Kliniken setzen Auszubildende als Therapeuten ein

Weniger als 400 Euro im Monat

Dies sind keine Praktikanten! Es sind voll-ausbildete Diplompsychologen, die in anderen Bereichen mit dieser Qualifika-tion in Leitungspositionen arbeiten.

ANJA MÜHLENBECK, KÖNIGSWINTER (NRW)

Der gravierende Unterschied zu den Assistenzärzten ist, dass diese mit ihrem Gehalt ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Das trifft auf uns Psychotherapeuten in Ausbildung, von denen die meisten weniger als 400 Euro verdienen und zudem Ausbildungskosten von bis zu 50 000 Euro tragen müssen, nicht zu.

SOPHIA SEITZ, FREIBURG IM BREISGAU

Nr. 45/2013, Warum eine Deutsche mit tür-kischen Wurzeln nie richtig deutsch wurde

Den Spiegel vorgehalten

Danke für den leider immer noch nötigen Artikel. Er wird aber die erhoffte Wir-kung nicht erreichen, weil die beigegebte Zeichnung den Inhalt konterkariert.

ECKHART REINERT, HAMBURG

Ich habe als türkischstämmiges Gast-arbeiterkind ähnliche Erfahrungen ge-macht. Als Junge natürlich etwas anders: Nachdem ich beschnitten wurde – eine brutale Zeremonie –, waren Scham und Angst, dass es in der Schule entdeckt und ich ausgegrenzt würde, größer als der ei-gentliche Schmerz. Ich musste mich genau wie Özlem Gezer für alle Vorurteile, die man mir entgegenbrachte, rechtfertigen.

ILHAMİ DOLMA, HAMBURG

Unglaublich gut auf den Punkt gebracht. Die Version eines Mannes sähe dann so aus: auf jeder Party gefragt werden „Hei-ratest du mal eine mit Kopftuch? Deine Cousine vielleicht? Was, wenn sie keine Jungfrau ist, bringst du sie dann um?“

FERHAT DURAN, STUTTGART

Bravo, Frau Gezer, uns politisch so kor-rekten Deutschen den Spiegel derart ver-gnügenlich-traurig-nachdenklich vorzuhal-halten war wirklich überfällig!

WOLFGANG WÜNSCH, HANNOVER

Ich habe mich selten so über etwas amü-siert, was mir meine Vorurteile so deut-lich gezeigt hat. Wenn wir durch die Friedensbewegung sozialisierte Achtziger-Jahre-Jugend immer ein wenig den bes-seren Deutschen rauskehren wollen, stel-len wir doch im Kern dieselben plumpen Fragen an Migranten. Gegen einen Rück-fall in das von Frau Gezer angesprochene „Tarzan-Deutsch“ ist man nicht gefeit.

PETER STAADE, HANNOVER

Danke für diesen zugleich unterhaltsa-men wie bemerkenswerten Artikel. Für mich als Lehrer haben sich wieder zusätz-liche Anregungen zur ohnehin wichtigen, ständigen Selbstreflexion im Beruf erge-ben. Und für mich als Deutschen im sponta-nen Umgang und in der spontanen Re-aktion auf das „Andere“ erst recht.

SEBASTIAN MENDE, POHLHEIM (HESSEN)

Nr. 45/2013, Bahn-Chef Rüdiger Grube fordert mehr öffentliche Investitionen

In ständiger Gefahr

Jetzt, wo Grube die Katze aus dem Sack gelassen hat, wird klar: Das Schienennetz ist überaltert, mindestens 1400 Eisenbahnbrücken sind in einem kritischen Zustand, Schienen wurden jahrzehntelang vernachlässigt, Hunderte Stellwerke stammen aus Kaisers Zeiten. Noch im Mai 2013 hatte Grube vollmundig erklärt: „Sicherheit ist für uns das oberste Gebot.“ Tatsächlich wird aber auf Verschleiß gefahren, auf Kosten der Bahnreisenden, der Bahnmitarbeiter und nicht zuletzt auf Kosten der Bahnwohner – sie alle schweben in ständiger Gefahr. Aber es wäre zu einfach, Bahn-Chef Grube allein verantwortlich zu machen. Die übergeordnete Verantwortung für das Staatsunternehmen Deutsche Bahn AG trägt der Besitzer – unser Staat also – vertreten durch die politisch Verantwortlichen in Bundestag und Bundesrat.

HERMANN WINTER, WEISSENTHURM (RHLD.-PF.)

Nr. 45/2013, Jean-Paul Sartre und Albert Camus bekämpften einander leidenschaftlich

Hässliche Risse

Ihr Autor schafft es, auf nur drei Seiten an der Figur des Camus Positionen intellektueller Debatten aus den Vierzigern bis Siebzigern von hoher Aktualität herauszuarbeiten. Aus heutiger Sicht sind Ignoranz, Unmenschlichkeit und religiös eingefärbte Arroganz der damaligen Salongenkommunisten kaum noch verständlich.

ROBERT BECKMANN, KAISERSLAUTERN

Die existentialistische Realität über Sartres Haltung zu den Lagern in der Sowjetunion war dialektischer. Er kritisierte den Stalinismus schon früh vehement, aber er gönnte dem Westen keinen publizistischen Triumph, der die Kampfkraft der Arbeiter weltweit und ihre Hoffnungen auf einen libertären Sozialismus geschwächt hätte. Ein anderer wichtiger Aspekt der Divergenz zwischen Sartre und Camus war, dass Camus nicht nur



Schriftsteller Camus 1945

ein Casanova (wie Sartre) war, sondern ein Antifeminist. Die algerische Ikone bekam hässliche Risse, nachdem Simone de Beauvoirs „Das andere Geschlecht“ erschien.

FRANK MÜHLICH, BERLIN

Nr. 45/2013, Ist die Steinzeitdiät wirklich gesünder als normale Kost?

An der Illusion festhalten



Steinzeitköche in einem Restaurant

Seit 22 Monaten ernähre ich mich nach der Paläoernährung, obwohl ich diesen Begriff bisher nicht kannte. Verschwunden und nicht wieder aufgetaucht sind seither: 15 Kilogramm Körperfett, chronische Ischiasnerventzündung mit annähernder Dauermedikation und chronische Lendenwirbelsäulen- und Gelenkschmerzen mit allmorgendlicher Unbeweglichkeit. Stattdessen wieder aufgetaucht ist eine gefühlte erhöhte körperliche und geistige Leistungsfähigkeit.

BERNHARD GLOCKENSTEIN, OLLERSDORF (ÖSTERR.)

Solange ich mich durch die Paläoernährung besser fühle und als 60-plus-Hobbysportler noch leistungsfähiger werde, stören mich die Kommentare der Ernährungsexperten nicht.

GÜNTHER KNUTH, REINBEK (SCHL.-HOLST.)

Die Zahl der Deutschen, die unbeirrt an der Illusion festhalten, dass unsere „Vorfahren am liebsten gesundes Grünfutter mümmelten und Kohlenhydrate nur sehr moderat über Obst zu sich nahmen“, nimmt in der Tat zu und gipfelte sogar in der Gründung einer „Deutschen Gesellschaft für Paläoernährung“. Oder gibt sich vielleicht Ihr Autor der Illusion hin, dass die Paläoernährung – die übrigens nicht versucht, die Steinzeit eins zu eins zu imitieren, sondern vielmehr mit heutigen Lebensmitteln erfolgreich ein Modell der Steinzeit umsetzt – lächerlich ist, weil er sie nicht ganz versteht?

DR. RAINER KLEMENT, GELDERSHEIM (BAYERN)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Adresse lautet: leserbriebe@spiegel.de



KLAUS ROSE / PICTURE ALLIANCE / DPA

Ein Patient, zwei Meinungen

Die Große Koalition will die Zahl vermeidbarer Operationen senken. Daher sollen Patienten vor einem Eingriff künftig eine Zweitmeinung bei einem weiteren Facharzt oder Krankenhaus einholen können – und zwar auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung. Darauf haben sich die Gesundheitspolitiker von Union und SPD bei den Koalitionsverhandlungen geeinigt. So sollen die Ärzte ihre Patienten darauf hinweisen müssen, dass diese ein Recht auf eine Zweitmeinung haben. „Diese Aufklärung muss mindestens zehn Tage vor der Operation erfolgen“, heißt es in dem Papier der Gesundheitspolitiker. Konkret schwebt ihnen vor, dass Mediziner im

Berichtsbogen zur Aufklärung über eine Operation ankreuzen müssen, dass sie ihre Patienten entsprechend informiert haben. Offiziell gehören Zweitmeinungsverfahren bislang nicht zum Leistungskatalog der gesetzlichen Kassen. Experten bemängeln seit langem, dass deutsche Kliniken zu häufig Operationen ansetzen, die medizinisch nicht notwendig sind. Das gilt vor allem für planbare Eingriffe. Erst im Frühjahr hatte die OECD eine Studie vorgestellt, nach der Herzkatether-Eingriffe in Deutschland dreimal so häufig vorkommen wie im internationalen Vergleich. Künstliche Hüft- und Kniegelenke werden doppelt so häufig eingesetzt wie im OECD-Schnitt.

CYBER-SICHERHEIT

Schutz vor Hackern

Union und SPD haben sich darauf geeinigt, ein neues „Cyber-Sicherheits-Zentrum“ zu gründen. Die Einrichtung soll erkunden, wie das Internet und andere Kommunikationsnetze in Deutschland gegen Angriffe von fremden Geheimdiensten oder Hackern besser geschützt werden können. In den Laboren und Testeinrichtungen sollen sicherheitskritische IT-Komponenten ebenso wie die Netzwerkinfrastruktur darauf überprüft werden, ob sie Einfallsstore zum Ausspähen enthalten. So steht es in dem Abschlusstext der Arbeitsgruppe „Digitale Agenda“, der in dieser Woche in die Koalitionsverhandlungen eingebracht wird. Bislang gibt es bereits das Nationale Cyber-Abwehrzentrum deutscher Sicherheitsbehörden, das vor Angriffen auf IT-Infrastrukturen schützen soll.



Kerry, Merkel im Februar in Berlin

CHRISTIAN THIELE

NSA-AFFÄRE

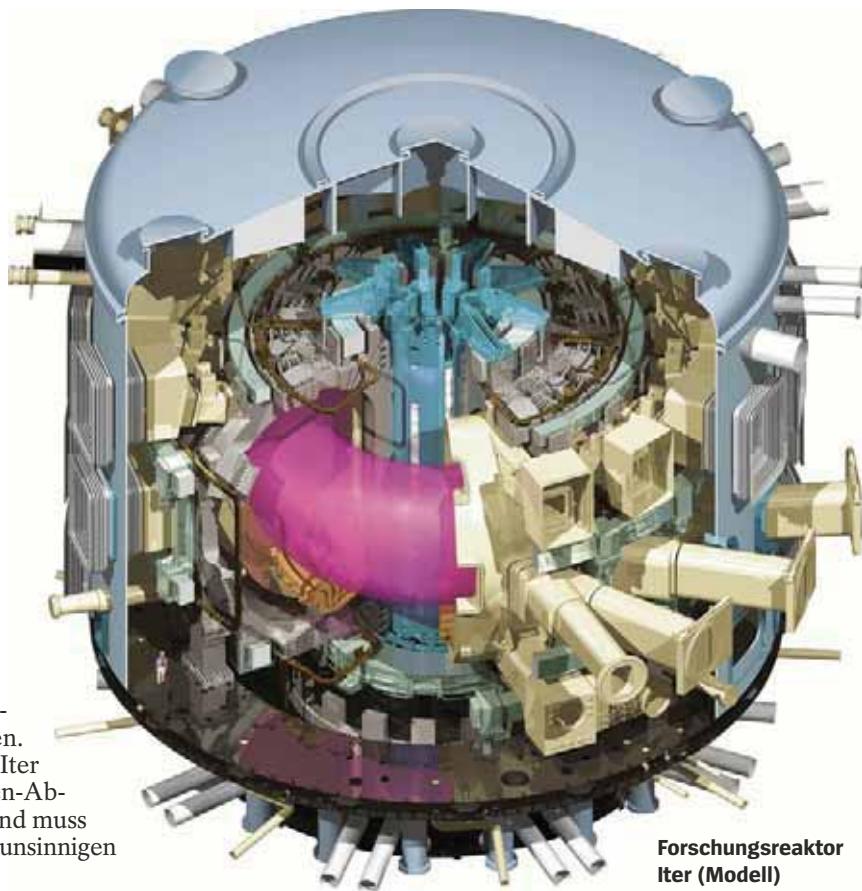
Mission Versöhnung

US-Außenminister John Kerry plant eine Versöhnungsreise nach Deutschland, um das durch die NSA-Abhöraffäre beschädigte Verhältnis zu reparieren. Kerry werde nach Berlin kommen, sobald die neue Bundesregierung

im Amt sei, heißt es in Washington. Die Reise des Außenministers soll Teil einer diplomatischen Offensive sein, um den Unmut der Europäer über die amerikanische Spionage zu dämpfen. Kerry hat bereits eine „transatlantische Renaissance“ angekündigt. Seine Europa-Staatssekretärin Victoria Nuland betonte, man wolle nun „doppelt so stark“ auf enge Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA setzen – etwa beim geplanten Freihandelsabkommen oder der Energiesicherheit. Eine hochrangige Delegation um den Vorsitzenden des Unterausschusses für Europa im US-Senat, den Demokraten Christopher Murphy, wird möglicherweise bereits am 24. und 25. November in Berlin erwartet. Sie hofft auf einen Termin bei Kanzlerin Angela Merkel. Geplant ist außerdem ein Abstecher nach Brüssel. Man wolle die „berechtigten Sorgen unserer europäischen Partner über Ausmaß und Ausgestaltung einiger US-Überwachungsprogramme“ diskutieren, sagte Murphy.

Teures Sonnenfeuer

Das Bundesforschungsministerium glaubt kaum noch an einen Erfolg des Kernfusionsreaktors Iter. In einem internen Vermerk zum Bau des Forschungsreaktors haben die Beamten „fünf zentrale Risikofelder identifiziert“, darunter die Magnetspulen, das Vakuumgefäß und den Tritiumkreislauf der Anlage im südfranzösischen Cadarache. Zudem profitiere die deutsche Wirtschaft kaum von Aufträgen beim Bau des Reaktors, in dem ab 2020 ähnliche Prozesse in Gang gesetzt werden sollen wie in der Sonne. Von den vergebenen Aufträgen in Höhe von einer Milliarde Euro seien bis Oktober 2012 „lediglich 32 Millionen Euro an deutsche Firmen“ gegangen. Außerdem kritisieren die Ministerialen Missmanagement bei der europäischen Betreiberorganisation „Fusion for Energy“. Dennoch wird die Bundesregierung noch einmal eine halbe Milliarde Euro für die weitere Erforschung dieser Zukunftstechnik ausgeben. In dieser Woche sollen die neuen Gelder für den Iter vom EU-Parlament bewilligt werden. Die Grünen-Abgeordnete Sylvia Kotting-Uhl fordert: „Deutschland muss den Irrweg Kernfusion verlassen und sich aus dem unsinnigen Iter-Projekt schnellstmöglich zurückziehen.“



Forschungsreaktor
Iter (Modell)

ITER ORGANIZATION / DPA

Ich muss noch einmal über Käsekuchen schreiben. Käsekuchen ist ein Thema, das mich seit längerem verfolgt, und nun wird es auch noch politisch. Käsekuchen ist eine universale Angelegenheit.

Im Sommer des vergangenen Jahres schrieb ich zum ersten Mal über Käsekuchen („Täglich Käsekuchen“, SPIEGEL 25/2012). Damals war ich bei der Fußball-Europameisterschaft in Danzig. Ich ging jeden Tag ins deutsche Pressezelt, und jeden Tag wartete dort Käsekuchen von McDonald's auf mich. Ich schrieb einen ungnädigen Bericht über ausuferndes Sponsoring. Auch Mercedes, Adidas und andere waren aufdringlich präsent.

In der vergangenen Woche war ich beim Parteitag der SPD. Wenn ich in die Presselounge ging, wartete dort täglich Käsekuchen von McDonald's auf mich. Ich konnte mir nicht erklären, warum die Stücke beim Fußball klassisch dreieckig sind, in der Politik viereckig. Ich ärgerte mich nicht mehr, sondern war resigniert. Offenbar kann ich Käsekuchen von McDonald's nicht entkommen.

Am linken Handgelenk trug ich ein rotes Band, das mir die SPD umgelegt hatte, damit ich als Berechtigter der Presselounge kenntlich war. „DocMorris – meine neue Apotheke“ stand auf dem Band. Ich war Littfaßsäule, und als Littfaßsäule schaute ich mir den fetten Audi an, den Audi vor den Eingang zum Plenum gestellt hatte. Toller, fetter Audi. Markenpflege, klar, muss sein, überall. Das ist nicht neu.

Parteitage sind seit vielen Jahren Produktmessen mit einem skurrilen Nebenprogramm: politische Debatten, Vorstandswahlen. Etwas anderes ist neu.

In der vergangenen Woche traf ich zufällig eine Frau, die neue Medienprodukte entwickelt. Sie schwärmt von Facebook, Twitter, Instagram und Tumblr. Sie sagte, das seien Tools, mit denen Journalisten bei geschicktem Einsatz zur Marke werden könnten, und das müssten sie auch. Die Zukunft der Journalisten sei die Marke, aber was sie sagte, klang nicht mehr nach Journalismus, sondern nur noch nach Marketing.

Ich bin kein Maschinenstürmer, ich bin bei Facebook angemeldet, muss aber zugeben, dass ich dort nicht fleißig schreibe. Ich überlege, etwas auf Twitter zu machen. Hin und wieder lasse ich mich von einem Markenimage verführen. Aber es gibt eine Grenze, und deshalb muss ich jetzt einen Satz schreiben, von dem ich nie gedacht hätte, dass ich ihn einmal schreiben würde: Ich bin kein Käsekuchen.

Ich will keine Marke sein. Ich will mich nicht industriehaft vermarkten, so wie McDonald's seine Produkte vermarktet. Ich will mich markentechnisch idiotisch verhalten können, zum Beispiel Texte schreiben, die mir keine „Likes“ eintragen. Das ist das eine. Das andere: Ich weiß nun, ehrlich gesagt, dass dreieckiger Käsekuchen besser schmeckt als viereckiger. Am weltbesten allerdings ist ein markenfreier Käsekuchen, der von meiner Mutter.

Dirk Kurbjuweit

TREIBHAUS BERLIN

Täglich Käse- kuchen 2



PARTEIEN

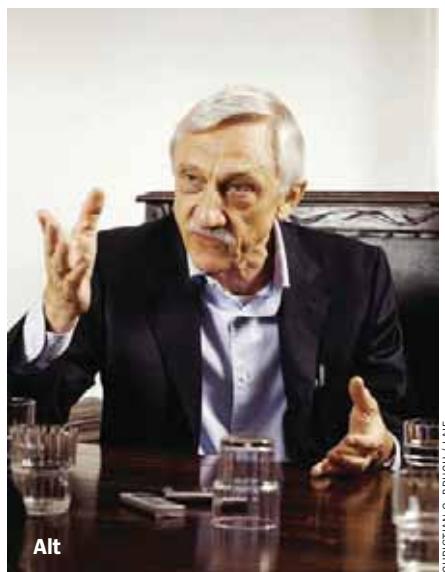
Wagnis Stiftung

Mitglieder und Sympathisanten der Piraten bauen zurzeit eine parteinahe Stiftung namens Peira (griechisch für Wagnis) auf. Die bislang als Verein eingetragene Denkfabrik wolle in Zukunft Veranstaltungen organisieren, politische Bildungsarbeit leisten und Kernbegriffe der Piraten wie Transparenz klarer definieren, sagt Peira-Sprecher Rainer Thiem. Auf einem Treffen am 9. November sei auch darüber diskutiert worden, eigenes TV-Material zu produzieren, um eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Den Piraten fehlte bislang eine Institution, die sich abseits des politischen Tagesgeschäfts mit der Identität der Partei und ihrem Umfeld befasst. Mehrere Anläufe, eine Stiftung zu gründen, waren in den vergangenen Jahren gescheitert.

MIGRATION

Fluchtpunkt Tiflis

Wegen der hohen Zahl ägyptischer Asylsuchender auf deutschen Flughäfen hat das Innenministerium einen Berater der Bundespolizei nach Georgien geschickt. Der Beamte soll Airlines am Flughafen Tiflis unterstützen, die Einreise möglicher Asylsuchender nach Deutschland zu verhindern. Ägypter können ohne Visum nach Georgien einreisen. Sie buchen von dort einen Weiterflug mit Zwischenstopp in Deutschland, den sie für einen Asylantrag nutzen. Seit Mai dieses Jahres sind so mehr als 1500 Ägypter eingereist. „Da sie über gültige Reisedokumente verfügen, erweisen sich konkrete Maßnahmen zur Verhinderung ihrer Einreise aus rechtlichen Gründen als problematisch“, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums.



SOZIALRECHT

„Gleicher Recht für alle“

Heinrich Alt, 63, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, über die Pläne, bei Hartz-IV-Empfängern nach Einkünften aus Internethandel zu forschen

SPIEGEL: Sie wollen künftig den Datenverkehr im Internet überwachen, um herauszufinden, ob Hartz-IV-Empfänger auf Ebay Klamotten oder mal ein altes Fahrrad verkaufen?

Alt: Unsinn. Weder sind wir die NSA, noch interessieren uns die Privatge-

schäfte unserer Leistungsbezieher. Es geht nur darum, dass wir Daten, die ohnehin bei anderen Behörden vorhanden sind, nutzen können, damit gleiches Recht für alle gilt: Jemand, der im Internet professionelle und gute Geschäfte macht, soll nicht bessergestellt sein als jemand, der irgendwo angestellt ist und zusätzlich Hartz IV bezieht.

SPIEGEL: Im Papier einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe heißt es, Sie wollten eine gesetzliche Grundlage für die „Erhebung von Daten im Internet“.

Alt: Das ist missverstanden worden. Wir wollen nur eine bestehende Vorschrift zum Datenabgleich erweitern – auf Daten, die bei den Steuerbehörden erhoben werden, wenn geprüft wird, ob Internethändler ihrer Umsatzsteuerpflicht nachkommen.

SPIEGEL: Die beginnt bei 17 500 Euro im Jahr – wer darunterliegt, interessiert Sie also gar nicht?

Alt: Nein, und es gibt ja auch noch den Freibetrag für Einkommen oder Vermögen. Es geht uns nur um Menschen, die wirklich deutliche Einkünfte über Internethandel haben. Keine Einkommensart soll bevorzugt oder benachteiligt werden. Deshalb wollen wir ja auch einen Datenabgleich mit den Grundbuchämtern. Damit nicht nur Leute mit verdecktem Bankvermögen erkannt werden, sondern auch Grundbesitzer. Wir halten das für gerechter, aber es sind derzeit ja nur Vorschläge. Am Ende entscheidet der Gesetzgeber.

HAUSHALT

Große Risiken

Die Pläne von Union und SPD allein für Rente und Arbeitsmarkt könnten Sozialkassen und Fiskus jährlich bis zu 50 Milliarden Euro kosten. Das geht aus einer streng vertraulichen Vorlage von Wirtschaftsexperten der Bundesregierung hervor. Sie untersuchten, welche Folgen es für die deutsche Wirtschaft hätte, wenn die neuen Koalitionspartner mit ihren Vorhaben für Mütter- und Mindestrenten, den Ruhestand mit 63 und einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro Ernst machen. In der Summe sind auch Einnahmeverluste enthalten, die der Fiskus wegen drohender höherer Arbeitslosigkeit hinnehmen müsste. Die Umsetzung der neuen Wohltaten kostete Unternehmen und Beschäftigte allein drei Beitragspunkte für die Sozialversicherungen, warnen die Regierungsbeamten in ihrer Expertise. Die höheren Lohnnebenkosten würden Arbeitsplätze gefährden. Hinzu kämen jene Jobs, die infolge des für viele Gegenden und Branchen zu hohen Mindestlohns abgebaut würden.

PICTURE PRESS
Ben-Gurion,
Adenauer 1960

ATOMWAFFEN

„Operation Geschäftsfreund“

Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verweigert die Freigabe „streng geheimer“ Dokumente über Zahlungen an Israel aus dem Jahre 1961. Die Dokumente könnten Aufschluss darüber geben, ob die KfW den Bau der israelischen Atombombe

mitfinanziert hat. Kanzler Konrad Adenauer (CDU) hatte 1960 Israels Premier David Ben Gurion umfangreiche Finanzhilfen zugesagt. Die KfW übernahm die Abwicklung der „Operation Geschäftsfreund“. Mit dem Geld sollte auch eine atomar betriebene Meerwasserentsalzungsanlage gebaut werden. Die Anlage wurde zwar geplant, aber nie erstellt; Ben Gurion nutzte das Projekt als Vorwand, um die Entwicklung der Atomwaffe zu verschleiern. Bislang unbekannte Akten im Bundesarchiv zeigen nun, dass Israel nach eigenen Angaben jährlich 40 Millionen Mark aus deutschen Zahlungen für das Nuklearprojekt einplante. Möglicherweise war die Summe noch größer. Ein Beamter des Kanzleramts notierte 1968 handschriftlich, Mittel an Israel würden „unabhängig vom Projektfortschritt“ ausgezahlt, es gebe „keine Einzelprüfung über (die) Verwendung“. Demnach wussten die Frankfurter Banker nicht, wozu ihre Kredite verwendet wurden. Heute beruft sich die KfW auf das Bankgeheimnis.



GRAFIK

Historischer Finanzausgleich

Mehr als 20 Millionen Euro wendet das Bundesinnenministerium (BMI) pro Jahr für deutsche Minderheiten in Osteuropa auf. Die Zahlungen seien „Ausdruck besonderer historischer Verantwortung“ und sollten das Unrecht ausgleichen, das Deutsche nach dem

Zweiten Weltkrieg in ihren Heimatländern erlitten hätten. Für die rund eine Million Menschen finanziert das BMI vorwiegend Altenpflege, Sprachkurse und Kulturveranstaltungen. Aber auch der Vertrieb der deutsch-russischen Kinderzeitschrift „Schrumbdirum“ wird mit 244 000 Euro unterstützt. Die Ausgaben pro Kopf weichen stark voneinander ab. Während jeder Deutsche in Rumänien mit durchschnittlich fast 48 Euro pro Jahr alimentiert wird, sind es in Ungarn 2 Euro (Details und Quellen auf spiegel.de/datenlese).

GRÜNE

Rückzieher beim Ehegattensplitting?

Die Grünen rücken von ihrer zentralen frauopolitischen Forderung ab – dem Ende des Ehegattensplittings. Politikerinnen beider Parteiflügel fordern Korrekturen am bisherigen Plan, der eine weitgehende Abschmelzung des steuerlichen Vorteils für verheiratete Paare vorsah. „Im Wahlkampf haben wir den Eindruck erweckt, als ob uns die materielle Lage der Familien egal wäre“, sagt die Finanzexpertin Lisa Paus vom linken Parteiflügel. „Wir müssen unser Konzept gründlich überarbeiten.“ Auch einflussreiche Realas fordern Korrekturen. Die Grünen müssten Konsequenzen daraus ziehen, dass „unsere Vorschläge zum Ehegattensplitting bei vielen Bürgern umstritten sind“, findet Wirtschaftspolitikerin Kerstin Andreae. Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt verlangt einen „echten und fairen Ausgleich für Ehen mit Kindern, aber auch eine gerechte Förderung für Alleinerziehende“: „Unser bisheriges Modell hat das nicht ausreichend geleistet.“

SPD

REGIERUNGSBILDUNG

Die Zeitbombe

Schluss mit dem Tabu: Die SPD will in Zukunft auch mit der Linken regieren und plant für die Zeit nach Merkel. In der Großen Koalition regiert schon jetzt das Misstrauen. Sie schrumpft zur bloßen Etappe – wer weiß, wie kurz.

Nein, Mikrofone will Angela Merkel jetzt nicht in der Nähe haben. Donnerstagmittag, eben ist die Kanzlerin in den Fraktionssaal der Union gekommen, Fraktionschef Volker Kauder und CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt eilen zu ihr. Doch die drei besprechen nicht die anstehende Sitzung, sie reden über die SPD – und ihre strategische Öffnung zur Linkspartei. Dobrindt ist empört, Kauder wiegelt ab. Erste Zuhörer nähern sich, da wird Merkel das Thema zu brisant. Mit einem knappen Wink verscheucht sie Kameras und Mikrofone.

Es ist eine Zeitbombe, die SPD-Chef Sigmar Gabriel da scharf gestellt hat. Eine, die 2017 hochgehen soll, womöglich aber früher, wenn die Träume vieler Linker in der SPD wahr werden und sich die Linkspartei schneller zu einer regierungsfähigen Kraft entwickelt.

Die Bombe tickt also.

Sie würde die politische Landschaft umpfügen wie seit 15 Jahren nicht mehr, als die Ara Kohl endete und Rot-Grün an die Macht kam. Seitdem, seit 1998, heißt es in Deutschland ja: Rot-Grün oder Schwarz-Gelb, und wenn beides nicht geht, dann regiert eben eine Große Koalition. Aber die wirkt im neuen Licht noch älter, noch blasser.

Bis Mitte voriger Woche verliefen die schwarz-roten Verhandlungen harmonisch, in gleichsam gefräßiger Stille: In den vielen Arbeitsgruppen einigten sich die Unterhändler von Union und SPD auf Programme und Pläne, die vor allem eines bedeuten: mehr Geld auszugeben für gutgemeinte Wohltaten. Doch die am vergangenen Dienstag beißig verkündete Öffnung der SPD für eine Koalition mit der Linkspartei fährt in diese wohlige Harmonie wie ein Eiszapfen, tiefer und tiefer. „Ein ungeheuerlicher Vorgang“, schäumt CSU-General Dobrindt.

Argwohn und Misstrauen werden die Große Koalition auf Unionsseite prägen: Steigt die SPD irgendwo auf freier Strecke aus? Gibt es, vielleicht sogar jetzt schon angelegt, Sollbruchstellen dafür? Und was wären eigentlich die strategischen Optionen einer Union ohne FDP – wenn auf der anderen Seite die SPD zum ersten Mal seit 2005 einem breiten Publikum von Wechselwählern glaubhaft machen könnte, mit Rot-Rot-Grün gebe es eine realistische Machtperspektive?

Die Bombe tickt: Vor allem für die SPD ist die Große Koalition nur noch eine Etappe; ein letzte, pflichtschuldig absolvierte Aufführung vor der großen Neuinszenierung – die deutsche Politik nach Angela Merkel.

Nicht umsonst hieß Sigmar Gabriel in der ersten Großen Koalition unter der Kanzlerin der „Vorsitzende des SPD-Fanclubs von Angela Merkel“. Er hat viel von ihr gelernt. Aus der jüngsten Wahlniederlage der SPD zieht er den exakt gleichen Schluss wie Angela Merkel aus ihrem Bei-nahe-Debakel 2005: Damals war Merkel als neoliberaler Reformerin in den Wahlkampf gezogen, hatte sich sehr der FDP genähert. Zu sehr. Anders 2009, als Merkel die CDU inzwischen weit in die Mitte und darüber hinaus nach links gerückt hatte und die FDP weiter auf große Steuersenkungen und Marktformen pochen ließ. Zusammen ergab dieser weitgespannte Programmboegen eine Mehrheit für Schwarz-Gelb im Bundestag.

Das kann Gabriel auch. Der SPD-Chef will seine Partei nach einem betont linken Wahlkampf wieder in die politische Mitte rücken, die Linksausßenwähler der Linkspartei überlassen, weil man sie ihr nicht in Scharen abspenstig machen kann. Und zusammen mit den Grünen soll es dann für Rot-Rot-Grün reichen, „R2G“ im Berliner Polit-Code.



SPD-Spitzenpolitiker: Pläne schmieden für die Zeit nach Merkel

„Wir mussten das jetzt machen“, sagt Generalsekretärin Nahles heute, „nicht lange fackeln, sondern machen.“ Und klar war auch: „Wir mussten es früh in der Legislaturperiode machen.“ Die Linkspartei werde einige Zeit benötigen, um ihre Positionen in der Außen- und Haushaltspolitik so zu korrigieren, dass sie aus SPD-Sicht regierungsfähig wäre.

Auch wenn viele Spitzengenossen die Bedeutung der Öffnung herunterzuspulen versuchen, sie wird sich im Alltag niederschlagen: Bestehende persönliche Beziehungen werden verstärkt, neue entstehen, unnötige inhaltliche Provokationen sollen unterbleiben. Und die Union muss zuschauen.

Bei Parteichef Gabriel laufen die Fäden zusammen. Seit Jahren pflegt er ein kollegiales Verhältnis zum Linken-Reformer Dietmar Bartsch. Kurz vor der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes setzten sich Bartsch und Gabriel in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft zusammen und berieten, welche Möglichkeiten sich für die Zukunft ergeben könnten, es ging um „kreative Lösungen“. Das Wahlergebnis hat das erst einmal zunichtegemacht.

Aber die Achse Bartsch-Gabriel steht.

„Ich würde Sigmar Gabriel sehr darin bestärken, in der kommenden Legislaturperiode die Kontakte zur Linkspartei auszubauen“, sagt der Berliner SPD-Landeschef Jan Stöß, „der SPD-Beschluss bedeutet nicht das Ende der Arbeit, sondern den Anfang.“ Der langjährige Ex-Ministerpräsident und heutige Chef der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, Kurt Beck, wird schon konkret. „Die SPD wird auszuloten haben, was

geht und was nicht. Das fängt bei den Stiftungen an. Die Friedrich-Ebert- und die Rosa-Luxemburg-Stiftung werden inhaltlich und wissenschaftlich Gesprächskontakt aufnehmen. Wir werden damit eine Basis entwickeln, auf der man sich über heutige Politik verstündigen kann.“ Es gebe bereits „Vorüberlegungen“, die er der Mitgliederversammlung der Stiftung Anfang Dezember vortragen wolle.

Unter dem Strich gehören die Parteilinken zu den Gewinnern der Öffnung. Sie haben den Kursschwenk erreicht. Sie begleiten die Verhandlungen zur Großen Koalition loyal. Im Gegenzug gab es die frühe Öffnung zur Linkspartei.

„Die Parteilinke wird die Aufgabe haben, den notwendigen Diskussionsprozess anzustoßen und zu moderieren“, sagt Juso-Chef Sascha Vogt, „wir sehen in dem Beschluss eine Stärkung unserer Position in der Partei.“ Mit Macht drängt



MICHAEL KAPPELER / DPA

Kanzlerin Merkel: Vom Coup des SPD-Chefs kalt erwischt

man nun in Ämter. Nahles könnte Arbeitsministerin werden, der Kieler Landeschef Ralf Stegner ihr Nachfolger als Generalsekretär. Im neuen Parteipräsidium will die Linke stark vertreten sein.

Die Union verfolgte das Ganze erst ziemlich ratlos – aber jetzt wächst die Wut.

Gabriels strategischer Schlag hat die Union ohne Vorwarnung getroffen, selbst CDU-Chefin Angela Merkel bekam offenbar keinen Tipp vorab. Ausgerechnet jetzt, da es bei den Koalitionsverhandlungen ersten echten Streit gibt, flirtet der neue Partner mit einer nächsten Braut.

Am vergangenen Donnerstag sitzen etwa 50 CSU-Abgeordnete im Jakob-Kaiserman-Haus zusammen, einem Bürobau des Bundestags. Man fühlt sich düpiert. Erst schimpft CSU-Generalsekretär Dobrindt – und bekommt donnernden Applaus. Dann macht sich Verkehrsminister Peter Ramsauer Luft: „Ungeheuerlich ist das.“

Allein: was tun?

Am Sonntag von 11 bis 15 Uhr im Kanzleramt wollten Merkel und Horst Seehofer mit der Partei- und Fraktionsspitze über die neue Lage beraten. Bis dahin hieß die erste Marschroute: Bloß nicht eskalieren, weil es nichts Konkretes bringe. Die Koalitionsverhandlungen gehen vor.

Denn da knirscht es auch so schon ziemlich laut. In der CSU-Landesgruppe gab die Parteispitze am Donnerstag erneut die Lösung aus, der SPD bei den Verhandlungen nicht zu weit entgegenzukommen. Manche Papiere, die die Arbeitsgruppen an die Generalsekretäre abliefern, strotzen vor offenen Punkten. „Vorschlag SPD; Ablehnung CDU und CSU“ sind häufige Anmerkungen.

Auch der Ton wird rauer. „Wenn sie mit uns eine Koalition eingeht, steht die SPD

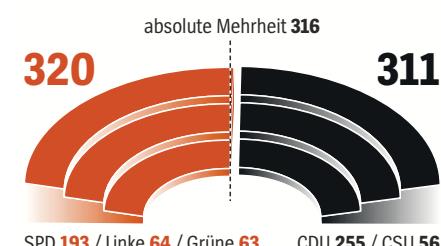
vier Jahre im Wort“, mahnt der stellvertretende CDU-Vorsitzende Thomas Strobl. „Gabriels Schwenk zur Linkspartei erhöht unseren Preis bei den Koalitionsverhandlungen zu Lasten der SPD“, sagt Fraktionsvizechef Günter Krings, der für die CDU besonders umstrittene Themen wie die Vorratsdatenspeicherung oder die doppelte Staatsbürgerschaft verhandelt hat. „Ich finde, dass die SPD das Argument, sie müsse ihre Mitglieder mitnehmen, derzeit überstrapaziert“, sagt EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU). „Die Union kommt ihr, was die Inhalte angeht, weit entgegen. Da sollte Gabriel seinerseits auf Drohkulissen mit der Linkspartei verzichten.“

Aber das Misstrauen reicht weit über die Koalitionsverhandlungen hinaus, es sickert jeden Tag tiefer ein. Mehrere große CDU-Landesverbände wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen überlegen jetzt, ihre Mitglieder zu den Ergebnissen der Verhandlungen mit der SPD zu hören – dabei will es Merkel eigentlich mit einem kleinen Parteitag am 9. Dezember in Berlin bewenden lassen.

Wie schlecht die Stimmung an der Basis ist, konnte sie am vergangenen Freitag-

Linke Mehrheit

Summe der Sitze von **Sozialdemokraten**, **Linken** und **Grünen** im Bundestag



abend bei einem Termin erleben, bei dem sie üblicherweise gefeiert wird – die Kanzlerin war zu Gast in Erfurt beim Parteinachwuchs der Jungen Union. Als sie über den Mindestlohn redete, gab es „Pfui“-Rufe. In der Aussprache nach Merkels Rede fragten mehrere junge CDU-Leute nach den „roten Linien“ bei den Verhandlungen.

Aus Sicht der Union sieht es so aus, als bastle der SPD-Chef schon jetzt an Ausstieg und Alternativregierung – und suche nach Punkten, an denen er weit vor 2017 die Koalition platzen lassen und Neuwahlen erzwingen könnte. „Die Sozialdemokraten sind doch längst dabei, entsprechende Sollbruchstellen in den Koalitionsvertrag einzuweben“, warnt ein Abgeordneter vom konservativen Unionsflügel. Dazu eigneten sich alle Themen, die an der SPD-Basis emotionale Reaktionen auslösen, etwa die Frauenquote, Familienpolitik oder die Homo-Ehe.

Das Einzige, was die Union dem SPD-Chef derzeit noch glaubt, ist Gabriels Versprechen, sich nicht von der vorhandenen rot-rot-grünen Mehrheit im Bundestag zum Kanzler machen zu lassen. Aber in Wahrheit ist sich die Union da nur deshalb sicher, weil diese linke Mehrheit sehr dünn wäre (siehe Grafik).

Also geht es darum, der links gewandten SPD unter Gabriel keinen Vorwand für einen Ausstieg und Neuwahlen zu liefern. Vor allem CSU-Chef Horst Seehofer plädiert für einen schmalen Koalitionsvertrag, in dem die zentralen Vorhaben und ihre Finanzierung beschrieben werden. Auf jeden Fall verhindern will die Union eine endlose Liste von Prüfaufträgen oder Wünschen, die unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Dann, so die Befürchtung, könnte Gabriel jederzeit ein Thema zücken, um die Koalition an die Wand fahren zu lassen. Mit Wolfgang Schäuble als knausrigem Kassenwart und Finanzminister stünde das passende Feindbild für die SPD schon bereit.

Doch Gabriels Öffnung zur Linken stellt die Union noch vor ganz andere Fragen: Mit wem wollen wir regieren, wenn die Große Koalition zu Ende ist? Und was ist, wenn Angela Merkel dann nicht mehr zur Verfügung steht?

„Die Union muss mit den Grünen im Gespräch bleiben. Sonst stehen wir irgendwann alleine da“, sagt CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn. Zusammen mit Omid Nouripour von den Grünen plant er einen Kreis von schwarz-grünen Abgeordneten, um inhaltliche Gemeinsamkeiten auszuloten. „Die Reaktion der CDU auf Gabriels Flirt mit der Linken ist klar: Wir lassen den Gesprächsfaden mit den Grünen nicht abreißen“, sagt auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz.

450 Kilometer südwestlich von Berlin, in Hessens Landeshauptstadt Wiesbaden, wäre Raum für eine noch deutlichere Ant-

wort, für eine erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland – eine politische Umwälzung von ähnlichem Ausmaß wie Gabrieles Linksöffnung. Aber da ist die Kanzlerin vor. Im Kanzleramt und auch in der Unions-Fraktionsspitze würde man sich eine Große Koalition in Hessen lieber wünschen als Schwarz-Grün. Angela Merkels Regierung käme dann im Bundesrat zumindest in Sichtweite einer Mehrheit, zum Beispiel für das wichtigste Projekt 2014, die Energiewende (siehe auch Seite 26).

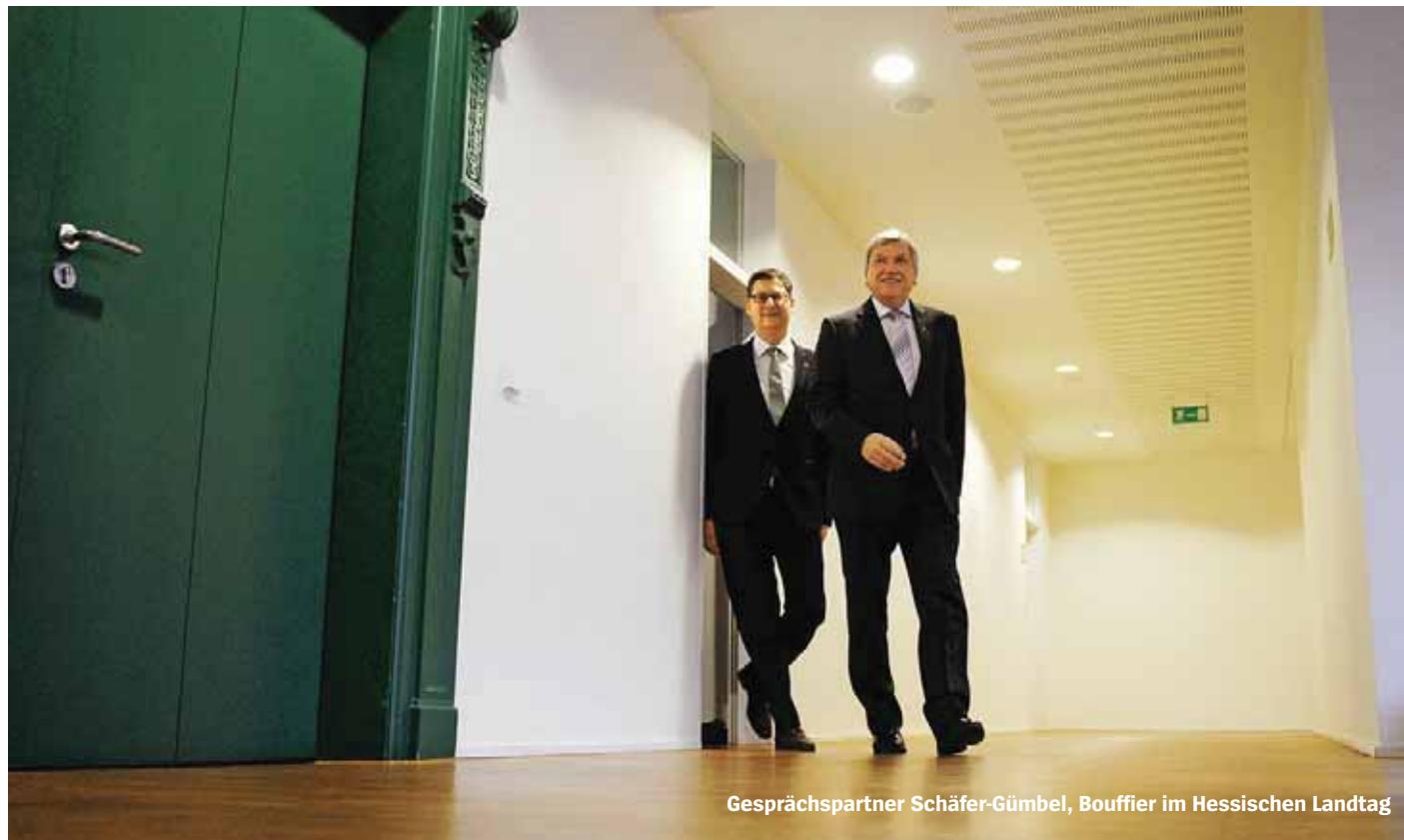
Statt entschlossen zu kontern, will die Berliner CDU-Spitze lieber erst einmal auf die Fliehkräfte im rot-rot-grünen Lager vertrauen. „Gysi wird Gabriel von links immer wieder vorführen, wo es nur geht.“ Dieser Versuchung könne er nicht widerstehen, heißt es in CDU-Kreisen. Tatsächlich geht der SPD-Plan unter dem Code-Kürzel „R2G“ nur auf, wenn die Linkspartei sich massiv ändert. Das weiß auch Linken-Fraktionschef Gregor Gysi. Für seine Partei beginnt jetzt, wie er es intern nennt, „das Rückspiel“. Seine bunte Truppe – will sie nun regieren oder nicht? Und was ist sie bereit, dafür zu tun?

Einen entschlossenen Konter will die CDU derzeit nicht wagen – die Große Koalition in Berlin geht vor.

Die bisherige Rolle als Schmuddelkinder, mit denen sowieso keiner koalieren will, garantierte eine gewisse Narrenfreiheit im Bundestag, einen Populismus ohne Reue. Das ist jetzt anders. Die Linke müsse künftig nicht mehr nur für die da sein, so Gysi, die mit ihr sympathisieren, sondern auch „nachvollziehbare Alternativen anbieten“ für Wähler, die ihr Kreuz bei der Union oder SPD machen. Aber dass die Linke in der Außen- und Sicherheitspolitik ihre radikalpazifistischen Positionen räumt, gilt derzeit als unwahrscheinlich. Gregor Gysi weiß, dass seine Partei vor der schwierigsten Phase ihrer Geschichte steht.

Eigentlich nicht schlecht für eine Regierung, wenn die Opposition mit sich selbst ringt. Trotzdem muss sich Angela Merkel mehr Sorgen machen als für eine strahlende Wahlsiegerin üblich. Sie startet zwar mit einer erdrückenden Mehrheit ihrer Koalition in die Amtszeit. Aber gebunden, wenn nicht gefesselt an einen Partner, den SPD-Chef, der sich daranmacht, sie in ihrer politischen Königsdisziplin zu schlagen – die wirklich wichtigen Sachen vom Ende her zu denken: dieses Mal vom Ende der Ära Merkel.

NIKOLAUS BLOME, MARKUS DEGGERICH,
HORAND KNAUP, KRISTIANA LUDWIG,
PETER MÜLLER, GORDON REPINSKI



HESSEN

Regieren oder verlieren

SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel wird nicht Ministerpräsident werden. Amtsinhaber Volker Bouffier kann sich jetzt aussuchen, mit wem er weiterregiert.

Das kleine Spiel, passend zum großen, hat Thorsten Schäfer-Gümbel auf den Besprechungstisch seines Büros gelegt. „Intrige“ steht auf der knallroten Verpackung und darunter: „Das Ränkespiel um Macht und Machenschaften“. Es geht um Posten und Geld, um vergiftete Angebote und taktische Absprachen, um Regieren oder Verlieren.

Das „Verhandlungsspiel für 3 bis 5 Spieler ab 12 Jahren“ bekam Schäfer-Gümbel in frühen Juso-Jahren geschenkt, kürzlich erinnerte er sich daran. Der hessische SPD-Chef ist auf diesem Spielfeld schon deshalb noch nie geschlagen worden, weil er die Kiste nie ausgepackt hat. Vorige Woche lag sie, noch immer eingeschweißt in durchsichtige Plastikfolie, in seinem Wiesbadener Landtagsbüro.

Im großen Spiel um Macht und Posten, dem realen Verhandlungspoker mit drei bis fünf Mitspielern im Wiesbadener Landtag, steht Schäfer-Gümbel hingegen vor einer Niederlage. Entweder einer klei-

nen: Juniorpartner in einer Regierung mit der CDU zu werden. Oder aber einer großen: als Oppositionsführer gegen eine Regierung von CDU und Grünen zu enden.

Der Sieger des echten Spiels heißt, so viel steht schon vor dem letzten Zug fest, Volker Bouffier. Er ist Ministerpräsident, und er wird es aller Voraussicht nach bleiben. Vermutlich Ende dieser Woche kann der hessische CDU-Chef mit seinen Parteifreunden entscheiden, ob er Schäfer-Gümbel und dessen SPD ein bisschen an der Macht teilhaben lässt – oder die hessischen Grünen zu Koalitionsverhandlungen lädt.

Schäfer-Gümbels einzige realistische Option auf den Einzug in die Staatskanzlei, ein rot-grün-rotes Bündnis, ist indessen gescheitert: an seinen eigenen Vorbehalten ebenso wie am Widerwillen der Grünen.

Acht Wochen lang, seit der Landtagswahl am 22. September, feilschten CDU, SPD und Grüne vor allem darum, wer

das Land künftig regiert. Die Linke versuchte teils mehr, teils weniger engagiert, ins Spiel zu kommen. Nur die FDP, die es im September mit 5,0 Prozent der Stimmen gerade noch ins Parlament geschafft hatte, stand abseits, sie konzentriert sich nach ihrem Absturz auf dessen Aufarbeitung.

Einige Zeit lang sah es nach einer offenen Partie aus. Schäfer-Gümbel witterte die Chance, Ministerpräsident zu werden. Die Sondierungsverhandlungen würden „ergebnisoffen“ geführt, versicherte er. Anders als seine Vorgängerin Andrea Ypsilanti, die vor fünf Jahren beim Anlauf zu einem rot-grün-roten Bündnis krachend gescheitert war, hatte Schäfer-Gümbel das Dreierbündnis im Wahlkampf nicht kategorisch ausgeschlossen.

Allerdings hatte er stets beteuert, diese Konstellation „politisch“ nicht zu wollen. Der Vorwurf eines erneuten „Wortbruchs“ würde sich im Falle einer Koalition wohl nicht ganz vermeiden lassen, fürchtete er. Und vor allem: Wie 2008 hätte ein rot-grün-rotes Bündnis nur eine dünne Mehrheit im Landtag, zwei Stimmen. Schon zwei unsichere Kantonisten bei SPD, Grünen oder Linken könnten Schäfer-Gümbel so schnell zu Fall bringen, wie es die vier abtrünnigen SPD-Abgeordneten mit Ypsilanti gemacht hatten.

Im Oktober plauderte der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel bei einer Seniorenveranstaltung seiner Partei in Nordhessen munter aus, die Linkspartei sei für Schäfer-Gümbel keine Machtop-

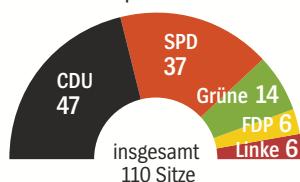
tion. Da stünden schließlich „fünf Irre“, lautete seine Begründung. Die angeblichen Irren waren nicht begeistert. „Das hat manche von uns schon nachdenklich gemacht, ob die SPD es wirklich ernst meint mit den Verhandlungen“, sagt Janine Wissler, die Vorsitzende der Linken-Fraktion im Landtag – der übrigens sechs Abgeordnete angehören.

Die 32-jährige Frankfurterin ist das Gesicht der hessischen Linken, sie nahm bereits vor der Wahl fast alle Fernsehauftritte für ihre Partei wahr. Sie hielt sich klug zurück, wenn sich ihre männlichen Gegenkandidaten gegenseitig ins Wort fielen, und sobald Schäfer-Gümbel oder andere Sozialdemokraten ihre Vorbehalte gegenüber der Linken ausbreiteten, reagierte sie abgeklärt: „Es geht doch hier nicht um Befindlichkeiten.“

Wissler bot SPD und Grünen in den Verhandlungen gleich drei Optionen an: eine Dreierkoalition zu bilden, eine rot-grüne Minderheitsregierung zu tolerieren – oder Bouffier erst mal im Amt zu lassen und mit einer gemeinsamen Parla-

Hessischer Landtag

Sitzverteilung nach der Wahl und mögliche Regierungsoptionen



GROSSE KOALITION 84 Sitze

SCHWARZ-GRÜN 61 Sitze

ROT-GRÜN-ROT 57 Sitze

ROT-GRÜN-GELB 57 Sitze

mentsmehrheit vor sich herzutreiben.

Mit Wissler hätten sie durchaus reden können, sagen Verhandlungsteilnehmer von SPD und Grünen. Aber je länger die Gespräche dauerten, desto klarer sei geworden, dass Wissler nicht für ihre gesamte Partei sprechen könne. So gab sich Wissler nach einer Verhandlungs runde zum überschuldeten Landeshaushalt offen für Kompromisse; man könne auch über Personalreduzierungen reden, sofern dies nicht „in größerem

Umfang“ geschehe. Wenige Minuten später erklärte der Linken-Landesvorsitzende Ulrich Wilken hingegen: „Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen, die einen Stellenabbau zum Ziel hat.“

Die Grünen waren die Ersten, die sich nach solchen Erlebnissen von dem Gedanken an eine rot-grün-rote Zusammenarbeit verabschiedeten. „Die Linken können einfach nicht sparen“, stöhnte ein Spitzen-Grüner schon bald. Schäfer-Gümbel hielt da noch andere Spielchen für möglich, etwa Bouffier zunächst regieren zu lassen, dadurch Zeit zu gewinnen und

am Ende vielleicht die rekondizierende FDP für eine rot-grün-gelbe Ampelkoalition zu gewinnen. Aber für die Grünen kam eine Revitalisierung der FDP nicht in Frage.

Spätestens Anfang voriger Woche war in der Leitungsebene der hessischen SPD allen klar, dass es nichts werden würde mit dem Einzug ins Chefbüro der Wiesbadener Staatskanzlei. Allenfalls eine Juniorpartnerschaft unter Bouffiers Führung sei noch drin – wenn denn die Grünen nicht schneller seien.

Diese Einschätzung sollte allerdings geheim bleiben, da die Verhandlungen mit der Union offiziell noch nicht abgeschlossen sind. An diesem Montag wollen CDU und SPD im Landtag noch einmal über das hessische Dauerstreithema Schulpolitik sprechen. Erst danach, am frühen Abend, will Schäfer-Gümbel nach Frankfurt fahren und seinem Landesparteirat, einer Versammlung von Vertretern der hessischen SPD-Unterbezirke, das Resultat der Verhandlungen präsentieren.

Doch der Zeitplan scheint nicht mehr viel wert zu sein. Schäfer-Gümbel hatte einen Entwurf seines „Sondierungsberichts“ bereits Anfang voriger Woche fertiggestellt. Sprechen wollte er darüber natürlich nicht – schon um seine Verhandlungsposition gegenüber Bouffier nicht massiv zu schwächen. Die CDU durfte

keinen Wind davon bekommen, dass die SPD die rot-grün-rote Alternative aufgegeben hatte.

Genau das passierte aber nur einen Tag später. Am Mittwoch, dem Abend vor dem SPD-Bundesparteitag in Leipzig, machte Schäfer-Gümbel einen Fehler, der wohl schon nach wenigen Übungsrunden mit dem „Intrige“-Spiel zu vermeiden gewesen wäre. Er referierte vor dem Parteivorstand, dem mehr als 30 Mitglieder angehören, über die Chancenlosigkeit einer rot-grün-roten Kooperation in Hessen. Es dauerte nur wenige Minuten, bis die Nachricht aus der großen Runde die ersten Journalisten erreichte.

In der Berliner Parteizentrale versuchten es die Strategen mit halbherzigen Dementis: Eine Entscheidung sei ja noch gar nicht getroffen – doch das half wenig. In der hessischen Heimat hat Schäfer-Gümbel jetzt ein großes Problem. Zahlreichen Sozialdemokraten dort stößt auf, dass er nun auf die unbeliebte Große Koalition zählen muss, wenn er seine Partei an der Macht beteiligen will. „Viele bei uns sagen: Wenn eine Große Koalition schon in Berlin sein muss, dann sollten wir wenigstens in Hessen zeigen, dass es auch anders geht“, sagt ein SPD-Landesvorstandsmitglied.

Auch Schäfer-Gümbel räumt ein, dass es eine „gefühlte Stimmung“ für Rot-



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Grünen-Chef Al-Wazir
„Wir haben uns angenähert“

Grün-Rot in der Landespartei gebe. Der „Arbeitskreis Region und Flughafen“ zum Beispiel, dem etwa 20 SPD-Ortsvereine angehören, fordert „eine rot-grün-rote Regierungskoalition“. Viele Genossen aus der Gegend um den Flughafen sehen in Linken wie Janine Wissler, die sich regelmäßig bei den Montagsdemonstrationen der Fluglärmgegner zeigt, eine Hoffnung auf bessere Zeiten. Sie sei „ziemlich enttäuscht“, dass Schäfer-Gümbel mit dem

Kapitel offenbar schon abgeschlossen habe, sagt Arbeitskreissprecherin Stefanie Then vom SPD-Ortsverein Frankfurt-Niederrad.

Einer kann das alles zunehmend siegesgewiss beobachten: Volker Bouffier, 62. Seit er vor gut drei Jahren das Regierungsamt von Roland Koch erbte, hat er sich weitsichtig um ein entspannteres Verhältnis zu den Grünen bemüht. Das einstige Profil als Kochs Haudrauf-Innenminister habe Bouffier konsequent durch ein Landesvater-Image ersetzt, konstatieren führende hessische Grüne anerkennend.

Inzwischen kann sich selbst der einstige Koch-Intimfeind Tarek Al-Wazir, 42, eine schwarz-grüne Koalition in Hessen grundsätzlich vorstellen. Knifflige Fragen wie die Verringerung des Lärms am Flughafen seien zwar zwischen beiden Seiten noch lange nicht gelöst, „aber wir haben uns auch da angenähert“, sagt der Chef der hessischen Grünen.

Wie groß die Chancen für Schwarz-Grün sind, können Al-Wazirs Leute nicht einschätzen. Als sich die Spitzenleute der Landespartei Mitte voriger Woche nach einer Vorstandssitzung am Abend in eine Kneipe zurückzogen, fragten sie sich, welche Regierung wohl in Hessen zustande kommen werde: Sechs setzten auf eine Große Koalition, nur zwei auf Schwarz-Grün.

MATTHIAS BARTSCH



AFP

Kanzlerin Merkel, Linken-Fraktionschef Gysi im Bundestag 2011: „Männer jammern und heulen, Frauen nicht“

OPPOSITION

Merkel und ihr Gysichen

Die Große Koalition wird mit einer erdrückenden Mehrheit im Bundestag regieren. Wer kann die Kanzlerin in die Schranken weisen? Von *Dirk Kurbjuweit*

Gysichen hat eine Idee. Gysichen ist der Name, den sich Gregor Gysi manchmal selbst gibt, besonders gern, wenn er sich gut und witzig findet, also nicht so selten. Und die Idee, die er hat, findet Gysi super.

Gysichen ist demnächst wahrscheinlich Oppositionsführer, weil er Fraktionsvorsitzender der größten Oppositionspartei im Bundestag ist, falls die Große Koalition zustande kommt. In der Rednerfolge steht er damit künftig auf Platz zwei. „Ich werde auf die Bundeskanzlerin antworten“, sagt er. Es ist ein Satz, der ihn wachsen lässt.

Frage an Gysi: Was hat er sich überlegt, wie wird er Angela Merkel herausfordern? „Mit Logik“, sagt er. Und leuchtet ein bisschen, weil er sich so listig findet.

Beispiel: Die deutschen Geheimdienste haben nicht gewusst, dass die Amerikaner deutsche Daten abfischen – schlimm. Sie haben es gewusst, aber der Bundesregierung nichts gesagt – noch schlimmer. Geheimdienste und Bundesregierung haben es gewusst, aber der Bevölkerung nichts gesagt – am schlimmsten.

Na? Funkt's? Egal wie es war, es war schlimm. Logisch. Eins zu null für Gysi-

chen. Merkel wird sich höllisch in Acht nehmen müssen.

Gregor Gysi ist ohne Frage ein guter Redner. Trotzdem wird die Opposition in dieser Legislaturperiode ein Problem haben, wie schon in der letzten und in der vorletzten. Nur ist es diesmal noch größer. Denn die Opposition ist kleiner.

Die Ära Merkel ist eine Ära der marginalisierten Opposition, das kann man jetzt schon sagen. Von 2005 bis 2009 gab es eine Große Koalition, der die drei Kleinparteien FDP, Linke und Grüne im Bundestag gegenüberstanden. Von 2009 bis 2013 regierte Schwarz-Gelb, aber auf dem wichtigsten Feld, der Euro-Krisenpolitik, folgten SPD und Grüne meist Merkels Kurs. Die Linke stand allein im Oppositionslager. Nun kommt wahrscheinlich wieder eine Große Koalition, die nur noch von zwei Parteien herausgefordert wird, Linken und Grünen. Zusammen repräsentieren sie 17 Prozent der Wähler, 2005 waren es mit der FDP 26,6 Prozent.

Ist das schlimm? Die parlamentarische Opposition ist der edelste Teil der Demokratie. Sie macht einen der großen Unterschiede zur Diktatur aus. Sie kon-

trolliert die Regierung und verleiht den politischen Minderheiten eine Stimme. Sie bietet Alternativen an und sollte permanent in der Lage sein, die Macht zu übernehmen. Sie soll insgesamt dafür sorgen, dass Regierung nicht zur Herrschaft wird.

Gregor Gysi macht seit acht Jahren Opposition gegen Merkel und findet es schwierig, ihr beizukommen. „Frauen, die stabil sind, die können Sie in der Untersuchungshaft zu nichts bewegen“, sagt er etwas überraschend. „Das war auch in der DDR so.“ Gysi ist Anwalt, er weiß, wovon er redet. „Männer jammern und heulen, Frauen nicht, die sind nicht zu kriegen, selbst wenn die Lage so was von eindeutig ist. Eine Frau ist ein Problem aus der Opposition heraus.“ Auch weil man sich nicht traue, sie heftig anzugehen. „Männer halten sich gegenüber Frauen zurück“, sagt er, „auch Frauen haben Hemmungen gegenüber Frauen.“

Als Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen, das hört, bekommt sie einen kleinen Wutanfall. „Ich halte das für eine absolute Machohaltung“, sagt sie. Frauen könnten so angegriffen werden wie Männer. Sind ja nicht aus Zucker. Göring-Eckardt wünscht sich das folgendermaßen von den Männern: Tür aufhalten, ja, selbstverständlich, dann aber voll eins auf die Rübe, die Frauenrübe, in den Debatten. Man könnte sich ja wehren. Eine Bundeskanzlerin sei jedenfalls kein Problem für den Kampf gegen die Regierung.

Einig sind sich der Oppositionsführer und die Vizeoppositionsführerin darin, dass Merkel wenig Angriffsfläche bietet. „Wenn sie zufällig lächelt, kann sie nett

lächeln“, sagt Gysi, haarscharf am Rand des Machotums entlang, und setzt ein Lächeln auf, gegen das schwer zu opponieren sein soll. Es gelingt ihm nicht so richtig. Er glückst. „Sie gilt als nicht eitel, als bescheiden, als an materiellen Dingen nicht interessiert“, sagt er. „Sie ist schwer zu greifen und schwer anzugreifen“, sagt Göring-Eckardt. Und noch einmal Gysi: „Gegen stille Töne ist es schwer, Opposition zu machen.“

Die beiden haben aber auch handfeste Probleme. Linke und Grüne genießen zu wenig Rederecht, können zu wenige Ausschussvorsitzende stellen und nicht einmal gemeinsam einen Untersuchungsausschuss beantragen, weil das alles von der Größe der Fraktionen abhängt. Das Rederecht ist künftig so verteilt: 48 Minuten in einer Stunde für die Regierung, 12 Minuten für die Opposition, die mehr oder weniger totgelabert werden kann. „Das geht überhaupt gar nicht“, sagt Gysi. Neuerdings klingt das nach einem Merkel-Zitat.

Göring-Eckardt hat dem Fraktionschef der Union, Volker Kauder, einen Brief geschrieben und darum gebeten, die Geschäftsordnung des Bundestags nicht sklavisch zu befolgen. Sie sieht es als gutes Zeichen, dass Kauder sie sofort angerufen hat. Nun gibt es eine Opposition, die auf die Nachsicht der Regierungsfraktionen hoffen muss, um funktionstüchtig zu sein. Geld fehlt auch, für Gutachten, für Veranstaltungen.

Gysi findet es unerträglich, dass Linke und Grüne keine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht anstrengen können. Dafür braucht man ein Viertel der Abgeordneten. Dies sei eines der wichtigsten Instrumente, um die Gesetze der Regierung zu kontrollieren, „das Königsrecht der Opposition“. Göring-Eckardt winkt ab. Ihr hätten Verfassungsrechtler gesagt, das sei nicht so wichtig. Der Politikwissenschaftler Ludger Helms gibt Gysi recht. In seinem Buch „Politische Opposition“ zählt er die Normenkontrollklage zu den „vielleicht wichtigsten institutionellen Instrumenten“ der Opposition.

Gysi will das Grundgesetz ändern lassen, das Quorum für Normenkontrollklagen soll wegfallen. Aber nicht einmal mit der bestechendsten Logik wird er dafür eine Mehrheit finden. Zwei Drittel der Abgeordneten müssten es sein. Zu viel für Gysichen.

Diese Schwäche der parlamentarischen Opposition ist auch ein Problem für die Medien. Kritische Berichte oder enthüllte Skandale haben die beste Resonanz, wenn sie die Politik im Bundestag kraft-

voll aufnimmt. Das aber kann nur eine starke Oppositionspartei.

Manchmal schafft es ein einzelner Politiker, eine Regierung vor sich herzutreiben, zum Beispiel Oskar Lafontaine von den Linken die Große Koalition im Jahr 2007. Damals dachten sehr viele Menschen, dass es nicht gerecht zugeht, und Lafontaine war charismatisch und ruchlos genug, den Volkstrieb zu geben. Er hielt flammende Reden und stellte unerfüllbare Forderungen. Gysi hätte da ebenfalls keine Bedenken, aber er bringt sich selbst durch unablässige Späßigkeit in den Verdacht, ihn so ganz ernst nicht nehmen zu müssen. Bei Göring-Eckardt

Die stärkste Opposition ihrer Ära saß bislang in Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht sah ihr streng auf die Finger, ist aber demokratisch weniger legitimiert als der Bundestag.

Auch das Volk kann Wächter sein. Am allerkleinsten war die Opposition während der Großen Koalition von 1966 bis 1969, als nur die FDP mit knapp zehn Prozent die Regierung kontrollierte. Damals gingen die Studenten auf die Straße, um die Gesellschaft zu verändern. In den Zeiten Angela Merkels kämpfen Bürger gegen lokale Belästigungen, gegen einen Bahnhof, gegen Olympische Spiele, gegen Flugrouten. Eine parlamentarische Opposition ersetzt das nicht.

Merkel betreibt Politik so, dass mancher womöglich den Eindruck hat, eine starke Opposition würde nicht mehr so richtig gebraucht. Die Bundeskanzlerin steht im Ruf, eine Europapolitik für alle Deutschen zu machen, sie greift niemanden an, provoziert nicht und bedient sich programmatisch bei Roten und Grünen. Das trifft eine grundsätzliche Stimmung in der Bundesrepublik, die der Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt schon 1996 einen „grand coalition state“ genannt hat. Man will den Konsens, die Einigkeit. In Merkel ist das nun verkörpert.

Man muss nicht Alarm schreien, ein bisschen aufpassen aber schon. Wenn es so weitergeht, wird die Opposition zur bedrohten Spezies, und das darf nicht sein. Lebendig ist eine Demokratie nur im Für und Wider bei annähernd gleicher Stärke. Nur mit Zwergen geht es auf Dauer nicht. Dann ist es ein anderes System, eine Merkelokratie.

In einer beinahe paradoxen Reaktion verführt die neue Bedeutung Grüne und Linke dazu, staatstragender zu werden.

Göring-Eckardt hat sich vorgenommen, „keine Aus-Prinzip-dagegen-Opposition“ zu machen. Gregor Gysi will die Linken zur „akzeptierten Opposition“ entwickeln. Die Fraktion, bislang auch von Spinnerei geprägt, soll seriöser und schneller arbeiten, damit die Wähler anderer Parteien sie ernst nehmen können. Das gilt auch für ihn selbst: „Ich muss mich ändern“, sagt Gysi, der damit ein bisschen Abschied vom Gysichen nähme. Und Anton Hofreiter nimmt seinen neuen Job so ernst, dass er bei der Konstituierung des Bundestags die Nationalhymne mitgesungen hat, zum ersten Mal im Leben. ♦



Grüne Göring-Eckardt: Voll eins auf die Frauenrübe

hemmt eine manchmal ausufernde Netzigkeit die Offensivkraft. Sie läuft Gefahr, Merkels Lieblingsoppositionelle zu werden. Und der andere Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anton Hofreiter, ist noch neu im Rampenlicht.

Jürgen Trittin, bislang die kraftvollste Figur der Grünen, sitzt nach den Fehlern im Wahlkampf nur noch in der zweiten Reihe. Es fehlen auch Leute wie Guido Westerwelle (FDP), der ein guter Parlamentarier war. Merkel gegen die Zwergen, das ist erst einmal die Grundkonstellation.

Wer macht dann den Job, die Bundeskanzlerin in die Schranken zu weisen?



CSU-Politiker Dobrindt

STEFFI LOOS / DDP IMAGES

KARRIEREN

Bayerische Wippe

Horst Seehofer demütigt in Berlin seine Minister und raubt ihnen damit Autorität. Größter Profiteur ist Generalsekretär Alexander Dobrindt. Er soll zum Statthalter des CSU-Chefs aufsteigen.

Der Verkehrsminister redet und redet, wieder so eine ermüdende Sitzung in diesen ewigen Koalitionsverhandlungen. Peter Ramsauer berichtet aus seiner Arbeitsgruppe, in der er mit den Sozialdemokraten verabredet hat, dass die Mietpreisbremse für deutsche Großstädte noch etwas fester zu packen soll als ursprünglich geplant.

Es ist nur ein Detail bei der Vorbesprechung der Unions-Unterhändler am vergangenen Montag, doch plötzlich wird Horst Seehofer wach. „Haben wir das so vereinbart?“, ruft Seehofer durch den Raum. Ramsauer stutzt kurz. Er kann nicht glauben, dass ihn sein Parteichef vor der gesamten Delegation zusammenfaltet. Der Minister entschließt sich, so zu tun, als sei nichts geschehen. Er redet einfach weiter.

Doch Seehofer setzt nach, er unterbricht Ramsauer wieder. „Das ist keine Antwort auf meine Frage“, zischt Seehofer. „Haben wir das so vereinbart?“

Der Minister schrumpft binnen Sekunden, er wirkt wie ein kleiner Angestellter, der zum Opfer des Jähzorns seines Chefs wird. Die Szene ist eindringlich und beklemmend, auch deshalb, weil niemand Ramsauer beispringt. Den einen fehlt der Mut; die anderen bemerken, dass der Abstieg Ramsauers für sie den Aufstieg bedeuten könnte.

Alexander Dobrindt, 43, könnte zum Profiteur der bayerischen Wippe werden.

Das Letzte, was ihm einfiele, wäre, seinem Chef ins Wort zu fallen. Der CSU-Generalsekretär erlebt derzeit beinahe täglich, wie Seehofer seine Berliner Minister tunkt. Ramsauer trifft es noch vergleichsweise gimplifisch, noch schlimmer ist Hans-Peter Friedrich dran. Wenn der Innenminister den Mund aufmacht, kann er sich sicher sein, dass Seehofer widerspricht. Jahrelang kämpfte Friedrich gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, dann räumte Seehofer die Position mit ein paardürren Sätzen ab. Als Friedrich bei den Sondierungsgesprächen aufmuckte, fuhr Seehofer dazwischen: „Ich habe hier meine Gesprächsbereitschaft namens der gesamten CSU mitgeteilt.“

Bei Seehofer hat sich die Lust am Herrschen schon immer mit einer Prise Sadismus verbunden. Dobrindt dagegen hat keine Freude daran, seine Parteifreunde leiden zu sehen. Aber er hat erkannt, dass Seehofer in ihm den kommenden Mann sieht. Also schweigt er.

Aus Sicht Seehofers spricht für Dobrindt, dass er nicht allzu zimperlich ist. Seehofer kann nicht immer aussprechen, was er denkt, das bringt das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten mit sich. Umso schöner war es, dass er mit Dobrindt einen Mann hatte,

der den Präsidenten der Europäischen Zentralbank einen Falschmünzer nannte und Daniel Cohn-Bendit einen „widerwärtigen Pädophilen“. Es sind Sprüche, die bei etwas grober geschnitzten CSU-Anhängern ankommen.

Für viele in der Union überschritten Dobrindts Angriffe die Grenzen dessen, was man sich im politischen Betrieb leisten darf. In Seehofers Augen aber waren sie Empfehlungen für die weitere Verwendung Dobrindts an höherer Stelle.

Der CSU-General ist ein Mann nach Seehofers Geschmack. Loyal, klug in der Analyse und im politischen Zweikampf skrupellos. Das unterscheidet ihn zum Beispiel von Friedrich, der seine bundespoltische Karriere als persönlicher Referent des damaligen CSU-Landesgruppenchefs Michael Glos begann und im Geiste immer ein Mann der zweiten Reihe blieb.

Dobrindt soll nach dem Willen Seehofers der wichtigste Mann der CSU in Berlin werden, der Statthalter des Parteichefs in der Hauptstadt. Seehofer fürchtet, dass die kleine CSU in der Großen Koalition an den Rand gedrückt wird. Theoretisch haben CDU und SPD ohne die Bayern eine Mehrheit. Dobrindt soll dafür sorgen, dass die Regionalpartei in der XXL-Koalition erkennbar bleibt.

Dobrindt hat das Talent zum schmissigen Satz, keine Frage.

Am vergangenen Mittwoch fährt er in die Berliner CDU-Zentrale. Die künftigen Koalitionäre tagen im großen Kreis, die drei Generalsekretäre nehmen danach Aufstellung zu ihrer Pressekonferenz.

Ein Reporter will ein Statement zu dem Verfahren, das die EU-Kommission wegen der deutschen Exportüberschüsse eingeleitet hat. Hermann Gröhe,

Minister Friedrich
ANDREAS GERBERT / DPA

der Hausherr, ist darüber pflichtgemäß empört, aber seine Sätze mändern ohne Ziel, am Ende gucken die Journalisten ratlos. Dobrindt ergreift das Wort. „Man kann Europa nicht stärken, indem man Deutschland schwächt“, sagt er. Der Satz schafft es in die „Tagesthemen“.

Seehofer schätzt so etwas. Er freut sich ja selbst darüber, wenn er einen Spruch erfindet, der bald in aller Munde ist, zum

Seehofer fühlt sich wie ein Marathonläufer auf halber Strecke. Jetzt zählt nur: Wer schadet? Wer nutzt?

Beispiel: „Sie können das alles senden!“ Seehofer erkennt in Dobrindt ein Politikerprofil, das er immer noch für das Erfolgreichste hält – sein eigenes.

Die ideale Verwendung für Dobrindt wäre eigentlich der Job des Landesgruppenvorsitzenden. Als Chef der über 50 CSU-Abgeordneten im Bundestag könnte Dobrindt aus dem Themenwirrwarr in der Hauptstadt prägnante Botschaften für die bayerischen Wähler basteln. Doch Amtsinhaberin Gerda Hasselfeldt, 63, will nicht weichen, Seehofer akzeptiert das.

Konkurrenz soll Dobrindt ihr dennoch machen, dann eben als Minister. Zwar will Seehofer mit Merkel den konkreten Zuschnitt des Kabinetts erst nach Ende des CSU-Parteitags an diesem Samstag besprechen. Doch was Dobrindt angeht, sind die Alternativen klar: Entweder er ersetzt einen der beiden angeschlagenen Amtsinhaber. Oder, wahrscheinlicher, er bekommt ein anderes Ressort: zum Beispiel Bildung und Forschung.

Seehofer weiß, dass er sich auf Dobrindt verlassen kann. Der Generalsekretär dankt allein dem Parteichef seine Karriere. Bevor Dobrindt aufstieg, war er ein weitgehend unbekannter Bundestagsabgeordneter. Erst Seehofer fischte ihn aus dem Meer der Namenlosen.

Seine ersten Jahre als Generalsekretär waren kein Vergnügen. Aber dann riss sich Dobrindt am Riemen. Er nahm 19 Kilo ab, kaufte sich eng geschnittene Anzüge und feilte an seiner Rhetorik. Das beeindruckte auch den Chef. Nun hilft Dobrindt, dass er im Gegensatz zu Seehofer auch auf das Kleingedruckte achtet.

So witterte Dobrindt bei der Lektüre der Unterlagen für die Koalitionsverhandlungen schon frühzeitig eine Gefahr: Wenn die Fachpolitiker Milliardenforderungen aufhäuften, wie sollten CDU und CSU da ihr Versprechen halten, die Steuern nicht zu erhöhen? Seitdem gilt bei den Verhandlungen: Über Geld wird erst am Schluss geredet.

Bei einer Klausur in der Münchner Parteizentrale am Samstag vor einer Woche

schärfsten Seehofer und Dobrindt ihren Unterhändlern ein, bei den Gesprächen mit der SPD nicht zu nachgiebig zu sein. „Wer sich einigt, soll nicht mit stolz geschwellter Brust zu uns kommen“, sagte Dobrindt im kleinen Kreis, „sondern mit einem schlechten Gewissen.“

Der Einfluss des restlichen CSU-Führungspersonals auf Seehofer ist mit dem Dobrindts nicht zu vergleichen. Im Gegenteil: Neben Ramsauer gibt vor allem Innenminister Friedrich den Watschermann ab. Allerdings bietet der Oberfranke reichlich Angriffsfläche. Selbst da, wo er Seehofer helfen will, geht es schief.

Kurz vor Seehofers Regierungserklärung in München am vergangenen Dienstag lancierte Friedrich ein Papier. Die von ihm geleitete Verhandlungsgruppe habe sich darauf geeinigt, künftig bundesweite Volksentscheide zuzulassen. Die Meldung sollte Seehofer Rückenwind verschaffen, denn dieser plädiert schon seit längerem für mehr Bürgerbeteiligung.

Schnell aber wurde Friedrich in die Schranken gewiesen. CDU-Generalsekretär Gröhe protestierte, von der Kanzlerin ist ohnehin bekannt, dass sie Politik für ein Geschäft der Profis hält. Schließlich musste Friedrich kleinlaut einräumen: Nein, es gebe „keine Signale aus der CDU, dass man das mittragen würde“.

Wie wenig Seehofer von Friedrich hält, zeigte sich am Donnerstag vor zwei Wochen. Merkel und Seehofer saßen mit ihren Helfern im sogenannten Deutschland-Zimmer in der CDU-Zentrale, einem von einer Werbeagentur durchgestylten Raum mit allerhand Nippes aus den 16 Bundesländern.

Merkel und Seehofer forderten den Innenminister auf, endlich konkrete Vorschläge für eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts vorzulegen. Sie redeten ihm ins Gewissen: „Wenn wir der SPD beim Doppelpass entgegenkommen, können wir manche Auswüchse in der Wirtschaftspolitik vermeiden.“ Doch Friedrich blieb bockig, Seehofer kann es noch Tage später nicht fassen.

Er fühle sich bei den Koalitionsverhandlungen wie ein Marathonläufer auf halber Strecke, sagte Seehofer jüngst in kleiner Runde. Jetzt werde jeder Kilometer anstrengender. Der Blick auf die eigenen Leute wird da kalt, ein einziges Kriterium zählt: Wer schadet? Wer nutzt?

Der CSU-Chef setzt jetzt ganz auf Dobrindt. Seehofer versucht schon länger, der Kanzlerin die versteckten Talente seines Generalsekretärs näherzubringen. Merkel hätte lange gern darauf verzichtet, dass ein Zusitzer wie Dobrindt in ihrem Kabinett Platz nimmt. Aber inzwischen hat sie sich mit dem Gedanken abgefunden. Skeptischen Parteifreunden signalisieren ihre Leute jedenfalls schon mal: „Der Dobrindt ist gar nicht so schlimm, wie ihr alle denkt.“

PETER MÜLLER



FEDERICO GAMBARINI / DPA

ENERGIE

Überflüssige Kohle

Die Stromkonzerne fürchten um ihre Zukunft, ihnen droht die vorzeitige Stilllegung von Tagebauen und Kraftwerken.

RWE-Chef Peter Terium bemühte sich, Haltung zu bewahren. Nein, ein „Warnschuss an die Politik“ seien die niedrigeren Gewinn- und Umsatzzprognosen nicht, argumentierte er tapfer, obwohl der Aktienkurs seines Unternehmens am vergangenen Donnerstag zeitweise um bis zu neun Prozent gefallen war.

Man passe die Planung des Konzerns lediglich der Realität an, erklärte Terium den durch die Streichung von mehr als 6000 Stellen und schlechte Ergebnisprognosen aufgeschreckten Analysten in einer Telefonkonferenz. Und die sehe nun einmal so aus, dass mit Kohle oder Gas betriebene Kraftwerke infolge der Energiewende immer weniger gebraucht würden. Stromerzeuger wie RWE müssten sich neue Geschäftsmodelle suchen. Das sei ein schwieriges und langwieriges Unterfangen, so der RWE-Chef.

Möglicherweise ist es sogar ein aussichtloses. Denn in den Koalitionsverhandlungen bahnen sich weitere Belastungen an – zumindest für jene Energie-



konzerne, die wie RWE oder Vattenfall Europe in Deutschland große Mengen Braunkohle fördern und verstromen.

Konkret geht es um die vorzeitige Stilllegung der gewaltigen Tagebauen und der dazugehörigen Kraftwerke. Und um millionenschwere Rückstellungen, die von den Konzernen dafür gebildet werden müssten.

Trotz Federführung durch die nordrhein-westfälische und damit traditionell kohlefreundliche Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hatte sich in das Koalitionspektrum der Arbeitsgemeinschaft Energie eine für die Konzerne folgenreiche Formulierung eingeschlichen: 75 Prozent des deutschen Stroms, war in den verschiedenen Fassungen des Papiers als SPD-Forderung zu lesen, sollten bis zum Jahr 2030 aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. So steht es im SPD-Regierungsprogramm. Und von diesem Ziel wollte Kraft in den Verhandlungen mit Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) auch nicht abrücken – zumindest nicht bis Freitag vorvergangener Woche.

Da ging in der SPD-Fraktion eine brisante E-Mail ein. Geschrieben hatte sie Wolfgang Dirschauer, ehemaliger Energiereferent der SPD-Fraktion und heute Lobbyist beim Stromanbieter und Braunkohlenutzer Vattenfall Europe.

„Wer auf SPD-Seite“, wollte Dirschauer von den „lieben Kollegen“ wissen, diesen „Wahnsinn“ mit „75-Prozent EEG-Strom bis 2030“ zu verantworten habe. Ob es bei den Verhandlungen „Opium geregnet“ habe. Und ob der SPD wirklich nicht klar sei, dass mit dieser Formulierung der Braunkohlentagebau nicht mehr zu halten sei, „unsere Firma ruiniert und 20 000

Arbeitsplätze in der Lausitz vernichtet“ würden.

Auch beim zweiten Stromriesen RWE in Essen wurde man hellhörig. Wie Vattenfall plant auch RWE, seine gewaltigen Braunkohlentagebauen zwischen Düsseldorf, Köln und Aachen noch Jahrzehnte mit den heutigen Fördermengen zu betreiben und die Kohle in riesigen Kraftwerken zur Stromgewinnung zu verbrennen. Nach derzeitigem Planung soll das bis zum Jahr 2045 so weitergehen. Erst dann ist möglicherweise eine Stilllegung geplant.

Würde in einem Koalitionsvertrag jedoch verbindlich festgeschrieben, dass regenerative Energien bis zum Jahr 2030 einen Anteil von 75 Prozent an der Stromversorgung erreicht haben sollen, wäre für Braunkohlestrom kaum noch Raum. In den meisten Regionen wäre der umweltschädliche Tagebau überflüssig. Für die nach Abzug von Gas- und Steinkohle verbleibende Restmenge, sagt ein Konzernmanager, reichte ein einziges kleines Abbaugebiet im Osten oder im Westen der Republik.

Außerdem müssten die ohnehin angeschlagenen Unternehmen dann unverzüglich damit beginnen, gewaltige Rückstellungen für den dann früher beginnenden Rückbau und die Rekultivierung der riesigen Löcher zu bilden. Eine solche Anpassung an die Realität schreibt das Gesetzbuch vor.

Für Terium und seine Manager wäre das ein Alptraum – nicht nur, weil das Geld künftig nicht vorhanden ist. Ausgerechnet die umweltschädliche, aber billige Braunkohleverstromung stützte in den vergangenen Monaten das Ergebnis des Konzerns.

Die Manager waren geschockt. Schließlich hatten sie immer gedacht, in der Landesmutter eine treue Verbündete gefunden zu haben. Und jetzt das?

Es herrschte Rätselrat. Konnte es sein, dass Kraft den Zusammenhang zwischen Ausbauziel für erneuerbare Energien und der Zukunft der heimischen Braunkohleindustrie nicht verstanden hatte?

Vattenfall und RWE schickten ihre Lobbyisten aus, um das Schlimmste zu verhindern – vorläufig mit Erfolg. Die Zeit drängte, denn am Samstag war die entscheidende Sitzung der Arbeitsgruppe Energie anberaumt, die im Willy-Brandt-Haus zusammenkommen sollte. Als Ersten brachten die Lobbyisten Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke auf Kurs.

Woidke sitzt ebenfalls in der Arbeitsgruppe Energie. Noch in der Vorbesprechung der Genossen am Morgen schlug er Alarm. Um elf sollte die Sitzung beginnen. Doch die sozialdemokratischen Verhandler waren erst um zwölf Uhr mit ihren internen Diskussionen zum Ausbauziel der Erneuerbaren fertig. Ziemlich schnell stand fest: Konkrete Ausbauziele sollen aus dem Papier der Arbeitsgruppe vorerst herausgestrichen werden.

Auch NRW-Ministerpräsidentin Kraft, die bis dahin für das 75-Prozent-Ziel gestritten hatte, versuchte nun, einen Kompromiss mit der Union zu finden. Die hatte sich auf 55 Prozent festgelegt und wollte auch dabei bleiben.

Zweimal zogen sich die Parteien zu separaten Besprechungen zurück. Kraft unterbreitete der CDU sogar das Angebot, schriftlich festzuhalten, dass die Förderung der regenerativen Energien bis 2030 definitiv auslaufen solle. Altmaier telefonierte mit der Kanzlerin, Kraft mit dem SPD-Vorsitzenden Gabriel. Um 17 Uhr stand fest: Beide Parteien würden hart bleiben. Wenn die Parteispitzen auf konkreten Ausbauzielen beständen, müssten sich schon Merkel und Gabriel darüber einig werden.

Union und SPD, ist nun in der Vereinbarung zu lesen, würden sich in den weiteren Gesprächen noch auf einen „Zielkorridor“ für den Anteil des grünen Stroms einigen. In der Diskussion ist ein Kompromiss von 60 oder 65 Prozent – vielleicht auch 40 oder 45 Prozent, dann aber schon im Jahr 2023.

RWE-Chef Terium müsste dann zumindest nicht umgehend reagieren und millionenschwere Rückstellungen bilden – mit Geld, das er nicht hat.

Eine Erweiterung des Tagebaus mit einer Umsiedlung ganzer Dörfer, wie RWE sie immer noch in Erkelenz bei Aachen plant, wäre aber auch mit diesem Kompromiss kaum noch zu verantworten.

FRANK DOHLEN, GERALD TRAUFETTER

KOMMENTAR

Präsidiale Pose

Von Gisela Friedrichsen

Er erscheint in der Tür. Das Stimmengewirr des Publikums verstirbt. Geflüster, respektvolle, fast andächtig-erhabene Stille. Die Herumstehenden machen ihm Platz. Routiniert lächelnd folgt er dem Justizwachtmeister, taxierend, wer alles da ist und wen er davon kennt. Er trägt keine Brille mehr. Am Revers seines Anzugs glänzt die „Sonderstufe des Großkreuzes“, die höchste Stufe des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, in der dem Anlass geschuldeten kleinen Ausführung. Die präsidiale Pose beherrscht Christian Wulff noch immer.

David Groenewold, Filmproduzent und jedermanns Darling in einer Welt, die viel lockerer und vor allem großzügiger ist als Wulffs Welt, wartet schon. Ohne zu zögern geht Wulff auf ihn zu und deutet mit einer raschen – Umarmung wäre zu viel gesagt – Geste an, dass die beiden Männer trotz aller Unterschiede noch immer Freundschaft verbindet, jetzt erst recht. Beide warten im Stehen, bis auch der letzte Fotograf den Gerichtssaal verlassen hat. Es soll kein Bild geben vom einst ersten Mann im Staat auf dem Arme-Sünder-Bänkchen.

Wenig später fallen Worte wie „absurd“, „ehrabschneidend“ und „empörend“. Wulffs Stimme zittert dabei nicht. Er spricht frei, orientiert sich nur an Notizzetteln wie früher bei seinen Präsidentenreden. Er spricht von den Tausenden Terminen eines Ministerpräsidenten, von dem unermüdlichen Einsatz für das Land. Allenfalls verhaltener Zorn und kalkulierte Verletztheit dringen gelegentlich durch diese Fassade. Seine Blicke durchbohren dabei die Staatsanwaltschaft.

Die Strafverfolger haben ihm tatsächlich übel mitgespielt. Was Wulff über die Ermittlungen berichtet, wie borniert und sensationslüstern das Privatleben der Familie ausgeschlachtet

und bis in den hintersten Winkel ausgeleuchtet worden sei, erinnert, horribile dictu, an die Klagen der Opfer im NSU-Prozess, an denen manche Strafverfolger ebenfalls ihren Frust über ausbleibende Fahndungserfolge ausgetobt haben. Als ob Ausländer und Prominente Freiwild wären.

„Auch Politiker haben ein Recht auf Freunde“, sagte Wulff in seiner Erklä-

mand auf die Idee gekommen wäre zu zweifeln, ob er sich seinen Lebensstil leisten könne? Der beste Satz in der Talkrunde Maischberger, in der wie in allen derartigen Schwatzrunden scheinheilig debattiert wurde, ob der Prozess wirklich sein müsse, stammte von der Society-Journalistin Sibylle Weischenberg. Sie fragte, wer um Himmels willen denn auf die Idee gekommen sei, bei Wulff von Glamour zu sprechen. Sie sagte „Glamuhr“. Wulff und Glamuhr, genau.

Die Staatsanwaltschaft scheint den Prozess mit einer Casting-Show zu verwechseln, bei der man in der Öffentlichkeit Figur machen kann. Nicht nur, dass sie ihre Helden im Internet mit Fotos „als Download“ und Lebenslauf präsentiert. Sie betont auch bei jeder Gelegenheit, dass sie wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und Bestechung angeklagt habe. Das riecht nämlich besonders nach Korruption. Dass die Kammer jedoch davon abweichend wegen Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung verhandeln wird, kommt in der jüngsten Verlautbarung der Staatsanwaltschaft nur beiläufig vor. Bestechlichkeit – das wär's in den Augen der Ankläger.

Wulff und Groenewold hätten den öffentlichen Prozess gegen unverhältnismäßig hohe Geldzahlungen von 20000 und 30000 Euro abwenden können. Waren es nur 9000 Euro gewesen, hätten sie vielleicht zähnekirischend oder erschöpft zugestimmt. Doch nun wollen sie den Prozess, den Freispruch, selbst um den Preis, dass ihr Privatleben noch einmal haarklein vorgeführt wird. Und Wulff will auch noch, dass „nichts hängenbleibt“ an seinem Bild als Bundespräsident. Er hat nicht verstanden, dass dies, selbst wenn Bobbycar und „Wiesn-Sause“ in Trachtenjanker und Dirndl längst vergessen sein werden, Wunschdenken ist. Allein durch den Strafprozess.

Die Staatsanwaltschaft scheint den Prozess mit einer Casting-Show zu verwechseln.



Angeklagte Wulff, Groenewold

NIGEL TREBLIN / GETTY IMAGES / DDP IMAGES

rung vor der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Hannover. Ja, schon. Aber Politiker haben sich gerade bei Freunden schon vor dem leisen Anschein von Gefälligkeit zu hüten. Noch dazu, wenn diese Freunde daraus geschäftliches Kapital schlagen könnten. Da mag Wulff, der das politische Geschäft nun wirklich in- und auswendig kennt, den Vorwurf der Vorteilsannahme auch inbrünstig zurückweisen: Es waren jenseits seiner haarsträubenden Fehler im Umgang mit der Öffentlichkeit schon ziemlich viele Gratis-Urlaube bei reichen Freunden, Gratis-Dinners und sonstige schillernde Inszenierungen seines Privatlebens, die so gar nicht zu ihm passten.

Ob Wulff sich mal gefragt hat, warum in der Zeit seiner ersten Ehe nie-



AFFÄREN

Unter Bundesbrüdern

Neue Vorwürfe gegen Eckart von Klaeden: Half der Staatsminister dem Daimler-Konzern dabei, einen Milliardendeal mit dem Bund einzufädeln?

CDU-Politiker Klaeden

Ein Männerbund wird zum Problem

Die Bank war ein wichtiger Akteur in milliardenschweren Geschäften zwischen Daimler und der Regierung.

2007 hatten die Stuttgarter einen Teil ihrer Aktienbeteiligung am Luft- und Raumfahrtkonzern EADS an ein Konsortium namens Dedalus verkauft. Hinter Dedalus standen die staatliche KfW, mehrere Bundesländer mit EADS-Standorten und eine Reihe privater Investoren. Goldman Sachs begleitete die Transaktion auf Wunsch der Bundesregierung und stieg bei Dedalus ein. Christoph Brand wurde Aufsichtsratsvorsitzender des Konsortiums.

Im Jahr 2010 dann wollte Daimler auch die restlichen EADS-Anteile abstoßen. Für Daimler stand viel auf dem Spiel: Dem Unternehmen ging es schlecht, der Absatz stockte. Konzernchef Dieter Zetsche suchte nach Einnahmen. Doch immer wieder musste er seine Aktionäre vertrösten, weil er die wertvollen Anteile nicht verkaufen konnte. Sein Problem: Die Bundesregierung blockierte, weil sie ihren Einfluss bei dem für Deutschland strategisch so wichtigen EADS-Konzern sichern wollte. So bestimmte das Kanzleramt zusammen mit den Daimler-Managern, wer in den Aufsichtsrat von EADS geschickt wurde. Hätte Daimler seine Anteile an dem Rüstungskonzern am Aktienmarkt einfach losgeschlagen, wäre damit auch die Macht der Regierung bei EADS wohl geschwunden. Daimler musste also mit dem Bund eine Lösung für den Aktienverkauf finden.

Die Banker von Goldman Sachs sollten erneut behilflich sein. Dieses Mal waren sie als sogenannte Joint Bookrunner von Daimler beauftragt, den Verkauf der Aktien vorzubereiten.

Just in dieser Zeit kam Brand fast im Monatstakt mit Eckart von Klaeden zusammen. 23-mal trafen sich die beiden zwischen 2009 und 2012, in jener Zeit also, in der der Deal ausgehandelt wurde. Bei zwei weiteren Gesprächen saßen auch andere Goldman-Banker dabei. Klaeden und Brand beteuern, nie über Daimler und EADS im Zusammenhang mit den Anteilsverkäufen gesprochen zu haben. Auch sei Klaeden nicht mit Entscheidungen rund um den Verkauf der Daimler-Anteile betraut gewesen.

Doch als Staatsminister war Klaeden über den bedeutenden Vorgang bestens im Bilde. Auf Anfrage der Grünen-Abgeordneten Lisa Paus muss das Kanzleramt nun zugeben: „Er hat interne Vorlagen der zuständigen Abteilung des Bundeskanzleramtes erhalten, die einen Sachstand zum Verkauf der EADS-Anteile der Daimler AG an die KfW enthalten.“

* Beim Bundesparteitag der CDU 1986.

Die Studentenverbindung Gottingo-Normannia legt viel Wert auf Tradition und Gemeinschaft. Wenn die Göttinger Bundesbrüder zusammenkommen, erscheinen viele Korporierte in vollem Wuchs, mit Uniform, Kappe und Band in grün-weiß-blauen Farben. Das Bier fließt in Strömen, und ein Bund fürs Leben wird besiegt, ganz nach dem Wahlspruch der Verbindung: „Einer für alle, alle für einen“.

Zwei Männer, die dieser Korpsgeist verbindet, haben es seit ihren Göttinger Tagen in die Machtzentren der Republik geschafft. Christoph Brand, 52, rückte in den exklusiven Kreis der Partner bei Goldman Sachs auf, der mächtigsten Investmentbank der Welt. Eckart von Klaeden, 48, gewann das Vertrauen von Angela Merkel und stieg bis zum Staatsminister im Kanzleramt auf.

Der Banker und der Beamte, die seit Schulzeiten befreundet sind, blieben sich treu: Klaeden traf sich in der vergangenen Wahlperiode mit kaum einem Wirtschaftsvertreter so häufig wie mit Brand.

Es ist ein Männerbund fürs Leben. Doch jetzt wird er für Klaeden zum Problem.

Seit Wochen steht der Christdemokrat unter Druck, weil er aus dem Kanzleramt direkt auf den hochdotierten Posten als Cheflobbyist zur Daimler AG gewechselt ist. Staatsanwälte ermitteln wegen mögli-

cher, von ihm aber bestrittener Vorteilsannahme. Die Kritik von Parteifreunden zwang ihn zum Rücktritt aus dem CDU-Präsidium.

Nun zeigen neue Informationen aus dem Kanzleramt, dass die Verbindung zwischen Klaeden und dem schwäbischen Autobauer enger war als bislang bekannt. Sie werfen die Frage auf: War Klaeden dem Konzern möglicherweise bei dessen Finanzgeschäften behilflich?

Eine zentrale Rolle für die Antwort könnte dabei Brand spielen, der bei Goldman Sachs verantwortliche Partner für das Geschäft mit dem öffentlichen Sektor.



DIE MARIA GUST

Klaeden-Weggefährte Brand*
Seit Schultagen befreundet

Insgesamt 18 interne Vorlagen im Zeitraum vom 17. August 2010 bis zum 13. September 2012 hat Klaeden von der zuständigen Abteilung im Kanzleramt bekommen.

Häufig trafen sich Brand und Klaeden, kurz nachdem der Staatsminister eine neue Vorlage zum Daimler-Deal erhalten hatte. Am 13. Februar 2012 erhielt Klaeden ein neues Dossier zu dem Geschäft, zwei Tage darauf kam Brand zu Besuch. Am 5. Juli 2012 flatterte eine neue Vorlage auf Klaedens Tisch, am selben Tag setzten sich die beiden Weggefährten zusammen.

Auffällig ist auch: Zwei interne Vorlagen hat Klaeden „in Vertretung des Chefs des Bundeskanzleramtes erhalten“, was die Vermutung nahelegt, dass Klaeden mit der Angelegenheit intensiver befasst war als bislang angenommen.

Zudem gibt es weitere Indizien, dass sich Klaeden sehr wohl für die Zukunft der Daimler-Anteile an EADS interessierte. Fünfmal traf der damalige Staatsminister mit EADS-Vertretern zusammen. Tom Enders, damals Chef der EADS-Tochter Airbus, bekam ebenfalls einen Termin. Es gab drei Treffen mit Daimler-Abgesandten, und auch in seiner Funktion als sogenannter Bund-Länder-Koordinator könnte Klaeden in den Deal eingebunden gewesen sein.

Denn mehrere Bundesländer mit EADS-Werken halten über das Dedalus-Konsortium Anteile an dem Rüstungskonzern, um ihre Standorte zu sichern. Bei der Neuordnung des EADS-Konzerns, die mit dem Aktienverkauf einhergehen sollte, brauchte das Kanzleramt die Unterstützung der Länder. Sollte Klaeden als zuständiger Kontaktmann im Kanzleramt nichts davon gewusst haben? Die Grünen-Steuerexpertin Paus hält das für wenig

staatseigene KfW übernahm die Daimler-Anteile an EADS und zudem die Anteile der Privatinvestoren am Dedalus-Konsortium. Deutschland hielt nun rund zehn Prozent an EADS. Die KfW bezahlte insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro für die Anteile. Der Bund sicherte das Geschäft mit seinem Haushalt ab, sein Einfluss bei EADS blieb gewahrt.

Es gab noch einen Gewinner: Goldman Sachs. Für die Abwicklung des Deals strich die Bank Gebühren ein. Drei bis fünf Prozent sind in der Regel üblich. Hinzu kommen die Einnahmen aus dem Verkauf ihrer eigenen Dedalus-Anteile. Im Geschäftsbericht 2012 widmet die Investmentbank dem Geschäft ein eigenes Kapitel, so stolz waren die Goldmänner.

Auch Klaeden und Brand blieben sich verbunden. Am 24. September, noch als Staatsminister im Kanzleramt, trat Klaeden bei der „Second German Corporate Conference“ auf. Das Treffen zwischen Bankern und Industriebossen in München wurde von Goldman Sachs und der Berenberg Bank organisiert. Klaeden war der einzige Politiker unter mehr als 50 Referenten. Auch sein alter Bundesbruder Brand war bei der Konferenz dabei. Es ging, so lässt der Veranstalter wissen, um die Folgen der Bundestagswahl.

PHILIPP ALVARES DE SOUZA SOARES,
SVEN BECKER, GERALD TRAUFETTER

Häufig trafen sich Brand und Klaeden, kurz nachdem der Staatsminister eine neue Vorlage erhalten hatte.

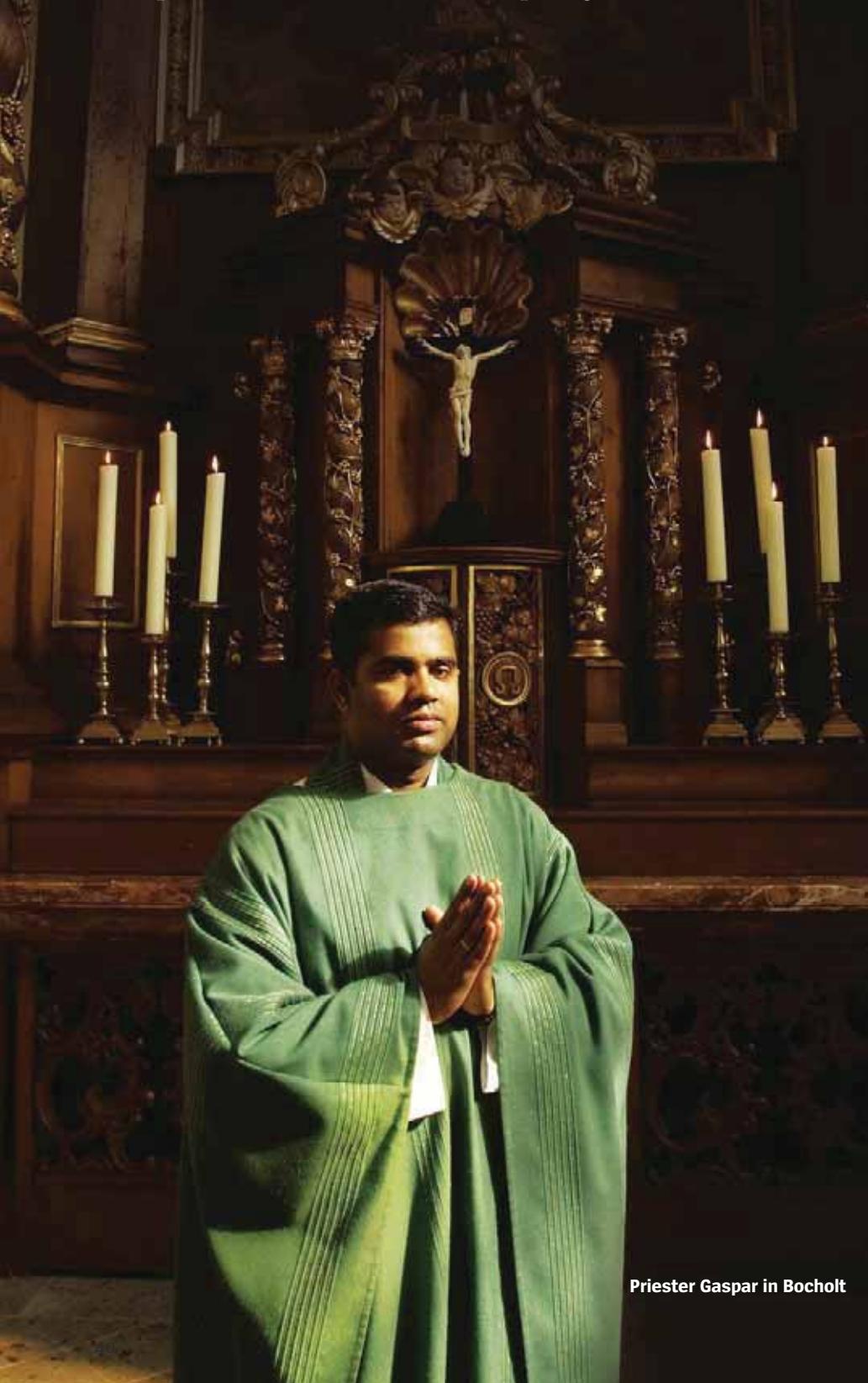
glaubwürdig und kritisiert: „Die Bundesregierung versucht, die Affäre von Klaeden vom Tisch zu wischen.“

Klaedens Anwälte betonen, dass kein kausaler Zusammenhang zwischen dem Verkauf der EADS-Anteile an die KfW und seiner Tätigkeit für Daimler bestehe. Daimler teilt mit, dass Goldman 2012 und 2013 nur als Joint Bookrunner zusammen mit Bank Morgan Stanley in das Aktiengeschäft involviert gewesen sei.

Im Dezember vergangenen Jahres schließlich war das Geschäft perfekt: Die

Gastarbeiter des Herrn

Aus Mangel an Priestern beschäftigt die katholische Kirche zunehmend ausländische Geistliche wie Benjamin Gaspar: Er stammt aus Indien und predigt nun in Westfalen.



Priester Gaspar in Bocholt

Als Benjamine Gaspar zum ersten Mal in seinem Leben den Namen dieses Bistums hörte, „Münster“, kniete er sich zum Gebet nieder. Dann stand er auf, setzte sich vor seinen Computer und schaute bei Wikipedia nach: in Deutschland also, 300 000 Einwohner, Bischofssitz, Fahrradstadt.

So erzählte es Benjamine Gaspar, 32 Jahre alt, Inder und Katholik. Er lebte damals in Chennai im Süden des Landes, trug Jeans, ein weißes Poloshirt und Sandalen, und wenn er über dieses fremde Deutschland sprach, dann klang das neugierig und abenteuerlustig und frei von Sorgen. „Gott hat einen Plan“, sagte Father Benjamine, wie ihn seine Gemeinde nannte, „er weiß, wohin er uns schickt.“ Heute ist er im Bistum Münster tätig, in Bocholt, in der Liebfrauengemeinde.

Die Zeiten, als deutsche Missionare in die weite Welt zogen, sind lange vorbei. Der katholischen Kirche in Deutschland mangelt es an Priesternachwuchs. Mittlerweile stammen fast zehn Prozent der katholischen Priester aus dem Ausland, rund 1300 Geistliche, viele davon aus Indien. Der SPIEGEL hat Benjamine Gaspar in seinem Heimatland und in Deutschland getroffen.

Chennai, Indien, im Mai 2012

Benjamine Gaspars Blick gleitet über den Indischen Ozean, der Horizont ist in der Mittagshitze nur ein flimmerndes Band. Vor ihm liegt eine weite Reise.

Gaspar gehört der Gemeinschaft „Missionary Society of Heralds of Good News“ an, deren Mitglieder in Gotteshäusern weltweit predigen. Die Verpflichtung als Priester ist für den jungen Mann auch eine Chance, die Welt zu sehen. „Meine Familie ist seit zehn Generationen christlich“, erzählt Gaspar. Vielleicht seien seine Vorfahren durch europäische Missionare zum christlichen Glauben gekommen. „Dass ich Priester werden konnte und jetzt nach Deutschland gehe, ist wie ein Traum, der wahr wurde.“

Wo er eingesetzt wird, entscheidet nicht der junge Seelsorger, sondern der Apparat der Kirche. Sprachkenntnisse spielen keine Rolle. „Wo auch immer wir hingebracht werden, geben wir unser Bestes“, sagt Gaspar. Gott kenne keine Grenzen.

Die deutschen Behörden allerdings schon. Für sein Visum muss Father Benjamine Deutschkenntnisse nachweisen. Deshalb kämpft er sich jeden Morgen mit seinem Motorrad durch das Getümmel. Rund 20 Kilometer sind es vom Priesterseminar bis zum Goethe-Institut, vorbei an Slums und kolonialen Prachtästen.

Das Institut ist ein moderner Bau aus Glas und Beton, von der Dachterrasse sieht man das aufgewühlte Meer. Sechs Stunden pro Tag hadert Benjamine Gaspar mit der deutschen Aussprache und der Satzstellung, oft lernt er nach der

Abendandacht noch Vokabeln. In spätestens drei Monaten soll der junge Priester so weit sein, dass er sich im deutschen Alltag gut verständigen kann.

Der Lehrer Jerome Rajan nennt seinen Kurs nur „meine heilige Klasse“. Der Priestermangel in Deutschland sorgt mehr als zehntausend Kilometer entfernt für ausgebuchte Deutschkurse, mitunter ist die Hälfte aller Plätze in dem Klassenzimmer mit diesen meist schüchternen, ernsten, eifrigen Männern besetzt.

Sie sprechen zwar fließend Englisch, sie haben ein Abitur abgelegt und die Ausbildung in den Priesterseminaren absolviert. „Aber viele stammen aus einfachen Verhältnissen“, erklärt der Lehrer, „und nicht alle sind so sprachbegabt wie Benjamine.“ Für sie sei es hart, die gesteckten Ziele zu erreichen und weder ihren Orden noch ihre Familie zu enttäuschen.

Ob ihn der Deutschkurs wirklich auf den Alltag als Pfarrer in Deutschland vorbereitet? Manchmal ist Benjamine Gaspar skeptisch. „Schnäppchenjagd“ lautet das Kapitel in seinem Deutschbuch an diesem Tag: „Ich habe vor zwei Tagen eine neue Kuckucksuhr bei Ihnen gekauft. Die möchte ich reklamieren.“ Gaspar blättert erst einmal weiter.

Viel Zeit zum Üben bleibt ihm nicht. Vor allem am Wochenende hat er einen straffen Zeitplan. Achtmal wird in manchen Gemeinden am Sonntag die heilige Messe gefeiert – bis zu vier Gottesdienste pro Priester pro Tag. Im Sommer, bei 45 Grad Celsius im Schatten, sind vor allem die Messen in den frühen Morgenstunden, um fünf oder sechs Uhr, gut besucht.

Zwischen 500 und 600 Menschen nehmen dann auf den einfachen weißen Plastikstühlen Platz. Wird die Messe auf Tamil, der Landessprache, gelesen, sind es manchmal bis zu 2000. Die meisten Besucher sind junge Frauen, in leuchtend kobaltblaue oder pinkfarbene Saris gewickelt, viele halten ein Baby auf dem Arm. Manche Männer tragen einen Dhoti, das traditionelle Beinkleid aus Baumwolle, das an einen Wickelrock erinnert.

Christen bilden in Indien nur eine Minderheit, rund 2,3 Prozent der Bevölkerung, aber in einem der bevölkerungsreichsten Länder der Erde sind das rund 28 Millionen Menschen. In Südinien leben besonders viele Christen, ihre Tradition geht auf die sogenannten Thomaschristen zurück. Der Apostel Thomas soll Indien im Jahr 54 erreicht haben, die indisches christliche Kirche ist somit älter als die europäische.

Die Christen in Chennai singen laut und kräftig, in der Luft hängt der Geruch von Weihrauch und reifen Mangos, der Gottesdienst findet unter freiem Himmel statt: Rasen statt Marmor, Flutlicht statt Kerzenschein. Der Ablauf unterscheidet sich kaum von einer Messe in Deutschland, die Liturgie der katholischen Kirche

ist überall gleich. Benjamine Gaspar breitet die Arme aus und segnet die Kinder.

„Ich bin gespannt auf die Gottesdienste in Deutschland“, sagt Gaspar. Er hat gehört, dass dort immer weniger Leute in die Kirche gehen. Aber warum, das kann er sich nicht erklären. Verlieren die Deutschen ihren Glauben? Oder nur den Glauben an die Kirche? „Auf jeden Fall will ich mithelfen, dass sich das ändert.“

Bocholt, Westfalen, im Herbst 2013

„Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.“ Benjamine Gaspar bekreuzigt sich und blickt am Ende des Gottesdiensts auf seine Gemeinde. Er faltet die Hände locker vor der Brust, hinter ihm erhebt sich der wuchtige barocke Altar. Er betont jedes Wort: „Ich. Wünsche. Ihnen. Allen. Noch. Einen. Schönen. Tag.“ Dann lächelt er.

„Er strengt sich wirklich an.“ Die Dame mit den weißen Pudellöckchen ist 84 Jahre alt. Den neuen Pfarrer aus Indien fand sie „auf den ersten Blick sympathisch, der junge Mann hat sich gut angepasst“. Der Inder sei ein Fleißiger, der die Messe



lich sei es früher undenkbar gewesen, dass Priesternachwuchs aus Übersee nach Deutschland gelockt werden müsse. Aber die Zeiten änderten sich eben.

Motivierte junge Männer wie Benjamine Gaspar seien „eine große Chance für die Kirche in Deutschland“, sie brächten frischen Wind in die Gemeinden. „Das ist doch der Vorteil einer Weltkirche wie der katholischen, dass man von anderen Kulturen lernen kann.“ Conrad sieht die Kirche „als eine breite Straße mit zwei Fahrbahnen, viel zu lange war das nur eine Einbahnstraße von Europa in die Welt“.

Benjamine Gaspar gibt sich keinen Illusionen hin. „Beide Seiten dürfen einfach keine Wunder erwarten“, sagt er, Vertrauen brauche Zeit. Sein Visum gilt zunächst für fünf Jahre. Er will niemanden überrumeln. Vor ein paar Tagen war er bei einer Familie zum Mittagessen eingeladen, das sei eine tolle Chance zum Austausch gewesen, die er gern öfter ergreifen würde. „Ich erlebe zwar mitunter Skepsis, aber auch viel Dankbarkeit und Respekt.“

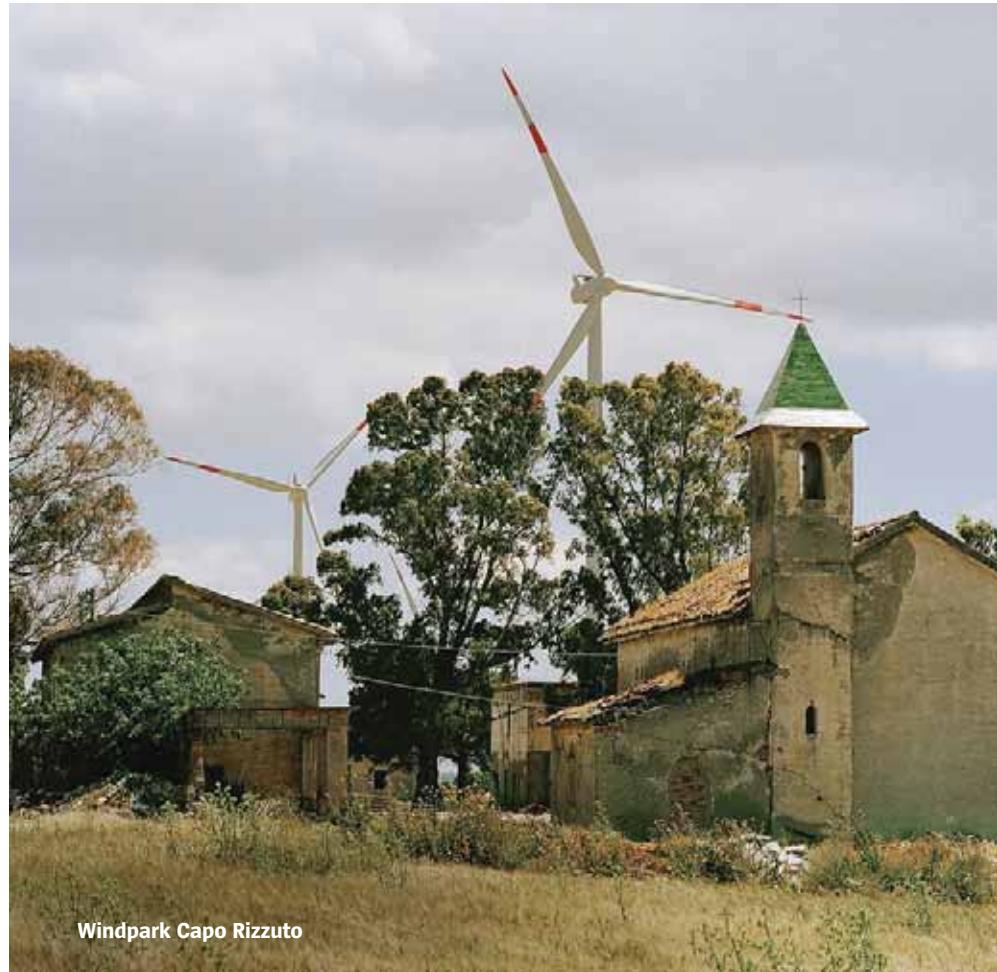
Bei seiner Einführung hatte er sich an die Gemeinde gewandt: „Ich brauche Ihre Hilfe, Unterstützung, Zusammenarbeit und vor allem Gottes Geist, um hier als Priester zu leben und arbeiten zu können“, las er vor, noch etwas stockend, auch wenn er die Sätze zu Hause vor dem Spiegel geübt hatte.

Inzwischen hält er allein die Morgenmesse, ein Mitglied der Gemeinde korrigiert seine Predigttexte. Bald soll er die ersten Beerdigungen abhalten. „Ich muss noch viel lernen, aber ich fühle mich sehr wohl in dieser Pfarrei, diese Menschen sind für mich schon fast wie eine Familie“, sagt Gaspar.

Seine Bilanz nach den ersten Wochen: „Anders als in meiner Heimat scheinen die jungen Leute hier nicht viele Sorgen zu plagen – oder zumindest kommen sie damit nicht zu uns in die Kirche.“ Erst wenn es um die existentiellen Dinge im Leben gehe, suchten die Deutschen Trost bei einem Geistlichen. „Sie kommen zum Weinen, aber selten zum Lachen.“

In Indien hatte er am Nachmittag oft spontan Gemeindemitglieder zu Hause besucht: um nachzufragen, wie es den Kindern geht oder der kranken Schwiegermutter. In Bocholt lernte er schnell, dass auch ein Pfarrer sich an Regeln halten muss. „Ich wusste ja, dass die Deutschen pünktlich sind, aber jetzt weiß ich auch, dass man sich immer vorher anmelden muss“, sagt Gaspar schmunzelnd.

An vielen Abenden radelt er durch Bocholt und die Umgebung. Das Fahrrad war ein Willkommensgeschenk. Das Team der Pfarrei überreichte es ihm im Gottesdienst, der Priester erzählt gerührt von diesem Moment. Er musste an den Wikipedia-Eintrag denken, den er in Chennai gelesen hatte, und dieses seltsame Wort: Fahrradstadt. SIMONE SALDEN



man in Volks Abteilung von einer hohen „Reputationsproblematik“.

Übersetzt heißt das: Die Bank hat sich, in gutem Glauben, mit Leuten und Firmen eingelassen, denen sie wohl besser nicht so viel Geld hätte geben sollen.

Volks Sorge gilt einem Windpark an Italiens südlicher Spitze: 48 Windmühlen, die im Küstenort Isola di Capo Rizzuto rund 250 Gigawattstunden jährlich produzieren, Strom im Wert von rund 30 Millionen Euro per annum. Das Problem ist nur: Vor 16 Monaten hat die Staatsanwaltschaft Catanzaro die Anlage beschlagnahmt. Mit jeder Drehung der Rotoren, so der Verdacht, werde schmutziges Geld der Mafia in saubere Gewinne aus Ökologie verwandelt.

Anfangs gaben sich die Manager der HSH Nordbank gelassen. Dass die 'Ndrangheta, wie die Mafia in Kalabrien heißt, die Region wirtschaftlich und politisch im Griff hält, hatten sie an der Waterkant durchaus gewusst. „Die Investoren waren deutsche und skandinavische Unternehmen“, betont Volk. „Es war ein klassisches Projektfinanzierungsgeschäft.“

Als gutes Zeichen mochte man auch werten, dass das Gericht in Catanzaro den Einspruch der Windparkeigentümer gegen die Beschlagnahme annahm. Vor vier Monaten folgte jedoch die Erniedrigung: In zweiter Instanz bestätigten die Richter die Sicherstellung der 48 Windmühlen – und das Einfrieren der Erlöse.

Spätestens jetzt schwant den Managern der Bank, die mehrheitlich dem Land Schleswig-Holstein und der Stadt Hamburg gehört, dass damals, also beim Projektstart 2006, nicht genau genug hingesehen wurde.

Volk war seinerzeit noch nicht bei der HSH, aber die Akten, die er zum Fall des 225-Millionen-Kredits gewälzt hat, sind für ihn eindeutig: „Das Projekt wurde nach den damaligen, für alle Institute verbindlichen Richtlinien geprüft. Heute, nach der Lehman-Pleite, nach der Finanzkrise von 2008, sind die Vorgaben schärfter.“ Für den Chefsanierer ist klar: „Heute würde es so ein Geschäft bei uns nicht geben.“

Heute ließe man sich womöglich mit keinem Mann ein, der wegen seiner Schulden nicht mal mehr einen Wohnsitz in Deutschland hat: Martin Frick, 62, der Erfinder des Windparks an Kalabriens stürmischem Küste.

Frick hat Spuren hinterlassen im Laufe seiner Karriere als Politiker, als Anwalt, als Geschäftsmann. Die HSH Nordbank hätte die Spuren lesen, hätte sie – auch vor dem Lehman-Donner – bewerten können.

Die politische Karriere des Martin Frick im Rosenheimer Stadtrat bekam einen Knacks, als sich der CSU-Mann in seiner Funktion als Anwalt, statt Honorar zu kassieren, ein Grundstück überschreit-

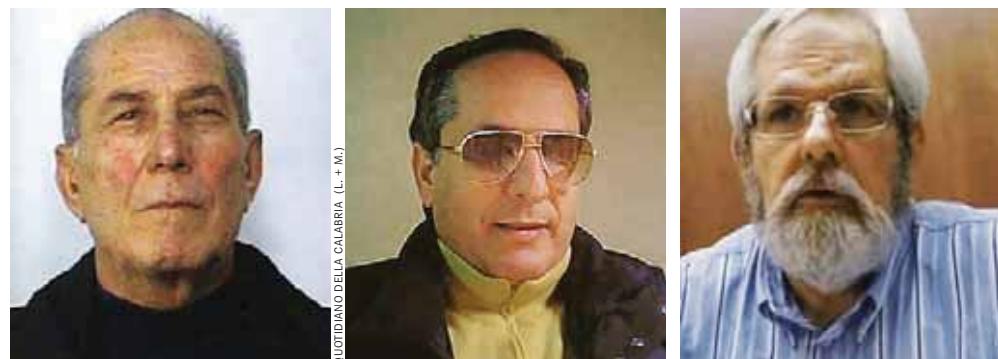
ERMITTLUNGEN

Eingefrorene Rotoren

Die HSH Nordbank hat mit 225 Millionen Euro einen Windpark in Kalabrien finanziert. Italienische Staatsanwälte halten das Projekt für eine Geldwaschanlage der Mafia.

Bei ihm landen die Fälle, die sich kein Bankmensch wünscht: Rüdiger Volk, promovierter Ökonom, Managing Director bei der HSH Nordbank, dunkelgrauer Dreiteiler, rahmenlose Brille, akkurater Scheitel, seit 35 Jahren im Geldgeschäft, auf seiner Visitenkarte steht: „Leiter Sanierung“.

Volk, 53, ist der Mann fürs Toxische. Für Problemkredite, für leistungsgestörte Projekte, für notleidende Kredite – die Welt der Wirtschaft hat viel Phantasie, wie man einen miesen Deal vornehm umschreiben kann. Bei dem Darlehen in Höhe von 225 Millionen Euro, das den Chefsanierer derzeit umtreibt, spricht



ben ließ, das kurz darauf Bauland wurde. Frick saß damals im Bauausschuss. Seine juristische Karriere strandete, als er wegen Veruntreuung von Mandantengeldern verurteilt wurde – und seine Zulassung als Anwalt einbüßte. Und als Geschäftsmann lernte ihn die Volksbank Mittweida auf unangenehme Art kennen. Frick schuldete ihr eine halbe Million Euro, bis das Geldinstitut die Forderung als uneinbringbar an ein Inkassounternehmen verkauft.

Ebenjener Martin Frick, Wahlschweizer mit Zweitwohnsitz in Österreich, sah im fernen Kalabrien seine Zukunft. Hier, in einem vom Wind umtosten Zipfel im Ionischen Meer. In einer Branche, die aus Luft Reichtum macht.

Die Idee dazu, so erzählt es Frick, sei ihm gekommen, als er einen Freund in Kalabrien bei der Jagd begleitet habe. Und über diesen Freund habe er dort Kontakt erhalten zu einem Mann, dessen Verwandtschaft in der Region viele Grundstücke besitze: Nicola Arena.

Der heute 49-Jährige entstammt einer Familie, von der es heißt, dass sie ihr Geld mit Drogengeschäften, Erpressung und dem Abkassieren bei öffentlichen Aufträgen macht. Sein Onkel ist der 76-jährige Clan-Chef Nicola Arena, den er regelmäßig im Gefängnis besucht. Ein naher Verwandter kam 2004 im Auto ums Leben, getötet von einer Panzerfaust. Wegen der Verflechtung örtlicher Politiker mit dem organisierten Verbrechen stand die Gemeinde Capo Rizzuto zeitweise unter Zwangsverwaltung.

Martin Frick hat das offenbar nicht gestört. Arena sei von Anfang an ein wichtiger Partner des Projekts gewesen. „Er hat mit offenen Karten gespielt“, sagt Frick. Er habe darauf hingewiesen, ein Neffe des gleichnamigen ‘Ndrangheta-Bosses zu sein, aber versichert, nichts mit dessen krummen Geschäften zu tun zu haben.

So legten sie los, der Windpark-Impresario und sein lokaler Adjutant. Frick ließ Fachleute die Windverhältnisse analysieren, gab geologische Gutachten in Auftrag, sondierte Grundstücke, holte Genehmigungen ein. Und er beteiligte Mitglieder der Arena-Familie an dem Projekt mit 10 Prozent, später habe er den Anteil auf 15 Prozent erhöht. Nicht für Geld, sondern für deren Mitarbeit, wie er sagt. Die Arenas hätten sich „um die Belange vor Ort“ gekümmert.

Was nun noch fehlte, waren Investoren. Auf der Suche nach ihnen lernte Frick einen Finanzmakler aus Twist im Emsland kennen: Ludwig Nyhuis. Die Idee sei es gewesen, den Windpark als Generalunternehmer schlüsselfertig zu bauen und

dann mit Gewinn zu verkaufen, so berichtet es Nyhuis.

Der Plan schien auch aufzugehen, als eine dänische Firma namens Scan Energy mit 74 Millionen Euro in die Windkraftanlage einsteigen wollte. Die HSH Nordbank, die an Scan Energy beteiligt war, finanzierte die Restsumme.

Doch 2009 stellte sich heraus, dass sich Scan Energy mit seinen Projekten übernommen hatte, ein Börsengang scheiterte. Die HSH Nordbank sprang mit zusätzlichen Krediten ein, um das Investment in Kalabrien zu retten.

Seitdem schuldet die von Frick, Nyhuis und ein paar weiteren Teilhabern eigens für den Windpark gegründete Firma Vent1 Capo Rizzuto dem norddeutschen Geldhaus die komplette Kreditsumme: „225 Millionen Euro inklusive Umsatzsteuer“, bestätigt Bankmanager Volk.

Gern würden Frick, Nyhuis & Co. den Kredit aus den Stromerlösen bedienen – aber das ist nicht möglich, solange die italienische Justiz die Hand über die Türme

den Arenas dabei half, Bargeld aus Kalabrien in der Schweiz in legale Einnahmen umzuwandeln.

Um Probleme mit Behörden – etwa weil die Türme zu dicht am Flughafen ständen oder den Schiffsverkehr störten – müsste sich niemand Sorgen machen, beschwichtigte bei einem Abendessen das Familienmitglied Pasquale Arena, der zugleich Beamter der Gemeindeverwaltung Capo Rizzuto ist. Solche Hindernisse würden beseitigt. Derselbe Mann versicherte später seinem Cousin Nicola am Telefon: „Die Chefs sind wir.“

War der Name Arena in der Bauphase womöglich sehr hilfreich, entwickelte er sich im Laufe der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen für Frick zum Problem. Er mühte sich, die Gesellschaftsanteile über Tarnfirmen zu verschleiern. Nicola Arena erwog sogar, seinen Namen zu ändern. Als dessen Onkel, der im Knast sitzende Clan-Chef, davon erfuhr, wurde er laut Ermittlungsakten stinksauer: „Nur mit meinem Namen hast du alles erreicht. Nenn dich doch Scheiß!“

Als die Windkraftanlage Ende 2009 in Betrieb ging, schickte die Anti-Mafia-Staatsanwaltschaft aus Rom ein Rechtshilfesuchen nach Kiel. Die Ermittler wollten wissen, wie der Kredit mit der HSH Nordbank zustande gekommen sei, ob es Sicherheiten im Hintergrund gegeben habe.

Vier Jahre später sind die italienischen Strafverfolger von den deutschen Kollegen erkennbar enttäuscht. Statt intensiv zu ermitteln – etwa mit Hausdurchsuchungen –, hätten die Kieler nur zwei DIN-A4-Ordner mit Vertragsunterlagen der HSH Nordbank geschickt.

In Schleswig-Holstein mag man dem Verdacht der italienischen Anti-Mafia-Ermittler nicht folgen. „Ich kann nicht erkennen, wo hier Geldwäsche stattgefunden haben soll“, erklärt der Kieler Oberstaatsanwalt Axel Goos. Da die Anlage zu 100 Prozent finanziert sei, könne kein Geld gewaschen werden.

Die Fronten scheinen verhärtet. Zwischen Kiel und Catanzaro, zwischen der HSH Nordbank und Frick, aber auch zwischen Frick und dem Arena-Clan. Denn innerhalb der Familie herrscht die Meinung, die Deutschen hätten an dem Windpark viel Geld verdient, während sie selbst bislang leer ausgegangen sei.

Vorsorglich hat Martin Frick sein Haus in Österreich, das offiziell seinen Kindern gehört, zu einer Festung ausbauen lassen. Mit einem Tor aus Stahl, hohen Mauern und einer Tiefgarage, die einen direkten Zugang in die Wohnräume ermöglicht.

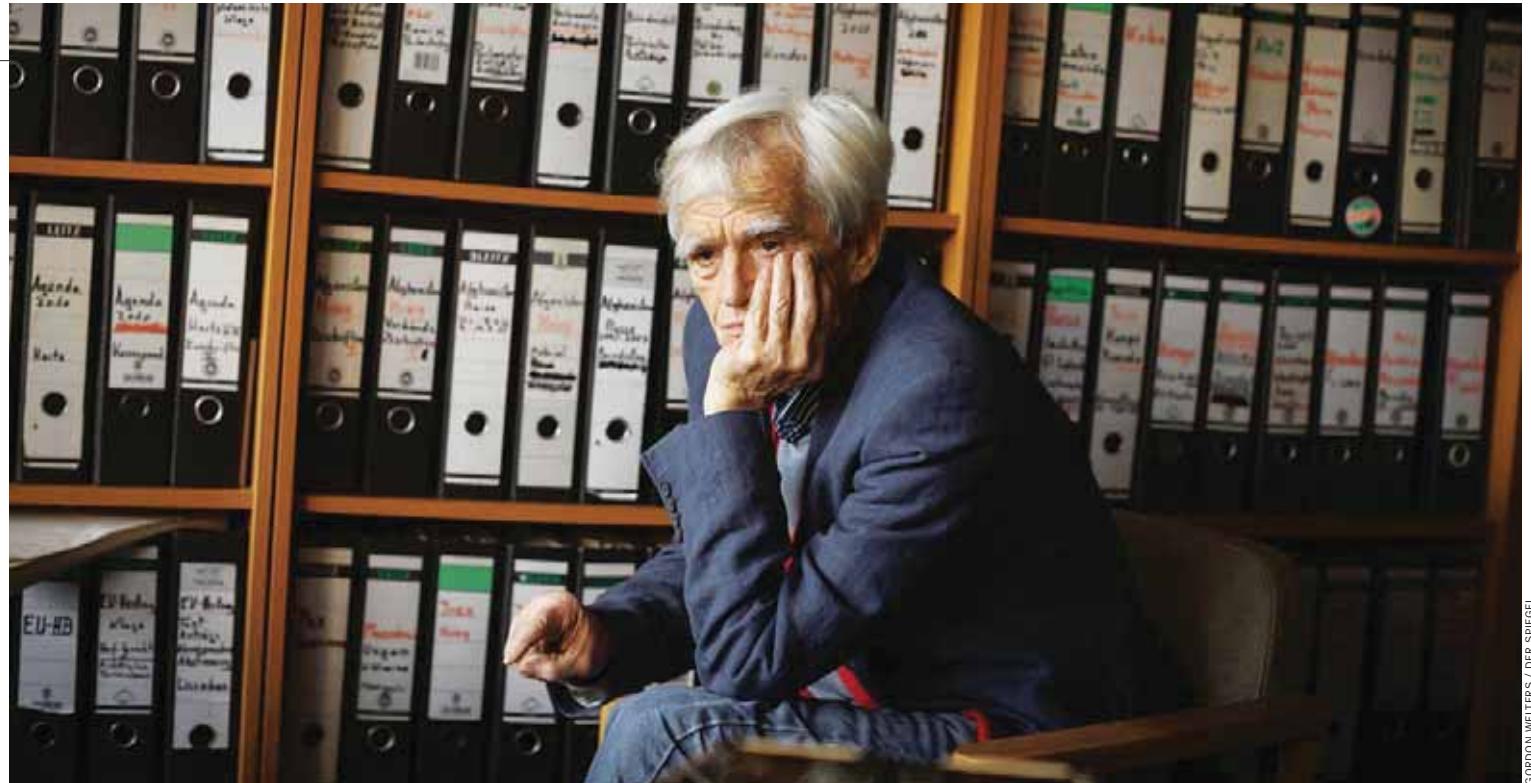
ANDREAS ULRICH



Staatsanwalt Facciolla: Ergiebiges Abhören

hält. Seit Jahren versucht die Staatsanwaltschaft in Catanzaro, das Finanzgeflecht der Windkraftanlage zu durchschauen. „Durch Zufall“, erklärt deren damaliger Leiter Eugenio Facciolla, „waren wir bei einer Telefonüberwachung in einem Korruptionsfall auf den Komplex gestoßen.“

Das Abhören diverser Telefone, so sieht es Facciolla, erwies sich als ergiebig. Mal erhärtete sich der Verdacht von Schmiergeldzahlungen, als der örtliche Landvermesser „4,5 Prozent vom Umsatz“ verlangte. Mal bekamen die Ermittler mit, wie der Arena-Clan darüber berriet, selbst 70 bis 80 Millionen Euro in den Windpark zu investieren. Andere Telefonate lassen den Schluss zu, dass Frick



GORDON WELTERS / DER SPIEGEL

SPIEGEL - GESPRÄCH

„Kanonier Ströbele, zurücktreten!“

Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele, 74, über seine neue Rolle als deutscher Held, das neurotische Verhältnis zu Amerika und sein ewiges Hadern mit seinem Heimatland.

SPIEGEL: Herr Ströbele, wir möchten mit Ihnen über Ihr Verhältnis zu Deutschland reden. Haben Sie ein typisch deutsches Leben geführt?

Ströbele: Wahrscheinlich ja, allein schon, weil ich leider nur Deutsch spreche. Als ich neulich Edward Snowden traf, konnte ich ja nicht mal Englisch reden. Das reduziert die Wahrnehmung: Ich beurteile alles stark aus deutscher Sicht.

SPIEGEL: Sie wurden 1939 geboren, haben Deutschland als Kind in der Diktatur erlebt und später auch in seinen ungefestigten Jahren. Wenn Sie auf Ihr Leben blicken: War die Entwicklung Deutschlands eine Entwicklung zum Guten?

Ströbele: Zum Guten finde ich übertrieben. Sagen wir: zum Besseren. Heute sind Denken und Lebensentwürfe vieler Deutscher weit entfernt von dem, was ich in den fünfziger und sechziger Jahren mitbekommen und erlitten habe. In der Zeit der Außerparlamentarischen Opposition, also Ende der sechziger Jahre, wollte ich die Revolution. Das war wirklich ernst gemeint. Obwohl es dann keine echte politische Revolution wurde, haben wir die Welt verändert; oder zumindest die deutsche Gesellschaft.

SPIEGEL: Haben Sie sich vielleicht auch ein wenig geändert?

Ströbele: Natürlich. Damals wollten wir eine Räterepublik, die will ich heute nicht mehr, weil ich nun weiß, wie unmenschlich die sein kann.

SPIEGEL: Seit Sie als erster Politiker weltweit Edward Snowden besucht haben, sind Sie für viele Deutsche ein Held. Schmeichel Ihnen das?

Ströbele: Held ist natürlich übertrieben. Ich versuche nur, die Grundsätze, mit denen ich politisch groß geworden bin, immer mit dem abzugleichen, was um mich herum passiert. Es ist mir egal, ob das, was ich fordere, gewünscht, ob es mehrheitsfähig oder zeitgemäß ist. Aber ich fühle mich mit meinen Auffassungen, sagen wir mal, häufig unter Wert wahrgenommen.

SPIEGEL: Können Sie sich erinnern, wie Sie Nazi-Deutschland als Kind wahrgenommen haben?

Ströbele: Ich bin aufgewachsen in einer Werkssiedlung in Schkopau, einem Vorort von Halle. Für mich war der Krieg nicht das Grauen schlechthin. Manchmal sah ich mehrere Kilometer entfernt, wie

das Leuna-Werk bei Merseburg bombardiert wurde – die vielen sogenannten Christbäume, die Leuchtformationen am Himmel. Aber das hat mich nicht geängstigt, ich nahm es wie heute ein Feuerwerk wahr. Ich erinnere mich vor allem an die Radionachrichten. Von einem Tag auf den anderen kamen keine Wehrmachtsberichte mehr am Ende der Nachrichten, sondern der Wetterbericht. Daran merkte ich: Der Krieg ist wohl vorbei.

SPIEGEL: Waren Sie damals, als Sie den Wehrmachtsbericht hörten, auf der Seite der deutschen Truppen?

Ströbele: Das nehme ich mal an, das war ja auch so aufbereitet. Es gibt noch ein weiteres Kriegserlebnis, unmittelbar nach dessen Ende. Ich zog oft mit Freunden los, wir haben Munition gesammelt, um sie explodieren zu lassen. Das fanden wir toll. Eines Tages haben wir ein größeres Teil gefunden, doch bevor wir es auseinandnahmen, bat ich zu warten, weil ich ins Haus aufs Klo musste. Während ich dort saß, gab es draußen einen lauten Knall. Ich dachte nicht etwa: „Jetzt ist was Schreckliches passiert“, sondern: „Gemein, jetzt haben die das ohne mich aufge-

macht!“ Dann durfte ich nicht raus und erfuhr, dass mein bester Freund getötet worden war. Furchtbar.

SPIEGEL: Wie haben Sie das Ende des Krieges erlebt?

Ströbele: Als „Tag der Befreiung“ habe ich das erst viel später in den sechziger Jahren in Berlin angesehen. Davor haben alle Leute um mich herum das Kriegsende als eine Niederlage bezeichnet. Jahre später wurden im Chemiewerk in Marl in Westfalen, wo ich wohnte, von den Engländern Anlagen demontiert. Da hieß es: „Wir haben den Krieg verloren, und jetzt machen sie auch noch die Firma kaputt.“

SPIEGEL: Ihre Mutter hat, wie Sie später, Jura studiert. Wie hat sie es aufgenommen, dass in der Nazi-Zeit aus Recht Unrecht wurde?

Ströbele: Sie war die einzige Frau, die in Freiburg Jura studierte. Sie wollte Jugendrichterin werden. Nach dem Examen waren schon die Nazis an der Macht. Da sagte ihr der Hauptprüfer: „Fräulein Zimmermann, Sie haben bestanden, ich gratuliere. Aber mit der Referendarausbildung wird es nichts. Der Führer erwartet, dass Sie eine Familie gründen und Kinder kriegen!“ Dieser Herr Vialon, der das zu ihr sagte, war nach dem Krieg Staatssekretär.

SPIEGEL: Wie reagierte Ihre Mutter?

Ströbele: Ihr blieb nichts anderes übrig, als stattdessen in einer Apotheke zu arbeiten. Später hat sie geheiratet und vier Kinder geboren. Ich war das zweite.

SPIEGEL: Haben Sie herausgefunden, wie Ihre Eltern zum NS-Staat standen?

Ströbele: Ich ärgere mich noch heute darüber, dass ich meine Eltern nicht näher befragt habe und wir nicht genug darüber geredet haben.

SPIEGEL: Haben Sie sich oft gefragt: Was waren das eigentlich für Leute, die Generation unserer Väter?



Kind Ströbele um 1945: Spiel mit Munition

Ströbele: Solche Fragen habe ich erst richtig in Berlin gestellt, als ich von zu Hause weg war, in der Ausbildung. Etwa 1968, als ein Richter des Volksgerichtshofs der Nazis, ein Herr Rehse, freigesprochen wurde. Und der Vorsitzende Richter des Schwurgerichts, Herr Dr. Oske, war der Leiter meiner Strafrechtsarbeitsgemeinschaft. Wir waren empört, es gab Proteste. Es ging ja um 231 Todesurteile, an denen Rehse nachweislich beteiligt war.

SPIEGEL: Waren Ihre Eltern in der NSDAP?

Ströbele: Mein Vater ja.

SPIEGEL: Wie hat er das begründet?

Ströbele: Dass man das damals sein mussste. So ungefähr.

SPIEGEL: Ihr Onkel war der berühmte Fußballreporter Herbert Zimmermann, dessen Kommentar – „Tor, Tor, Tor“ – jeder Deutsche mit dem überraschenden Sieg bei der Fußball-WM 1954 verbindet. Wie haben Sie dieses Spiel damals erlebt?

Ströbele: Ich war auf dem Nachhauseweg, da hörte ich im Radio schon „den Onkel“, wie wir ihn nannten, laut aus den Fenstern anderer Häuser. Niemand hatte mit einem Sieg gerechnet, und so hat mein Onkel ja auch die Reportage begonnen. Ich habe die inzwischen zigmäßig gehört und gemerkt, dass er am Anfang auf die zu erwartende Niederlage vorbereiten wollte. Deshalb ist er beim letzten Tor wohl auch so ausgeflippt.

SPIEGEL: Mit dem Weltmeistertitel verbinden viele die Rückkehr eines gewissen Selbstbewusstseins der Deutschen nach dem Krieg. Ihr Onkel verlieh dieser Freude Ausdruck.

Ströbele: Ich war stolz wie Oskar auf den Onkel. Aber diese Bedeutung war weder ihm noch mir damals bewusst. Die Deutung kam erst Jahrzehnte später. Natürlich habe ich mich gefreut, weil wir gerade gegen die Ungarn gesiegt hatten. Mein Onkel bekam wegen seiner Reportage Ärger mit der Kirche, wegen des Ausrufs: „Turek, du bist ein Fußballgott!“

SPIEGEL: 1959 gingen Sie zur Luftwaffe in Ostfriesland. War das in Ordnung für Sie, Deutschland als Soldat zu dienen?

Ströbele: Ich hatte kein grundsätzliches Problem damit. Ich fand es aber nicht gut, schikaniert zu werden. 50 Liegestütze oder Strafrunden mit Gepäck. Ich fühlte mich geschunden. Gegen eine Beförderung habe ich mich gewehrt.

SPIEGEL: Wie?

Ströbele: Der Hauptmann verkündete vor der angetretenen Gruppe, wer zum Gefreiten befördert wurde. Als ich aufgerufen wurde, zitierte ich aus dem Wehrgesetz, das zum Leidwesen meiner Vorgesetzten in meinem Schrank stand: „Ich erkläre hiermit, ich lehne die Beförderung zum Gefreiten ab!“ Dem ist die Kinnlade runtergefallen, dem Hauptmann! Er sagte: „Kanonier Ströbele, zurücktreten!“

SPIEGEL: Hatten Sie ein Problem damit, auf jemanden schießen zu müssen?

Der politische Jurist

7. Juni 1939

Hans-Christian Ströbele wird in Halle an der Saale geboren. Die Mutter ist Juristin, der Vater Chemiker bei den Buna-Werken

1959

Abitur am Albert-Schweitzer-Gymnasium in Marl; anschließend Wehrdienst für ein Jahr bei der Luftwaffe in Aurich

1960

Studium der Rechtswissenschaft und Politologie in Heidelberg

ab 1946

Schulbesuch in Marl; 1945 haben die Amerikaner auf ihrem Abzug aus dem Osten die Familie in den Westen gebracht

1961

Jurastudium an der Freien Universität Berlin; nach dem Mauerbau engagiert sich Ströbele für Familienzusammenführungen zwischen Ost und West

1967

Heirat mit Juliana Gregor in Paris
2. Juni 1967
Auf der Anti-Schah-Demo wird der Berliner Student Benno Ohnesorg erschossen. Daraufhin verhärteten sich die Fronten zwischen Polizei und Studentenbewegung.

Rechtsreferendariat im Anwaltsbüro von Horst Mahler; er unterstützt Studenten und Demonstranten

1969

Gründung des Sozialistischen Anwaltskollektivs als Rechtsbeistand für Aktivisten der 68er-Bewegung

1970

Eintritt in die SPD Berlin-Wilmersdorf; erste Verteidigung von Häftlingen aus der RAF

1972

Verteidigung von Andreas Baader, einem der Anführer der RAF



1972, Ströbele und Otto Schily (r.) verteidigen Horst Mahler (M.)

Ströbele: Die Frage ist zu allgemein gestellt wie bei der Gewissensprüfung für Wehrdienstverweigerer. Bei der Bundeswehr habe ich nie auf Lebewesen geschossen. Bei den Übungen schossen wir auf Pappfiguren, die NVA-Helme trugen. Für Treffsicherheit mit dem Flakgeschütz bekam ich als Preis einen Freiflug über die Lüneburger Heide.

SPIEGEL: Ende der Sechziger hatte sich Ihr Verhältnis zu Deutschland grundlegend gewandelt. Über Ihr Empfinden haben Sie mal gesagt: „Das ist nicht unser Staat.“ Was war geschehen?

Ströbele: Ende der sechziger Jahre habe ich die staatliche Gewalt gegen die Außerparlamentarische Opposition miterlebt. Das Entscheidende passierte am 2. Juni 1967. Da wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen. Es gab alte Nazis im staatlichen Dienst, ungerechte staatliche Verfolgung von Demonstranten durch die Justiz und die propagandistische Unterstützung des Vietnam-Kriegs durch die Regierenden. Das hat uns auf die Straße getrieben.

SPIEGEL: Sie haben in Berlin gesehen, dass der Sozialismus nur durch Gewalt funktionierte. Wie kamen Sie darauf, selbst an den Sozialismus zu glauben?

Ströbele: Ich bin im August 1961 zum Studieren nach Berlin gekommen, zur Zeit des Mauerbaus. Als Jurastudenten haben wir geholfen, Familien durch die Mauer zusammenzubringen. Ich habe Botendienste gemacht, Zettel nach Ost-Berlin gebracht. Bei Kontrollen habe ich die runtergeschluckt. Aber ich bin heute noch für sozialistische Ideale. Die DDR war für uns Sozialismus zum Abgewöhnen. Sprecher der Apo wie Rudi Dutschke waren ja Leute, die aus der DDR gekommen waren und trotzdem überzeugte Sozialisten waren. Das war auch meine Meinung. Wir haben der DDR übelgenommen, dass sie diese Idee so diskreditiert hat.

SPIEGEL: Die sechziger Jahre in Deutschland begannen mit der Verehrung des US-Präsidenten Kennedy und endeten mit antiamerikanischen Demonstrationen wegen des Vietnam-Kriegs. Wie konnte die Liebe zu den USA in Hass umschlagen?

Ströbele: Bei Kennedys Rede 1963 vor dem Schöneberger Rathaus war ich dabei und habe ihm zugejubelt. Als er ermordet wurde, bin ich spontan zum Schöneberger Rathaus gefahren und habe getrauert. Für uns aus der Apo waren die USA das große Ideal. Sie standen für große Werte wie Freiheit und Gerechtigkeit. Und dann begannen sie diesen schrecklichen Krieg in Vietnam mit dem erklärten Ziel, das Land in die Steinzeit zurückzubomben.

SPIEGEL: Ganz so heilige Kriege haben die USA auch vorher nicht geführt.

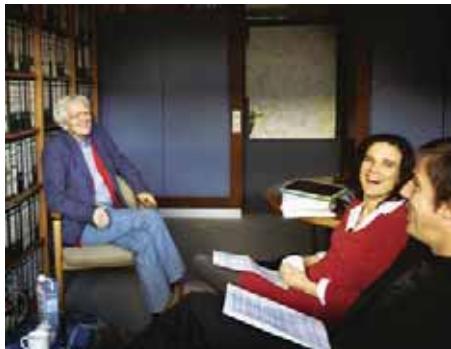
Ströbele: Ja, das hatte man nicht so genau mitbekommen. Aber den Vietnam-Krieg erlebten wir in der „Tagesschau“: Bombenteppiche und Millionen von Toten. Man sah Menschen brennend durch die Straßen laufen. Sie merken, noch jetzt kommt mir die kalte Wut. Wir sind auf die Straße und haben gerufen: „Hey. Hey. LBJ. How many kids did you kill today?“

SPIEGEL: Sie haben später als Anwalt die RAF-Terroristen Andreas Baader und Ulrike Meinhof verteidigt. Ihr Kollege Otto Schily hat dabei einen erschütternden Satz gesagt: dass Sie als Anwälte gegen die Macht das Argument des Rechts ins Feld führen wollten. Macht und Recht gehörten aus Ihrer Sicht nicht zusammen?

Ströbele: So war es. Und meine Kollegen und ich haben das Recht eingefordert. Uns wurde von vielen Genossen vorgeworfen: „Ihr seid die Letzten, die an den Rechtsstaat glauben.“

SPIEGEL: Gehören heute Macht und Recht zusammen?

Ströbele: Es hat sich vieles geändert. Ich wage die Behauptung: Wenn der Bundes-



GORDON WELTERS / DER SPIEGEL

Ströbele beim SPIEGEL-Gespräch*

„Eine Aufgabe und eine Leidenschaft“

gerichtshof und das Bundesverfassungsgericht damals Entscheidungen getroffen hätten so wie heute zuweilen, also staatliche Gewalt und Willkür auch mal korrigiert hätten, dann wäre manches anders gelaufen. Aber damals saßen im Bundesgerichtshof noch alte Nazis.

SPIEGEL: Viele Ihrer Mitstreiter aus der Apo waren auf ihre eigene Weise politikverdrossen. Den Staat zu verändern gehe nur mit Gewalt. Haben Sie je selbst erwogen, zu den Waffen zu greifen?

Ströbele: Ich habe das damals nicht für richtig gehalten.

SPIEGEL: Die RAF-Terroristen kommen im Urteil der Geschichte unterschiedlich weg, Meinhof gilt als Jeanne d'Arc mit nur leicht beschädigtem Heiligenschein – sie habe an Deutschland wirklich gelitten. Bei Baader aber sei das Politische nur eine Pose gewesen.

Ströbele: Als Kind wollte ich ja mal Papst werden. Aber Heiligenschein – so ein Quatsch! Es waren sehr engagierte Menschen. Ich will hier meine ehemaligen Mandanten nicht beurteilen. Jedenfalls schalte ich bei den meisten Dokumentationen im Fernsehen über sie ab, weil sie

* Mit den Redakteuren Susanne Beyer und Markus Feldenkirchen in Ströbeles Bundestagsbüro in Berlin.

1975

Rauswurf aus der SPD und Ausschluss aus dem Verfahren gegen die Stammheim-Insassen sowie kurzzeitige Inhaftierung wegen angeblichen Missbrauchs der Verteidigertätigkeit

1980

Mitbegründer der Alternativen Liste (AL), des späteren Landesverbands der Grünen in Berlin

1977

Mitwirkung bei der Gründung der linken „Tageszeitung“ („taz“)

1979

Auflösung des Sozialistischen Anwaltskollektivs

1985

Mitglied im Bundestag für die AL

1990

Bundesvorstandssprecher der Grünen

1998

Bundestagsabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen; Mitglied des Rechtsausschusses und des Parlamentarischen Kontrollgremiums für die Geheimdienste



KAY NIETFIELD / PICTURE ALLIANCE / DPA

2000

Grünen-Vertreter beim Bundestagsuntersuchungsausschuss zur CDU-Spendenaffäre

Ströbele 2001 bei einer Castor-Blockade von Robin-Wood-Aktivisten im Wendland

2002

Direktmandat (bis heute) in seinem Berliner Wahlkreis Kreuzberg-Friedrichshain bei den Bundestagswahlen; stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen bis 2005



HANS-CHRISTIAN STRÖBELE / DDP IMAGES

2013

Im November Treffen mit dem US-Whistleblower Edward Snowden in Moskau

nicht erklären, wie es kommen konnte, dass sie Gewalt anwenden würden.

SPIEGEL: Im Prozess haben Sie die Terroristen nicht als Mörder verteidigt, sondern das Politische betont. Letztlich aber war es denen doch egal, ob bei ihren Anschlägen Unbeteiligte zu Tode kamen.

Ströbele: Das sagen Sie, ohne sie zu kennen. So stimmt das nicht. Aber ich will das hier nicht diskutieren.

SPIEGEL: Der amerikanische Whistleblower Edward Snowden, den Sie in Moskau besucht haben, ist kein Terrorist, aber er möchte seinen Staat ändern und begeht deswegen Rechtsbrüche. Warum setzen Sie sich für ihn ein?

Ströbele: Snowden tut niemandem Gewalt an. Er vermeidet auch, dass jemand durch die Veröffentlichung seiner Dokumente persönlich geschädigt wird. Snowden ist für mich ein Mensch, dem man ungeheuer dankbar sein muss. Snowden sagt, er möchte, dass in den USA freiheitliche Werte wieder gelebt und die Spionageverbrechen beendet werden.

SPIEGEL: Auch Sie sind Ihrem eigenen Staat kritisch zugewandt und agieren immer in der Hoffnung, am Ende ein anderes Land zu haben.

Ströbele: Ich will mich nicht vergleichen. Snowden hat unendlich viel mehr riskiert, als ich es je getan habe. Aber eines stimmt: Auch ich bin der Meinung, wir können und müssen viel verändern. Solange ich mich bewegen und reden kann, will ich mich darum bemühen, weil es mir eine Aufgabe, aber auch eine Leidenschaft ist.

SPIEGEL: Es gibt die Sorge, dass wir vor Terrorakten nicht mehr gut geschützt sind, wenn wir die Amerikaner zwingen, die Überwachung einzudämmen.

Ströbele: Das ist Quatsch.

SPIEGEL: Warum?

Ströbele: Spätestens seit das Handy von Frau Merkel abgehört wurde, kann man ja nicht mehr behaupten, beim Ausspähen gehe es um den islamistischen Terrorismus. Die Terroristen rufen bei der Kanzlerin doch eher selten an. Nach dem Gesetz kann man bei Vorliegen eines Terrorverdachts gerichtlich oder parlamentarisch kontrolliert durchaus überwachen.

SPIEGEL: Zeigt sich in den Auseinandersetzungen mit den USA das Leitmotiv enttäuschter Liebe, über das wir eben sprachen? Erst haben wir hier Obama zugejubelt wie damals Kennedy, nun steht er da wie der Oberschurke.

Ströbele: Natürlich gibt es da Enttäuschung über uns selbst, weil wir Obama sehr mochten. Lassen Sie es uns pragmatisch sehen: In vielen Bereichen bleiben die USA die Stärkeren, die Wichtigeren. Aber in bestimmten Bereichen müssen wir unsere mühsam erworbenen Freiheitsrechte verteidigen. Das ist wichtig.

SPIEGEL: Wenn Sie sich so einsetzen – tun Sie das auch mit Stolz auf Deutschland?

Ströbele: Ich bin dagegen, dass Leute mit Deutschland-Fahnen herumlaufen und sich die Farben ins Gesicht malen. Und beim Singen dieser Nationalhymne habe ich Probleme. Ich singe nicht mit. Ich bin für die Kinderhymne von Bertolt Brecht.

SPIEGEL: Wie bitte?

Ströbele: Ich meine den Text: „Dass ein gutes Deutschland blühe / Wie ein andres gutes Land / Und weil wir dies Land verbessern / Lieben und beschirmen wir's / Und das liebste mag's uns scheinen / So wie andern Völkern ihrs“. Das gefällt mir. Aber Sprüche wie „Ich bin stolz auf Deutschland“ gruseln mich. Das heißt nicht, dass ich nie auf etwas in Deutschland stolz sein kann.

SPIEGEL: Wann zum Beispiel?

Ströbele: Das Europäische Parlament hat 2001 in einem Bericht geschrieben, die Regelung des Datenschutzes in Deutschland für die Kontrolle der Geheimdienste sei beispielhaft. Wenn Deutschland wegen so etwas auf der Welt anerkannt wird, dann haben wir etwas erreicht.

SPIEGEL: Über Snowden haben Sie gesagt, er sei ein Patriot. Somit haben Sie nichts gegen Patriotismus einzuwenden?

Ströbele: Snowden habe ich als amerikanischen Patrioten wahrgenommen. Ich habe mit ihm nicht meine und seine politischen Auffassungen diskutiert. Aber wir stimmen in diesem einen Punkt überein, dass es richtig ist, den schlimmsten Spionagefall der Weltgeschichte vollständig aufzudecken und so etwas in Zukunft zu verhindern.

SPIEGEL: Durch Ihre Kontakte mit Snowden verschiebt sich die Wahrnehmung Ihrer Person. Nun gelten Sie auf einmal als Repräsentant Deutschlands.

Ströbele: Ja, ich bin da jetzt in eine neue Rolle hineingeraten. „Hineingeraten“ ist wirklich der richtige Ausdruck. Ich wusste, dass es Aufregung gibt, wenn ich Snowden besuche, aber dass sich wenige Stunden danach das Weiße Haus dazu äußert, der Kreml und die Bundesregierung, das weltweite Medieninteresse, das hatte ich nicht für möglich gehalten.

SPIEGEL: SPD und Union möchten Snowden für den NSA-Untersuchungsausschuss in Moskau befragen und verhindern, dass er nach Deutschland kommt. Ist das feige?

Ströbele: Ganz eindeutig: ja. Und ich glaube, diese Feigheit ist völlig unberechtigt. Es ist unnötig, sich den USA devot zu nähern, wir können selbstbewusst mit den Kollegen dort reden.

SPIEGEL: Dürfen wir also sagen: Hans-Christian Ströbele ist ein Patriot?

Ströbele: Nein. Dürfen Sie nicht.

SPIEGEL: Herr Ströbele, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



**Animation: Die Karriere des
Hans-Christian Ströbele**

spiegel.de/app472013stroebel
oder in der App DER SPIEGEL

KRIMINALITÄT

Virus der Gier

Warum gehen Menschen einem mutmaßlichen Anlagebetrüger auf den Leim? Ein Fall in Franken zeigt, wie wenig dazu gehört, den Verstand auszuschalten.

Es gibt in diesem Fall zwei Rätsel, das große und das kleine. Das große ist das Rätsel in jedem Anlegeschwindel: Warum glauben Menschen, dass einer den todsicheren Weg zum Reichtum gefunden haben sollte und das Beste, was so einem Finanzgenie einfällt, ist, ganz viele andere damit reich zu machen? Nämlich sie, die Anleger, ganz exklusiv, aber bitte nicht weitersagen.

Das kleine Rätsel ist dagegen das Haus in Lauf an der Pegnitz, die Büroadresse von Jens B.: Warum sollte so ein Magier der Geldvermehrung in einem Wohngebiet, in seinem Elternhaus, hinter Glasbausteinen im Stil der frühen Siebziger sitzen? In einem Bau, der so aussieht, als sei seit damals nicht mehr viel daran gemacht worden? Und da wird keiner misstrauisch?

Die Fragen können sich heute mindestens 742 Anleger stellen, die Antworten nimmt gern die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth entgegen, die Jens B. im Juni verhaftet hat. Die Ermittler, die zurzeit in ganz Deutschland alle Geschädigten vernehmen, setzen den noch nicht verjährten Schaden mit rund 50 Millionen Euro an. Der Insolvenzverwalter Harald Schwartz spricht ebenfalls von Forderungen der Gläubiger, „mindestens im zweistelligen Millionenbereich“. Und der Nürnberger Anwalt Wolfgang Wittmann, der mehr als hundert Anleger vertreten, greift noch höher: „Es geht um einen Anlagebetrug im deutlich dreistelligen Millionenbereich.“

Eigentlich sollte es schon genug warnende Beispiele für Schneeballsysteme geben. Der Fall Jürgen Harksen, der Fall Helmut Kiener – am Anfang steht immer das Versprechen enormer Renditen, am Ende ist das Geld weg und der Geldmacher manchmal gleich mit. Wer lässt sich so eigentlich noch leimen?

Die Franken-Version der Geschichte zeigt nun, wie leicht es trotz allem immer noch ist, Anleger mit dem Virus der Gier zu infizieren. Bei Jens B. reichten dafür ein Hauptschulabschluss und Charisma. Dazu eine angebliche Lehre bei der Deutschen Bank, ein angebliches Wirtschaftsstudium mit Diplom, beides erfunden. Nützlich sollen außerdem gewesen sein: ein Musterdepot, wie es jeder bei einer Bank zum Üben oder für Börsenspiele anlegen kann. Und ein Kopierer, der die



B.s Elternhaus in Lauf an der Pegnitz: Anlegergespräche am Küchentisch

Spielereien wie echte Aktiengeschäfte aussehen ließ. So einfach? Offenbar schon.

Jens B., heute 41, hatte bereits in den Neunzigern damit begonnen, unschlagbare Renditen für Festgeldverträge zu versprechen. Meist zwischen 10 und 12 Prozent im Jahr, im Extremfall, so Rechtsanwalt Wittmann, auch schon mal 16 Prozent für sechs Monate. Seine geniale Geldmaschine – zumindest sollten das die Anleger glauben – war aber etwas anderes: Mitarbeiteraktien großer Konzerne.

Angeblich konnte er an diese günstigen Aktien herankommen und sie weiterreichen, oft zur Hälfte des Börsenkurses. Mal soll er seinen Kunden erzählt haben, er kenne die Vorstände in den Unternehmen, mal, dass er gute Beziehungen zu irgendwelchen Aktienbrokern habe. Mal wollten demnach die Mitarbeiter der Konzerne die Aktien nicht selbst kaufen, mal waren sie knapp bei Kasse und mussten Aktien wieder loswerden. Papiere von Allianz, Apple, Volkswagen oder Google, immer nur die großen Namen.

Besonderen Eindruck dürfte Jens B. auch damit gemacht haben, dass er in seine Angebote hineinschrieb, wie viele Aktien er höchstens liefern könne – „BMW verfügbar 2100 Stück“ stand dort zum Beispiel. Und manchmal meldete B. sogar: leider ausverkauft.

Die Kunden besorgte er sich mit Mundpropaganda. Eine Homepage hatte seine Firma Concept 1 nicht, kaum ein Anleger sah je eine Bro-

chure. In seinen Geschäftsbedingungen verpflichtete er Klienten, die Mitarbeiteraktien kauften, ausdrücklich zur „absoluten Verschwiegenheit“: „Wird diese Vereinbarung nicht eingehalten, sieht sich Concept 1 zur Selbstanzeige gezwungen. Eine Folge wird unter anderem sein, dass das Depot des Kunden eingefroren wird und hohe Geldstrafen drohen.“

Eigentlich war das ein klarer Fingerzeig, dass es mit der Seriosität des Geschäftsmodells nicht weit her sein konnte. Die Anleger, oft angefixt von Freunden, die ihre Gewinne tatsächlich ausgezahlt bekommen hatten und meist wieder angelegt, lasen den Passus offenbar anders: als Beweis, dass sie zu einem kleinen, erlauchten Kreis gehörten – den Freunden des Geldmachers. Darunter: ein Adliger, mehrere Unternehmer, ein Siemens-Bereichsvorstand, einige Gastronomen, meist aus der Region Nürnberg, aber auch aus Hamburg, Berlin, sogar Italien.

Tatsächlich, so zumindest der Stand der Ermittler, hat Jens B. nicht eine Mitarbeiteraktie bekommen. Nie ein Depot dafür angelegt. Das Geld stattdessen in ein Schneeballsystem gesteckt, bei dem die letzten Anleger mit ihren Einlagen ahnungslos die Scheingewinne ihrer Vorgänger bezahlten. Und damit das nicht auffiel, soll er Depotauszüge der Deutsche-Bank-Tochter Maxblue gefälscht haben, die in Wahrheit nur Spielumsätze in einem Musterdepot anzeigen. So soll Jens B. sei-



Beschuldigter B.
18 Autos, 4 Rolex

nen Anlegern vorgegaukelt haben, dass er die Aktien tatsächlich gekauft habe.

Im Rückblick fragen sich jetzt auch die Ermittler, wie sich ein mutmaßliches Schneeballsystem so viele Jahre halten konnte. Erst recht, weil Jens B. allein 1,5 Millionen Euro für einen Fuhrpark mit 18 Autos abgezwackt haben soll, darunter Männerpielzeuge wie ein Lamborghini Gallardo Spyder, ein Ferrari F430, ein McLaren MP4-12C. Die meisten waren nicht angemeldet, sie standen diskret bei einem Nürnberger Ferrari-Händler. Auch vier Uhren der Marke Rolex und drei aus dem Hause Cartier gingen vermutlich auf Kosten der Anleger.

Zu den Merkwürdigkeiten gehört auch, dass die Bankenaufsicht Jens B. bereits 2004 im Visier hatte, wegen unerlaubter Bankgeschäfte. Sie verfolgte den Fall aber nicht weiter, weil er zugesagt hatte, die verbotenen Einlagengeschäfte aufzugeben – so steht es in einem Schreiben der Finanzaufsicht BaFin aus dem Jahr 2011. Peinlich: Im Juni 2013, nach der Festnahme, kam sie erneut zum Ergebnis, dass Jens B. unerlaubte Bankgeschäfte betrieben habe. Da war es dann zu spät.

Aber auch viele Anleger hätten schon lange ahnen können, dass sie ihr Geld in ein schwarzes Loch geworfen hatten: Während Jens B. einige pünktlich ihre Gelder zurückzahlte, vor allem denen, die für seine Mundpropaganda wichtig waren, Gastronomen beispielsweise, hielt er andere wohl über Jahre hin. Angeblich begründete er das mit Steuerfragen; wenn einer zu hartnäckig bohrte, soll Jens B. aber auch schon mal in Raten zurückgezahlt haben.

Sein Anwalt Jürgen Lubojanski bestreitet dagegen, dass Jens B. ein Schneeball-system aufgebaut habe. Bis zur Verhaftung habe jeder Kunde sein Geld zurückbekommen. Wie aber seinem Mandanten so enorme Renditen geglückt sein sollen, lässt Lubojanski offen. Denn Aktien, das räumt der Anwalt ein, habe die Concept 1 mit den Kundengeldern wohl nie gekauft. Allerdings auch nicht die vielen teuren Autos. Die müsse man einem Autohandel zuordnen, den Jens B. noch nebenher aufgebaut habe.

Das große Rätsel des Anlagebetrugs wird auch nach diesem Fall bleiben, zumindest für das kleine Rätsel gibt es aber eine Lösung. Warum keiner misstrauisch wurde, bei dieser Geschäftsadresse, bei Anlegergesprächen am hölzernen Küchentisch? Nein, dass Jens B. sein Büro in dem schmucklosen Haus im Wohngebiet hatte, so ein Anleger zu Anwalt Wittmann, habe ihn erst recht überzeugt, dass Jens B. sparsam und sorgfältig mit dem Geld umgehe. Auch so kann man sich täuschen lassen, wenn man unbedingt ans große Geld glauben will.

JÜRGEN DAHLKAMP,
JÖRG SCHMITT



WESTEND61 / VARIO IMAGES

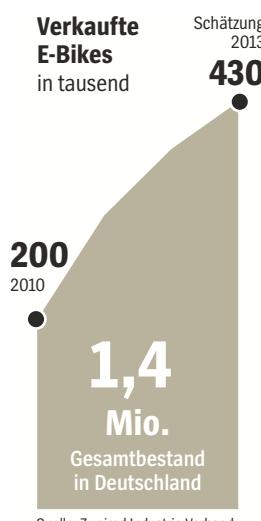
VERKEHR

Rasende Rentner

Vor allem ältere Menschen erleiden mit E-Bikes schwere Unfälle, meist selbstverschuldet. Ärzte und Unfallforscher fordern Konsequenzen.

Feuertes Laub bedeckt den Boden, die Wege sind rutschig, die Dunkelheit bricht früh herein. Die Fahrradsaison neigt sich dem Ende zu. Während die Radler draußen ihre letzten Runden drehen, muss sich Marlene Noetzel, 72, drinnen mit ihrem Fitnessgerät zufriedengeben. Die Saison endete für sie in diesem Jahr bereits im August, in einem Graben im Berchtesgadener Land.

Noetzel war mit ihrem Mann im Urlaub, sie hatten sich den Tauernradweg von Krimml nach Salzburg vorgenommen. Das Ehepaar aus Osnabrück lieh sich Fahrräder mit Elektroantrieb, sogenannte E-Bikes, aus. Damit schafften die beiden mühelos täglich 40 bis 50 Kilometer. Am vierten Tag der Tour bremste Noetzel an einer leicht abschüssigen Stelle, kippte seitwärts vom Rad und stürzte einige Meter in die Tiefe. Sie landete auf ihrem Fahrrad, das ebenfalls den Abhang hinuntergerutscht war. Noetzel brach sich drei Rippen und zog sich Prellungen zu. Die Bergwacht brachte sie ins Krankenhaus nach Bad Reichenhall. Nach fünf Tagen kam sie im Krankentransport zurück nach Osnabrück.



Senioren wie sie erobern mit hochgerüsteten Elektrorädern den Verkehr – und die Unfallstatistiken. Beinahe wöchentlich berichten Regionalzeitungen über dramatische Crashes. Im bayerischen Grabenstätt zog sich eine 65-Jährige im Juli nach einem Sturz lebensgefährliche Kopfverletzungen zu, im sächsischen Sehmatal starb im August ein 67-Jähriger, als er in die Straßenböschung fuhr und anschließend gegen ein Verkehrszeichen knallte. Ende Oktober kam in Schorndorf bei Stuttgart ein 75-jähriger Mann ums Leben, als er beim Abbiegen einen Pkw übersah und mit ihm zusammenprallte.

Rasende Rentner sind die besten Kunden der schnellwachsenden E-Bike-Industrie. Sie lieben die neu gewonnene Mobilität und den Rausch der Geschwindigkeit: 25 Stundenkilometer sind ohne allzu viel Muskelkraft zu schaffen.

Doch mit den Verkaufszahlen steigt auch die Zahl der Unfälle. Allein in Baden-Württemberg ist sie 2012 im Vergleich zum Vorjahr bereits um fast 80 Prozent gestiegen. Umfassende Studien liegen in Deutschland noch nicht vor, Hinweise liefert aber der Sinus-Report der Schweizer Beratungsstelle für Unfallverhütung. Danach handelt es sich bei 57 Prozent der Unfälle mit schweren Verletzungen um Schleuder- oder Selbstunfälle, an denen keine weiteren Personen beteiligt sind. Zum Vergleich: Bei Unfällen in Deutschland mit normalen Fahrrädern sind nur 17 Prozent der Radler ohne Beteiligung Dritter gestürzt.

„Die vielen Alleinunfälle deuten darauf hin, dass vor allem ältere Menschen Probleme mit der Bedienung der E-Bikes haben“, sagt Siegfried Brockmann von

Senioren auf Elektrorädern Neugewonnene Mobilität

der Unfallforschung der Versicherer. In kritischen Situationen trafen sie die falschen Entscheidungen. E-Biker fahren, unterstützt von ihrer leistungsstarken Batterie, häufig zu schnell an, legen sich zu steil in die Kurve oder unterschätzen die Kraft ihrer Hightech-Bremsen. Weil zu dem viele Autofahrer vom hohen Tempo der betagten Turboradler überrascht werden, steigt laut Brockmann das Risiko für Zusammenstöße zwischen Pkw und Elektrovelos. Er fordert: „E-Bikes dürfen nicht weiter als normale Fahrräder betrachtet werden, sie sollten wegen ihres Motors als eigene Klasse gelten.“

Michael Raschke, Unfallchirurg am Universitätsklinikum Münster, operiert jeden Monat Menschen, die mit E-Bikes gestürzt sind. Sie kommen mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus, mit Handgelenksbrüchen oder Wirbelsäulenverletzungen – und die meisten sind über 60 Jahre alt. Ein Sturz, den Jüngere mit ein paar Prellungen wegsteckten, habe für ältere Menschen oft schwere Folgen, sagt Raschke. „Sie fallen völlig ungeschützt, da ihre Reflexe verlangsamt sind.“ Erst vor einigen Wochen behandelte er eine 72-jährige Frau nach einem E-Bike-Unfall. Sie hatte scharf gebremst und flog über ihren Lenker, fiel in einen Graben, brach sich die Halswirbelsäule. Seitdem ist sie querschnittsgelähmt.

Raschke hat dennoch Verständnis für Rentner, die sich ein Elektrorad kaufen, um den im Alter eingeschränkten Lebenskreis zu erweitern. „Die älteren Patienten in der Unfallchirurgie fragen mich nach einer Operation nicht, wann sie wieder gehen können. Sie fragen: Wann kann ich wieder Fahrrad fahren?“

Nun müsse die Politik reagieren, fordert Raschke. Er kann sich eine Helmpflicht und eine Eignungsprüfung fürs E-Bike vorstellen. Es müsse sichergestellt werden, dass die Menschen ihr Elektrofahrrad beherrschten.

Marlene Noetzel trug bei ihrem Sturz im August einen Helm. Ihr Kopf blieb von Verletzungen verschont, doch die 72-Jährige kämpft noch immer mit den Folgen des Unfalls. Ihre Bewegung ist eingeschränkt, sie wird physiotherapeutisch behandelt. Bis zu ihrem Sturz mit dem geliehenen Rad war Noetzel überzeugt, dass sie sich bald ein eigenes E-Bike zulegen werde. Jetzt ist sie skeptisch. Allerdings hat sich ihr Mann längst ein Elektrorad besorgt. „Wenn ich mir keines kaufe“, sagt sie, „rast er mir bei Touren davon.“

THERESA AUTHALER



Video-Reportage:
Ein E-Bike-Fahrkurs

spiegel.de/app472013ebike
oder in der App DER SPIEGEL

Was war da los, Herr Eichendorf?

Mario Eichendorf, 52, Stuntman aus Wismar, über Pädagogik: „Ich zeige Kindern, wie wichtig es ist, einen Fahrradhelm zu tragen. Ich bin Freiberufler und werde oft von Schulen, Kindergärten oder Versicherungen engagiert. Durch Gewalt, Verfolgungsjagden und Unfälle, die im Fernsehen gezeigt werden, sind Kinder abgestumpft. Durch meine Stürze auf dem Schulhof haben sie die Gefahr dramatisch vor Augen. Sie sehen die Lacksplitter, die vom Fahrrad oder vom Auto abplatzen. Ich zeige ihnen ganz alltägliche Gefahrensituationen, beispielsweise den toten Winkel oder Rechts-vor-links-Situationen. Bei kleinen Kindern kommt die Botschaft schnell an. Bei Teenagern, vor allem Jungs, muss ich manchmal härter rangehen. Die Jungs fühlen sich oft zu cool für einen Helm. Ich erzähle ihnen dann von Glassplittern, die sich in den Kopf bohren und herauseitern müssen. Mir ist so etwas noch nicht passiert. Meine Arbeit tut meist nicht weh.“

CARSTEN REIDER / DPA



Eichendorf

Lohnt es sich zu scheitern, Herr Göbel?

Tim Göbel, 35, Vizepräsident der privaten Zeppelin-Universität in Friedrichshafen, bietet Anti-Streber-Stipendien an – für Menschen, die auf eine zweite Chance warten.

SPIEGEL: Herr Göbel, wer ist denn ein Anti-Streber?

Göbel: Gute Frage. Wir haben für das Wintersemester zwölf Stipendien vergeben – etwa an Studienabbrücher oder erfolglose Firmengründer, an Menschen, die schon mal gescheitert sind. Sie alle haben daraus gelernt und dadurch eine besondere Form der Exzellenz.

SPIEGEL: Was hat der Anti-Streber dem Streber voraus?

Göbel: Anti-Streber haben eine stärkere Selbstreflexion. Wer schon mal gescheitert und wieder aufgestanden ist, weiß meist, wer er ist.

SPIEGEL: Passen Gescheiterte zu einer Elite-Universität? Wird bei Ihnen Faulheit belohnt?

Göbel: Das muss ich korrigieren: Wir sind eine Pionier-Universität. Hier geht jeder seinen eigenen Weg, der nicht vorgegeben

wurde, schon gar nicht durch das Elternhaus. Gerade an unsere Hochschule passt das Anti-Streber-Stipendium gut.

SPIEGEL: Wie läuft das Bewerbungsverfahren bei Ihnen ab?

Göbel: Die Anwärter durchlaufen das reguläre Bewerbungsverfahren der Uni. Natürlich brauchen auch die Anti-Streber eine Hochschulzugangsberechtigung. Zusätzlich müssen die Anwärter für das Anti-Streber-Stipendium eine Art Selbsteinschätzung verfassen. Und natürlich müsste ein Gründungspleitier, der bei uns aufgenommen werden soll, seine Insolvenzurkunde vorlegen.

SPIEGEL: Werden die Streber nicht neidisch auf die Anti-Streber?

Göbel: Diese Befürchtung war da, aber sie hat sich nicht bewahrheitet. Bei unseren zwölf Anti-Strebern handelt es sich um großartige Exoten, die von allen akzeptiert werden. Es kann sich wirklich niemand befreien. Außerdem behalten wir natürlich unsere klassischen Stipendien bei.

SPIEGEL: Was lernt denn der Streber vom Anti-Streber?

Göbel: Es entsteht ein akademischer Mehrwert, wenn Studenten mit unterschiedlichstem Hintergrund zusammenkommen.

Von Anti-Strebern kann man lernen, wie man nach einer Niederlage wieder auf die Beine kommt.

SPIEGEL: Hat Ihr eigener Lebenslauf auch Lücken?

Göbel: Ich war jemand, der das große Glück hatte, klassische Stipendien zu bekommen. Gerae deswegen möchte ich Menschen fördern, die keinen gradlinigen Lebenslauf haben.



Studenten

MICHAEL LATZ / DDP IMAGES

Die Wette

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE: Wie ein Elektriker seinen Enkel zum Nationalspieler machte

Peter Edwards ist Elektriker in einer Kleinstadt in Wales, ein Mann, der gern anpackt und dem man große Träume nicht zutraut. Aber an einem dieser kalten Herbstabende, als Wales gegen Belgien um die Qualifikation zur Fußball-Weltmeisterschaft spielt, sieht es für Peter Edwards so aus, als werde sein größter Traum in Erfüllung gehen. Edwards glaubt an diesen Traum. So sehr, dass er eine Wette darauf abgeschlossen hat. Sie lautet: Mein Enkel wird schaffen, was anderen aus der Familie nicht gelungen ist, der Junge wird uns alle überflügeln, er wird zum Fußballstar.

Der Enkel heißt Harry Wilson. Er ist im Aufgebot der walisischen Mannschaft, er sitzt auf der Bank, allein das ist eine Sensation. Betritt er den Rasen, hat Edwards die Wette gewonnen.

Der 62-Jährige ist an diesem Tag auf Montage. In Buckingham, einer Stadt nordwestlich von London, sitzt er in seinem Wohnwagen. Die Füße stecken in Filzmokassins, in der Hand hat Edwards ein unzuverlässiges iPad, das Bild ruckelt, immer wieder reißt der Livestream ab. Er könnte den Moment seines Lebens verpassen.

Als das Handy klingelt, hält Peter Edwards das Gerät ans Ohr und dann wieder ein Stück weg. „He's on!“, kreischt seine Frau Dorothy. Sie sitzt zu Hause, auch sie verfolgt das Spiel, am Fernseher, störungsfrei. Peter schüttelt das iPad, als könnte er das Bild herbeizwingen. Schließlich sieht er seinen Enkel. 87. Minute, Harry Wilson, 16 Jahre und 207 Tage alt, ist der jüngste Spieler, der jemals für sein Land auflief. Der Plan ist aufgegangen.

Als Harry geboren wurde, wollte Peter Edwards alles richtig machen. Um seine Tochter hatte er sich kaum kümmern können. Nur zweimal im Monat kam er übers Wochenende nach Hause. Die anderen Tage verbrachte er auf Hochspannungsmasten. Sie brauchten das Geld.

Wenn er nach Hause fuhr, war Harry fast immer da. Stundenlang schaute Edwards zu, wie der Junge über den Wohnzimmerteppich krabbelte, einem Ball hinterher. Harry lernte laufen, er jagte den

Ball nun durch den Garten. Edwards beobachtete ihn mit Stolz. Vielleicht wuchs hier ein Jahrhundertalent heran. Er holte seine Kamera, ließ die Fotos vergrößern, laminierte sie und klebte sie in seinen Wohnwagen. Als er eines Abends die Bilder betrachtete, reifte sein Plan.

Andere Großeltern zahlen für die Enkel in Bausparverträge ein. Peter Edwards ging in ein Wettbüro. Sein Enkel, sagte

wenn er wisse, dass jemand an ihn glaubt, meinte Edwards.

Als Harry vier Jahre alt war, brachte Edwards ihn zum Kindertraining des Fußballvereins Corwen FC. Der Trainer lobte Harrys taktisches Verständnis. Wenn Harry vom Sportplatz kam, wartete im Haus der Großeltern schon ein Teller Hühnersuppe auf ihn. Hühnersuppe war Harrys Lieblingsgericht.

Drei Jahre später fuhr Edwards den Jungen nach Liverpool, zum nächstgelegenen Premier-League-Club. In der Schule stand Harry nicht gern im Mittelpunkt, doch auf dem Fußballplatz verwandelte er sich. Als Harrys Vater für den Jungen einen Vertrag mit der Nachwuchssakademie des Vereins unterschrieb, köpfte Peter Edwards eine Flasche Champagner. Den Korken klebte Harry in seinen Liverpool-roten Plastikordner.

Am Wochenende fuhr der Großvater Harry zum Training nach Liverpool, eineinhalb Stunden hin, eineinhalb Stunden zurück. Wenn Harry während der Heimfahrt auf dem Rücksitz einschlief, beobachtete Edwards ihn im Rückspiegel. Er hatte das Gefühl, eine Menge richtig gemacht zu haben. Er spürte, wie wichtig Vertrauen und Liebe für den schüchternen Jungen sind.

Die Wette schweißte die beiden zusammen. Als Harry ins Wohnheim der Fußballakademie zog, telefonierten sie mittels Skype: Harry in seinem Internatzimmer, der Großvater im Wohnwagen. Harry trainierte nun auch mit der walisischen Nationalmannschaft.

Als der Junge gegen Belgien antritt, ist Peter Edwards der glücklichste Mensch der Welt. Nicht so sehr wegen der 125 000 Pfund, die er gewinnt, sondern weil sich sein Vertrauen ausgezahlt hat.

Über Harry gibt es mittlerweile einen Eintrag bei Wikipedia. Er hat jetzt eine Freundin. Am Wochenende sitzt Peter Edwards mit Dorothy zu Hause und wartet auf den Enkel. Sie freuen sich darüber, dass Harry so begehrt ist, aber es macht sie auch traurig. Immer öfter wird die Hühnersuppe kalt.

MIRIAM OLBRISCH



Edwards

FUSSBALL

Kickender Enkel macht den Opa reich

LONDON/SID - Als Harry Wilson vom FC Liverpool am Dienstag beim 1:1 im WM-Qualifikati-

Aus der „Mitteldeutschen Zeitung“

er, werde in der Nationalmannschaft spielen. Wie alt der Enkel sei, fragte die Frau im Wettbüro. Zweiundhalb Jahre, erwiderte Edwards. Die Frau schüttelte fassungslos den Kopf. Am Ende zahlte Edwards 50 Pfund plus Mehrwertsteuer, er erhielt einen Wettschein auf gräulichem Papier. Quote: 2500 zu 1. In der Sprache der Buchmacher heißt das: „Vergiss es.“ Edwards legte den Zettel in den Safe, neben die Police der Lebensversicherung.

Dem kleinen Harry erzählte er von der Wette – als Ansporn und als Zeichen des Vertrauens. Es mache den Jungen stärker,



**Die Sängerin Judith Holofernes wollte wissen, wie es sich
„da oben“ anfühlt – auf Festivals und in Fernsehstudios.**

Glücklich, unterm Strich

Mit ihrer Band „Wir sind Helden“ eroberte Judith Holofernes die Charts und wurde zu einem Idol. Wie überfordert sie war, wusste niemand. Nach zwei Jahren kehrt sie mit einem Soloalbum zurück. Wird sie durchhalten? Von Ullrich Fichtner

Durch den Görlitzer Park von Berlin-Kreuzberg, dessen Eingänge neuerdings rund um die Uhr von Drogendealern besetzt sind, streift verloren ein Ritter, die Rüstung aus Wolle, ein schaukelndes Filzpferd, groß wie ein Pony, mit Gurten um den Leib geschnürt. Musik ist zu hören von irgendwoher, keuchende Gitarren und eine Frau, die singt: „Gib mir ein leichtes Schwert, für meine müde Hand, eins, das tanzt wie ein Schmetterling, tanzt ...“

Es nieselt, der November ist da, die Dealer, nervöse, dunkle Gestalten, wissen nicht, ob sie lachen oder davonlaufen sollen, sie werden gerade Teil einer Kunst, Teil eines Musikvideos. Teil des Comebacks von Judith Holofernes.

Ein dürrer Kameramann in Zehenschuhen aus genopptem Gummi folgt ihr über den nassen Rasen, die Musik kommt aus einer Minianlage in einer seiner Hosentaschen. Judith Holofernes, im Ritterkostüm, wollte sie unbedingt hören während des Drehens, nah bei sich, um ganz exakt im Takt zu schreiten. Sie kann sehr penibel sein, gerade jetzt. Nach zwei Jahren Funkstille, nach dem vorläufigen Ende ihrer Band „Wir sind Helden“ werden Ende dieser Woche neue Lieder von ihr im Radio zu hören sein, weitere folgen über den Winter, ein paar Videos dazu, ein paar ins Internet gestreute „Teaser“, dann kommt im Februar das neue Album auf den Markt: „Ein leichtes Schwert“. Von Judith Holofernes. Sie ist wieder da.

Vier Tage vor dem Videodreh im Görlitzer Park, am ersten Montag im November, hat sie die Masterbänder, nach monatelanger Kleinarbeit, morgens um neun hektisch in die Produktion geschickt. In der Nacht zuvor stieß sie die Reihenfolge der Lieder noch einmal um. Sie will ein Album vorlegen, auf dem endlich „alles genau so klingt, wie ich es will“, sagt sie, das Visier aus Filz und Wolle für einen Moment geöffnet, das Gesicht gerötet von der Last des falschen Pferds.

Sie hat, auf den ersten Blick, noch immer die anrührend klaren Augen des Mädchens, das sie vor 15 Jahren war, in der Zeit vor dem Ruhm, vor den „Helden“, vor der Heirat, vor den Kindern.

Die blauen Augen der entschlossenen jungen Frau, die damals auch schon 22 war und die bei ihren allerersten Auftritten in vergammelten Kneipen ihren Traum besang, ein Popstar zu werden, auf der ganz großen Bühne, mit der schönen, größewahnssinnigen Zeile: „Ich will mich da oben sehn.“

Sie konnte nicht wissen, wie es sich anfühlen würde „da oben“, im Licht, auf Platz eins der Charts, auf Festivals vor 80 000 zahlenden Zuschauern, wie es sich sitzt in den Fernsehstudios bei Maybrit Illner, bei Harald Schmidt, als er noch groß war, wie es ist, dem Dalai Lama die Hand zu schütteln. Sie ahnte nicht, welche Wellen es schlägt, wenn sich jemand wie sie frontal mit der „Bild“-Zeitung anlegt, was sie tat, als sie sich nicht für deren Werbekampagne mit Prominenten hergeben wollte und ihre Absage an die Werbeagentur Jung von Matt mit den Worten begann: „Ich glaub, es hackt.“ Sie wusste nicht, wie erbarmungslos der Rummel um den Ruhm sein kann, wie tief Müdigkeit geht, wie schnell sich alles so anfühlt, „als würde man sich selbst nicht mehr gehören“. Judith Holofernes ahnte nicht, dass Popstar werden leichter ist als Popstar sein.

Ihre Augen spiegeln diese Erfahrung heute, auf den zweiten Blick, eine Spur von Zweifel liegt manchmal in ihnen, eine kleine, kichernde Angst, wenn sie sich die Reaktionen auf ihre neue Platte ausmalt, die Gemeinheiten, mit denen sie rechnen muss. In der Jauchegrube der Internetforen hat sie schon Kommentare gefunden, die ihr die Aufhübschung mit Botox nachsagen. Sie lacht darüber, leidet aber darunter. Sie kann, sagt sie, schlechte Kritiken, Bösartigkeiten schlecht parieren. Sie liest, leider, alles. Dünne ist ihre Haut geblieben, ihr Panzer nur aus Wolle und Filz.

Wer Judith Holofernes ein wenig begleitet, lernt schnell, dass sie mitten im Glück, das ihr geschenkt war, nicht selten sehr unglücklich gewesen sein muss, dass das Wunder, das sich an ihr vollzog, das Märchen, das sie lebte, so erfüllend war, wie es sie zugleich aushöhlte. Das ist ein Paradox, aber das Leben ist so uneindeu-

tig, zumal das einer Frau mit dem Künstlernamen Judith Holofernes, in dem Schönheit und Tod immer miteinander ringen.

„Immer im roten Bereich“ habe sie sich bewegt, sagt sie, „immer die Angst des Rennfahrers im Nacken, das Steuer zu verreißen und an die Wand zu klatschen.“ Sie erzählt von den rasenden Jahren ihres Lebens in den Drehpausen, im Mietbus des Filmteams, in ihrer „Hasenwohnung“ an der Hasenheide, wo sie arbeitet. Erinnert sich an die Zeiten, in denen die Band manchmal 33 Konzerte in sechs Wochen spielte. Sie trinkt Kaffee mit Sojamilch, weil sie gegen Kuhmilch und alles Mögliche sonst allergisch ist, gegen Roggencmehl, Katzen und Nüsse, sie bringen ihr Asthma. Was ist geworden aus ihren Popstar-Träumen? Hat sie das Glück gefunden? „Ja“, sagt sie, „und das Unglück.“

Viele Konzerte hat sie mit Fieber und Halsweh gesungen, vollgestopft mit Paracetamol. Noch als ihr Sohn im Dezember 2006 geboren war, als ihre Tochter im August 2009 auf die Welt kam, absolvierte sie große Tourneen mit gleich zwei Babysitters in bedrückend engen Tourbus, rüttelnde Fahrten, Tausende Kilometer weit, mit manchmal nicht schlafenden, zeitweilig kränkelnden, häufig schreienden Kindern, immer zwischen Windeln und Westerngitaren.

Oft musste sie direkt vom Mikrofon, von der Rampe weg zum Stillen hinter die Bühne hetzen. Oft wollte Judith Holofernes, zwischen Konzerten in München, Hamburg, Köln und Berlin, zwischen Auftritten in Hannover, Nürnberg, Wien und Frankfurt einfach nur nach Hause. Auf der Couch liegen. Fernsehserien gucken. Früh schlafen. Aber das wollte niemand wissen. Und keiner zulassen.

Die Fans nicht, die Medien nicht, die Musikmaschine nicht, sie bastelten sich ihre Judith zurecht, nach Belieben, einen Starschnitt ihres Popstars, erst als Sternchen und Girlie, bald als Bannerträgerin einer „neuen Neuen Deutschen Welle“. Sie bekam mit den „Helden“ Preise und Plaketten verpasst, „Klassensprecher der Nation“, sie wurde zur modernen Übermutter, zur konsumkritischen Superheld-

din einer neuen Zeit. Wenn sie diesen zugeschriebenen Bildern in Interviews zu widersprechen versuchte, klang es kokett, es klang undankbar, weil ein Popstar in dieser Welt ein Popstar zu sein hat, das heißt größer, schöner, strahlender als ein normaler Mensch.

Das kleine Filmteam verlegt sich vom Görlitzer Park zur Oberbaumbrücke, Judith Holofernes überquert als Ritter aus Fleisch und Filz die Spree. Die Passanten reagieren belustigt oder beleidigt, eine grantige Pflegerin, die eine Alte vor sich herschiebt, ruft durch den Regen, feindlich, Richtung Ritter: „Vorsicht, hier kommt 'n Rollstuhl.“ Durch die Stahlträger der Brücke bietet sich ein Panorama der elenden Berliner Hässlichkeit, mit Fernsehturm und Baukran, ein Postkartenbild des chronisch Unfertigen, auf das die Stadt so stolz ist.

Hier ist Judith Holofernes zu Hause, hier kam sie, im alten West-Berlin, als Judith Holfelder auf die Welt, der Kiez zwischen „Görl“ und „Schlesi“, zwischen Görlitzer Bahnhof und Schlesischem Tor, ist Heimat. Mit ihrer Kleinfamilie, den zwei Kindern und ihrem Mann Pola Roy, der bei den „Helden“ das Schlagzeug spielte, wohnt sie in der Nähe des Urban-Krankenhauses. Es gibt die kleine Wohnung an der Hasenheide, es gibt ein Studio an der Skalitzer Straße. Wer die Gegend kennt, fragt sich, wie Judith und die „Helden“ aus dieser Lebenswelt so viel Schönheit schöpfen konnten.

Beglückende Popsongs sind ihnen gelungen, „Ein Elefant für dich“, „Müssen nur wollen“, „Aurélie“, „Denkmal“. Berückende Liebeslieder wie „Außer dir“, „Bist du nicht müde“, „Du erkennst mich nicht wieder“. Judith Holofernes und die „Helden“ hatten Erfolg, weil sie sich und vielen anderen aus dem Herzen sangen und weil Judith Holofernes Zeilen auf unsere Zeit dichtete und vertonte, die bleiben werden. Weil sie mit Wörtern spielte wie kaum ein deutscher Popstar vor ihr, weil sie perfekte Lieder zum perfekten Zeitpunkt ab lieferte, ironische Hymnen auf Deutschland, „das Land der begrenzten Unmöglichkeiten“.

Dass sie mit solchen Zeilen, mit dem großen Schuss Intellekt, so viel Erfolg haben konnte, wundert Judith Holofernes manchmal selbst. Es wundert sie so sehr, dass sie sich fragt, ob vielleicht manches ein Missverständnis war zwischen ihr und ihrem Publikum. Aber wer wird, im Erfolg, lange danach fragen.

Das erste Album der „Helden“, „Die Reklamation“ aus dem Jahr 2003, hielt sich 94 Wochen in den Charts und verkaufte sich 600 000-mal, das zweite, „Von hier an blind“, stand 59 Wochen in den Hitparaden, brachte zweifach Platin und wurde allein in Deutschland 450 000-mal verkauft. Judith Holofernes, die sich um vieles viele Sorgen macht, hatte



Künstlerin Holofernes im Ritterkostüm auf der Oberbaumbrücke in Berlin, als Sängerin mit ihrer

bald, was man ein sorgenfreies Leben nennt.

Auf die ersten Plätze stiegen danach auch die letzten „Helden“-Alben „Soundso“ und „Bring mich nach Hause“. Nur war mittlerweile, dank Web 2.0, iTunes, Spotify und Co., die alte Musikindustrie überholt und mit ihr der Zwang und die gute Sitte, ganze Alben zu kaufen, statt einzelne Hits per Mausklick im Internet downloaden.

Judith Holofernes' Lieder waren plötzlich nicht mehr Teil eines durchdachten, mühsam kalkulierten Werks, sondern nur noch Treibholz im großen, billigen „Stream“. Die beiden letzten Alben der „Helden“, erschienen 2007 und 2010, verkauften sich, verglichen mit den vorherigen Triumphen, nur noch um die 150 000-mal. Das war immer noch sehr viel, dafür gab es immer noch Gold, aber es hatte jetzt einen deutlich dumpferen Glanz.

Sie singt jetzt vom Elternsein und vom Kinderhaben, von der Unschlüssigkeit ihrer Generation.

Auch der Erfolg von Judiths neuem Soloalbum wird sich nicht so einfach messen lassen. Wer weiß, was die Platte bringen wird,zählbar, da draußen auf dem zerfaserten Markt. Wer sie aber, wie früher, von vorn bis hinten hört, kann sich freuen über ein schnelles, helles Werk. Judith Holofernes hat die Müdigkeit abgestreift oder hat sie verwandelt in Popmusik zum Tanzen und mit echtem Text.

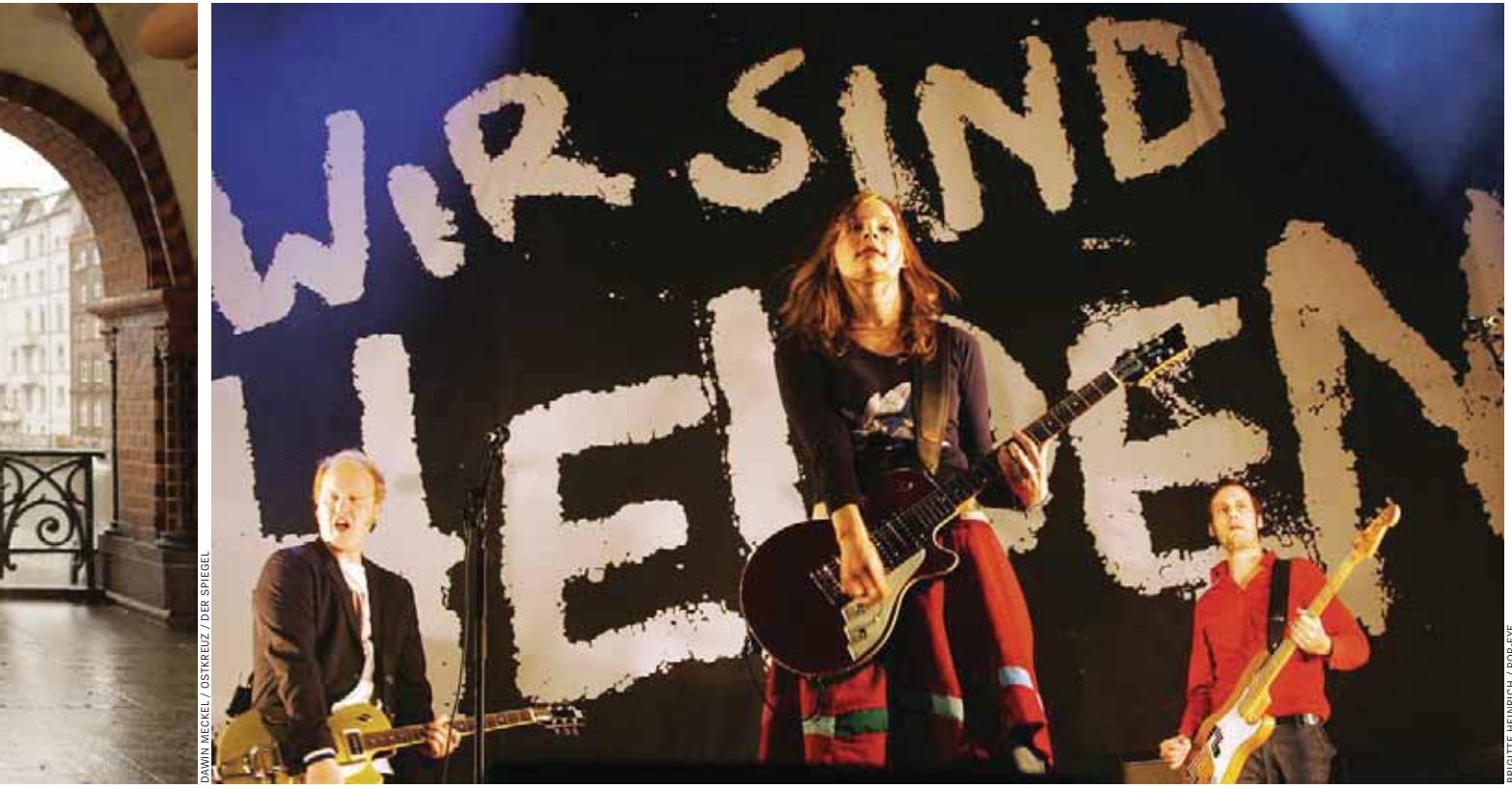
Sie singt jetzt vom Elternsein und vom Kinderhaben, von der Unschlüssigkeit ihrer Generation, in einem irren Stakkato

rattert sie in „MILF“ ihre Plattensammlung herunter. So tonlos hingeschrieben klingt das fade, aber „Hasenherz“ und „Liebe Teil 2“ haben das Zeug zum Hit. Es gibt Lieblingslieder namens „Pechmarie“ und „Brennende Brücken“ und diesmal nur eine einzige schwarze Ballade mit dem Titel „Havarie“.

Mit der Meinung, dass „Nichtsnutz“ den Auftakt des Albums machen müsse, ein Lob des Müßiggangs, war sie allein, gegen alle – ein Gefühl, das sie kennt. Gleich am Anfang ihrer „Helden“-Karriere rieten ihr Manager, sich von der Band zu trennen, aus Gründen besserer Vermarktbarkeit, aber sie kannten Judith Holofernes schlecht. Niemals hätte sie die Freunde einfach so in die Wüste geschickt, und nie hat sie sich um ihre „Vermarktbarkeit“ geschart. Erfolg heißt für sie, „dass ich Sachen gemacht habe, die ich machen wollte. Und die haben auch noch

den richtigen Leuten aus den richtigen Gründen gefallen“. So sprechen Künstler, und nichts anderes will Judith sein: Popstar, ja, aber Künstlerin dabei, kompromisslos konzentriert. Vermarktbarkeit? Fuck it.

Wer sie im Studio erlebt, bekommt einen Eindruck von ihrem Ernst, davon, wie schwer es ist, das poppige Leichte, das schwere Schöne herzustellen. Bis ein Lied wirklich schwingt und „federt“ und „atmet“, wie sie im Studio sagen, bis der Eindruck des Unbemühten, lässig Hinge-



Band 2005: „Du erkennst mich nicht wieder“

DAVIN MECKEL / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

BRIGITTE HENRICH / POP-EYE

worfenen, irgendwie Zugeflogenen erreicht ist, müssen die Musiker und Produzenten lange Wege gehen. „Ein leichtes Schwert“ entstand in diesem Jahr während zweier langer Arbeitsblöcke im Frühjahr und Sommer. Anfang Juli arbeitete sich Judith Holofernes quälend lang an einer Ballade ab, „Oh Henry“, die am Ende noch nicht einmal den Weg ins Album fand.

Vor der schalldichten Scheibe saß Ian Davenport, ein lustiger Engländer mit Koteletten, der schon die letzte „Helden“-Platte produziert hatte. Im Studio drinnen, in einem Hinterhaus an der Skalitzer Straße, war Judith Holofernes zu sehen mit einer Martin-Gitarre und flauschigen Hausschuhen an den Füßen, und eigentlich klappte gar nichts. Die bis dahin eingespielten Versionen waren zu schwer, zu hohl, zu breit, zu dünn, manche klangen unfreiwillig komisch, manche klangen nach gar nichts.

An seinen Reglern, an einem Mischpult, so groß wie ein ausgezogener Esstisch, versuchte Davenport, die Musiker auf den richtigen Weg zu bringen, aber über Musik zu sprechen, ganz genau, im Detail, ist schwer. Davenport, der auf Deutsch nicht viel mehr sagen kann als „Guten Tag“ und „Danke sehr“, wünschte sich den Bass ein bisschen mehr „smoky“, er wünschte sich das Schlagzeug „jazzy without being jazzy, you know“, er riet den Leuten hinter der Scheibe, das „Tom Waits thing“ zu machen, und sie mühten sich ab. Zehnmal, zwölfmal. Noch einmal.

Am späten Vormittag saß Judith Holofernes draußen vor der Scheibe bei Daven-

port, sie hörten die Takes gemeinsam durch. Sie zweifelte jetzt, spürbar, an ihrem Lied, fand es selbst „klaustrophobisch“. Die Musik zog den ohnehin bleischweren Text noch weiter nach unten, statt ihn aufzufangen, ihn irgendwie aufzulockern. „Die Welt spielt ein Wiegenlied aus Lärm und Sirenen ...“, nicht einfach, diese Welt in die Leichtigkeit zu holen.

Aber Davenport hatte so seine Ideen und Tricks; im Lauf des Nachmittags fing das Lied doch noch zu klingen an, nach 30, 40 weiteren Versuchen hatten sie einen vorzeigbaren Song, einen guten sogar, da sagte Judith Holofernes: „Ich will aber den Gesang noch mal neu machen.“ Und Ian Davenport sagte, nach zwölf Stunden Stückwerk, sein Gesicht eine Maske: „No problem.“

Judith Holofernes ging nach Hause, schlief ein bisschen, gegen neun am Abend kam sie zurück, um den Gesang neu zu machen, das dauerte bis Mitternacht. Es ist ein Prozess, der an eine Häutung erinnert. Denn bei den ersten Takes sang sie zuerst wie irgendeine Judith, die gerade zu Hause ein bisschen geschlafen hatte und eben von der Skalitzer Straße wieder hereingekommen war. Beim dritten Versuch erst hatte sie diesen Alltagsmenschen abgestreift, so wirkte es, hörbar, sie war eine andere, und jedenfalls sagte Ian Davenport nach Take drei: „Now you’re in the zone. Go on.“ Und sie sang.

Ihre Stimme ist anrührend, selbst wenn sie nur durchs Studio geht und summt oder wenn sie an einem Tisch gegenüber sitzt und einfach redet. Aber wenn sie

wirklich ganz bei sich ist, wenn sie aufgeht in ihrer eigenen Musik, stellen sich magische Momente ein, sprachloses Zuhören. Das galt im Juli für die Takes vier bis acht von „Oh Henry“, danach wollte sie wieder zu viel oder nicht genug, schwer zu sagen. Von den 30, 40 Takes, die sie einspielte, blieben am Ende 2, 3 übrig, bei denen es ihr gelungen war, sich selbst auszuloten, 2, 3 Takes, von denen Davenport sagte: „I can work with that.“

Spürbar genießt es Judith Holofernes in diesen Monaten, dass sich alles nur um sie allein dreht. Sie ist froh, nach zwölf Jahren mit der Band wieder „ihr eigenes Ding“ zu machen. „Wir sind Helden“ war nicht nur eine Popgruppe, sondern auch ein basisdemokratisches Experiment von Menschen, die alle in der Mitte der siebziger Jahre geboren wurden. Judith Holofernes (Gitarre, Gesang), Jean-Michel Tourette (Keyboards, Gitarre), Mark Tavassol (Bass, Gitarre) und Pola Roy (Schlagzeug) mührten sich darum, alles immer gemeinsam zu entscheiden, einstimmig am besten, und es gab viel zu entscheiden.

Auf dem Hochplateau ihrer Karriere, in den Jahren 2003 bis 2006, hätten sie an 365 Abenden im Jahr in drei verschiedenen Städten gleichzeitig auftreten können, aber sie machten sich die Auswahl doppelt schwer, weil sie nie die Moral, nie ihre Ideale verraten wollten. Politisch „falsche“ Auftraggeber schieden aus, Veranstaltungen für gute Sachen mussten immer erwogen werden, selbst wenn im Terminplan keine Lücke mehr frei war.

Die „Helden“ sangen auf Festivals gegen die Atomkraft, aber im Traum nicht für die CDU. Sie suchten, ausgerechnet



DAVIN MECKEL / OSSKREUZ / DER SPIEGEL

Musikerin Holofernes im Studio in Berlin: Bloß nicht mehr versuchen, eine Heldin zu sein

in der zynischen Zirkuswelt des Musik- und Tourneebusiness, nach dem richtigen Leben im falschen. Sie waren kritisch. Sie waren clean. Eistee statt Alkohol, DVD-Gucken statt Drogen, und alles politisch korrekt. Dass Rock'n'Roll anders geht, dachten sie selbst manchmal, andere schrieben es, vor allem jene, die lange vor 1970 geboren wurden und deren Musik heute nur noch auf Oldie-Sendern läuft. Ihnen antworteten die „Helden“ mit einem beleidigten Lied: „Wütend genug“, und fragten zurück: „Bin ich nicht wütend genug für dich und deine Leute?“

Den Fans gefiel das, das Kritische und Korrekte, das Demokratische auch, aber im Alltag der Gruppe wurde die Gleichheit und Brüderlichkeit zur Last. Judith Holofernes, unbestritten das kreative Zentrum der „Helden“, der Star der Show, musste ihr Licht unter den Scheffel stellen, damit die anderen nicht zu kurz ka-

peln. Es wirkte damals, als wolle die Gruppe mit Gewalt aus dem Mainstream ausscheren, Kante zeigen, nicht mehr clean sein. Es schien, als fingen sie an, sich gegen einen als falsch empfundenen Erfolg bei den falschen Leuten zu wehren. Die „Helden“ begannen, gegen den eigenen Erfolg anzuspielen. Sie wollten fallen. Sie hatten schlechte Laune.

Auch Judith Holofernes. Sie stand länger schon fast nur noch als Texterin der „Helden“ da, obwohl sie auch die meisten Songs komponierte. Und dieser dauernde Zwang zur Rücksicht auf die anderen „Helden“, auch wenn er selbstverordnet war, kann ihr nicht gefallen haben. Sie beklagt sich darüber nicht. Sie röhrt das Thema kaum an. Aber sie wirkt, im November 2013, befreit. Ein künstlerischer Single. Text und Musik: allein von ihr.

Es war nicht einfach, die verrückte Doppelbelastung als junge Mutter und

Sie wird wieder auf Tour gehen. Sie ist gerührt vom Interesse der Fans, die sich von ihr neue Lieder wünschen.

men. Interview-Anfragen wurden abgelehnt, wenn sie nur ihr galten und nicht der ganzen Band. In den Videos mussten krampfhaft immer alle vier „Helden“ möglichst gleich lang durch die Bilder tanzen, obwohl das Publikum viel lieber viel mehr von Judith gesehen hätte.

Das Kollektiv traf falsche Entscheidungen, etwa als 2007 das Album „Soundso“ erschien und Judith Holofernes mit der Band beschloss, das starke, aber verstörend unmelodische Lied „Endlich ein Grund zur Panik“ als erstes auszukop-

pen. Pop-Idol abzustreifen, die Heldenrolle abzulegen. Eigentlich, sagt sie, fühlte sie sich schon früh am Ende, 2006, 2007 schon, aber da ging ihre Karriere noch jahrelang weiter, immer lauter begleitet von der anschwellenden Ahnung, zur Beute eines totalen Burnouts zu werden. „Ich wollte nicht mehr“, sagt sie, „ich wollte nichts mehr.“

„Bring mich nach Hause“ heißt folgerichtig das letzte Album der „Helden“, es ist vielleicht das beste, das sie gemacht haben. In den Liedern steht sie da, offen,

verletztlich, erschütternd, Judith Holofernes, den Kopf geneigt zum Nackenbiss. Als die Platte erschien, im August 2010, konnte man den Titelsong nicht anders als programmatisch verstehen, die Zeilen: „Bring mich nach Hause / Ich bin schon zu lang hier draußen / Komm und trag mich, frag nicht wieder / wohin ich will, nach Hause“, und wer das hörte, mitsamt der dunkel getönten Musik, und wer ein Fan war, der konnte Angst bekommen um Judith Holofernes.

Jetzt geht sie als leichter Ritter durch den Berliner November, sie hat im Studio auch schon ein buntes, fröhliches Video zu „Liebe Teil 2“ aufgenommen. Eigentlich wollte sie nach dem Ende der „Helden“ lange pausieren. Der Plan war: fünf Jahre lang. Sie trug sich mit dem Gedanken, ein Buch zu schreiben. Oder nur noch Tiergedichte. Oder zu bloggen. Nichts mehr zu wollen oder zu sollen. Aber sie hatte zu viel Musik im Kopf.

Tatsächlich fing sie schon ein paar Monate nach dem „Helden“-Ende mit dem Dichten wieder an, das ist zwei Jahre her. Und bald fummelte sie sich in die Software „GarageBand“ hinein, lernte bunte Blöcke und Tonspuren zu verschieben, mit den schicken gespeicherten Instrumenten zu hantieren – und machte schon wieder, was sie seit 20 Jahren macht, Musik, Worte, Lieder. Die Live-Auftritte, die das Leben aus ihr gesogen hatten, begann sie als Erstes zu vermissen. Ausgerechnet.

Aber was in einer vollen Halle geschieht, sagt sie, hat mit Liebe zu tun, „mit Verständigung, da ist ein tiefes, schönes, gegenseitiges Verständnis“. Sie will das wieder haben. Sie wird wieder auf Tour gehen. Sie ist gerührt, sagt sie, vom Interesse, das viele Leute nie an ihr verloren haben. Von den Fans, die schreiben und sich neue Lieder wünschen. Von Radioleuten, die sich bei ihr melden und nicht darauf warten können, sie wieder zu spielen.

Also geht alles wieder von vorn los? Die Überforderung? Die Müdigkeit? Sie sitzt im Restaurant „Mädchen ohne Abitur“, nicht weit vom Berliner Südstern, und isst Salat. Sie ist noch ein wenig blass um die Nase, nach der Ritter-Nummer, die den ganzen Tag gedauert und bis nach Treptow und zur Britzer Mühle geführt hat.

„Es wird einfacher werden jetzt“, sagt sie, die Konzerte werden kleiner sein, die Kinder sind jetzt größer, der Sohn ist bald sieben, die Tochter schon vier. Sie hat auch viel auf der Gitarre geübt und keine Angst mehr danebenzugreifen. Sagt sie. Und schließlich ist sie keine „Heldin“ mehr. Und sie wird auch, nach vielen Schmerzen, nicht mehr versuchen, eine zu sein. Von jetzt an nur noch Judith Holofernes. Solo. Glücklich, unterm Strich. ♦



THILO ROTHACKER FOR DEN SPIEGEL

Krampf

HOMESTORY Der Bundespräsident hat die „dritte Generation Ostdeutschland“ entdeckt. Meint er mich?

In meiner Küche hängt ein Kalender mit Schwarzweißfotos. Sie wurden in den achtziger Jahren in Ost-Berlin aufgenommen. Die Fotos zeigen Miethäuser mit blättrigen Fassaden, leere Straßenzüge, lärmende Autos, tanzende Soldaten der Nationalen Volksarmee, Teenager mit verwegenen Haarschnitten und alte Menschen mit Einkaufsbeuteln vor dem HO-Geschäft, benannt nach der Handelsorganisation der DDR. Ich stehe manchmal vor dem Kalender, betrachte ein Foto und denke: Okay, so wurdest du also groß. Als Ost-Berliner. Es fällt mir immer schwerer, das zu begreifen. Ich fühle es eher. Staunend betrachte ich die Fotografien, wie ein verirrter Zeitreisender.

Wer hängt sich so einen Kalender überhaupt in die Wohnung? Ein Ostler? Ein DDR-Nostalgiker? Ein Gesamtdeutscher? Tja, schwer zu sagen.

An den Kalender musste ich denken, als ich vor ein paar Tagen im Schloss Bellevue saß und Bundespräsident Joachim Gauck zuhörte. Ich war dort als Journalist. Gauck hielt eine kleine Rede zur Veranstaltung „Zwischen zwei Staaten – Die dritte Generation Ostdeutschland“.

Ich weiß nicht genau, ob ich zur dritten Generation Ostdeutschland gehöre, oder noch knapp zur zweiten, oder ob ich „Lost Generation Ostdeutschland 2.5“ bin. Ich wurde 1971 in Ost-Berlin geboren, ich bin 41 Jahre alt und kaufe mir jedes Jahr einen Ostkalender, mehr kann ich nicht sagen.

Gauck sprach davon, dass für die dritte Generation Ost die Unterschiede zwischen Ost und West kaum noch Bedeutung hätten. Bevor ich darüber nachdenken konnte, ob das stimmt, sprach Gauck schon von „Prägungen und Deformationen“, zitierte den verstorbenen tschechischen Regimekritiker Václav Havel, und sagte, dass man eine „zweite Ebene des Fragens“ brauche – in Ostdeutschland. Was immer das heißen mag.

Anschließend betrat eine Frau von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die Bühne und sprach von den „Aktivisten der dritten Generation Ost, aufgewachsen in der Diktatur, mündig geworden in der Demokratie“.

Ohne die Unterschiede zwischen Ost und West wäre es hier langweilig.

Das klang vielversprechend und zugleich vertraut. Demnach war ich jetzt ein Aktivist. In der DDR gab es jede Menge Aktivisten. Der bekannteste war Adolf Hennecke, ein sehniger Bergmann aus Sachsen, der 1948 im VEB Steinkohlewerk Karl Liebknecht seine Tagesnorm mit 387 Prozent übererfüllte.

Ich war jetzt, 65 Jahre später, anscheinend ein deutscher Einheitsaktivist. Ich hatte irgendeine Norm übererfüllt.

Die Frau von der Stiftung Aufarbeitung sprach dann noch von den „Ossis neuen Typs“. Ich schaute aus dem Fenster, draußen lag ein sonniger November-Tag. Der November ist immer eine schwierige Zeit für einen Ostdeutschen. Im November gibt es jede Menge Aufarbeitungs- und Gedenkveranstaltungen, Missverständnisse, Krampf und erstarrte Zeremonie.

Ein „Ossi neuen Typs“ – was soll das sein? Ein getunter Ossi? Es war sicher nett gemeint von der Aufarbeitungs-Frau. Ein Lob. Aber wofür?

Vor einiger Zeit bin ich mit einem Kollegen durch Mecklenburg-Vorpommern gefahren. Der Kollege kommt aus dem Westen und sagte, Mecklenburg-Vorpommern durch das Autofenster betrachtend, dass er den Osten und die Ostler irgendwie scheiße finde. Er habe sie nie verstanden. Sie seien ihm fremd geblieben.

Ich fand, das war eine sehr nachvollziehbare Haltung. Erfri-schend ehrlich. Er sagte, was er fühlte. Und ich habe den Kollegen beneidet, weil er das so sagen kann. Folgenlos. Würde ich sagen: Der Westen ist mir oft fremd geblieben, dann wäre das eine Tatsache, brächte mir aber auch einen Verdacht ein. Ich wäre dann schnell kein „Ossi neuen Typs“ mehr, sondern ein Nichtangekommener.

Nächstes Jahr, am 9. November, ist das große Jubiläum. 25 Jahre Mauerfall. Joachim Gauck wird dann sicher wieder im Schloss Bellevue stehen und eine Rede halten über die Ostdeutschen und die deutsche Einheit. Er wird Václav Havel zitieren.

Hätte ich die Gelegenheit, dann würde ich ihm gern einen Zettel in die Jackettasche stecken mit zurückhaltenden, die Würde des Amtes respektierenden Hinweisen. Was würde ich schreiben?

„Lieber Joachim, bitte sprich nicht immer vom Ankommen. Das ist eine ritualisierte Einheits-Phantasie. Ankommen kann man am Flughafen, aber nicht in der Einheit oder in einer Gesellschaft. In einer Gesellschaft kann man leben und sich ganz wohl fühlen. Und das wäre doch ein schönes Ziel, gesamtdeutsch gesehen.“

Sprich auch nicht immer nur davon, dass die Unterschiede zwischen Ost und West verschwinden. Denn bevor sie irgendwann verschwinden können, ist es hilfreich, wenn jemand politisch bezeugt, dass sie zunächst einmal da sind.

Ein Ostdeutscher ist anders sozialisiert als ein Westdeutscher. Er hat meist andere Filme gesehen, anderen Sportlern zugejubelt, er hat andere historische Bezugspunkte, er hat andere Worte benutzt und Ersatzschokolade mit Knäckebrot gegessen. Diese Unterschiede sind nichts, wovor man sich fürchten muss. Sie werden auch nicht auf Kommando verschwinden. Sie sind noch nicht mal ein Gradmesser für den Stand der deutschen Einheit.

Unterschiede sind einfach nur da. Und sie sind toll. Mein Gott, wie langweilig wäre Deutschland ohne die Unterschiede.

Als Letztes: Sage den Ostdeutschen ruhig mal, dass sie ostdeutsch sein dürfen. Dass das völlig okay ist und unpolitisch. Sie sind es ja sowieso, also ostdeutsch, weil man sich eine Identität nicht aussucht, sondern sie passiert einem. Dann freuen sich die Ostdeutschen, und der Einheitskrampf löst sich, und Ost und West können gemeinsam ein bisschen abhusten beim großen Mauerfalljubiläum, ganz befreit. Wie klingt das für dich?“

Falls Joachim Gauck im nächsten Jahr wirklich solch eine Rede hält, dann schicke ich ihm einen aktuellen Kalender mit Fotos aus Ost-Berlin. Versprochen.

JOCHEM-MARTIN GUTSCH

KOMMENTAR

„Haltet den Dieb“

Von Michael Sauga

Wer mit dem Finger auf andere zeigt, so weiß der Volksmund, richtet drei Finger auf sich selbst.

Wie wahr das ist, beweist gerade die US-Regierung mit ihrer Kritik an den deutschen Exportüberschüssen. Mit wachsendem Furor beklagt Washington, dass die Bundesrepublik mit ihren Autos und Maschinen die globalen Märkte überflutet. Dabei sind es vor allem die USA, die für die Ungleichgewichte im Welthandel verantwortlich sind.

Seit Jahren betreiben die Vereinigten Staaten eine Schuldenpolitik, die Ökonomen als „Doppeltes Defizit“ kennen. Die US-Regierung lebt kaum weniger auf Pump als früher das bankrote Griechenland. Zugleich verbrauchen die amerikanischen Haushalte und Unternehmen weit mehr Waren, als sie selbst produzieren. Die zwangsläufige Folge ist, dass die Lücke mit Produkten aus dem Ausland gefüllt werden muss.

Hinzu kommt, dass die amerikanische Notenbank ihre Regierung mit einer Flut billigen Geldes unterstützt. Auf der Suche nach lukrativer Anlage floss das Kapital lange Zeit vor allem in Schwellenländer wie Brasilien oder Mexiko; entsprechend stark gewannen die dortigen Währungen an Wert.

Heimlicher Profiteur dieser Entwicklung waren die deutschen Exporteure, die von der höheren Kaufkraft profitierten. Die deutschen Erfolge auf den Märkten Asiens und Amerikas wurden also nicht nur von einfallsreichen Unternehmern und fleißigen Arbeitern daheim erzeugt, sondern auch von der fragwürdigen Schulden- und Geldpolitik Washingtons.

Doch das hält die US-Regierung nicht davon ab, den angeblich krankhaften Exportwahn der Deutschen zur Quelle allen Übels zu erklären. Auch dafür kennt der Volksmund eine bewährte Strategie. Wer als Sünder von den eigenen Vergehen ablenken will, sollte möglichst lautstark rufen: „Haltet den Dieb.“



Reaktordruckbehälter

ENERGIE

Atombetreiber wollen Milliardenbetrag zurück

Die großen Energieversorger rechnen nach internen Branchenpapieren mit einer Aussetzung der milliardenschweren Brennelementesteuern für Kernkraftwerke – und sogar mit einer möglichen vorläufigen Rückzahlung der bereits geleisteten Beträge. Hintergrund ist eine Klage von RWE und E.on beim Finanzgericht Hamburg, über die am Dienstag entschieden werden soll. Dabei geht es um die Vereinbarkeit der von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vor knapp drei Jahren erhobenen Steuer mit europäischem Recht. Nach Ansicht der von E.on und RWE beauftragten Juristen dürfte die Kammer das Verfahren zur Klärung dieser Frage an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg überweisen. Durch eine solche

Entscheidung, so die Juristen, wären die Unternehmen von der Zahlung weiterer Brennelementesteuern befreit. Bisher gezahlte Beträge in Höhe von rund zwei Milliarden Euro müssten den Konzernen bis zur endgültigen Klärung durch den EuGH nach Auffassung der Anwälte sogar erstattet werden. Im Bundesfinanzministerium sieht man die Gefahr einer generellen Aussetzung der Steuer nicht. Die Entscheidung des Finanzgerichts Hamburg, heißt es dort, gelte nur für den Einzelfall. Man sehe dem Ausgang gelassen entgegen. Schäuble hatte die Brennelementesteuern noch vor der Reaktorkatastrophe von Fukushima eingeführt. Sie sollte dem Bund ursprünglich bis zu 2,3 Milliarden Euro pro Jahr einbringen.

ONLINE-HANDEL

Tengelmann investiert ins Möbel-Geschäft

Der Handelskonzern Tengelmann steigt in das Online-Geschäft mit Möbeln ein. Das Mülheimer Unternehmen hat den Shopping-Club Westwing, der Möbel und Deko-Artikel über Internet vertreibt, mit einem zweistelligen Millionenbetrag ausgestattet. „Wir wollen Westwing zum führenden Anbieter im Segment ‚Home and Living‘ ausbauen“, sagt Christian Winter, Geschäftsführer von Tengelmann Ventures, der Risikokapitalgesellschaft des Konzerns.

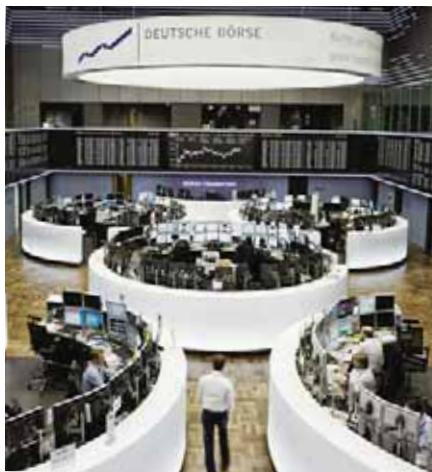
Hinter dem Investment steckt die Hoffnung, dass sich der Online-Vertrieb von Einrichtungsgegenständen zum nächsten großen Wachstumsmarkt der Branche entwickelt. Experten erwarten für die Sparte in diesem Jahr ein Plus von 40 Prozent. Westwing hat nach eigenen Angaben acht Millionen Mitglieder und weist einen Umsatz von rund 130 Millionen Euro aus – allerdings macht das Unternehmen mit Sitz in München bislang keinen Gewinn. Tengelmann hält nun knapp acht Prozent der Anteile. In dem Shopping-Portal stecken bereits rund 75 Millionen Euro Kapital, zu den bisherigen Geldgebern gehören Rocket Internet – die Investmentfirma der Samwer-Brüder – sowie Holtzbrinck Ventures und der schwedische Investor Kinnevik.

KAPITALERTRÄGE

Abgeltungsteuer vor dem Aus?

Die SPD will die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge abschaffen. Den Vorschlag brachten SPD-Vertreter in die Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU ein. Die Maßnahme läuft darauf hinaus, dass Zinseinkünfte, Börsengewinne und andere Kapitalerträge künftig wieder mit dem persönlichen Steuersatz belastet werden, der in der Regel höher ausfällt als die derzeit gültigen 25 Prozent. Die Steuererhöhung soll greifen, wenn mit weiteren Ländern Vereinbarungen zum umfassenden automatischen Informationsaustausch über Zins- und Kapitalerträge geschlossen worden sind. Bislang bestehen zwischen sechs Staaten solche Abkommen. „Auf der Basis des automatischen Informationsaus-

tauschs stellt sich auch die Frage nach dem Sinn einer Abgeltungsteuer auf private Kapitalerträge neu“, heißt es im Entwurf für den Koalitionsvertrag. Allerdings ist diese Passage noch umstritten. Die Union sperrt sich gegen die Maßnahme.



Handelsraum der Börse in Frankfurt am Main

MARC STEFFEN UNGER

V W

Kratzer am Image

Das Image des Volkswagen-Konzerns leidet auch in den USA unter Qualitätsmängeln. In der Statistik des Marktforschungsinstituts J. D. Power über die Zuverlässigkeit von Fahrzeugen rangiert die Marke Volkswagen nur auf dem 28. von 32 Plätzen. Für die Erhebung fragten die Forscher Autobesitzer, die ein drei Jahre altes Fahrzeug fahren, nach Problemen

in den vergangenen zwölf Monaten. Am besten schneidet die Toyota-Marke Lexus ab, dann folgt Porsche. Mercedes-Benz rangiert auf Platz 5. Neben Volkswagen wird auch die Konzernmarke Audi schlechter bewertet als der Durchschnitt der Branche. Audi landet auf Platz 23 der „2013 U.S. Vehicle Dependability Study“. In Europa sorgte der VW-Konzern mit einer Rückrufaktion für Schlagzeilen. Der Hersteller rief 2,6 Millionen Autos unter anderem wegen Problemen mit dem Doppelkupplungsgetriebe in die Werkstätten zurück.

SIEMENS

Ex-Personalchef klagt gegen Rauswurf



Siemens-Zentrale in München

THOMAS EINBERGER / ARGUM

Beim Münchner Siemens-Konzern spitzt sich der Konflikt mit dem vor gut einem Monat freigestellten Deutschland-Personalchef Walter Huber zu. Die Konzernführung unter dem neuen Vorstandschef Joe Kaeser hatte den seit mehr als 20 Jahren in der Firma tätigen Top-Manager Anfang Oktober Knall auf Fall von seinen Aufgaben entbunden. Er soll Siemens-Gesamtbetriebsratschef Lothar Adler 2008 eigenmächtig eine Gehaltserhöhung um stolze 100 000 Euro auf 300 000 Euro Jahressalar bewilligt haben. Huber bestreitet jegliches Fehlverhalten. Nun klagt er gegen seine Suspendierung. Vergangene Woche ging beim Arbeitsgericht München ein Schriftsatz seines Anwalts ein. Darin wird Hubers Freistellung als rechtswidrig kritisiert und die „ordnungsgemäße Beschäftigung“ des Personalexperten gefordert (AZ: 4 Ca13330/13). Zu einem ersten Showdown zwischen Huber und seinem Arbeitgeber dürfte es am 2. Dezember kommen. Für diesen Tag hat das Gericht einen Gütetermin angesetzt. Ein Siemens-Sprecher wollte sich zu dem Vorgang unter Berufung auf das laufende Verfahren nicht äußern.

EADS

Mitarbeiter mucken auf

Seit der gescheiterten deutsch-britischen Fusion der Luftfahrt- und Rüstungsriesen EADS und BaESystems vor gut einem Jahr wird in der Branche über tiefe Einschnitte in der EADS-Verteidigungssparte spekuliert. Genaue Details, kündigte Konzernchef Tom Enders kürzlich an, sollen im Dezember bekanntgegeben werden. Die Mitarbeiter wollen das mögliche Sparprogramm nicht tatenlos hinnehmen. Am Donnerstag kommender Woche wollen die Beschäftigten in bis zu 50 EADS-Betrieben ihrem Unmut über die monatelange Hängpartie erstmals Luft machen – und ihrer Angst vor einem massiven Jobabbau Ausdruck verleihen. Ein Schwerpunkt des von der IG Metall organisierten Aktionstages liegt auf der Küstenregion mit den wichtigen Konzernstandorten Hamburg und Bremen. Weitere Kundgebungen und Flugblattaktionen sind an den zentralen Produktionsstätten der EADS-Rüstungssparte in Bayern geplant. Konzernbetriebsratschef Rüdiger Lütjen und der zuständige IG-Metall-Vorstand Jürgen Kerner wollen in den kommenden Tagen zudem einen Brandbrief an die verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern verschicken. Immerhin hält Berlin neuerdings knapp elf Prozent an EADS. Die Arbeitnehmervertreter fordern unter anderem, dass Werke und Jobs langfristig erhalten bleiben, sowie eine „klare Kommunikation statt Salamitaktik“ und „Mitbestimmung statt Alleingängen“.

An der Null-Marke

Europas Zentralbank drückt die Zinsen auf ein neues Tief – und die Angst der Bürger ums Ersparne wächst. Das Geld auf dem Konto verliert an Wert, die Lebensversicherung wirft weniger Erträge ab. Anleger und Notenbanker sitzen in der Falle.



In der Rolle des Rockstars fühlt sich Jens Weidmann sichtlich unwohl. Zwar hatten sich die braven Funktionäre vom Frankfurter Genossenschaftsverband vergangene Woche alle Mühe gegeben, um den Auftritt des Bundesbankpräsidenten als Show-Event zu inszenieren.

Die Jahrhunderthalle, in der demnächst die Heavy-Metal-Band Motörhead gastiert, war verdunkelt, Trapezkünstler schwebten durch die Luft, und Verbandschef Michael Bockelmann heizte mit markigen Worten gegen die Europäische Zentralbank (EZB) die Stimmung an. Immer mehr Leute verlören angesichts der niedrigen Zinsen die Lust, für die Zukunft vorzusorgen. Weidmann, da ließ Bockelmann keinen Zweifel, sei die letzte Hoffnung der deutschen Sparer.

Doch der Gepriesene stolperte erst einmal die Treppe zur Bühne hoch, dann zeigte er sich pikiert, dass Zentralbankern die magische Kraft von Alchimisten zugeschrieben wird. Und als er schließlich doch noch die Vorlage seines Vorrudners aufnahm und die Gefahren der Niedrigzinspolitik beschwore, da klang er defensiv, fast ein wenig ratlos.

Er könne die Sorgen der Sparer vor einer „schleichenden Enteignung“ ver-

stehen, sagte Weidmann. Die niedrigen Zinsen seien ein Ärgernis, und auch für Banken, Versicherungen und Finanzmärkte berge die lockere Geldpolitik Gefahren.

Doch als Trost hatte Deutschlands oberster Währungshüter am Schluss nur ein vages Versprechen parat. Irgendwann, so prognostizierte Weidmann, würden die Zinsen auch wieder steigen.

Elf Tage ist es her, dass EZB-Präsident Mario Draghi den europäischen Leitzins auf den niedrigsten Stand aller Zeiten gedrückt hat. Doch das Echo des Frankfurter Paukenschlags hält noch immer nach. Bis vor kurzem hatten Politiker, Geldanleger und Ökonomen gehofft, die Euro-Krise werde alsbald genauso vorüber sein wie die Ära niedriger Zinsen. Nun zeigt sich: Die Sparer müssen weiter leiden, und die ökonomische Spaltung der Euro-Zone ist tiefer denn je.

Im Norden klagen Sparer und Investoren, dass sie mit

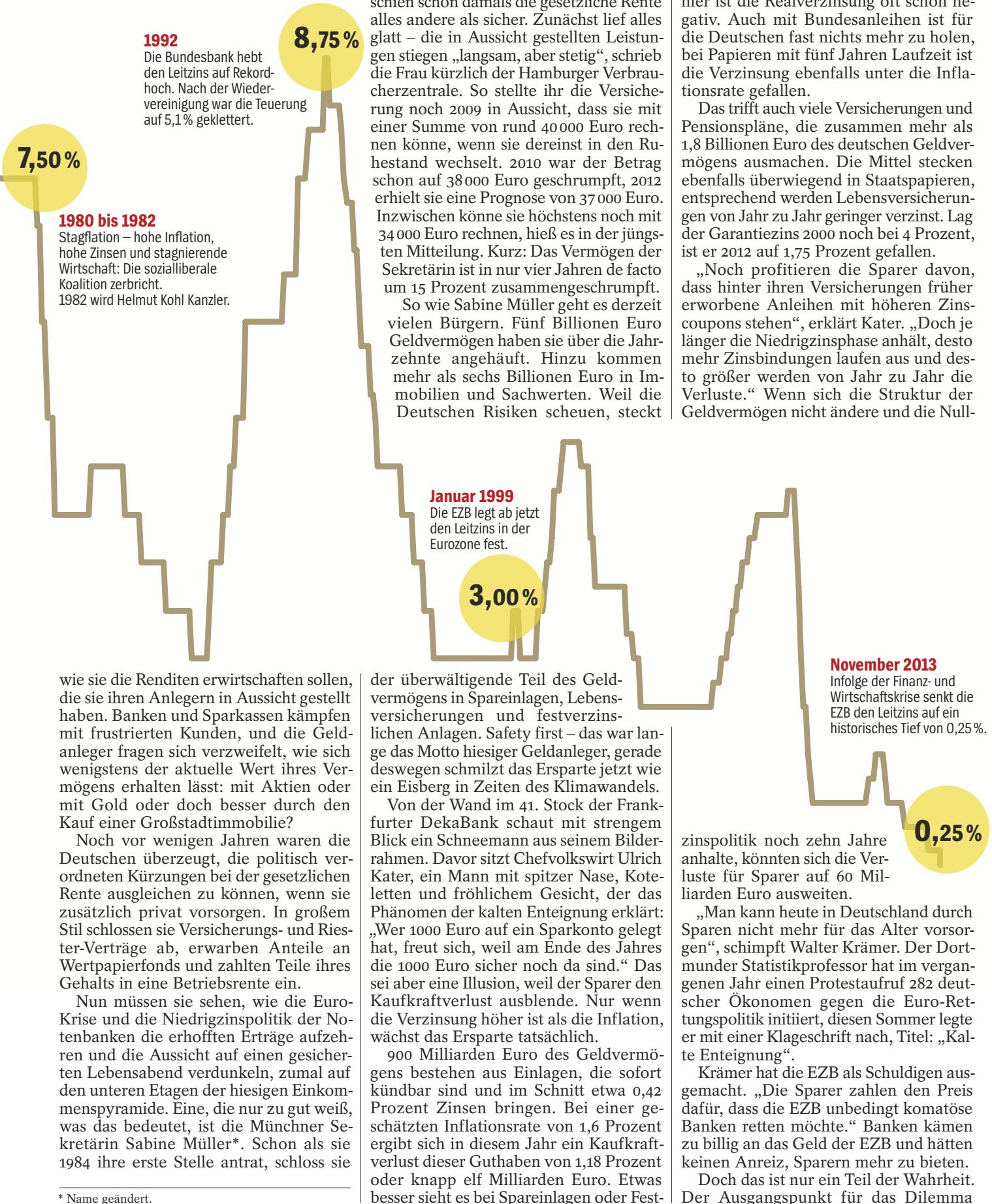
ihren Geldanlagen kaum noch etwas verdienen. Im Süden dagegen sind Bau- und Firmenkredite noch immer derart teuer, dass kaum investiert wird. Die Folge ist eine anhaltende Rezession, die auch die Stimmung in Europas Währungsbehörde verschlechtert. Sollte Draghi versuchen, die Zinsen noch weiter nach unten zu drücken, heißt es in der EZB, drohe eine schwerer Konflikt.

Das angespannte Klima im EZB-Rat passt zur düsteren Gemütslage der deutschen Sparer. Schon jetzt übersteigt die Inflationsrate den Zinssatz für viele Anlageprodukte. Das ist zwar keine formelle Enteignung; trotzdem verlieren die Sparguthaben nach und nach an Wert, weil die Preise schneller steigen als die Zinseinnahmen.

In der Geldanlageindustrie, die von Optimismus und Zukunftsversprechen lebt, macht sich Ratlosigkeit breit. Die mächtigen Konzerne aus der Versicherungsbranche wissen nicht,



EZB-Präsident Draghi
Die Gegner übergangen



* Name geändert.

liegt weiter zurück. „Die Zinsen sind deswegen so niedrig, weil sich die westlichen Volkswirtschaften bis 2007 mit Schulden vollgesogen haben“, sagt Deka-Mann Kater. In der Finanzkrise wurde dann klar, dass die Staaten, aber auch Unternehmen und Bürger in vielen Ländern viel zu hohe Schulden aufgetürmt hatten, um sie wie in früheren Jahren durch höheres Wirtschaftswachstum abbauen zu können.

Das hat auch demografische Gründe. Der Anteil der Jungen im Land schrumpft, dennoch müssen sie eine höhere Wirtschaftsleistung erbringen, um die Schulden zu verringern, die ihnen die jetzige Generation hinterlässt.

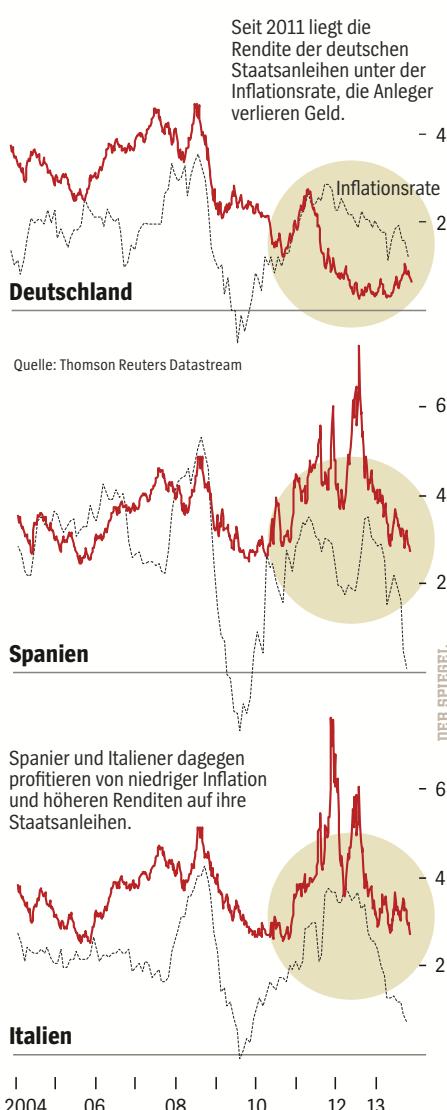
Weil das nicht funktioniert, kommt es nun zu einer Umverteilung von Gläubigern zu Schuldner, von Sparern zum Staat, erklärt Kater. Das Wort der Stunde lautet „finanzielle Repression“. Wenn die Zinsen der Staatsanleihen geringer sind als die Inflation, macht der Staat ein Geschäft. Seine Schuldenlast wird leichter, während die Sparer die Zeche zahlen. Ihr Vermögen verliert real an Wert.

Die Folge ist eine gigantische Umverteilung. Die Unternehmensberatung McKinsey hat errechnet, dass die Regierungen der USA, Großbritanniens und der Euro-Zone durch die Niedrigzinsen zwischen 2007 und 2012 bereits 1,6 Billionen Dollar gespart haben. Dem stehen bei den privaten Haushalten 630 Milliarden Dollar Verlust gegenüber. Ältere Bürger verlieren mehr als jüngere, weil diese im Durchschnitt höher verschuldet sind und über weniger Ersparnisse verfügen.

Sosehr Sparer auch geschröpfpt werden, stehen den Verlusten doch auch Gewinne gegenüber. Wer Immobilien besitzt, profitierte in den vergangenen Jahren von Wertsteigerungen, der Aktienindex Dax klettert von Rekord zu Rekord. Doch das hilft vor allem denen, die ohnehin

Deutschlands Renditegrab

Rendite fünfjähriger Staatsanleihen und Inflation im Vergleich



kaum um ihre Altersvorsorge bangen müssen.

So sorgt die Niedrigzinspolitik nicht nur für einen Vermögenstransfer von den Bürgern zum Staat, sondern auch von Arm zu Reich. „Diese Art von Umverteilung ist ein extrem unsoziales Instrument“, urteilt Kater. Vermögende Haushalte würden stärker als Durchschnittsverdiener auf Aktien, Immobilien oder andere Anlagen mit höherer Rendite ausweichen.

Der Prozess ist in vollem Gange, wie sich vergangene Woche in der prunkvollen Münchner Residenz beobachten ließ. Bei der Kunstmesse „Highlights“ schob sich die Münchner Schickeria gemeinsam mit der neuen Geldelite aus Asien oder Russland an Gemälden, Skulpturen und Möbeln vorbei. Ein Picasso für 8,5 Millionen Euro? Kein Problem. Für das kleinere Portemonnaie waren Zeichnungen von Feininger schon für unter 100 000 Euro zu haben. Beckmann, Beuys und andere lagen irgendwo dazwischen.

„Wegen der niedrigen Zinsen gibt es in den letzten Jahren ein starkes Augenmerk auf Sachwerte, auch der Kunstmarkt hat davon profitiert“, sagt Peter Raskin, der das internationale Private Banking bei der Hamburger Bank Berenberg leitet.

Dennoch war es wohl eher Zufall, dass in den Tagen nach der Leitzinssenkung zunächst das Triptychon von Francis Bacon (142 Millionen Dollar) und dann der „Balloon Dog“ von Jeff Koons (58,4 Millionen Dollar) bei Auktionen Rekordpreise erzielten. Ein Ende des Höhenflugs scheint nicht in Sicht. „Wir sprechen trotz des sehr hohen Preisniveaus und der sich mehrenden Rekorde noch nicht von Überhitzung“, glaubt Raskin.

Doch für Kleinanleger wie für die großen Kapitalsammelstellen ist der Kunstmarkt keine Alternative. Wie schwer es

ist, mit soliden Anlagen überhaupt noch eine erkennbare Rendite zu erzielen, spürt selbst der größte Investor der Welt, der norwegische Staatsfonds. Über 500 Milliarden Euro müssen die Anlage-Manager investieren, und sie stecken immer weniger Geld in Staats- und Unternehmensanleihen. Allein in den vergangenen Jahren sank ihr Anteil am Fondsvermögen deutlich, auf zuletzt 35 Prozent. Zusehends fließen die Milliarden in Immobilien – und in die boomenden Aktienmärkte. Nur deshalb schaffte der Fonds im vergangenen Jahr noch die traumhafte Performance von über 13 Prozent.

Den meisten Deutschen bleiben vergleichbare Renditen verwehrt, Tagesgeldkonto und Sparbuch mit ihren homöopathisch niedrigen Zinsen sind noch immer die beliebtesten Anlageformen. Gerade einmal jeder Neunte hat Geld in Aktien gesteckt, sei es in Form von Einzeltiteln oder Fonds.

Egal wie sich die Märkte entwickeln, eine Konstante gibt es: Die Deutschen sind aktienscheu. Entsprechend führt Martin Weber, Professor für Bankbetriebslehre an der Universität Mannheim, einen wohl aussichtslosen Kampf.

Ob im Hörsaal oder auf Vorträgen – stets wirbt er gutgelaunt dafür, einen Teil des Gelds in Wertpapiere zu stecken. „Es gibt in Deutschland ein grundsätzliches Missverständnis“, sagt Weber. „Aktien gelten bei uns als Zockerinstrument, dabei sind sie nichts anderes als die Beteiligung an einem Unternehmen.“

Doch die Situation ist grotesk. „Wir haben in vielen Bereichen die erfolgreichsten Firmen der Welt, aber fast niemand hierzulande möchte sich daran beteiligen“



Bundesbankchef Weidmann: Schleichende Enteignung

gen“, sagt Andreas Beck, der das Münchner Institut für Vermögensaufbau gegründet hat. Ganz anders sehen das die ausländischen Investoren: Bei den meisten Dax-Firmen halten sie inzwischen über die Hälfte der Aktien.

Je länger die Niedrigzinsphase dauert, desto bedrohlicher wird sie auch für Banken – denen die Politik der EZB ja eigentlich helfen sollte – und Versicherungen.

Andreas Dombret ist deshalb alarmiert. Der Bundesbankvorstand, zuständig für Finanzstabilität, brachte vergangene Woche das Kunststück fertig, gleichzeitig zu beschwichtigen und scharfe Warnungen an die Finanzbranche auszusprechen.

Schon seit vielen Jahren schrumpft wegen des intensiven Wettbewerbs in Deutschland die einst wichtigste Gewinnquelle für Banken: der Zinsertrag. Jetzt verschärft die Politik des billigen Geldes das Problem. Dombret fürchtet außerdem, die Banken könnten auf der Jagd nach Rendite zu hohe Risiken eingehen,

beispielsweise bei der Immobilienfinanzierung.

Als noch gefährlicher schätzt er die Folgen der Niedrigzinsen für die Versicherer ein. Seit mehr als einem Jahr sind die Renditen langlaufender Bundesanleihen – dort legen die Versicherer einen Großteil ihres Geldes an – niedriger als der Garantiezins für neuabgeschlossene Policien. Die Anbieter leben zunehmend von der Substanz. Die Bundesbank hat Szenarien durchgespielt, nach denen bis zu 32 Lebensversicherer mit einem Marktanteil von 43 Prozent in zehn Jahren die gesetzlichen Kapitalanforderungen nicht mehr erfüllen würden, sollte die Niedrigzinsphase weiter anhalten.

„Die Lebensversicherer müssen die Höhe der Ausschüttungen überprüfen und die Eigenmittel stärken“, mahnt Dombret.

Er fürchtet außerdem, dass die niedrigen Zinsen den schwach kontrollierten so genannten Schattenbanksektor weiter wachsen lassen. Jüngste Zahlen geben ihm recht: Im vergangenen Jahr legten die Vermögenswerte von Hedgefonds, Geldmarktfonds und anderen Anbietern der Branche, die teils bankähnliche Geschäfte betreiben, um fünf Billionen Dollar zu.

Zwar zieht das billige Geld an den Erträgen von Banken und Versicherern, andererseits hält es Finanzkonzerne und auch viele Unternehmen künstlich am Leben, die eigentlich vom Markt verschwinden müssten. Angesichts der niedrigen Zinsen lohnen sich auch Investitionen, die nur sehr geringe Renditen abwerfen. So wird Kapital verschwendet.

Das kann fatale Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft haben. Wird das Geld so investiert, dass es nur wenig ab-

wirft, fällt das Wirtschaftswachstum dauerhaft geringer aus, weil Zombie-Banken und -Unternehmen durchgeschleppt werden. Als warnendes Beispiel für diese Entwicklung gilt Japan, wo das Wirtschaftswachstum trotz jahrelanger Nullzins-Politik kaum messbar war.

Entsprechend groß sind die Nöte der EZB. Einerseits besteht die Gefahr, dass die Wirtschaft der Euro-Zone in eine Deflation rutscht, eine Spirale aus dauerhaft sinkenden Preisen und schrumpfender Wirtschaft. Andererseits könnte ihre lockere Geldpolitik auf Dauer die jetzt schon sichtbaren Risiken verschärfen.

Kein Wunder, dass sich der Graben in der Währungsbehörde weiter vertieft. Vor allem die Länder aus den südlichen Krisenregionen drängen darauf, die Zinsen noch weiter zu senken. Davon versprechen sie sich nicht allein billigeres Geld für ihre heimische Wirtschaft. Auch die klammen Regierungen der Peripherie-Staaten kommen dann günstiger an Geld, so ihr Kalkül.

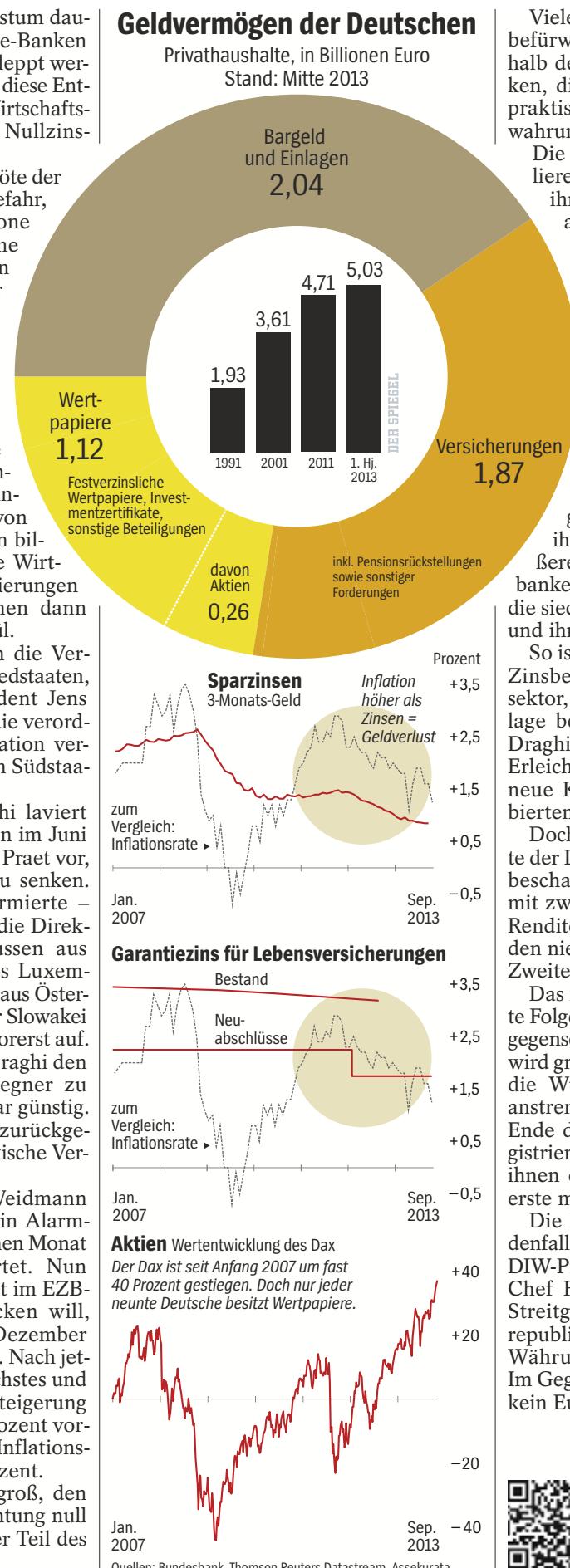
Die Gegenposition besetzen die Vertreter aus den nördlichen Mitgliedstaaten, allen voran Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Sie fürchten, dass die verordnete Geldschwemme eine Inflation verursacht und die angeschlagenen Südstaaten von Reformen abhält.

EZB-Präsident Mario Draghi laviert zwischen den Positionen. Schon im Juni schlug sein Chefvolkswirt Peter Praet vor, die Zinsen auf 0,25 Prozent zu senken. Doch als sich Widerstand formierte – neben Weidmann waren auch die Direktoriumsmitglieder Jörg Asmussen aus Deutschland, Yves Mersch aus Luxemburg sowie die Notenbankchefs aus Österreich, den Niederlanden und der Slowakei dagegen –, gab er seinen Plan vorerst auf.

Vorvergangene Woche sah Draghi den Zeitpunkt gekommen, die Gegner zu übergehen. Die Gelegenheit war günstig. Weil die Inflationsraten stark zurückgegangen waren, hatte der slowakische Vertreter das Lager gewechselt.

Für die Truppe rund um Weidmann und Asmussen ist der Schritt ein Alarm-signal. Sie hätten lieber noch einen Monat mit der Entscheidung gewartet. Nun fürchten sie, dass eine Mehrheit im EZB-Rat die Zinsen auf null drücken will, wenn die EZB-Volkswirte im Dezember ihre nächste Prognose vorlegen. Nach jet-zigem Stand werden sie für nächstes und übernächstes Jahr eine Preissteigerung von knapp unter anderthalb Prozent vor-aussagen, weit weniger als das Inflations-ziel der EZB von fast zwei Prozent.

Deshalb sei der Spielraum groß, den Leitzins demnächst weiter Richtung null zu drücken, so denkt ein großer Teil des EZB-Rats.



Viele Ratsmitglieder, aus dem Süden, befürworten sogar Einlagezinsen unterhalb der Null-Linie. Dann müssten Banken, die Liquidität bei der EZB halten, praktisch und faktisch eine Geldaufbewahrungsgebühr bezahlen.

Die Verfechter dieses Schritts spekulieren darauf, dass die Kreditinstitute ihre Guthaben bei der Zentralbank abziehen und sich stattdessen wieder untereinander mehr Geld leihen. Auch die Bürger würden dann regelrecht gezwungen, ihre Konten zu plündern und vermehrt zu konsumieren und zu investieren, auf dass sich die Wirtschaft in der gesamten Euro-Zone belebe. „Wir wollen die Sparer frustrieren“, gibt ein Notenbanker schnörkellos zu.

Zwei Welten stoßen aufeinander. Weidmann und seine Anhänger aus dem Norden versuchen, ihre heimischen Sparer vor noch größerem Leid zu bewahren. Die Notenanker aus dem Süden dagegen haben die sieche Wirtschaft ihrer Heimatländer und ihre notleidenden Banken im Blick.

So ist der Hauptprofiteur der jüngsten Zinsbeschlüsse der italienische Kreditsektor, der sich in großen Teilen in Schieflage befindet. Für die Geldinstitute in Draghis Heimatland war es eine große Erleichterung, dass sich die Kosten für neue Kredite bei der Zentralbank halbierten.

Doch auch für Italiens Regierung machte der Landsmann aus Frankfurt die Geldbeschaffung leichter. Für eine Anleihe mit zwölfmonatiger Laufzeit sanken die Renditen in der vergangenen Woche auf den niedrigsten Stand seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Das ist möglicherweise die gefährlichste Folge der jüngsten Zinsbeschlüsse: Das gegenseitige Misstrauen in der Euro-Zone wird größer. In den Krisenländern wächst die Wut, weil die Bürger allen Sparanstrengungen zum Trotz kein Licht am Ende des Tunnels sehen. Im Norden registrieren Kleinsparer und Rentner, dass ihnen die Politik der Euro-Rettung nun erste messbare Verluste beschert.

Die Fronten unter den Ökonomen jedenfalls sind festgefügten wie eh und je, wie DIW-Präsident Marcel Fratzscher und Ifo-Chef Hans-Werner Sinn im SPIEGEL-Streitgespräch beweisen. Die Bundesrepublik sei „der große Nutznießer“ der Währungsunion, behauptet Fratzscher. Im Gegenteil, sagt Sinn: „Deutschland ist kein Euro-Gewinner.“

SVEN BÖLL, MARTIN HESSE,
CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA,
ANNE SEITH



Video:

Wohin mit dem Geld?
spiegel.de/app472013spare



MAURICE WEISS / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

Ökonomen Sinn (zugeschaltet per Videostream), Fratzscher: „Die EZB hat die Risiken in Europa nicht erhöht, sondern gesenkt“

SPIEGEL-STREITGESPRÄCH

„Stich ins Herz“

Die Wirtschaftswissenschaftler Marcel Fratzscher und Hans-Werner Sinn beurteilen die Politik der niedrigen Zinsen und der Euro-Rettung vollkommen unterschiedlich. Für den einen sind sie die Lösung, für den anderen Teil des Problems.

Die Gegenspieler

Wer nach einem ökonomischen Urteil zur Euro-Krise sucht, kommt an den Chefs der beiden renommierten deutschen Denkfabriken nicht vorbei. Sinn, 65, leitet seit fast 15 Jahren das Münchner Ifo-Institut. Er unterstützte die Klage gegen den Rettungsschirm ESM vor dem Verfassungsgericht. Volkswirt Fratzscher, 42, arbeitete bis 2012 in der Europäischen Zentralbank. Seit Jahresanfang führt er das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin; vor wenigen Wochen beteiligte er sich an einem Aufruf für eine engere politische Union Europas.

SPIEGEL: Herr Fratzscher, Herr Sinn, die Europäische Zentralbank hat den Leitzins auf 0,25 Prozent gesenkt, so billig war Geld in Europa noch nie. Ein Grund zur Freude? **Sinn:** Das Problem ist das Ausmaß der EZB-Kredite. Die Zentralbank hat die südeuropäischen Länder für über 700 Milliarden Euro mit verbilligten Sonderkrediten versorgt. Sie unterhält eine riesige fiskalische Rettungsmaschinerie. Damit hat sie ihre Kompetenzen überschritten.

Fratzscher: Das sehe ich ganz anders. Die EZB muss die Wirtschaft mit Liquidität

versorgen, damit die Verbraucher einkaufen und die Unternehmen investieren können. Das geschieht aber derzeit nicht ausreichend, weil die Kredite in vielen Ländern der Euro-Zone zu teuer und zu knapp sind. Genau das will die EZB ändern, und deshalb ist die Entscheidung richtig, die Zinsen zu senken.

SPIEGEL: In Deutschland sind die Zinsen jetzt so niedrig, dass sie nicht einmal mehr die steigenden Preise ausgleichen. Die Sparguthaben verlieren dadurch an Wert – ein Fall von schleichender Enteignung?

Fratzscher: Es stimmt, dass Geldanleger heute nur eine geringe Rendite bekommen. Aber es gibt Alternativen. Mit Aktien und Immobilien zum Beispiel lässt

Das Gespräch moderierten die Redakteure Alexander Neubacher und Michael Sauga im Hauptstadtbüro des SPIEGEL.

sich derzeit in Deutschland ganz gut Geld verdienen. Und wenn die Konjunktur in Südeuropa wieder Tritt fasst, haben auch die deutschen Sparer etwas davon, denn Wachstum und Einkommen werden dann auch in Deutschland gestärkt.

Sinn: Über sinkende Zinsen freut sich der Schuldner. Deutschland ist aber ein Nettohlügiger anderer Länder. Zwischen 2008 und 2012 haben die Rettungsaktionen Deutschland mehr als 200 Milliarden Euro an Zinsverlusten gebracht.

Fratzscher: Wie bitte? Wie kommen Sie auf diese Zahl?

Sinn: Unsere Exportüberschüsse wurden überwiegend nicht mehr angelegt, sondern zu drei Vierteln mit Euro bezahlt, die sich die anderen Länder von ihren eigenen Zentralbanken geliehen haben. Das grenzt an Enteignung. Wenn wir unsere Exportüberschüsse zu den Zinsen von 2007 hätten anlegen können, wären wir heute um 200 Milliarden Euro reicher.

Fratzscher: Die Zinsen sind doch nicht künstlich wegen der Rettungspolitik gesenkt worden, sondern weil wir uns 2007 in einem Boom befanden und mittlerweile ganz Europa in eine schwere Krise geraten ist. Der EZB ist es gelungen, die Wirtschaft von der Klippe zu ziehen. Ihr ist es zu verdanken, dass es in Südeuropa wieder Licht am Ende des Tunnels gibt.

Sinn: Ich sehe kein Licht.

Fratzscher: Ohne sinkende Zinsen wäre die Konjunktur noch viel stärker eingebrochen. Spielen wir die Sache doch mal durch: Höhere Zinsen bedeuten weniger Kredite; weniger Kredite heißt weniger Wachstum; weniger Wachstum führt zu weniger Beschäftigung, zu mehr Pleiten, zu einer tieferen Rezession. Dies setzt die Staatsfinanzen unter Druck und schwächt die Banken, die wiederum noch weniger Kredite vergeben. So macht man aus einer Liquiditätskrise eine Solvenzkrise, ein Teufelskreis, von dem auch wir in Deutschland betroffen wären. Ihr Szenario, Herr Sinn, bedeutete für uns also keinen Gewinn, sondern riesige Kosten.

Sinn: Der Euro hat in Südeuropa eine inflationäre Kreditblase erzeugt, und als diese platzte, hat die Politik der EZB verhindert, dass die betroffenen Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Südeuropa siecht nun dahin. Die Arbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland geht gegen 30 Prozent, bei den Jugendlichen sind sogar bis zu 60 Prozent auf Jobsuche. Die Industrie schmiert ab.

Fratzscher: Wer dem Euro die Schuld an der Krise gibt, könnte genauso gut den Polizisten dafür verantwortlich machen, wenn es irgendwo einen Einbruch gegeben hat. Das Gegenteil ist richtig: Der Euro hat es seit 1999 allen Mitgliedsländern ermöglicht, günstiger an Kredite zu kommen, mehr zu investieren und damit mehr Wohlstand zu schaffen. Diese Chan-

ce wurde häufig nicht genutzt, aber die Schuld dafür liegt nicht beim Euro.

SPIEGEL: Die Euro-Krise hat sich entspannt, nachdem EZB-Präsident Mario Draghi vor gut einem Jahr angekündigt hat, im Notfall unbegrenzt Staatsanleihen europäischer Krisenländer aufzukaufen. War das gut?

Sinn: Für die Kapitalanleger ja, für die Steuerzahler nein. Durch Fehlinvestitionen wurde Sparkapital in großem Stil in Südeuropa verbrannt. Deshalb wollen die Anleger nicht mehr dorthin. Die EZB aber möchte, dass weiter Kapital gen Süden fließt, deshalb verlagert sie die Drucker-presse nach Südeuropa. Außerdem gibt sie den Käufern südlicher Staatspapiere kostenloser Versicherungsschutz zu Las-

rutscht. Dadurch ist auch der Finanzsektor nicht mehr so stark gefährdet. Die Gefahr, dass bei einem Euro-Crash Vermögenswerte in Billionenhöhe, darunter auch die deutscher Bürger, vernichtet werden, ist kleiner geworden. Deshalb kehrt auch das Kapital langsam wieder nach Europa zurück. Wir sehen: Es ist besser, eine Insolvenz zu vermeiden, anstatt voreilig eine Pleite herbeizuführen.

Sinn: Noch schlimmer ist die Insolvenzverschleppung.

Fratzscher: Von welcher Insolvenz reden Sie?

Sinn: Von der Insolvenz einzelner Staaten und vieler Banken Südeuropas. Je früher man die Insolvenz feststellt, desto gerin-ger werden die Lasten für die Steuerzahler, und desto eher ist es möglich, einen Neustart zu machen.

Fratzscher: Neustart? Wir würden ein Szenario erleben, das mit der Großen Depres-sion Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhun-derts vergleichbar wäre. Gut, dass wir so etwas bisher haben verhindern können.

SPIEGEL: Herr Sinn, hielten Sie es für rich-tig, wenn einige Länder den Euro wieder abschaffen und zur eigenen Währung zurückkehren würden?

Sinn: Ja. Griechenland, Spanien und Por-tugal sind so nicht wettbewerbsfähig, sie müssten 30 Prozent billiger werden. Aber solange sie im Euro sind, ist das nicht mög-lich, ohne die Gesellschaftssysteme massiv zu schädigen. Der Austritt aus dem Euro, verbunden mit einem Schul-den-schnitt für Banken und Staaten, würde den Ländern die Möglichkeit geben, wettbewerbsfähig zu werden und ihre Auslandsschulden zurückzuzahlen.

Fratzscher: Ich teile Ihre Analyse nicht, und die Märkte teilen sie auch nicht. Die Staaten in Südeuropa sind nicht pleite. Weder Spanien noch Portugal und auch nicht Italien, obwohl alle unbestreitbar

„Je früher man die Insolvenz feststellt, desto eher ist es möglich, einen Neustart zu machen.“

ten der Steuerzahler. Das ist eine Investi-tionslenkung, die mit Marktwirtschaft nicht mehr viel zu tun hat.

Fratzscher: Die EZB lenkt kein Kapital. Es waren wir Deutsche, die erst ihr Geld weltweit investiert und teilweise ver-brannt und es dann aus Südeuropa abge-zogen haben. Nun gibt es dort eine riesige Liquiditätslücke, und die EZB tut, wozu sie verpflichtet ist: Sie versorgt die süd-europäischen Banken mit Geld und ver-hindert, dass aus einer Liquiditätskrise eine Solvenzkrise wird.

Sinn: Und das Risiko trägt der Steuerzahler als Eigentümer der EZB.

Fratzscher: Die EZB hat die Risiken in Europa nicht erhöht, sondern gesenkt. Sie hat die Gefahr gebannt, dass Europas Wirtschaft noch tiefer in die Rezession



Protestierende Schüler in Barcelona: „Südeuropa siecht nun dahin“

MATTHIAS OESTERLE / DEMOTIX

unter einer Rezession leiden und sich reformieren müssen. Und deshalb ist es richtig, was die Europäische Zentralbank mit ihrer Geldpolitik macht: Sie verschafft diesen Ländern Zeit, damit sie die nötigen Reformen angehen können. Wir sehen ja auch, dass die Krisenländer nicht aus dem Euro austreten wollen. Sogar die Griechen wollen bleiben.

Sinn: Weil sie den Zugang zur Druckerresse für Euro-Geld nicht verlieren wollen.

Fratzscher: Griechenland ist ein Sonderfall, aber die anderen Länder sind auf einem guten Weg. Irland hat gezeigt, dass man harte Reformen machen und seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern kann, ohne den Euro aufzugeben. Spanien und Portugal brauchen Zeit, werden es aber schaffen. Wir sollten nicht vergessen, dass Deutschland vor zehn Jahren als der kranke Mann Europas galt. Bei uns hat es auch fünf, sechs Jahre gedauert, bis wir mithalten konnten. Es ist wichtig, dass sich Europa jetzt hilfsbereit zeigt.

Sinn: Wir haben viel geholfen und verloren nun Zeit. Die Hilfen sind irrsinnig teuer und verzögern die Selbsthilfe. Irland hat reformiert, weil es früher in die Krise geriet und anfangs keine Hilfe bekam.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Sinn: Wir brauchen härtere private und öffentliche Budgetbeschränkungen. Ein Land, das damit nicht zurechtkommt, sollte Hilfen zum Austritt erhalten. Wir sollten die Euro-Zone als atmende Währungsunion konstruieren, mit geregelten Ein- und Austrittsmöglichkeiten. Ein Austritt bedeutet ja nicht den Weltuntergang. Man kann ja auch wieder eintreten, wenn sich die Lage gebessert hat.

Fratzscher: Sagen Sie mal den Arbeitslosen in den Krisenländern, dass es kein Weltuntergang wäre, wenn noch mehr Menschen ihre Existenzgrundlage verlören. Ihr Vorschlag hätte aus meiner Sicht nur Nachteile. Wir hätten, wie früher, wieder Wechselkurskrisen in Europa. Die Kosten wären immens. Gerade wir Deutschen sollten froh sein, dass das Wechselkursrisiko mit dem Euro verschwunden ist.

SPIEGEL: Was schlagen Sie stattdessen vor?

Fratzscher: Wir brauchen, da hat Herr Sinn recht, klare Regeln im Umgang mit Pleitebanken und mehr Haushaltsdisziplin bei den Staaten. Deshalb bin ich für stärkere europäische Institutionen, etwa einen autonomeren Rettungsschirm ESM, der Staaten, die die Vorgaben nicht einhalten, disziplinieren kann. Und wir brauchen eine europäische Regierung, die die gemeinsamen Regeln durchsetzen kann.

SPIEGEL: Hat Deutschland vom Euro bislang profitiert?

Fratzscher: Ja. Wir sind die großen Nutznieder. Durch den Euro ist auch der Handel, der Binnenmarkt stärker zusammen gewachsen, was den deutschen Unternehmen sehr hilft. Wir stehen heute besser da als alle anderen Europäer, weil wir

wie kein zweites Land von der Offenheit profitiert haben.

Sinn: Deutschland ist kein Euro-Gewinner. 1995, als der Euro endgültig beschlossen wurde, waren wir mit unserer Wirtschaftskraft pro Kopf auf Platz zwei der heutigen Euro-Länder. Heute sind wir trotz des Booms der letzten drei Jahre auf Platz sieben. Wir haben lange darunter gelitten, dass das Kapital aus Deutschland Richtung Südeuropa abfloss. Wir hatten eine Massenarbeitslosigkeit und mussten harte Reformen machen.

SPIEGEL: Wäre es dann nicht besser, Deutschland würde aus dem Euro austreten?

Sinn: Nein. Nicht jede unglückliche Ehe muss geschieden werden. Wir würden dann all unsere öffentlichen und privaten Kreditforderungen gefährden oder verlieren. Wir sollten den Euro reparieren, aber nicht abschaffen.

Fratzscher: Ich würde uns Europäer eher als Geschwister sehen. Den Ehepartner kann man sich aussuchen, die Geschwister nicht. Wir Europäer müssen unsere Zukunft miteinander gestalten und dürfen dabei unsere Vergangenheit nicht vergessen. Wir werden immer die engsten Handelspartner sein. Der Euro hatte Geburtsfehler, keine Frage. Aber wir sollten ihn nicht abschaffen, sondern die Geburtsfehler beheben.

„In zehn Jahren wird die Welt auf uns schauen und sagen: Respekt, wie ihr es hingekriegt habt.“

Sinn: Die Europäische Union hat sich bewährt als Freihandelszone und auch als Friedensordnung. Doch der Euro gefährdet das Erreichte. Die Hakenkreuzfahnen, die in Südeuropa bei manchen Demonstrationen gegen Deutschland geschwungen werden, sind ein Stich ins Herz. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass Polen oder die Tschechische Republik oder auch Schweden oder England auf absehbare Zeit diesem Euro-Verbund beitreten. So, wie der Euro heute konstruiert ist, spaltet er nur.

SPIEGEL: Lässt er sich denn reparieren?

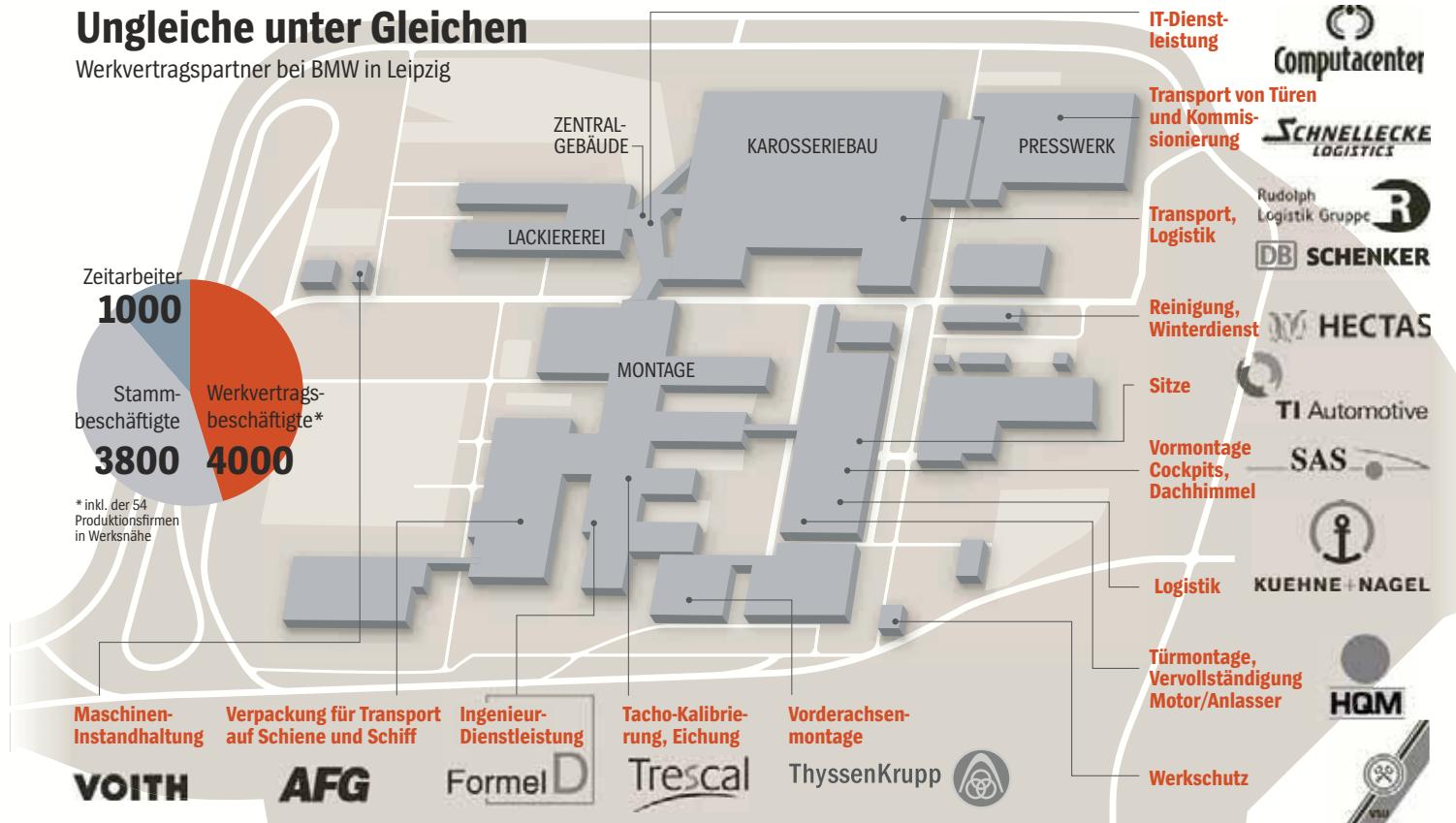
Sinn: Ja, aber ich bin nicht sehr optimistisch, dass es genug Einsicht bei der Politik gibt.

Fratzscher: Ich bin optimistisch. Wir werden in zehn Jahren mehr Länder in der Euro-Zone haben als heute. Der Euro wird stabiler sein, als er heute ist. Wir werden wichtige Lehren aus der Krise gezogen haben. In zehn Jahren wird die Welt auf uns schauen und sagen: Respekt, wie ihr es hingekriegt habt.

SPIEGEL: Herr Fratzscher, Herr Sinn, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Ungleiche unter Gleichen

Werkvertragspartner bei BMW in Leipzig



ARBEITSMARKT

Mittendrin und nicht dabei

Erstmals lässt sich mit Zahlen belegen, wie weit das Phänomen der Werkverträge in den Kern der deutschen Wirtschaft vorgedrungen ist. Allein in der Metall- und Elektroindustrie sind mehr als eine Million Menschen als Arbeiter zweiter Klasse beschäftigt.

Wer einen BMW oder Mercedes kauft, der entscheidet sich wahrscheinlich deshalb für eine dieser Marken, weil er an den guten Ruf der deutschen Autohersteller glaubt, an ihre Ingenieurskunst, die gute Verarbeitung der Fahrzeuge. Vielleicht auch an die ordentliche Bezahlung der Beschäftigten. Entsprechend hoch sind ja auch die Preise.

Was aber, wenn er wüsste, dass das Auto gar nicht allein von BMW entwickelt wurde, sondern zum großen Teil von Ingenieuren eines Industriedienstleisters namens Aton? Die Vorderachsen montiert ThyssenKrupp Automotive, die dafür wiederum Zeitarbeiter der Firma Wisag anheuert. Die Firma HQM bringt die Türen an und baut auch die Anlasser ein. Die Tachometer werden vom Dienstleister Trescal kalibriert und geeicht.

Der Kunde kennt diese Firmen nicht. Und die Autobauer tun alles dafür, dass

das so bleibt. All diese Firmen sind auf dem Werksgelände von BMW in Leipzig angesiedelt, es sind sogenannte Werkvertragsunternehmen, BMW hat Teile der Produktion und Dienstleistungen an sie vergeben, zu deutlich schlechteren Konditionen, als sie bei BMW selbst üblich sind.

Natürlich vergaben die großen Autobauer in Deutschland schon immer Aufträge an Zulieferer und Fremdfirmen: Getriebe werden bei ZF Friedrichshafen bestellt, Einspritzpumpen bei Bosch. Doch dort gelten IG-Metall-Tarifverträge. Werkvertragsfirmen auf dem Firmengelände waren allenfalls für den Betrieb der Kantine, den Werkschutz oder das Gebäudemanagement zuständig. In Einzelfällen auch für spezielle Software-Entwicklungen. Aber Türen montieren? Sitze einbauen? War das nicht immer ureigenes Terrain der Autoindustrie? Das hat sich geändert, in der deutschen Industrie ist

ein grundlegender Wandel zu besichtigen, mit den Autoherstellern an der Spitze. Immer größere Anteile der Produktion werden von Fremdfirmen erledigt – nicht weil sie es besser, sondern weil sie es billiger machen. Die Beschäftigten werden deutlich schlechter bezahlt, für sie gilt nicht der Metalltarifvertrag, sondern der Logistik-, Reinigungs- oder, in den meisten Fällen, gar kein Tarifvertrag. Stundenhöfe von 7,50 Euro sind inzwischen dort nicht mehr unvorstellbar.

Werkverträge wurden lange Zeit vor allem in den Randbereichen der deutschen Wirtschaft eingesetzt. In der Fleischindustrie gelangten rumänische und bulgarische Zerleger zu trauriger Berühmtheit, im Handel waren es die Regaleinräumer, die von Handelsketten ausgelagert wurden, um den Tarifvertrag zu umgehen.

Rechtlich ist das in Ordnung, solange die Arbeitnehmer tatsächlich nur den

Anweisungen des Werkvertragsunternehmens und nicht denen des Auftraggebers Folge leisten müssen. In der Praxis ist das aber kaum durchzuhalten. Die Lidl-Schwester Kaufland musste rund neun Millionen Euro an Staatskasse und Sozialversicherung bezahlen, weil ihre Werkverträge unter dem Verdacht standen, Scheinwerkverträge zu sein.

Inzwischen beschäftigt sich die Politik mit den Werkverträgen und deren Missbrauch. „Kaum hatten wir bei der Leiharbeit einen Mindestlohn festgelegt, haben wieder Leute versucht, die nächste Lücke zu finden und das Ganze über Werkverträge auf eine unlautere Art zu regeln“, zürrt Kanzlerin Angela Merkel. Wie das Problem gelöst werden soll, darüber gehen die Meinungen bei den künftigen Koalitionären noch weit auseinander.

Bislang gab es keine validen Zahlen, wie viele Menschen in Deutschland unter Werkvertragsbedingungen arbeiten. Anders als bei der Leiharbeit haben weder das Bundesarbeitsministerium noch das Statistische Bundesamt exakte Zahlen erhoben, ja erheben können. Denn bei einem Werkvertrag schreiben die Auftraggeber in der Regel eine Dienstleistung aus, vereinbaren eine bestimmte Qualität und einen Abgabetermin. Niemand weiß, wie viele Arbeitskräfte der Auftragnehmer einsetzt, um den Auftrag zu erfüllen. Anders als bei der Leiharbeit benötigen Werkvertragsfirmen auch keine Genehmigung, ihre Mitarbeiter für andere Unternehmen arbeiten zu lassen.

Nun hat die Gewerkschaft IG Metall erstmals Zahlen zusammengetragen, die aufzeigen, wie weit sich „das Krebsgeschwür“, so der designierte IG-Metall-Chef Detlef Wetzel, in ihrem Zuständigkeitsbereich ausbreitet hat. In einer mehrere Monate andauernden Befragung von Betriebsräten haben die Gewerkschafter die Strukturen recherchiert, Mitarbeiter gezählt, die nicht zur Stammbelegschaft gehören und deren Entlohnung analysiert.

Das Ergebnis der Bestandsaufnahme ist überraschend. So arbeiten inzwischen mehr als eine Million Menschen überwiegend außerhalb der Metall- und Elektroindustrie in nicht regulären Beschäftigungsformen für die Branche. Das entspricht fast einem Drittel der Beschäftigten der gesamten M+E-Industrie. Dass die meisten von ihnen Werkvertragsbeschäftigte und nicht Zeitarbeiter sein dürf-

ten, belegt eine simple Zahl: In der ersten Jahreshälfte registrierte die Bundesagentur für Arbeit insgesamt gut 800 000 Zeitarbeiter – in ganz Deutschland und in allen Branchen zusammen.

Am auffälligsten ist der Trend in der Automobilindustrie. Dort stehen den 763 000 Stammbeschäftigten mittlerweile 100 000 Leiharbeitskräfte und 250 000 Werkvertragsbeschäftigte gegenüber. Das entspricht einem Verhältnis von fast zwei zu eins.

Auch in der Werftindustrie kippt das Verhältnis von Stammbeschäftigten immer mehr zugunsten von Externen. Im Schiffbau arbeiten 16 800 Menschen fest, aber 2700 Menschen für Leih- und 6500

genau das nutzen nun viele Unternehmen, um die Tarifverträge zu umgehen. „Ich habe nichts gegen Werkverträge generell“, sagt der IG-Metaller Wetzel. „Ich habe aber entschieden etwas dagegen, wenn sie genutzt werden, um das Lohnniveau massiv zu drücken.“

Die von der IG Metall erhobenen Zahlen zeigten, dass „weite Teile der deutschen Wirtschaft den Gesellschaftsvertrag des Landes aufzündigen wollen“, so Wetzel. „Das ist ein Anschlag auf die soziale Marktwirtschaft.“

Für die Gescholtenen dagegen sind Werkverträge kein Übel, sondern „ein notwendiges Instrument moderner Aufgabenteilung und Spezialisierung“. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) verweist stets darauf, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gerade deshalb so hoch sei, weil der deutsche Arbeitsmarkt inzwischen so flexibel gestaltet sei.

Doch dient es tatsächlich der Flexibilität, wenn Thomas Urbanek bei der Firma Schedl Reifen montiert, 300 Meter entfernt vom Werksgelände von BMW in Leipzig? Diese 300 Meter und der andere Firmenausweis machen einen Gehaltsunterschied von etwa 1200 Euro im Monat aus. Urbanek, gelernter Kfz-Mechaniker, hatte eine klassische Zeitarbeiterkarriere hinter sich, als er vor fünf Jahren bei Schedl fest angestellt wurde. 1900 Euro brutto verdient er dort, es gibt keinen Tarifvertrag, für ihn ist es schon wichtig, ob ein Monat 21 oder 23 Arbeitstage hat. „Bei 21 Tagen komme ich mit meinem Geld gerade so hin, bei zwei Tagen mehr kann ich auch mal was zur Seite legen“, sagt der 28-Jährige.

3100 Euro würde Urbanek verdienen, wenn er bei BMW angestellt wäre. Doch das bleibt für ihn ein Traum. Auf die Anschaffung eines Autos

verzichtet er, eine Familie hat er noch nicht gegründet. Zwischendurch hat er mal überlegt, einen Nebenjob anzunehmen, den Gedanken aber wieder verworfen, weil ihm die Zeit fehlt.

Das BMW-Werk in Leipzig ist die neueste Autofabrik in Deutschland. Von Anfang an wurde sie so geplant, dass Leiharbeit und Werkverträge bei der Kalkulation eine zentrale Rolle spielen. Sonst wäre das Werk wohl nie nach Leipzig gekommen, sondern im Ausland entstanden. Inzwischen haben sich rund 50 sogenannter IDL, also Industriedienstleister,



Produktion des BMW-Ektroautos i3 in Leipzig: „Die nächste Lücke“

für Werkvertragsfirmen. In der Stahlindustrie werden im Verhältnis besonders viele Werkvertragsbeschäftigte angeheuert – 19 000 gegenüber 61 000 Festangestellten. Nicht viel besser die Luftfahrt: Dort gehören 72 400 Menschen zur Stammbelegschaft von Airbus und Co., aber 10 000 Menschen verdienen sich als Leih- und weitere 10 000 als Werkvertragsarbeiter.

2011 wurde das Gesetz zur Arbeitnehmerüberlassung geändert, um Missbrauch von Leiharbeit vorzubeugen. Werkverträge sind davon jedoch nicht erfasst. Und

rund um das Werk gruppiert. Auf einer Karte der örtlichen IG Metall gleicht die Anordnung einem Spinnennetz.

Die Gewerkschafter wissen wohl, dass BMW und auch Porsche, die beide in Leipzig produzieren, Garanten für den neuen Wohlstand der Messestadt sind. „Wir wehren uns nur gegen Beliebigkeit und Willkür“, sagt der erste IG-Metall-Bevollmächtigte der Stadt, Bernd Kruppa. Sein Ziel ist es, zumindest für jene Werkvertragsunternehmen, die direkt am Produktionsprozess beteiligt sind, IG-Metall-Tarifverträge durchzusetzen. Bei neun Unternehmen war die Gewerkschaft bislang erfolgreich. 9 von 50.

Anders als in der Leipziger Fabrik spielen Werkverträge in den westdeutschen BMW-Werken bislang keine so wichtige Rolle. Doch plant BMW offenbar, an den großen bayerischen Standorten im kommenden Jahr Teile der Produktion an Fremdfirmen zu vergeben; etwa im 18 500 Mitarbeiter zählenden Werk Dingolfing.

„Im kommenden Jahr werden in der Logistik in Dingolfing 300 bis 400 neue Werkvertragsmitarbeiter verpflichtet“, heißt es aus dem dortigen Betriebsrat. Auch in Regensburg werden künftig Teile der Logistik fremdvergeben.

Arbeitnehmervertreter fürchten, dass das nur der Anfang ist. „Es entsteht ein Problem, wenn Aufgaben auf unserem Werksgelände, die bisher von BMWlern verrichtet wurden, an andere Unternehmen vergeben werden und deren Mitarbeiter mit unseren zusammenarbeiten und den halben Lohn erhalten. Für diese Umwandlung fordern wir ein gesetzliches Mitbestimmungsrecht“, sagt der BMW-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Manfred Schoch.

Lange setzte BMW auf Leiharbeit, doch die ist für den Premiumhersteller inzwischen doppelt unattraktiv geworden: Erstens kostet ein Leiharbeiter durch die mit der IG Metall vereinbarten Branchenzuschläge das Unternehmen erheblich mehr Geld. Zweitens hat sich der Autobauer in einer Betriebsvereinbarung verpflichtet, seine Leiharbeiterquote von durchschnittlich etwa 14 Prozent auf 8 zu verringern. Das kann nur gelingen, wenn Leiharbeiter entweder im großen Stil fest übernommen – oder zu Werkvertragsmitarbeitern gemacht werden.

So ergeht es derzeit Stefan Gruber*. Der Ingenieur arbeitet als Leiharbeiter im Münchner Entwicklungsressort von BMW. Im Spätsommer dieses Jahres

habe ihm sein Gruppenleiter mitgeteilt, dass sein Vertrag Ende 2013 auslaufe. „Doch statt der mir lange Zeit in Aussicht gestellten Festanstellung bei BMW erhielt ich nur das Angebot, ab dem 1. Januar über meine Verleihfirma weiter in der gleichen Abteilung des Autobauers, mit der weitgehend selben Tätigkeit, zu arbeiten“, erzählt er. Der feine Unterschied: Künftig soll der Mann, Mitte dreißig, auf Basis eines Werkvertrags für BMW tüfteln.

Das sei „natürlich ein riesiger Schock gewesen“. Denn Gruber weiß, dass Werkvertragskollegen „ganz unten“ im Mitarbeitergefüge des Fahrzeugbauers stehen. Beschäftigte von Fremdfirmen erhalten nicht mehr automatisch den für die Leiharbeiter des Konzerns obligatorischen gleichen Stundenlohn wie die Stammbelegschaft. Und so wird sein Grundgehalt als Werkvertragsmitarbeiter wohl ein Fünftel niedriger ausfallen als das der festangestellten Kollegen.

DGB Bayern einen Report über Werkverträge im Freistaat recherchiert. Sie wurde nahezu in allen Branchen fündig und ist überzeugt, dass die Flucht in Werkverträge erst am Anfang steht. „Es gibt mittlerweile eine ganze Beratungsindustrie von Rechtsanwälten, Leiharbeitsfirmen und Unternehmensberatern, die nichts anderes macht, als neue Möglichkeiten für Werkverträge auszuloten“, sagt Siebenhüter. Sie glaubt, dass sich die Entwicklung auf Betriebsebene nicht mehr einfangen lässt. „Der Konkurrenzdruck auch auf die regulären Belegschaften ist bereits zu hoch“, sagt Siebenhüter.

Selbst Krankenhäuser und Kliniken gründen Servicegesellschaften, in die sie Personal auslagern und über Dienstleistungsverträge wieder einsetzen. Bei Neu-einstellungen sind sie nicht mehr an die Krankenhausstarife gebunden. Und längst sind es nicht mehr nur die Köche und Reinigungskräfte, die ausgegliedert werden. Buchhaltung, Krankentransport, selbst Kernpersonal wie Altenpfleger werden mittlerweile über Werkverträge beschäftigt.

Derzeit verhandeln Union und SPD in den Koalitions Gesprächen über das Thema. Einig sind sich die Parteien, dass die Informationsrechte der Betriebsräte über Werkverträge in ihren Unternehmen verbessert und erweitert werden sollen. Doch bis zum Ende der vergangenen Woche waren die weitergehenden Forderungen der Sozialdemokraten nach Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmervertreter umstritten. Ebenso wie die SPD-Forderung nach einer gesetzlichen Vermutungsregel. Das heißt: Der Gesetzgeber soll einen Kriterienkatalog für

Leiharbeit erstellen. Erfüllt ein Werkvertrag einige dieser Kriterien, wird Leiharbeit vermutet. Dann müssten Auftraggeber und -nehmer beweisen, dass sie doch keinen Scheinwerkvertrag unterschrieben haben. Die Umkehr der Beweislast war für die Union bislang nicht akzeptabel.

Ein Koalitionsvertrag ohne konkrete Vorgaben für Werkverträge ist allerdings kaum vorstellbar. Zu groß ist der Druck der Gewerkschaften. Erst vergangene Woche schrieb BMW-Betriebsrat Schoch in einem Brief an die Verhandlungsführer der Koalitions Gespräche, man möge „unsere Anmerkungen ernst nehmen. Unsere jahrelangen praktischen Erfahrungen und unsere täglichen Gespräche mit unseren Beschäftigten machen klare gesetzliche Regelungen dringend erforderlich“.

Dass das möglicherweise zu Lasten der Gewinne der Unternehmen geht, will die Gewerkschaft nicht gelten lassen. „Das



Werkvertragsbeschäftigte Urbanek: Gegen Willkür und Beliebigkeit

MARTIN JENNICHEN / DER SPIEGEL

Die Zahl der ausschließlich für BMW tätigen Arbeiter von Fremdfirmen ist in jüngster Vergangenheit auch bundesweit weiter gestiegen. Im Frühjahr 2012 hatte die IG Metall München noch von 3000 bis 5000 Beschäftigten gesprochen. Mittlerweile sind es der Gewerkschaft zufolge konzernweit bereits „deutlich mehr als 10 000 Mitarbeiter“.

Einige Werkvertragsunternehmen sind inzwischen selbst zu einer eigenen Größe geworden. Sie bieten Komplettlösungen für Unternehmen an, maßgeschneidert für die jeweilige Branche. Anbieter wie Schnellecke oder die LGI Logistics beschäftigen mittlerweile 19 000 beziehungsweise 3500 Mitarbeiter. Die 46 bedeutendsten Unternehmen des Sektors machen mit 340 000 Mitarbeitern und 16,5 Milliarden Euro Umsatz.

Die Sozialwissenschaftlerin Sandra Siebenhüter hat in diesem Jahr für den

* Name geändert.

nehmen wir billigend in Kauf“, sagt IG-Metaller Wetzel. Wer glaube, Wettbewerbsfähigkeit durch Dumping-Löhne herstellen zu können, betrete einen Irrweg. Dafür spricht nach Ansicht von Experten auch, dass bei manchen Modellen deutscher Hersteller viel Nacharbeit nötig ist, um die gewünschte Qualität zu erreichen. Der Versuch, mittels Werkverträgen die Lohnkosten zu senken, schadet den Unternehmen mitunter mehr, als er einbringt. Das spürt derzeit vor allem Daimler.

Der Autokonzern produziert im Vergleich zu BMW und Audi zwar noch deutlich mehr Teile selbst. Doch zwei Vorfälle mit Werkverträgen und Leiharbeitern genügten, um dem Image von Mercedes-Benz Kratzer zuzufügen.

Der SWR führte in einem Film zur besten Sendezeit vor, wie ein Werkvertragsmitarbeiter für 8,19 Euro die gleiche Arbeit erledigen musste wie seine Mercedes-Benz-Kollegen, die ein Mehrfaches verdienen. Und dann kam heraus, dass Daimler Testfahrten von einer Werkvertragsfirma erledigen ließ, die ihren rumänischen Fahrgästen weniger als vier Euro in der Stunde zahlt. Unter dem Druck des Wettbewerbs, klagt Daimlers Betriebsratschef Erich Klemm, vergebe das Unternehmen Arbeiten, „die eigentlich in unsere Fabriken und Büros gehören“, an Werkvertragsfirmen. Es sei „ein unerträglicher Zustand, dass es in der Konkurrenz um Aufträge von Daimler ein Vorteil sein kann, keinen Tarifvertrag anzuwenden“.

Daimler wehrt sich gegen die Forderung der IG Metall nach Mitbestimmungsrechten bei der Vertragsvergabe. „Was wir vergeben und was wir selbst erledigen, ist ureigene unternehmerische Entscheidung“, sagt Daimler-Personalvorstand Wilfried Porth. Im Vorstand ist man sich einig, dass eine zu starke Regulierung des Prinzips Werkvertrag die Autoindustrie aus dem Land treiben würde. Aber der Autokonzern hat eingesehen, dass Billigstarbeiter bei Lieferanten dem eigenen Image schaden. Das Bild von ausgebeuteten Arbeitnehmern verträgt sich nicht mit dem Glanz der S-Klasse, für deren Autos Kunden mindestens 80 000 Euro zahlen.

Werkvertragspartner von Mercedes-Benz müssen künftig mindestens den Einstiegslohn des Tarifvertrags ihrer Branche zahlen, auch wenn sie nicht Mitglied im Arbeitgeberverband sind.

Im Fall der rumänischen Testfahrer stellte sich heraus, dass Daimler dem beauftragten Unternehmen zwar rund 11,50 Euro pro Stunde zahlte, die Firma den Arbeitern aber für Unterkunft und Verpflegung so viel abzog, dass nur ein minimaler Stundenlohn herauskam.

„Das ist eine Frechheit“, sagt Daimlers Produktionsvorstand Andreas Renschler. „Solchen Firmen müssen wir kündigen.“

MARKUS DETTMER, DIETMAR HAWRANEK,
TOBIAS LILL, JANKO TIETZ



Google-Verwaltungsratschef Schmidt

VINCENT YU / AP / DPA

habe sein im April erstmals vorgelegtes Angebot deutlich verbessert, um in dem Missbrauchsverfahren einer Strafe zu entgehen. Unter anderem habe Google zugestanden, bei seinen Suchergebnissen neben den eigenen Angeboten auch die der Konkurrenz zu zeigen. Diese seien nun „signifikant sichtbarer“, lobte der Kommissar, Wettbewerber könnten in Zukunft auf den Google-Seiten sogar ihr Logo nutzen.

Der Internetkonzern hat der EU-Kommission auf 96 Seiten in einer Art Selbstverpflichtung dargelegt, wie er künftig seine Suchergebnisse in Europa präsentieren will. Das soll das Wettbewerbsverfahren der EU-Kommission abwenden. „Google bietet diese Verpflichtungen an, um Zeit, Unannehmlichkeiten und Kosten der laufenden Untersuchungen zu vermeiden“, heißt es auf der ersten Seite des Dokuments.

Die Beschwerdeführer können das Kompromissangebot einsehen – und sind entsetzt. Wenn der Deal so durchkommt, erwarten sie, dass Google seine wirtschaftlichen Interessen noch rigorosier als bisher durchsetzen kann. „Das ist eine Zementierung der Verhältnisse“, sagt Michael Weber, der Geschäftsführer des Online-Kartendienstes Hot-map.com. Viele Innovationen im Internet würden behindert und der Kontrolle eines einzigen Konzerns ausgeliefert.

Strittig sind vor allem kommerzielle Angebote wie Preisvergleiche, Landkarten oder Restaurantbewertungen. Google betreibt selbst solche Dienste. Wer ein Produkt, eine Stadt oder auch nur eine Straße bei Google eingibt, stößt fast automatisch auf Googles eigene Spezialangebote, die wie durch ein Wunder ganz vorn bei den Suchergebnissen landen. Dagegen haben es andere Anbieter wie Hot-map oder TripAdvisor schwer, sich auf den ersten Seiten zu platzieren, obwohl Google immer wieder auf seinen scheinbar neutralen Algorithmus verweist, der jedem seinen Platz im Internet zuweist.

Im Angebot an die EU-Kommission zeigt der Internetkonzern auch mit Hilfe zahlreicher Bildschirmfotos, was sich ändern würde. Wer nach einem Flug von San Francisco nach Las Vegas sucht, bekäme wie bisher unter einer bezahlten Anzeige – in einem Kasten farbig unterlegt – Flüge der neuerdings auch in Deutschland freigeschalteten konzerneigenen Flugsuchmaschine. Darunter finden sich in einer neuen Kategorie Links zu drei Wettbewerbern.

Im Fall der Flugsuchen wären das, so das Google-Beispiel, etwa die drei Konkurrenten Expedia, Booking.com und Kayak. Das sind auf Reisen spezialisierte Suchmaschinen, denen Goo-

INTERNET

Vergiftetes Angebot

Unter dem Druck der EU-Kommission will Google auf seinen Seiten Konkurrenzangebote stärker berücksichtigen. Wettbewerbern geht das nicht weit genug.

Mangelndes Selbstbewusstsein gehört nicht zu den hervorstechenden Eigenschaften von Joaquín Almunia. Der EU-Wettbewerbskommisar diktirt den Deutschen, wie sie ihre Energiewende gestalten sollen, zwingt Großbanken, die Hälfte ihres Geschäfts zu verkaufen, und regelt, wie in Zukunft der europäische Film subventioniert werden darf.

Auch bei Google, dem mächtigsten Internetkonzern der Welt, demonstriert der Ex-Chef der spanischen Sozialisten Tatkraft. Jeder nutzt die Suchmaschine mehrmals täglich, aber es gebe für den Konzern keine Spielregeln, sagt er. „Wir werden eine erste Annäherung an eine Regulierung liefern“, kündigte Almunia vergangene Woche nach einer Rede an der London School of Economics an.

Doch es spricht vieles dafür, dass Almunia diesmal spektakulär scheitert. Seit vier Jahren ermittelt seine Wettbewerbskommission gegen Google wegen Machtmissbrauchs. Online-Firmen hatten geklagt, dass das Unternehmen seine Position als

Türsteher des Internets zum eigenen Vorteil missbrauche. Sie legten Indizien vor, dass Google die Trefferliste der Suchmaschine manipuliere, um eigene Dienste bei den Suchergebnissen ganz nach vorn zu schieben und Wettbewerber in das Niemandsland der hinteren Google-Seiten verschwinden zu lassen.

Frühzeitig signalisierte Almunia, dass er eine Verhandlungslösung mit dem Internetriesen anstrebt. Es sei im Interesse der Verbraucher, möglichst schnell Veränderungen bei Google zu erreichen. Mehrfach traf er den Verwaltungsratschef Eric Schmidt. Zuletzt kamen die beiden Ende September in New York zusammen, um über die Zugeständnisse von Google zu reden.

Kurze Zeit später zeigte sich Almunia bei einer Anhörung im EU-Parlament sehr optimistisch, dass ein Deal mit dem Internetriesen in Reichweite sei. Google



GETTY IMAGES
EU-Kommissar Almunia
Deal in Reichweite

gle seit einiger Zeit mit seinen eigenen Angeboten das Leben schwer machen, die aber fortan mit einigen wenigen Buchstaben für sich werben dürfen.

Wer sich für Produkte wie beispielsweise einen iPod interessiert, bekäme in Zukunft ebenfalls eine noch geballtere Ladung Kommerz ab. Unter Anzeigen und dem Google-Shopping-Führer hätten drei konkurrierende Shopping-Portale die Chance, sich auf der ersten Google-Seite unter der neuen Rubrik „Sponsored“ zu präsentieren. In Zukunft würde die Google-Suche in Teilen, sanktioniert durch die EU-Kommission, von kommerziellen Angeboten dominiert.

„Das wäre das Ende unserer Hoffnungen auf ein gemeinsames Spielfeld im Internet, auf dem Wettbewerb, Innovation und Kundenwünsche entscheiden“, sagt Shivaun Raff, die zusammen mit ihrem

zu verdienen. Früher hatte er eine Million Besucher auf seiner Site. Seit Google seine eigenen Karten anbietet, ist der Marktanteil von Hot-map in kaum mehr messbare Bereiche gesunken.

Zudem sollen die konkurrierenden Suchdienste, so der Vorschlag von Google, bei den Suchergebnissen im sprunghaft wachsenden mobilen Internet zunächst nicht auftauchen. Diese würden sich künftig unter der Rubrik „Andere Dienste“ verbergen. „Da landet nur noch ein Prozent der Leute“, sagt Christoph Fiedler, Geschäftsführer beim Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, der sich der Beschwerde in Brüssel angeschlossen hat.

„Eine Dose Würmer“ habe Google da serviert, schimpft einer der Beteiligten, der wie 124 andere Parteien von Almunia eingeladen wurde, bis zum 25. November

Neben Verbraucherschützern bekämpfen Hunderte europäischer Verleger die Google-Vorschläge. Sie wollen unter anderem erreichen, dass sie volle Kontrolle darüber erlangen, welche eigenen journalistischen Inhalte von Google kostenlos genutzt werden.

Vergangene Woche war eine Delegation der Verlegerverbände in Brüssel und sprach mit Mitgliedern von Almunias Kabinett und dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso. Es gebe viele neue Beschwerden gegen Google. Die Kommission müsse „so bald wie möglich auf den konventionellen Weg einer Verbotsentscheidung zurückkehren“, heißt es in einer Stellungnahme.

Das Kalkül lautet: Wenn ein Verbot in Europa drohe, wäre Google deutlich kompromissbereiter. Zudem wären Strafzahlungen von bis zu fünf Milliarden Euro

Mann das Preisvergleichsunternehmen Foundem gegründet hat. Ihr Unternehmen prangt bei dem vertraulichen Google-Vergleichsangebot für das Verfahren „Foundem und andere“ auf der ersten Seite, weil sie das Verfahren bei der Wettbewerbsbehörde in Gang gebracht hatte.

Das Angebot, das Google seinen Konkurrenten macht, ist aus deren Sicht vergiftet. Sie sollen künftig in einem Auktionsverfahren um die drei freien Plätze unter dem Google-Kasten kämpfen. Nur die höchsten Gebote erhalten eine Chance, mit den weiterhin prominenter platzierten Google-Angeboten zu konkurrieren. „Das wäre eine zerstörerische neue Form des Missbrauchs“, sagt die Britin.

„Wir können es uns gar nicht erlauben, bei so einer Auktion mitzumachen“, sagt Hot-map-Gründer Weber. Er braucht ein paar tausend Klicks, um überhaupt Geld

gegenüber der Kommission auf die neuen Vorschläge zu reagieren. Einer der „Würmer“, die die Konkurrenz gefunden hat: Die Verpflichtungen beträfen nur die europäischen Seiten, etwa Google.de, die Website Google.com sei völlig ausgenommen. Wenn dem Unternehmen etwas nicht passe, argwöhnen sie, könne es den gesamten europäischen Verkehr auf .com umleiten.

Auch der EU-Abgeordnete und Verbraucherschützer Andreas Schwab ist skeptisch. Statt komplizierter Regeln auf 96 Seiten könne ein einziges Prinzip fast alle Probleme lösen: Die Relevanz für den Sucher müsse wieder über die Positionierung auf den Google-Seiten entscheiden. Die Google-Angebote müssten sich ebenfalls dem Nutzerinteresse unterordnen, forderte er in einem Brief an Almunia.

möglich, was selbst eine Gewinnmaschine wie Google (Gewinn 2012: acht Milliarden Euro) beeindrucken würde.

Doch Almunias Leute in der Wettbewerbskommission fürchten „rechtliche Probleme“, es gibt keine Präzedenzfälle, an denen sie sich orientieren könnten. Sie haben mehr Erfahrung mit Kartellverfahren gegen Zementhersteller als mit Internetfirmen, die den Zugang zum Netz kontrollieren. „So einen Fall haben wir noch nie gehabt“, sagt einer aus Almunias Kabinett.

Der Wettbewerbskommissar ist offenbar wild entschlossen, mit einem Google-Deal im nächsten Frühjahr seine Amtszeit zu krönen. Eines ist sicher: Seine Entscheidung wird die kommenden fünf Jahre im Internet prägen. So lange wäre seine Wettbewerbsbehörde an den Deal mit Google gebunden.

CHRISTOPH PAULY



DANIEL MAURER / DAPD

Arztpraxis in Göppingen: „Ein Beitragsniveau, das nicht mehr zu schultern ist“

GESUNDHEIT

Wunsch nach Wechsel

Viele Privatpatienten sind ihrer Versicherung und steigenden Beiträgen bisher weitgehend ausgeliefert. Die Große Koalition könnte das nun ändern.

Seinen Briefkasten öffnet Paul Gürth nur noch mit klopfendem Herzen und einem Anflug übler Laune. Schließlich verheißt der November selten gute Nachrichten. Es handelt sich um jenen Monat, in dem seine private Krankenversicherung ihre Beitragsankündigung für das nächste Jahr verschickt. Und bislang kannte die automatische Anpassung für Gürth stets nur eine Richtung: nach oben.

Weil ihn das Warten mürbemacht, hat der 64-Jährige nun selbst einen Brief verfasst. „Irgendwie muss man sich ja wehren“, sagt Gürth. Allerdings adressierte er das Kuvert nicht etwa an seine Assekuranz, sondern an seinen Bundestagsabgeordneten in Berlin. In die Betreffzeile schrieb er: „Dringende Hilfe“.

„Die monatlichen Beiträge haben mittlerweile ein Niveau erreicht, das nicht mehr zu schultern ist“, klagt Gürth und sieht sich dabei als Fürsprecher aller älteren Privatversicherten. Er bitte darum,

„die Verantwortlichen bei den Koalitionsverhandlungen zu informieren, dass hier unbedingt Änderungen vorgenommen werden müssen.“

Gürths Wunsch könnte erhört werden. Bei ihren Verhandlungen diskutieren Union und SPD in dieser Woche über eine Reform der privaten Krankenversicherung. Auf der Themenliste der zuständigen Arbeitsgruppe findet sich der Vorschlag unter Punkt I.3: „Tarifwechselmöglichkeiten“. Für die Kunden könnte es künftig leichter werden, günstigere Prämien zu erstreiten oder den Anbieter zu wechseln. Für die Branche allerdings dürfte das Dasein schwieriger werden: Sie muss um ihr Geschäftsmodell bangen.

So sieht das Prinzip der privaten Krankenversicherung (PKV) vor, dass für jeden Kunden ein Teil seines Beitrags angespart wird. Diese Rückstellungen sollen vor allem dafür sorgen, dass die Prämien im Alter nicht übermäßig anschwellen. Der Erfolg ist überschaubar: Gerade ältere Privatpatienten klagen über steigende Beiträge.

Aus Sicht der Branche macht jedoch gerade ihr Kapitalstock die PKV zum überlegenen Modell: Für die alternde Gesellschaft seien die Unternehmen bestens gerüstet. Immerhin hatten sie Ende 2012 nach offiziellen Statistiken für die Kranken- und Pflegeversicherung Rückstellungen von rund 180 Milliarden Euro angehäuft. Bis Ende dieses Jahres wird die Summe nach Schätzungen aus Branchenkreisen auf über 190 Milliarden Euro steigen. Das wäre ein neuer Rekord.

Doch von dieser Kapitaldeckung profitiert nur, wer seinem Versicherer treu

bleibt. Bislang scheuen langjährige Kunden den Anbieterwechsel, weil sie dabei meist ihre angesparten Rückstellungen aufgeben müssen. Echter Wettbewerb um die „Bestandskunden“, wie Versicherungsvertreter sie nennen, kommt daher gar nicht erst auf.

In die Gespräche gehen die Sozialdemokraten mit einer Maximalforderung. „Auch PKV-Versicherte sollen während eines Optionsjahres unter Mitnahme ihrer Alterungsrückstellungen in die gesetzliche Krankenversicherung zurückwechseln können“, sagt Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. Wenn die Union sich einer Bürgerversicherung verweigert, will die SPD wenigstens Fragmente retten.

Dieser Vorschlag geht der Union zwar zu weit, aber auch CDU und CSU wollen die Rechte der Versicherten verbessern – „Portabilität inklusive“, sagen Verhandlungsteilnehmer.

Den Plänen der Politik steht die Branche hilflos gegenüber. In vertraulichen Gesprächen bot sie an, Kunden den Tarifwechsel innerhalb eines Unternehmens zu erleichtern, was selbst die Beamten des noch immer FDP-geführten Gesundheitsministeriums amüsierte. Schließlich steht diese Vorgabe seit sechs Jahren im Versicherungsvertragsgesetz. Nur taten sich die Unternehmen schwer damit, den Passus umzusetzen.

Paul Gürth etwa brauchte drei Anläufe, als er 2010 sein Recht einforderte. Sein Versicherer hatte angekündigt, die Prämie für Kranken- und Pflegeversicherung auf rund 590 Euro hochzusetzen, „das waren rund 60 Euro mehr als zuvor“, erinnert sich Gürth. Weil er sich auf seine Rente und somit auf ein schmaleres Konto einstellt, bat er um Alternativen. Fast drei Monate lang schickte das Unternehmen nur Angebote, vor denen Verbraucherschützer warnten oder „die kein Laie verstehen konnte“, wie Gürth sagt. Schließlich baten die Vertreter gar um eine Gesundheitsprüfung. Dabei ist die nur erforderlich, wenn Kunden ihre Leistungen aufstocken wollen. Gürth aber wollte auf Luxus verzichten.

Blockieren, verunsichern, aussitzen: Bei vielen Unternehmen hat das Tradition. Selbst die Aufsichtsbehörde BaFin, die die privaten Assekuranz kontrolliert, hat sich nach Beschwerden in einige Fälle eingeschaltet. Manchmal sei eine „freundschaftliche Ermunterung“ der Versicherer notwendig, frotzelte BaFin-Exekutivdirektor Felix Hufeld jüngst.

Auch der Vorsitzende des Branchenverbands, Debeka-Chef Uwe Laue, räumt Versäumnisse ein. „Die Kunden brauchen

die Chance, sehr einfach und transparent in einen neuen Tarif zu wechseln“, sagt er. „Da müssen wir besser werden.“

Unbedingt will die Versicherungsbranche aber verhindern, dass Kunden, die zu einem anderen Anbieter wechseln, ihr angespartes Kapital in voller Höhe mitnehmen dürfen. Schon 2005 hatten Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, die individuellen Alterungsrückstellungen sollten „zwischen privaten Versicherungen übertragen werden“. Allerdings scheiterten sie an der Umsetzung.

Zwar können Neukunden seit Anfang 2009 einen Teil ihrer Rücklagen übertragen, wenn sie sich für einen neuen Versicherer entscheiden. Das gilt jedoch nur für jene Summe, die dem sogenannten Basistarif entspricht – nach Branchenangaben sind das etwa zwei Drittel des angesparten Kapitals.

Der Bund der Versicherten (BdV) hält diese Lösung nicht für praktikabel. „Viele Unternehmen versuchen, die Höhe der Rückstellung einzurechnen, die sie ihren Kunden mitgeben müssen“, sagt BdV-Chef Axel Kleinlein. Vor allem: Versicherte mit vor 2009 abgeschlossenen Verträgen sind von der neuen Wechselwelt noch immer ausgeschlossen.

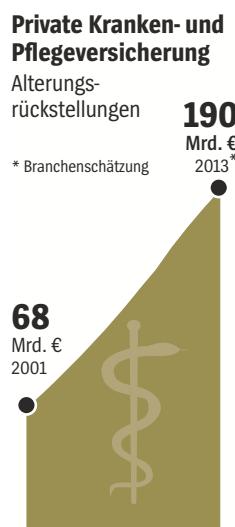
Die Unternehmen verweisen darauf, dass es rechnerisch gar nicht möglich sei, die Höhe der Rückstellung für jeden einzelnen Kunden zu berechnen, da sie in einem kollektiven Kapitaltopf angelegt sei und als Risikovorsorge für die Versichertengemeinschaft diene.

Experten halten das Argument für vorgeschoben. Die Deutsche Aktuarsvereinigung, der elitäre Kreis der Versicherungsmathematiker, rechnet in der jüngsten Ausgabe ihres Branchenblattes vor: Die

Alterungsrückstellung könne „passend zur Beitragsszahlung des einzelnen Kunden mathematisch zerlegt und dem einzelnen Kunden zugeordnet werden“.

Allerdings bleibt ein sozialpolitisches Problem: Könnten die Kunden tatsächlich leichter den Privatversicherer wechseln, dann würden das vor allem die Jungen und Gesunden wagen. Zurück blieben die Alten und Kranken, die fortan mit noch höheren Prämien rechnen müssten. Das ließe sich nur vermeiden, wenn die Politik die Assekuranz zu einem Kontrahierungszwang verdonnern würde: Sie müssten dann jeden Kunden aufnehmen – ganz ohne Risikozuschlag.

Das aber würde das endgültige Ende des Geschäftsmodells der privaten Krankenversicherung bedeuten. Einen so großen Einschnitt traut sich auch eine Große Koalition nicht zu. CORNELIA SCHMERMAL



LANDWIRTSCHAFT

„Ein bisschen grausam“

Ehemalige Mitarbeiter erheben schwere Vorwürfe: Wurden auf dem Pferdehof des Deutsche-Bank-Chefs Jürgen Fitschen Menschen und Tiere schlecht behandelt?

Der Teichhof war fein herausgeputzt, als die ersten Gäste gegen elf Uhr in Schneverdingen eintrafen. Der Trakehner Verband hatte die private Reitanlage an diesem 15. September zu seinem traditionellen Pferdemarkt angemietet. Banner flatterten am weißen Fachwerkgebäude, auf der Stallgasse begutachteten Kaufinteressierte die herausgeputzten edelsten Tiere der norddeutschen Züchter.

30 Meter dahinter war es mit dem Glanz vorbei. Abseits unter einem Blechdach standen zehn Pferde so eng beisammen, dass sie sich kaum aus dem Weg gehen konnten. Einige waren so abgemagert, dass die Rippen hervorstanden. Ihr Fell war voller verschorfter Wunden.

In einer anderen Ecke des Hofes trampelten Artgenossen, vor Aufregung nass geschwitzt, gegen die Wände ihrer Pferdetransporter. Weil der Stall an die Gäste vermietet war, hatte man die Tiere kurzerhand dort eingesperrt. Ihre kotverdeckte Weide diente als kostenpflichtiger Parkplatz.

So sieht es aus auf dem Reiterhof, den der Co-Chef der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen, im Februar 2006 kaufte und der von dessen Zwillingsbruder Hans-Otto betrieben wird.

In Hollenbeck nahe Stade, dem Heimatdorf der Fitschens, galt Hans-Otto lange als Billigpferdehändler. Mit dem Teichhof und der Finanzkraft seines Bruders im Rücken stieg der Landwirt in feinere Reiterkreise auf. Mit einem Mal war er bei Edelauktionen wie der in Verden eingengeschränkter Kunde.

Rund hundert Pferde, etwa die Hälfte davon Reitpferde, stehen auf Fitschens Anlage, zur Zucht, zum Training und zum Verkauf. Doch was sich offenbar hinter der gepflegten Fassade abspielt, lässt an tiergerechter Haltung zweifeln.

„Es ist ein bisschen grausam, was auf dem Teichhof passiert“, sagt der Springreiter Guido Schumann, der bis Sommer 2012 ein Jahr lang dort gearbeitet hat. „Manche Tiere vergammeln ein halbes Jahr lang in ihren Boxen, ohne je geritten zu werden oder überhaupt rauszukommen.“ Jenen Pferden, die bewegt wurden, gehe es gut, doch es gebe viel zu wenig Bereiter. Bis zu 20 Pferde pro Tag habe sie reiten sollen, berichtet auch die Pferde-

wirtin Franziska Schulz, die bis Juni 2012 auf dem Teichhof Dienst tat. „Da war kein vernünftiges Training möglich.“ Oft habe sie aus Mitleid abends noch Pferde in der Halle laufen lassen.

Hans-Otto Fitschen beschäftigt zwei Bereiter. Für mindestens 45 Reitpferde. Er gibt an, dass alle Pferde regelmäßig Weidegang hätten. Viel Weidefläche gibt es allerdings nicht in Hofnähe.

Guido Schumann berichtet von weiteren schweren Organisationsmängeln. Wenn es eng geworden sei, habe Hans-



Banker Jürgen Fitschen bei Turnier in Aachen
„Er wollte es nicht wahrhaben“



Pferde auf dem Teichhof
Abgemagert und voller Wunden

Otto Fitschen schon mal zwei oder drei Pferde in eine Box gesteckt. Manchmal sei Heu und Kraftfutter knapp gewesen.

Sein schlimmstes Erlebnis jedoch sei gewesen, als er zwei Pferde mit Darmkolik vorgefunden und Hans-Otto Fitschen ihm rigoros verboten habe, einen Tierarzt zu holen. „Er hat wörtlich gesagt: Wenn sie kaputtgehen, gehen sie kaputt“, so Schumann. Nach zweitägigem Leiden hätten der vier- und der fünfjährige Wallach tot in ihrer Box gelegen.

Ähnliches erlebte Franziska Schulz. Ein Pferd habe sich an seiner beschädigten Box das Bein bis auf den Knochen aufgeschnitten. Keiner habe sich gekümmert. Sie selbst habe Desinfektionsmittel gekauft und die Wunde gesäubert. Vergebens. Das Tier sei zum Schlachter gekommen. Anders als ein junger Hengst, der unter der Nervenkrankheit Ataxie leidet. Den habe man kurzerhand in eine Box gesperrt, wo er vor sich hin vegetiere, berichtet Schulz.

Hans-Otto Fitschen bestreitet all diese „böswilligen Vorwürfe“: „Wenn ein Pferd auf dem Teichhof erkrankt, wird sofort tierärztliche Hilfe in Anspruch genommen.“ Um den Ataxie-Hengst werde sich sogar speziell gekümmert. Der Gesundheitszustand der im Unterstand stehenden Pferde sei nicht schlecht, ihre Unterbringung angemessen. Mehrere Jungpferde in einer Box zu halten schule deren Sozialverhalten. Futter sei immer ausreichend da. Und dass Pferde ein paar Stunden auf dem Hänger stehen müssten, sei auch nicht weiter ungewöhnlich.

Hans-Otto Fitschens Vorstellung von richtiger Pferdehaltung war schon früher unangenehm aufgefallen. Das Amtsgericht Buxtehude verhängte 2007 sogar ein dreijähriges, bis Frühjahr 2011 andauerndes bundesweites Tierhalteverbot plus Geldstrafe gegen ihn. Er hatte vier Pferde auf einer Weide nahe seiner Heimat verkommen lassen. Die halbverhungerten, verwahrlosten Tiere wiesen unbehandelte Wunden und geschwollene, entzündete Gelenke auf, so das Veterinäramt Stade. Ein Pferd musste eingeschläfert werden.

In dieser Zeit wirkte Hans-Otto bereits auch auf dem Teichhof seines Bruders. Der erfuhr jedoch erst im Juni 2013 von dem Tierhalteverbot. Der vielbeschäftigte Banker kommt nur ein paarmal im Jahr auf seinen Hof. Seine Pferdenarrelei lebt er lieber im Glanz der großen Reit-Events aus. Er verteilt Siegerschleifchen auf dem CHIO-Turnier in Aachen, kauft teure Springpferde, die er der Olympia-Reiterin Janne Meyer zur Verfügung stellt.

Auf dem Teichhof hat der Finanzmann aktuell fünf eigene Pferde stehen, um die sich ein eigens von ihm engagierter Bereiter kümmert. Mit der Geschäftstätigkeit auf dem Teichhof will Jürgen Fitschen nichts zu tun haben, auch wenn er

gelegentlich „die Restrukturierung“ finanziell unterstützt.

Doch kann es sein, dass er als Besitzer und Financier überhaupt keine Ahnung haben kann von all dem, was auf dem Teichhof vor sich geht? Mal lässt das Ordnungsamt ein unsachgemäß errichtetes Stallzelt abbauen, dann gibt es eine Hofrazzia, bei der Heizöl in den Tanks der Dieselfahrzeuge gefunden wird. Informierte ihn niemand über die Prozesse, die ehemalige Angestellte gegen Hans-Otto führten? Und war ihm bei seinen Besuchen nie aufgefallen, wie wenig Bereiter vor Ort waren?

Ganz offenbar haben nicht nur Pferde ein schweres Leben auf dem Teichhof, sondern auch Mitarbeiter. Auf Arbeitsverträge und Lohnabrechnungen warten Franziska Schulz und Guido Schumann während ihrer Engagements vergebens. Immer wieder habe Fitschen sie vertröstet. „Ich habe schwarzgearbeitet, ohne dass ich das wusste“, sagt Schulz.

„Uns wurde gesagt, dass wir ganz normal versichert sind“, sagt Schumann, „das waren wir aber nicht. Fitschen hatte uns nicht angemeldet.“ Der bestreitet das: Beide seien sozialversichert gewesen und hätten Lohnabrechnungen erhalten. Schriftliche Verträge seien damals „nicht Usus“ gewesen.

Franziska Schulz klagte vor dem Arbeitsgericht Celle. Die Richter verpflichteten Fitschen am 15. Oktober 2012 im Namen des Volkes per Versäumnisurteil, der Klägerin die Lohnabrechnungen für den Beschäftigungszeitraum und die Durchschrift der elektronischen Lohnsteuermeldung 2011 auszuhändigen und ihr den Inhalt der Sozialversicherungsjahresmeldung schriftlich zu bestätigen.

Nichts davon ist laut Schulz bis heute geschehen. Diese Dickfelligkeit Hans-Otto Fitschens ist auch deshalb erstaunlich, weil er laut Staatsanwaltschaft Lüneburg rechtskräftig wegen Verletzung seiner Pflichten als Arbeitgeber beim Abführen von Sozialversicherungsbeiträgen (vulgo: Schwarzarbeit) zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.

Am Mittwoch dieser Woche wird vor dem Arbeitsgericht Celle wieder ein Fall Fitschen verhandelt. Diesmal geht es nicht nur um ihn und eine Hofhelferin, sondern auch um seinen Promi-Bruder. Der Kläger, der Agraringenieur und Pferdehändler Rainer Kreische, sieht das Trio als Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder Offene Handelsgesellschaft und damit als gesamtschuldnerisch haftend an.

Die Gegenseite bestreitet, dass es eine wirtschaftliche Einheit der Herren Fitschen gebe. Nun aber sind die Scheinwerfer auch auf den Karrierebanker gerichtet.

Vor Gericht will Kreische beweisen, dass er Arbeitnehmer auf dem Teichhof war. Von November 2012 bis Februar 2013 habe er auf Wunsch von Hans-Otto Fitschen vor

allem bei Pferdeverkäufen und als Fahrer gearbeitet, sei aber weder bezahlt noch versichert worden. Hans-Otto dagegen behauptet, sein alter Freund Kreische sei nur als privater Gast auf eigenen Wunsch auf dem Hof gewesen. Es geht um Forderungen von insgesamt 15 000 Euro.

Noch brisanter ist, dass Kreische behauptet, auf dem Teichhof seien Pferde mit Eisenstangen gebarrt worden. Er hat bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg Strafanzeige wegen Tierschutzstraftaten gestellt.

Alle Beklagten bestreiten die Vorwürfe und zeigten Kreische wegen falscher Verdächtigung und Vortäuschung einer Straftat an. Tatsächlich konnte die Amtstierärztin bei einer (auch von Jürgen Fitschen erbetenen) Kontrolle Monate später keine Anzeichen für Misshandlungen feststellen. Vergangene Woche wurde das Verfahren eingestellt.

Damit ist der Ärger für Jürgen Fitschen aber nicht vorbei. Sowohl Kreische als auch ein mit Kreische bekanntes Ehepaar haben Briefe an den Deutsche-Bank-Mann geschrieben. Insbesondere das Paar machte Vorschläge zu einer gütlichen, nichtöffentlichen Einigung, an dem ihm, Jürgen Fitschen, doch sicherlich sehr gelegen sei. Jürgen Fitschen wertete das als Erpressung und verklagte die Briefeschreiber wegen des Versuchs der erpresserischen Nötigung und begangener Verleumdung. Die Ermittlungen laufen.

Doch Gerichte werden die Diskussion über den Umgang mit Mensch und Tier und die Frage nach der Mitschuld von Jürgen Fitschen nicht stoppen können. Laut Guido Schumann war er nämlich nicht gänzlich uninformativ: „Ich habe ihn angerufen und ihm von den Zuständen auf dem Teichhof erzählt, auch vom Koliktod der Pferde und der Schwarzarbeit. Aber er wollte es einfach nicht wahrhaben.“ Jürgen Fitschen kann sich an ein solches Gespräch nicht erinnern.

Erst gut ein Jahr später, nach Kreisches Klage, den darauffolgenden Nachfragen der Presse und nachdem er vom Strafbefehl seines Bruders in Sachen Schwarzarbeit erfahren hatte, reagierte der Banker.

Er holte Stellungnahmen von behandelnden Tierärzten ein, der eine stellte keine willkürlich zugefügten Verletzungen der Pferde fest, der andere hatte keinen Zweifel an deren artgerechter Haltung. Zudem schloss er im September 2013 einen neuen Pachtvertrag mit seinem Bruder nur unter der Bedingung ab, dass die kaufmännische Seite des Betriebs fortan in andere Hände gelegt und eine Zusammenarbeit mit dem Amtstierarzt eingehalten werde. Bei Zu widerhandlung hat er nun ein Sonderkündigungsrecht.

Seinem Zwillingsbruder den Hof nach all dem Ärger ganz zu entziehen, das bringt Jürgen Fitschen wohl nicht übers Herz.

MICHAELA SCHISSL

KOMMENTAR

Überall Sexpartys

Von Daniel Steinorth

Was ist der Unterschied zwischen einem gläubigen Muslim und einem Islamisten? Ein Muslim hält sich an die Gebote des Koran, verzichtet auf Schweinefleisch und Alkohol; ein Islamist zwingt anderen die Regeln auf. Ein Muslim fastet im Ramadan; ein Islamist hält Ausschau nach Fastenbrechern. Der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan bezeichnet sich als frommen Mann, nicht als Islamisten – und redet trotzdem gern anderen Muslimen in ihr Leben hinein. Vor einigen Jahren riet er zum Beispiel, lieber Trauben zu essen als Wein zu trinken, darauf folgte bald ein Gesetz, das den Alkoholkonsum einschränken sollte. Im Frühjahr ermahnte er zur Tugendhaftigkeit, woraufhin in einer U-Bahn-Station Paare per Lautsprecheransage aufgefordert wurden, das Küssen zu unterlassen. Sein jüngster Vorstoß lautet nun, gemischtgeschlechtliche Studenten-WGs aufzulösen, weil dort „alles Mögliche“ passieren könne – in Erdogans Phantasie offenbar wilde Sexpartys. Bereits als Oberbürgermeister von Istanbul hatte Erdogan von Geschlechtertrennung in Schulbussen geträumt und das Ballett abschaffen wollen, weil es pornografisch sei. Als Premier verzichtete er 2004 nur deshalb auf ein Gesetz zur Bestrafung von Ehebrechern, weil es den EU-Beitrittsprozess gefährdet hätte. Dass in einer Demokratie jeder auch die Freiheit hat zu „sündigen“, solange niemand Schaden nimmt, ist dem Regierungschef fremd. Doch nun hat sogar die staatliche Religionsbehörde gegen Erdogans jüngsten Moralappell Einspruch erhoben – und ihn daran erinnert, dass es im Islam ein Recht auf Privatsphäre gibt. Und auch viele Türken wollen sich nicht länger von ihrem Premier vorschreiben lassen, was in ihrem Kühlschrank stehen darf oder wie viele Kinder sie gebären sollen. Sie wollen eine offenere Gesellschaft, genau wie die Gezi-Bewegung, die in diesem Sommer gegen Erdogan protestierte. Bedauerlich, dass dieser bis heute nicht verstehen will, was in seinem Land passiert.



Ukraine unterzeichnen, zögern nun aber wegen Timoschenkos fortgesetzter Inhaftierung. Eine Gruppe von Mitgliedstaaten, angeführt von Litauen, Polen und Deutschland, will das Assoziierungsabkommen nicht an der Politikerin scheitern lassen. Ein Gesetz, das ihr die Ausreise zur medizinischen Behandlung in Deutschland ermöglicht, würde reichen, argumentieren die Pragmatiker. Andere jedoch, darunter

Schweden, Dänemark, die Niederlande, Belgien und Frankreich, warnen vor weiteren Zugeständnissen an Präsident Wiktor Janukowitsch. Sie kritisieren, dass Brüssel bereits darauf verzichtet hat, die Ukraine zu einer Begnadigung Timoschenkos zu drängen. Um Janukowitsch doch noch zum Einlenken zu bewegen, will die EU-Kommission dem Land jetzt weit mehr als die bisher zugesagten 610 Millionen Euro anbieten – und damit einen Ausweg aus seiner Kreditklemme.

UKRAINE

Timoschenkos Schatten

Vor dem EU-Gipfel mit den östlichen Nachbarn wird die ukrainische Oppositionspolitikerin Julija Timoschenko wohl nicht mehr freikommen. Damit steht auch der Erfolg des Treffens in Vilnius kommende Woche in Frage. Eigentlich wollten die Europäer dort einen Assoziierungsvertrag mit der



GETTY IMAGES

Hafen auf Malta

Erkauftes Bleiberecht

Zahlungskräftige Ausländer können in der EU ein Aufenthaltsrecht u. a. durch Immobilienkäufe erwerben und sich dann frei im Schengen-Raum bewegen. Malta und Zypern bieten darüber hinaus ihre Staatsbürgerschaft gegen Geld an. Das Verfahren ist legal, die EU hat keine Mitsprache. Eine Auswahl:

GRIECHENLAND ab 250 000 €

Immobilienkauf; Aufenthalt für 5 Jahre

LETTLAND ab 70 000 €

Immobilienkauf in den Großstädten kostet das Doppelte; Aufenthalt für 5 Jahre

MALTA 650 000 €

Kaufpreis für eine Staatsbürgerschaft

PORTUGAL

Immobilienkauf; Aufenthalt von bis zu 5 Jahren mit Perspektive auf Staatsbürgerschaft

SPANIEN

Immobilienkauf; verlängerbarer Aufenthalt mit Perspektive auf Staatsbürgerschaft

ab 500 000 €

Aufenthaltsgenehmigung; statt Immobilien muss man Staatsanleihen erwerben, zusätzlich fallen Gebühren von 40 000 € an

UNGARN ab 250 000 €

Aufenthaltsgenehmigung; statt Immobilien muss man Staatsanleihen erwerben, zusätzlich fallen Gebühren von 40 000 € an

ab 1,5 Mio. €

Staatsbürgerschaft durch Unternehmensgründung oder Direktinvestition in Immobilien o. ä.



RAHMAT GUL / AP / DPA

Bauern bei der Ernte in Dschalalabad

Opium für die Welt. 80 Prozent des Rauschmittels werden laut Uno in Afghanistan produziert, allein 2013 wuchs die Anbaufläche für Schlafmohn um 36 Prozent – auch das Einsatzgebiet der Bundeswehr ist betroffen. In der Provinz Badakhshan, von den Deutschen vor Monaten an die afghanische Armee übergebenen, wird in modernen Labors Heroin produziert, durch das Wardoij-Tal läuft eine wichtige Schmuggel-

route. Selbst in der Nordprovinz Balkh, wo die Bundeswehr ihr letztes Feldlager unterhält, wächst wieder Schlafmohn, dabei wurde die Region als Vorzeigebispiel gelobt. Die Bundeswehr hält sich seit je aus der Drogenbekämpfung weitgehend heraus, um ihre Soldaten nicht zu gefährden. Nach dem Truppenabzug Ende 2014 wird die Nato nicht mehr gegen Drogen vorgehen – und der Anbau wohl weiter steigen.

CHINA

„Ein hässliches System“

Der Pekinger Menschenrechtsanwalt Pu Zhiqiang, 48, über die Ankündigung der KP, die „Umerziehung durch Arbeit“ abzuschaffen

SPIEGEL: Seit vielen Jahren gibt es Kritik an den Umerziehungslagern, auch von chinesischen Rechtsexperten. Warum kommt dieser Beschluss gerade jetzt?

Pu: Bereits im Januar hatte ein Politbüro-Mitglied das Thema angesprochen, und Premier Li Keqiang tat es im März. Das ganze Land wartete also auf eine Entscheidung. Umerziehung durch Arbeit ist ein hässliches System.

Es zeigt, dass China ein Polizeistaat ist und kein Rechtsstaat. Die Abschaffung ist unumgänglich.

SPIEGEL: Wann wird es so weit sein?

Pu: Der Nationale Volkskongress muss noch zustimmen, ein paar Monate werden also noch vergehen.



Arbeitslager in der Fujian-Provinz

SPIEGEL: Warum konnte sich die Partei erst jetzt zu dem Schritt durchringen?

Pu: Seit zehn Jahren gibt es öffentlichen Druck, doch bisher wollten die Sicherheitsbehörden das System aufrecht erhalten, um Stabilität zu wahren. Ich hoffe, dass unsere Gesellschaft sich nun verändern wird, so wie es der ehemalige Premier Wen Jiabao beschrieben hat: in ein Land, wo Menschen glücklich und in Würde leben. In einem Polizeistaat kann man kaum von Würde reden. Jemanden ohne Gerichtsprozess in ein Arbeitslager zu stecken ist eine Schande für die chinesische Gesellschaft.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass die Führung wirklich mehr Rechtsstaatlichkeit will?

Pu: Ich habe keinen Grund daran zu zweifeln. Allerdings will sie das eben nur unter einer Voraussetzung: der Ein-Parteien-Herrschaft.

PHILIPPINEN

Unter Schock

Es ist ein Desaster für die Regierung: Nach dem Taifun „Haiyan“ blieben Helfer im Chaos stecken, Landstriche waren abgeschnitten. Dabei treffen jedes Jahr knapp zehn Wirbelstürme das Land – es könnte sich besser vorbereiten.

Es war am Tag nach dem Taifun, als bei Peter Görgen das Telefon klingelte. Görgen ist Einsatzleiter des Technischen Hilfswerks, einer der ersten Menschen, die gerufen werden, wenn Deutschland in einem Katastrophengebiet helfen will. Görgen aß gerade mit seiner Frau rheinischen Döppenkuchen, sie sprachen über eine Ausstellung in Grevenbroich. Am Telefon war sein Chef, er fragte: „Kannst du gehen?“ Görgen sagte: „Ja“, und schaltete im Kopf um von Grevenbroich auf die Philippinen.

Görgen ist ein strukturierter Mensch, 65 Jahre alt. Er arbeitet hauptberuflich als Diplom-Ingenieur im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Er wusste genau, wie er nach dem Anruf zu reagieren hatte, und vergaß auch nicht, die Socken in seinen Rucksack zu werfen. Zwei Stunden später war er am Flughafen.

Ob vom Erdbeben in Pakistan oder dem Tsunami in Sri Lanka: Männer wie Görgen reden so beiläufig von ihren Einsätzen wie andere von Familienurlauben. Egal wo auf der Welt etwas passiert: Görgen zieht sich den immergleichen dunkelblauen MEA – den „multifunktionalen Einsatzanzug“ – an und fährt los.

Der Ingenieur soll das organisieren, was in Krisen sofort gebraucht wird: sauberes Trinkwasser. Denn wenn Menschen anfangen, aus Pfützen zu trinken, weil es nichts anderes gibt, oder aus Flüssen, in denen Leichen treiben, kommt es zur größten Gefahr nach einer Katastrophe: Seuchen.

Görgens Leute haben zwei große Wasseraufbereitungsanlagen vorbereitet, ein Labor, Werkzeug, sie können Trinkwasser für bis zu 36 000 Menschen täglich liefern. Er selbst ist einer der erfahrensten Einsatzleiter des THW, er kommt auf mehr als 40 Auslandseinsätze in 22 Jahren. Aber er kann nicht sofort starten, er muss sich mit dem Auswärtigen Amt abstimmen und dem Innenministerium, er muss Helikopterflüge anfragen, Luftbilder einsehen. Die wichtigste Frage: Wo hin soll die Anlage?

Am Mittwoch vergangener Woche schließlich steht Görgen um drei Uhr morgens auf und nimmt die erste Maschine



Überlebende in Ormoc auf der Insel Leyte: Eine Flutwelle, bis zu fünf Meter hoch, machte ganze

aus Deutschland ins Taifunengebiet nach Cebu, eine Insel, deren Norden getroffen wurde. Dort setzt er sich sofort in ein Auto, der deutsche Honorarkonsul fährt ihn nach Norden. Sie sehen verwüstete Städte, eingestürzte Schulen, gebrochene Palmen. Kinder halten am Straßenrand Schilder hoch: „We need water“.

Am vorvergangenen Freitag war der Supertaifun „Haiyan“ über die Philippinen gezogen, einer der stärksten Wirbelstürme, die jemals auf eine Küste stießen – in Böen bis zu 379 Stundenkilometer schnell. „Haiyan“ hatte seine Kraft aus dem warmen Meer gezogen, bis zu

30 Grad wurden dort gemessen, und mit dieser Kraft verwüstete er breite Landstriche. Vor allem seine Flutwelle, bis zu fünf Meter hoch, machte ganze Städte dem Erdboden gleich. Mehrere tausend Menschen starben, wie viele genau weiß noch niemand; die Schäden werden auf zehn Milliarden Euro geschätzt.

Und nach der Katastrophe begann das Hilfsdesaster: Die Welt und vor allem die Regierung in Manila konnten vielen Überlebenden tagelang nicht helfen. Ganze Gebiete waren abgeschnitten, die Helfer kamen nicht durch. Die Menschen hatten nichts zu essen, nichts zu trinken, kein

Sanitäter versorgte die Verletzten. Plünderer stürmten die Ruinen von Lagerhäusern und Geschäften, das Katastrophengebiet versank im Chaos.

„Ich habe den Eindruck, wir haben die Leute im Stich gelassen, weil wir nicht schnell genug reinkamen“, so die britische Baroness Valerie Amos, Nothilfe-Koordinatorin der Uno.

Dabei kam „Haiyan“ keineswegs überraschend: Knapp zehn Taifune pro Jahr treffen die Philippinen, die Regierung in Manila hätte vorbereitet sein können. „Die Notfallpläne sind völlig unausgereift“, sagt ein hochrangiger Insider in Manila, der seinen Namen nicht gedruckt sehen möchte, weil er keinen Ärger mit Präsident Benigno Aquino will.

Die Philippinen bestehen aus über 7100 Inseln, die meisten Teile des Landes seien per Schiff gut zu erreichen. Man brauche nur eine Handvoll Frachter, so der Mann aus der Hauptstadt, die über das Staatsgebiet verteilt bereitliegen – an Bord Wasseraufbereitungsanlagen, Notfall-Lebensmittel, Medikamente, Zelte. Diese Schiffe wären nach einer Katastrophe schneller da als die Helfer aus aller Welt, die erst einmal einfliegen müssen.

Auch am Tod vieler Menschen trifft die Regierung eine Mitschuld. Sie könnte ihr Land besser vorbereiten. Viele Städte liegen zu nahe am Ufer, wo die Flutwellen die leichten Hütten wegspülen. Und Meteorologen können Wirbelstürme zwar gut erkennen, manchmal Stunden, manchmal Tage vorher. Die Menschen könnten sich also in Sicherheit bringen, zürrt der Mann aus der Hauptstadt. Aber viele tun es nicht.

Denn die Philippinen sind eines der ärmsten Länder der Welt, manche hier besäßen nur einen „Fernseher und einen Wasserkessel“, aber die wollten sie vor Plünderern schützen, so der Insider aus Manila. Deshalb blieben sie in ihren Hütten, sterben in ihren Hütten. Polizei und Militär müssten also auch in den Provinzen mehr Präsenz zeigen, Ordnung herstellen, Plünderer stoppen, sagt der Mann aus Manila. Wenn nicht, könnte es beim nächsten Taifun wieder so aussehen wie jetzt etwa in Tanauan, einem Städtchen auf der Insel Leyte.

Am Donnerstagmorgen um 10.30 Uhr sind dort schon wieder 26 neue Tote auf der Liste. Die Zivilschutzbeamtin Chat Ortega, 53, führt zwei Listen. Auf der für die Toten stehen sechs Tage nach dem Sturm mehr als 1000 Namen. Die für die Vermissten ist länger, so lang, dass Ortega jetzt nicht die Zeit hat, die Zahlen auf all den Zetteln zu addieren. Die Menschen, die vor dem Rathaus in der Schlange stehen, drängen. Sie wollen wissen, wo sie ihre Toten begraben sollen. Sie wollen wissen, wo die Vermissten sind.

Und dann wollen sie weg von hier.



HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS / DER SPIEGEL

Städte dem Erdboden gleich



Evakuierung in Tacloban: Ein Exodus von Tausenden

In Tanauan beginnt ein Exodus von Tausenden, die sich nach Norden auf den Weg machen, zu Fuß, mit dem Fahrrad, egal wie, Hauptsache weg. Irgendwie wollen sie die knapp 20 Kilometer die Ostküste von Leyte hinauf nach Tacloban schaffen. Dort ist der Flughafen. Dort landen und starten die großen Militärmaschinen. Dort muss es etwas zu trinken geben, etwas zu essen, einen Platz im Flugzeug hinaus aus diesem Alptrum.

Zunächst führt der Weg von Tanauan nach Tacloban über die Embarcadero-Brücke. Haushoch hat sich hier das Treibgut angestaut: ausgerissene Palmen, Dachstühle, ein Minibus, ein Couchtisch. Der Gestank an der Brücke ist unerträglich, zwischen den Trümmern schwimmen Leichen im Wasser.

„Da sind ein paar Dutzend Tote unter dieser Brücke“, sagt der Zahnarzt Quintin Octa, der mit der Beamten Ortega die Toten- und Vermisstenliste führt. „Wir haben keine Mittel, sie zu bergen.“ Etwas weiter den Kanal hinunter stehen Männer und pumpen Wasser aus einem Brunnen. „Trinkwasser“, sagt Octa, „ist unser drängendstes Problem.“

Tanauan, das vor dem Sturm knapp über 50 000 Einwohner zählte, ist zerstört. Die Stadt direkt an der Pazifikküste war der See schutzlos ausgesetzt. Bis zum Rathaus steht kein bewohnbares Haus mehr.

Inzwischen ist fast eine Woche vergangen, und in Tanauan ist kein frisches Wasser angekommen, kein einziger Lebensmitteltransport, kein Benzin. Sie wollte nicht über ihre Regierung klagen, sagt Chat Ortega, sie gehöre ja selbst dazu, aber – „nein“, unterbricht sie sich selbst und dreht zornig das Gesicht weg.

Am Mittwochnachmittag weiß der deutsche THW-Mann Görgen, wo er und

seine Leute am besten helfen könnten. In den Norden der Insel Cebu soll die Wasseranlage.

Sein Plan ist einfach: Die Geräte müssen nach Cebu geflogen werden, seine Leute würden die Sachen dann auf Lkw verladen und direkt nach Norden bringen. Dort könnten sie die Anlagen aufbauen und die Menschen mit Trinkwasser versorgen. Es müsste jetzt halt nur schnell gehen.

Seine Einheit ist schon in der Luft, 18 Männer, eine Frau. Das Material fliegt mit ihnen, 22 Tonnen in einer Cargo-Maschine der Lufthansa. Für die philippinischen Behörden haben die THW-Leute Bundes eigentumsbescheinigungen dabei, Empfehlungsschreiben, Stempel für den Zoll. Bloß keine Zeit verlieren.

„Die Brandung hat sie einfach weggerissen, mitten in San Joaquin, mitten auf der Straße.“

Es sind Spezialisten auf dem Gebiet, ein eingespielter Haufen aus Mechatronikern, Elektrikern, Chemielaboranten. Wenn es gut läuft, können sie direkt nach der Landung das Material ausladen und losfahren, abends könnten sie aufbauen.

Aber es läuft nicht gut. Die Cargo-Maschine ist vom zivilen Flughafen auf den militärischen umgeleitet worden. Ein Teil des Teams ist, in einem anderen Flugzeug, auf dem zivilen Flughafen gelandet. Die Männer auf dem zivilen Flughafen beschließen, zum Militärflughafen zu fahren. Die Flughäfen sind nur fünf Minuten voneinander entfernt, doch ein Wachmann am Militärflughafen will sie nicht reinlassen. Befehle, sagt er.



„Aber ich war doch heute Morgen schon hier“, sagt der deutsche Honorarkonsul, der Görgen noch begleitet, „auf dem Flughafen landen ständig Hilfstransporte, die Amerikaner sind auch da.“

Der Wachmann schwitzt. Er antwortet nicht. Der Konsul Franz Seidenschwarz lebt seit 26 Jahren hier, er ist Ehrenbürger von Cebu, spricht die einheimische Visaya-Sprache. Er weiß: Wenn er jetzt laut wird, den anderen damit demütigt, hat er verloren. Wie in vielen asiatischen Ländern wäre es ein Gesichtsverlust für sein Gegenüber.

Der Konsul muss immer freundlich bleiben, auch wenn es gerade schwerfällt. Sein Handy klingelt, aber er nimmt nicht ab. Zu telefonieren, während man mit jemandem redet, so Seidenschwarz, sei ein schwerer Fauxpas.

„Bitte verstehen Sie mein Problem“, sagt er freundlich zum Wachmann.

„Ich verstehe, Sir. Wir müssen uns koordinieren.“

„Gut, gut. Ich weiß. Bitte informieren Sie Ihren Boss.“

„Wir werden unseren Boss informieren.“ Doch der Wachmann bleibt stehen, aus seiner Tasche nimmt er ein großes Handtuch und reibt sich damit die Stirn. Die Situation ist ihm unangenehm, er weiß offenbar nicht, welchen Boss er konsultieren muss, oder er traut sich nicht.

„Bitte helfen Sie uns. Dort liegen Anlagen für Trinkwasser. Die Menschen brauchen Wasser“, bittet der Konsul.

„Kein Problem.“

Es passiert aber immer noch nichts.

So ist das eine Team im Flughafen und kommt nicht raus, das andere Team steht vor dem Eingang und kommt nicht rein.

Ein Auto hält, Leute von der lokalen Wasserbehörde: ein Fahrer, der Boss, zwei Ingenieure. Sie sollen eigentlich dem

deutschen Team helfen, aber sie trauen sich auch nicht, dem Wachmann zu widersetzen. Stattdessen bleiben sie im Auto sitzen. Eine Kokosnuss fällt auf den Boden. „Sehr gefährlich“, sagt der Boss, und schaut auf die Kokosnuss.

Schließlich überredet der Konsul den Wachmann: Er hat herausgefunden, dass sie einen gemeinsamen Bekannten haben, und auf einmal fährt der Wachmann sie persönlich in einem Armeebus Richtung Rollfeld. Beziehungen sind alles auf den Philippinen.

Doch noch immer fehlt die Hebebühne. Auch die versprochenen Lastwagen sind nicht da. Die THW-Leute versuchen so lange, ihre Sachen durch den Zoll zu bekommen. Doch die Dolmetscherin spricht

nicht den einheimischen Dialekt, will das aber nicht zugeben. Am Ende macht der philippinische Zoll, Katastrophe hin oder her, Feierabend.

Immerhin: Gegen Abend trifft eine Hebebühne ein. Dafür fehlt jetzt ein Gabelstapler.

Auf der Nachbarinsel Leyte biegt die Küstenstraße nördlich von Tanauan ins Landesinnere ab. Die Hügel links sehen aus wie nach einem Bombenangriff. Die Felder unter den vom Sturm entlaubten Bäumen sind von der Sonne braun verbrannt. Rechts zur Küste hinunter ragen die Stümpfe von abgerissenen Palmen aus dem Sumpfland, in den Kanälen treiben Leichen, zerborstene Boote.

Auf der Straße dazwischen schwellt

tagsüber der Strom der Flüchtenden an, aus jeder mit Strandgut zugemüllten Siedlung links und rechts machen sich Menschen auf den Weg. Manche Frauen tragen einen Schirm, Männer haben ein Handtuch um den Kopf gewickelt, um sich vor der Sonne zu schützen. Niemand redet, jeder spart seine Kräfte, es ist ein stummer, trostloser Konvoi.

In San Joaquin, dem ersten größeren, ebenfalls zerstörten Dorf, ist neben vielen anderen Maximina Abano ertrunken. Als die Flut immer höher stieg, verließen sie und ihr Mann Jesus das Haus und rannten los, ihren Sohn Aldrin Jude, 5, im Arm. Sie kamen nur ein paar hundert Meter weit, da holte sie die Welle ein. Jesus und Aldrin bekamen den Pfahl eines einbe-

Geburt der Windmonster

Wird es in einem wärmeren Klima mehr und heftigere Tropenstürme geben?

Unter Tränen klagte Naderev Saño die Weltgemeinschaft an. „Wir weigern uns hinzunehmen, dass unser Leben darin bestehen soll, vor Monsterstürmen zu fliehen“, erklärte der philippinische Delegierte vorige Woche auf dem Weltklimagipfel in Warschau. Dann trat er in den Hungerstreik. Erst wenn die Uno-Konferenz wirksamere Maßnahmen gegen die Erwärmung beschließe, werde er wieder Nahrung zu sich nehmen.

Seine Wut und Verzweiflung sind verständlich. Saños Familie lebt in jener Katastrophenregion, die von dem Taifun „Haiyan“ verwüstet worden ist. Nur: Führt der Treibhauseffekt tatsächlich dazu, dass immer mehr Superstürme von nie dagewesener Wucht über die Tropenländer hinwegfegen?

Zumindest bislang zeichnet sich kein Zunahmetrend ab. Im vergangenen Jahrzehnt gab es sogar weniger tropische Wirbelstürme als in den Neunjzern. Einige Klimamodelle sagen voraus, dass Hurrikane, Zyklone und Taifune in einem wärmeren Klima eher noch seltener entstehen werden. Denn tropische Wirbelstürme können nur dann besonders kraftvoll werden, wenn sie nicht durch vertikale Scherwinde geschwächt oder gar zerstreut werden. In einem wärmeren Klima könnten jedoch mehr Scherwinde entstehen.

Eine offene Frage ist vor allem, ob tropische Wirbelstürme in Zukunft mehr Zerstörungskraft entfalten. Weil die Ozeane wärmer werden, so der Ver-

dacht, nähmen die Hurrikane und Taifune mehr Energie auf und erreichten folglich auch höhere Windgeschwindigkeiten. Starke Stürme wie „Haiyan“ seien „in den letzten drei Jahrzehnten häufiger geworden“, glaubt der Ozeanograf Stefan Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung. Er gehört zu denjenigen Wissenschaftlern, die für die Zukunft „eine weitere Verstärkung“ erwarten.

Doch die Wirklichkeit ist komplizierter. Wie heftig ein tropischer Wirbelsturm bläst, lässt sich nicht einfach aus der Wassertemperatur ableiten. Vielmehr hängt seine Windgeschwindigkeit von dem Temperaturunterschied ab, der zwischen der Wasseroberfläche und der Tropopause in rund zwölf Kilometer Höhe herrscht. Ob diese Temperaturdifferenz als Folge der Erwärmung zunimmt, ist schwer vorauszusagen.

„Die Gleichung ‚Wärmeres Wasser führt zu mehr Wind‘ ist zu einfach“, sagt Jochen Marotzke, Direktor am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg und Präsident des Deutschen Klima-Konsortiums. „Die Stärke eines Tropensturms hängt von vielen Faktoren ab. Bei einer Wassertemperatur von 28 Grad kann sich durchaus einmal ein heftigerer Taifun bilden als bei 30 Grad.“

Anders als früher gibt der Weltklimarat IPCC in seinem neuesten Sachstandsbericht keine klaren Prognosen zu Taifunen und Hurikanen mehr ab. „Wir sind uns heute weniger sicher, ob

wir wirklich mehr stärkere Tropenstürme kriegen werden“, sagt Marotzke, der an dem IPCC-Bericht beteiligt war.

Von der Kraft eines Tropensturms hängt es ohnehin kaum ab, wie viele Menschen er in den Tod reißt und welche Schäden er verursacht. Viel wichtiger ist die Infrastruktur in den heimgesuchten Ländern. Wer Menschenleben retten will, muss nicht unbedingt das Weltklima retten, aber er muss wetterfestere Häuser und Deiche errichten und gutfunktionierende Frühwarnsysteme aufbauen. Denn heftige Tropenstürme wird es immer geben, egal ob mit oder ohne Klimawandel.

Wie wenig es dabei auf die Stärke eines Windmonsters ankommt, zeigt die Geschichte. Im Frühjahr 2008 etwa fiel der Zyklon „Nargis“ über Burma her. Obwohl er mit Windgeschwindigkeiten von über 200 Kilometern pro Stunde zwei Sturmstufen weit schwächer ausfiel als „Haiyan“, starben fast 140 000 Menschen.

Schuld daran war ökologischer Raubbau in Burma: In früheren Zeiten dienten kilometerbreite Mangrovenwälder nahe der Küste als natürlicher Sturmflutschutz. Doch dann holzte man sie ab, um Reisfelder anzulegen – mit der Folge, dass die Flutwelle, die „Nargis“ auftürmte, kilometerweit ins Landesinnere vordringen konnte.

Weit gimpflicher lief der stärkste Tropensturm ab, der bis dahin gemessen wurde: Im Jahr 1961, als der Klimawandel noch keine Rolle spielte, fegte der Monster-Taifun „Nancy“ über Japan hinweg. Wie jetzt „Haiyan“ erreichte er Windgeschwindigkeiten von über 300 Kilometern pro Stunde. Doch da die Katastrophenschützer die Menschen rechtzeitig gewarnt und evakuiert hatten, waren in Japan nur 172 Tote zu beklagen.

OLAF STAMPF



seinem „multifunktionalen Einsatzanzug“ mit den gelben Leuchtstreifen. Der Gouverneur scheint nicht zu wissen, wen er vor sich hat, obwohl er Görgen schon vor zwei Tagen getroffen hat.

Görgen erklärt, was er braucht.

„Wie viele begleiten Sie?“, fragt der Gouverneur.

„19“, sagt Görgen.

„Alles Ärzte?“

„Nein, technische Hilfe, wie gesagt, Wasserhilfe.“

„Ach, Wasser. Ja, tut mir leid, ich bin verwirrt. Na gut.“

„Es gibt eine große Nachfrage nach Trinkwasser“, sagt Görgen.

„Haben Sie es denn geschafft, das Material auszuladen?“, fragt der Gouverneur.

„Ja.“

„Gott schütze sie. Möchten Sie noch ein bisschen Kaffee?“

„Bloß nicht den Kaffee stehen lassen, das wäre unhöflich“, flüstert der deutsche Honorarkonsul, „wenigstens nippen.“

Es ist das Ende dieses Treffens. „Das geht mir hier zu langsam“, sagt Görgen. Er führt weitere Gespräche. Vielleicht bekommt er doch noch mehr Lastwagen. Am Samstag. Mehr als eine Woche nach der Katastrophe.

Die Stadt Ormoc liegt gut hundert Straßenkilometer südwestlich von Tacloban, auf der anderen Seite der Insel Leyte. Es ist eine Stadt unter Schock. Die Dächer, aus Ziegeln oder Wellblech: abgedeckt. Die Kokospalmen: kahl. Die Straßen: unter Wasser. Die Menschen: Sie scherzen, sie lächeln, und manchmal fangen sie eine Sekunde später an zu weinen.

Besonders schlimm getroffen hat es die Armen, die in Hütten direkt am Meer leben, so wie Evangelina, ihr Mann Marcelo und die beiden Kinder. Sie verkaufen bislang Töpfe in einem Geschäft in der Stadt, manchmal gingen sie fischen, das reichte soeben zum Leben. Als der Sturm kam, packte Marcelo seine Familie und zog sie zu einer winzigen Kapelle nahe ihrer Hütte. Dort versteckten sie sich hinter dem Altar. Sie hielten sich an den Händen, bis es vorbei war.

Nun stehen sie vor den Resten ihrer Hütte. Auf dem Boden liegen ein Lexikon, ein Deo, drei Kerzen und eine alte Matratze. Freundlich zeigen sie, was von ihrem Leben geblieben ist. Am Ende sagen sie: „Thank you for your time“, und gehen zurück zum Strand, wo der Himmel sich lila verfärbt, bevor es Nacht wird und man in dieser Stadt von zuvor fast 200 000 Einwohnern nichts mehr sehen wird außer ein paar Kerzen.

KATRIN KUNTZ, JONATHAN STOCK,
BERNHARD ZAND



**Video: Die Opfer
des Sturms**

spiegel.de/app472013philippinen
oder in der App DER SPIEGEL

Zerstörungen in Tacloban: Wasser vom Flugzeugträger „USS George Washington“

tonierten Eisenzauns zu fassen, Maximina schaffte es nicht.

„Die Brandung hat sie einfach weggerissen, mitten in San Joaquin, mitten auf der Straße“, sagt ihre Schwester Marylou.

Für Maximina Abano wurde eine Messe gelesen, in der Kathedrale der Nachbarstadt Palo, deren Altar und Gestühl seit dem Taifun unter freiem Himmel stehen. Der Sturm hat die riesige Kirche vollständig abgedeckt.

Am Strand von Palo ging im Oktober 1944 der US-General Douglas MacArthur an Land – ein in der Geschichte der Philippinen zentrales Datum, weil damit das Ende der japanischen Besatzung abzusehen war. Das Monument, das sie MacArthur errichteten, hat den Sturm fast unbeschadet überstanden.

Durch die kaputte Idylle neben dem Denkmal bewegt sich der Zug der Flüchtlinge weiter nach Norden, es sind noch etwa acht Kilometer bis zum Flughafen von Tacloban. Wenn der Wind dreht, ist das Dröhnen der Maschinen zu hören.

Die zu Fuß Flüchtenden nehmen die kürzere, aber von umgestürzten Bäumen übersäte Küstenstraße zum Flughafen. Die wenigen Autos, die eine Woche nach dem Sturm noch fahren, müssen durch die Stadt, vorbei an der geplünderten „Robinsons Mall“, an geplünderten Lagerhäusern, geplünderten Tankstellen.

Ein schweres Gewitter geht nieder. Die Menschen bleiben stehen und schauen in den Himmel. Es hätte keinen Sinn, nach Unterständen zu suchen, die Stadt hat so gut wie keine Dächer mehr.

Die Straße zum Flughafen führt durch ein Viertel, das den Namen „Paraiso“ trägt. Links steht ein Schild: „In San Pedro liegen 50 Leichen. Holt sie ab!“ Auf der anderen Straßenseite liegen Tote, inzwischen immerhin in schwarze Leichensäcke eingepackt. Unter den Hunderten, die sich zwischen den Autos und Fahrrädern

dern hindurchdrängen, ist eine nackte Frau. Sie geht auf den nun nahen Flughafen zu, niemand geht mit ihr, niemand hält sie auf, niemand spricht sie an – eine Szene wie aus der Apokalypse.

Am Mittwochnachmittag, die Journalisten erwarten eigentlich den Besuch von Valerie Amos, der Uno-Nothilfe-Koordinatorin, taucht ein hoher US-Militär auf dem Rollfeld des Flughafens Tacloban auf: Paul Kennedy, 50, Brigadegeneral der Marineinfanterie, ist mit seiner Sonnenbrille, den blendend weißen Zähnen und seiner Khaki-Uniform ein Abbild seines berühmten Landsmannes MacArthur. Er hat, wie er sagt, einen „Game changer“ zu verkünden: Der Flugzeugträger „USS George Washington“ sei auf dem Weg in den Golf von Leyte, außerdem seien andere Schiffe angefragt: „Das wird uns in die Lage versetzen, die Menschen mit frischem Wasser zu versorgen.“

Der General verschwindet, und so inszeniert sein Auftritt wirkte – an diesem Nachmittag weht ein Hauch von Zuversicht über die Gesichter der Soldaten, der Ärzte, der Hilfsmannschaften.

Aber auf der Insel Cebu sollte der deutsche THW-Mann Görgen eigentlich verzweifeln. Mehr Lastwagen braucht er, dazu einen offiziellen Ansprechpartner im Norden. Görgen fährt zum Kapitol der Insel-Hauptstadt, die Cebu-City heißt. Der Gouverneur der Provinz heißt Hilario Davide III., und es wird gemunkelt, bei der Karriere habe geholfen, dass sein Vater Oberster Richter der Philippinen war. Das Land ist eine Beziehungsgesellschaft. Nur wer zu den richtigen Familien gehört, kann etwas werden.

Nach seinem Amtsantritt hat Hilario Davide III. beschlossen, das Kapitol renovieren zu lassen. Zurzeit wird im gesamten Gebäude gebaut. Görgen setzt sich in einen schweren Polstersessel im Warterraum, er wirkt etwas deplatziert in

Gegen Brüssel nach Brüssel

Die Allianz zwischen den Populistenführern Marine Le Pen und Geert Wilders ist ein Warnzeichen: Das nächste Europäische Parlament könnte bis zu einem Drittel aus EU-Gegnern bestehen.



Zwei blonde Populistenführer genießen ihren Auftritt. Sie stehen Seite an Seite, Geert Wilders und Marine Le Pen, ein Niederländer und eine Französin. Beide liegen sie in ihrem Heimatland in den Umfragen vorn, beide lieben sie es, gegen Europa zu wettern – und an diesem Mittwoch vergangener Woche tun sie es gemeinsam. Als sie im niederländischen Parlamentsgebäude in Den Haag ihre Allianz für die Europawahlen vorstellen, passen die Journalisten kaum in den Pressesaal.

Es ist eine perfekt geplante Vorführung, und die beiden schaffen es damit in ganz Europa in die Nachrichten. Zwei rechtspopulistische Bewegungen, die bisher immer einen Sicherheitsabstand einhielten, verbünden sich gegen einen gemeinsamen Feind: die Europäische Union. Im nächsten Frühjahr wollen sie mit einer großen Fraktion in deren Parlament einziehen.

Das Bündnis, dem sich wohl weitere Parteien anschließen werden, erzählt eine Menge darüber, wie sich von Dänemark bis Frankreich, von den Niederlanden bis Österreich die Populisten rechts der traditionellen Parteien einander annähern. Sie eint der Widerstand gegen den Euro und die Brüsseler Finanz- und Wirtschaftspolitik, viele auch der Kampf gegen Einwanderung und den Islam.

Doch vor allem ist das Bündnis von Wilders und Le Pen ein Warnzeichen für

die kommenden Europawahlen im Frühjahr 2014. Umfragen sagen voraus, dass das neue EU-Parlament aus bis zu einem Drittel Europagegnern bestehen könnte. Um eine Fraktion zu bilden, brauchen die Rechten 25 Sitze und Mitglieder aus sieben Ländern. Sollte ihnen das gelingen, erhalten sie nicht nur mehr EU-Gelder und längere Redezeiten im Plenarsaal. Sie könnten sogar Ausschussvorsitzende stellen.

Deshalb waren Wilders und Le Pen in den vergangenen Wochen viel unterwegs: um Verbündete in weiteren Ländern zu finden. Sie werden für ihre Pläne vermutlich auf die Unterstützung der österreichischen FPÖ zählen können, auf den belgischen Vlaams Belang und die Schwedendemokraten. Die britische Ukip, die Dänische Volkspartei und die „Wahren Finnen“ schließen eine Zusammenarbeit bisher aus. Doch die Verhandlungen gehen weiter, auch die italienische Lega Nord wird von Wilders umworben.

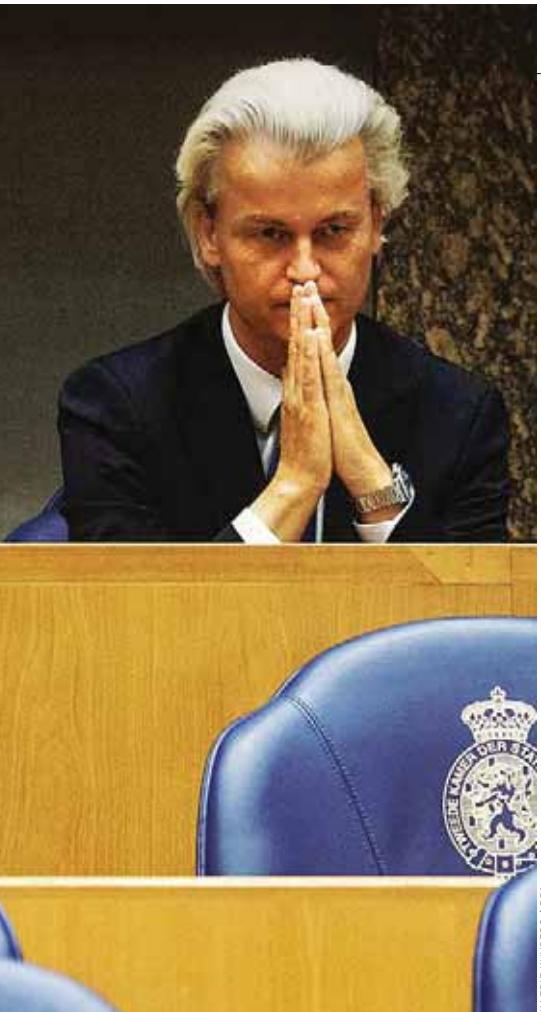
Ob sie es zur Fraktion bringen werden oder nicht – ein Parlament mit einer großen Zahl von EU-Gegnern käme den Brüsseler Eurokraten diesmal besonders ungelegen. Denn ausgerechnet nach dieser Wahl möchte Parlamentspräsident Martin Schulz die Macht des Parlaments stärken. Erstmals sollen kommendes Jahr die Regierungschefs den Präsidenten der EU-Kommission nicht allein un-

ter sich ausmachen. Stattdessen treten gleich mehrere Parteibündnisse mit einem Spitzenkandidaten für den Posten an. Schulz, designierter Kandidat der Sozialdemokraten, rechnet sich selbst große Chancen aus.

Doch wie wird dieses Parlament aussehen, wenn dort künftig Wilders und Le Pen den Ton angeben? Und könnten, wie ein französischer Minister in einem Hintergrundgespräch vermutet, die Mehrheitsverhältnisse am Ende so unklar ausfallen, dass sich doch wieder die Regierungschefs einschalten müssen?

„Ich fürchte um die politische Funktionsfähigkeit des Parlaments“, sagt Manfred Weber, einflussreicher CSU-Europa-Abgeordneter. Schon bisher zeigten seine Kollegen von ganz rechts keinerlei Interesse an politischen Inhalten. Stattdessen verwandelten sie jede Diskussion in eine Grundsatzabstimmung über das böse Europa: „Wenn die Europahymne im Parlament erklingt, buhen sie.“ Gern bezeichnen sie auch die EU als EUDSSR und brandmarken EU-Institutionen als kommunistisch.

Der britische Abgeordnete und Ukip-Chef Nigel Farage nutzt das Parlament regelmäßig als Bühne für seine Ausfälle gegen die EU. Unvergessen sein Auftritt im Februar 2010, kurz nachdem Herman Van Rompuy zum Präsidenten des Europäischen Rates gewählt worden war.



Bündnispartner Le Pen, Wilders in Den Haag Eine Wirkung wie die Tea-Party?

und der Partei von Geert Wilders undenkbar gewesen. Das neue Bündnis ist vor allem Marine Le Pens Strategie der „Entteufelung“ ihrer umstrittenen Partei zu verdanken.

Unter der Präsidentschaft ihres Vaters Jean-Marie galt der Front national als antisemitisch und wahrhaftig rechtsextrem. Marine Le Pen setzte alles daran, dieses Image abzustreifen. Sie schloss Figuren aus, die sich offen rassistisch äußerten, distanzierte sich von alten Kampfgenossen ihres Vaters und versuchte die Partei für neue Wähler attraktiv zu machen.

Sie kann nun darauf hoffen, bei den Europawahlen von der Enttäuschung der Franzosen über die Regierung Hollande zu profitieren. Die ist mittlerweile so groß, dass der Front national in jüngsten Umfragen auf 24 Prozent kam – damit würde er noch vor den Konservativen und Sozialisten zur stärksten Kraft.

Marine Le Pen hat ihre Partei zu einer modernen populistischen Bewegung umgewandelt und sich damit Wilders angenähert. Doch in vielen Fragen sind sich die Bündnispartner alles andere als einig: Wilders ist glühend proisraelisch, kämpft für Schwulenrechte und vertritt eine eher neoliberale Wirtschaftspolitik. Dagegen steht Le Pen Israel eher neutral gegenüber, hat sich gegen die Schwulenehe ausgesprochen, und ihre Wirtschaftspolitik basiert auf linkem Protektionismus.

Solche Differenzen haben eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Europa-gegner in Brüssel bisher verhindert. Zwar gibt es heute schon eine 32 Mitglieder starke „Europa-Fraktion der Freiheit und der Demokratie“, der unter anderen Abgeordnete von Ukip, der Lega Nord oder der griechischen Laos-Partei angehören. Frühere Bündnisse scheiterten, so zum Beispiel die Gruppe „Identität, Tradition, Souveränität“. Deren italienisches Mitglied Alessandra Mussolini hatte den Rumänen

in ihrem Land vorgehalten, sie hätten Kriminalität „zum Lebensstil erhoben“ und seien unfähig, Gesetze zu respektieren. Prompt stiegen die rumänischen Vertreter aus dem Bündnis aus. Seither tummeln sich zahlreiche Europaskeptiker im Parlament als Fraktionslose oder arbeiten in losen Bündnissen zusammen.

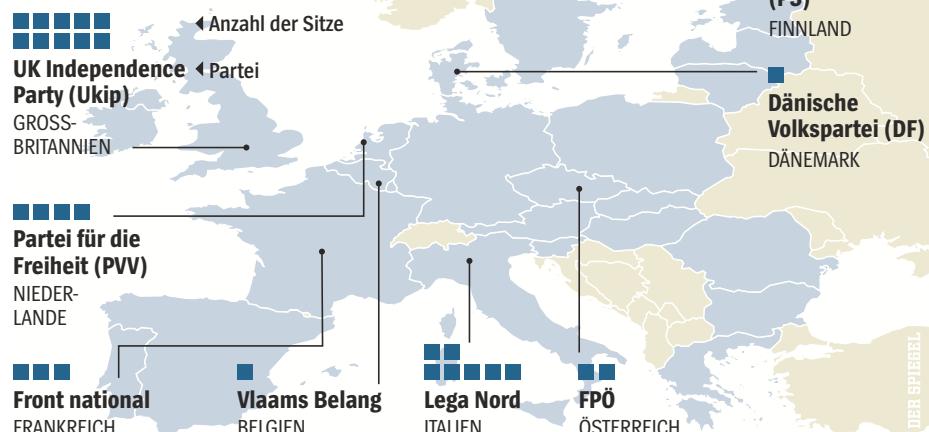
Die Vertreter dieser Parteien fallen, so Parlamentspräsident Schulz, in letzter Zeit immer häufiger durch unflätige Äußerungen auf. Mario Borghezio, Abgeordneter der rechtspopulistischen Lega Nord in Italien, gab etwa zu Protokoll, Afrika habe noch nie Geistesgrößen produziert. Und Godfrey Bloom von Ukip unterbrach Schulz im November 2010 während einer Rede mit den Worten „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Später erklärte Bloom seelenruhig, er halte an seinen Worten fest. Schulz sei ein Nationalsozialist, denn wie einst die Nazis wolle er den Rest Europas mit seinem Pro-Europa-Kurs unterjochen.

Das ist wohl nur ein Vorgeschmack darauf, wie es in Brüssel bald zugehen könnte. Heather Grabbe von der Brüsseler Denkfabrik Open Society Institute befürchtet: Selbst wenn die Populisten nur eine kleine Fraktion stellen, könnten sie künftig eine ähnliche Wirkung erzielen wie die radikale Tea-Party-Bewegung im US-Kongress – und Debatten entscheidend prägen. Beim Thema Asylpolitik sei dies schon zu spüren, sagt Grabber.

Die Brüsseler Spitzenpolitiker machen sich große Sorgen, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso warnt bereits vor Extremismus. Und bei einem Abendessen im kleinen Kreis, an dem ein prominenter EU-Kommissar teilnahm, drehte sich vorige Woche das Gespräch ausschließlich um die populistischen Tendenzen unter Europas Abgeordneten. Der Kommissar kam anschließend zu folgendem Urteil: „Fest steht: Es wird jede Menge Irre im nächsten Parlament geben.“

MATHIEU VON ROHR,
GREGOR PETER SCHMITZ

Wichtige europakritische Parteien im aktuellen EU-Parlament



Rompuy hielt eine Rede, in der er um Zusammenarbeit warb, doch Farage nutzte die Gelegenheit, ihn zu demütigen: Man habe im Parlament von einem europäischen Präsidenten geträumt, einem würdigen Vertreter von 500 Millionen Menschen.

„Und was haben wir bekommen?“, rief Farage in den Plenarsaal, „einen Mann mit dem Charisma eines feuchten Lappens und dem Auftreten eines kleinen Bankangestellten.“ Rompuy wand sich auf seinem Sitz, nestelte an seiner Brille, aber Farage ließ nicht von ihm ab. Der Belgier stamme doch aus einem „Nichtland“, er sei ein „stiller Mörder“ der europäischen Demokratie. „Wer sind Sie?“, hielt Farage ihm vor. „Ich kenne Sie nicht. Niemand kennt Sie.“

Der Fall Farage zeigt aber auch die Grenzen eines europäuberschreitenden Bündnisses der EU-Gegner auf. Zwar kennt seine Bewegung nur ein Ziel: den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Doch mit Marine Le Pen und Geert Wilders will Farage nichts zu tun haben. Ihn stößt deren Islamfeindlichkeit ab. Auch die Euro-kritische Alternative für Deutschland, die ebenfalls ins Europäische Parlament einziehen könnte, distanziert sich klar: Mit Rechtsextremisten habe man nichts zu tun.

Noch vor wenigen Jahren wäre auch eine Verbindung zwischen Front national



Warteraum einer Krankenstation im Osten Syriens: Polio ist zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln geworden

SYRIEN

Das unpolitische Virus

Erstmals seit Jahren sind wieder Menschen an Polio erkrankt. Doch anstatt die Ausbreitung der Seuche zu bekämpfen, verweigert die Weltgesundheitsorganisation die notwendigen Impfstoffe.

Sie wussten es! Wir haben sie seit über einem Monat gewarnt, dass Polio sich ausbreitet, aber sie weigern sich, Impfstoff zu schicken!“ Die Wut des syrischen Arztes Dr. Chalid Miladschi hat einen ungewöhnlichen Adressaten: die Weltgesundheitsorganisation WHO. Jene Organisation, die seit 1988 mit großem Erfolg eine weltweite Kampagne gegen die Kinderlähmung Poliomyelitis betreibt. Seither konnten Poliofälle um 99 Prozent und die Zahl der betroffenen Länder von 125 auf ein halbes Dutzend gesenkt werden.

Doch ausgerechnet im Zentrum des wohl gefährlichsten Ausbruchs seit Jahren, in der syrischen Ostprovinz Dair al-Sur, blockiert die WHO seit Wochen eine Impfkampagne für etwa 300 000 Kleinkinder. Sogar eine Analyse von Virenproben wollte sie unterbinden. Denn die Uno-Sonderorganisation bleibt auch in Kriegszeiten bürokratisch bei der politischen Linie, ausschließlich mit der Regierung in Damaskus zu kooperieren – die aber hat Dair al-Sur längst aufgegeben. Assads Armee beherrscht nur noch zwei Viertel der Provinzhauptstadt, der Rest ist in der Hand der Rebellen.

Seit zwei Jahren ist die Provinz in die Vorzeit zurückgebombt worden, Strom- und Gesundheitsversorgung, Telefonnetz und Kläranlagen existieren nicht mehr. Fast eine halbe Million Flüchtlinge drängen sich in Orten entlang des Euphrat. Genau dort traten im September auch die ersten Polio-Fälle auf. Mitte vergangener Woche wurden weitere Fälle aus den Provinzen Idlib und Aleppo gemeldet, bis zum Freitag waren es 46 insgesamt, fast täglich kommen neue hinzu.

Polio ist zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln geworden – und das mit einem seltsamen Frontverlauf: Auf der einen Seite stehen die amerikanische Behörde zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten (CDC), syrische Ärzte und das türkische Gesundheitsministerium; auf der anderen die WHO und die Regierung in Damaskus.

Schon im Sommer begannen die amerikanischen Experten von der CDC in den Nord- und Ostprovinzen, aus denen Assads Truppen vertrieben worden waren, ein Frühwarnsystem aufzubauen. Ausgestattet mit Satellitentelefonen, sollte das Personal der provisorischen Krankenhäu-

ser so flächendeckend wie möglich Fälle von Cholera, Typhus und Polio melden. Syrische Ärzte waren Teil dieser Frühwarnkette, im September entdeckten sie den Polio-Ausbruch in der Kleinstadt Sbichan; Anfang Oktober brachten sie erste Stuhlproben auf den Weg in die Türkei.

„Wir haben noch von unterwegs bei der CDC angerufen, welches Labor in Gaziantep, der nächstgelegenen Großstadt, die analysieren könnte“, sagt Dr. Haitham Schakla, der den Transport begleitete. Doch beim genannten Krankenhaus standen sie plötzlich vor verschlossenen Türen: „Die Leitung teilte uns mit, dass die WHO ihnen ausdrücklich untersagt habe, Proben von uns anzunehmen und zu testen.“ Ein anderer Arzt aus dem Team rief den zuständigen Gouverneur an. Der verständigte Ankara, und das türkische Gesundheitsministerium schickte umgehend ein Team gen Süden, um die Proben abholen zu lassen.

Die WHO protestierte: Die Syrer hätten Polio in die Türkei eingeschleppt, beschwerte sich die Organisation, die Proben dürften dort nicht untersucht werden. Die Viren seien damit vom Zuständigkeitsbereich der WHO-Abteilung für den Nahen Osten in das für die Türkei zuständige Hoheitsgebiet der Europa-Abteilung gebracht worden, das gehe nicht. Doch die türkische Regierung ließ die Proben der erkrankten Kinder testen. Weitere Proben aus Sbichan wurden auf Geheiß der WHO nach Damaskus geschickt.

Als die syrischen Ärzte am 14. Oktober in Gaziantep zu einer Krisensitzung zusammenkamen, erfuhren sie die offiziellen Resultate des syrischen Gesundheits-

ministeriums: Es handle sich nicht um Polio, hieß es da, lediglich um Symptome einer Vergiftung durch ölverseuchtes Wasser und einer seltenen Nervenentzündung. Vier Tage später kamen die Ergebnisse aus Ankara. Alle drei Fälle waren Polio-positiv getestet worden.

„Die WHO wusste es schon, aber sie hat uns nichts davon gesagt“, sagt Chalid Miladschi von der Polio Control Taskforce, die sich nun um die Eindämmung der Epidemie bemüht. „Wieso ignorieren die uns? Bis vor kurzem haben sie nicht einmal mit uns geredet. Aber die einzige Form staatlicher Ordnung in Dair al-Sur sind nun mal die Lokalräte und Rebellen.“

Erst als weitere Fälle auftraten, fand auch das Ministerium in Damaskus plötzlich Polio-Viren in den Proben. Am 29. Oktober schließlich gab auch die WHO offiziell den Ausbruch der Epidemie bekannt. Warum dies mit wochenlanger Verspätung geschah, bleibt rätselhaft. Mediziner halten das Vorgehen für geradezu fahrlässig. Denn gegen die Ansteckung reicht eine simple Impfung.

Einmal ausgebrochen, ist Polio unheilbar. Auch Nichtinfizierte verbreiten den Erreger, weshalb eine Mindest-Impfrate von 95 Prozent als zwingend notwendig gilt, um die Ausbreitung zu verhindern. Und der syrische Ausbruch enthält alle Elemente für das Drehbuch eines Seuchen-Thrillers: einen Krieg und etwa fünf Millionen Binnenflüchtlinge, die unter katastrophalen sanitären Bedingungen leben. Hinzu kommen bis zu 4000 Menschen, die pro Tag über die Grenzen in Nachbarländer fliehen.

Auch Dr. Bruce Aylward, WHO-Vizegeneraldirektor, nennt den Ausbruch mittlerweile eine Zeitbombe, der ganze Nahe Osten sei in Gefahr. In konzentrischen Kreisen sollen nun laut WHO 20 Millionen Kinder in Jordanien, in der Türkei, im Libanon und in weiteren Ländern rund um den Ausbruchsherd geimpft werden. Nur dort selbst tut sich nach wie vor wenig. Vor den improvisierten Krankenstationen drängen sich jeden Morgen Hunderte Mütter mit ihren Kindern und warten auf Impfstoff, der nicht kommt. Im Schichtwechsel ist ein Ärzteteam der Polio Control Taskforce vor Ort, betreibt über Radio und die Moscheen Aufklärung: Händewaschen nach der Toilette, vor dem Essen. „Aber schon beim Rat zum sauberen Trinkwasser wird es ein



ABO SHUA / AFP

Rebellen-Kämpfer in Dair al-Sur
In die Vorzeit zurückgebombt

Witz“, sagt ein Mitglied der Einsatzgruppe: „80 Prozent der Menschen holen ihr Trinkwasser aus dem Euphrat, in den ungeklärt alle Abwässer gehen.“ Der Impfstoff müsse endlich freigegeben werden.

Doch die Weltgesundheitsorganisation hält eisern an ihrem Kurs fest, ausschließlich mit Baschar al-Assads Regierung zusammenzuarbeiten. Er habe erst vorletzte Woche noch den Gesundheitsminister getroffen, rechtfertigt sich WHO-Vizegeneraldirektor Bruce Aylward: „Die Regierung hat versprochen, dass sie alle Kinder in Syrien impfen lassen wird. Das sind mühsame Verhandlungen, aber Damaskus steht zu seiner Verantwortung. Und die Regierung hat uns noch nie belogen.“

Angesichts der seit über zwei Jahren anhaltenden Bombardements von Krankenhäusern und des Behandlungsverbots für Opfer der Luftangriffe in Staatshospitälern ist das eine seltsame Annahme.

„Es ist Idiotie oder kriminell – je nachdem, welche Verantwortung man trägt –, die systematischen Lügen des Regimes in Damaskus zu glauben“, sagt ein westlicher Diplomat in Gaziantep. „Die Uno sollte aufhören zu ignorieren, was vor ihren Augen geschieht. Sonst verfehlt sie ihre Aufgabe.“

Eine Impfkampagne könne innerhalb von Tagen beginnen, wenn die WHO den Impfstoff freigeben würde. Doch danach sieht es nicht aus. „Assad hat seine Chemiewaffen. Wir haben unsere Biowaffe“, sagt der syrische Arzt Chalid Miladschi zynisch-nüchtern. „Die trifft zwar zuerst und vor allem uns selbst – aber dann die ganze Region. Das Virus ist da unpatriotisch.“

CHRISTOPH REUTER

„Das reicht nicht“

Der Reutlinger Infektions-epidemiologe Stefan Brockmann, 50, über die Gefahr eines neuen Seuchenzyklus



SPIEGEL: Neugeborene und Kleinkinder in Syrien erkranken an Polio, in Somalia gab es mehr als 170 Fälle, und in Israel wurde das Virus im Abwasser nachgewiesen. Kommt der Erreger auch wieder zurück nach Europa?

Brockmann: Dass das Virus mit den Flüchtlingsströmen aus Syrien auch hierhergelangt, ist sehr wahrscheinlich.

Es kommt dann darauf an, eine Ausbreitung zu verhindern. Die Impfraten sind in Deutschland regional sehr unterschiedlich. Sollte eine Gruppe von Leuten vom Virus erreicht werden, die untereinander oft Kontakt haben und die Impfungen grundsätzlich ablehnen oder sich seltener impfen lassen, läge dort ein Gefahrenpotential. Deshalb muss eine Einschleppung des Virus so früh wie möglich erkannt und eingedämmt werden.

SPIEGEL: Warum ist das so schwierig?

Brockmann: Schon bei den Ungeimpften erkrankt nur jeder 200. Infizierte an den typischen Lähmungserscheinungen, die anderen tragen den Erreger in sich, ohne dass es auffällt. Zudem wird bei uns seit 15 Jahren nicht mehr mit der Schluckimpfung, sondern mit abgetöteten Viren per Spritze immunisiert. Das ist zwar sicherer – aber die so geimpften Kinder und Jugendlichen können, obwohl sie selbst

nicht erkranken, das Virus weiterverbreiten. Im Durchschnitt würde erst nach einem Jahr der stillen Ausbreitung der erste Krankheitsfall mit Lähmungen auftreten. Dann sind große Anstrengungen nötig, um das Virus wieder in den Griff zu bekommen.

SPIEGEL: Was muss Ihrer Ansicht nach jetzt geschehen?

Brockmann: Die europäische Seuchenzentrale hat vorgeschlagen, alle Flüchtlinge aus Syrien sofort bei deren Ankunft gegen Polio zu impfen. Aber das allein reicht nicht. Es sollte auch, wie vom Robert-Koch-Institut gefordert, ein Stuhlscreening auf Polio eingeführt werden, um Infizierte schnell zu erkennen. Auch alle Kontaktpersonen eines Infizierten müssen untersucht werden. Außerdem halte ich eine regelmäßige Untersuchung des Abwassers für sinnvoll – wenn wir das nicht machen, könnten wir eine Ausbreitung übersehen.

(TS//SI//REL) – ROYAL CONCIERGE identifies potential diplomatic Hotel reservations.

(TS//SI//REL) – Automated bulk contact chaining between Reservation email addresses and "gov.xx" addresses

(TS//SI//REL) – Possible Extensions: "Favourite" hotels; Counter-Intelligence/Foreign Relations support; XKeyScore fingerprinting; Car Hire; ...

ROYAL CONCIERGE
A STARTUP driven hotel reservation tip-off service

ROYAL CONCIERGE exploits these reservation and sends out daily alerts to our analysts working on governmental hotel targets

What hotel are they visiting?
Is it SECRET friendly?

An analyst for effects... can we influence the hotel choice? Can we cancel their visit?

We can use this as an enabler for HUMINT and Closed Access Technical Operations

Ausrisse aus als streng geheim eingestuften GCHQ-Dokumenten

GROSSBRITANNIEN

Spionagefalle Hotel

Der britische Geheimdienst GCHQ überwacht weltweit Reisen von Diplomaten – ein automatisiertes System meldet deren Hotelbuchungen vorab.

Wenn Diplomaten im Auftrag ihrer Regierungen zu internationalen Gipfeln, Konsultationen und Verhandlungen reisen, dann übernachten sie meist in Hotels der gehobenen Kategorie. Dort erwartet die Delegationen nicht nur ein angenehmer Zimmerstandard, sondern bisweilen auch ein sehr spezieller Roomservice: intensive Betreuung durch das britische Government Communications Headquarters, kurz: GCHQ.

Wie aus Unterlagen des Geheimdienstes – die aus dem Archiv des Edward Snowden stammen – hervorgeht, verfügt das GCHQ seit mehr als drei Jahren über ein System, das die Buchungen in mindestens 350 höherklassigen Hotels weltweit überwacht und gezielt auf Reservierungen von Diplomaten und Regierungsmitgliedern durchsucht und auswertet.

Das geheime Projekt trägt den Codenamen „Royal Concierge“ („Königlicher Portier“) und verfügt sogar über ein eigenes Logo, das einen gekrönten Pinguin mit purpurnem Umhang und Zepter zeigt. Der Pinguin soll wohl die schwarzweiße Livree der Bediensteten in Häusern der Luxuskategorie symbolisieren.

Es gehe darum, schon am Buchungstag zu erfahren, in welchem Hotel in welcher Stadt ausländische Diplomaten absteigen wollten. Dies ermögliche den „technischen Abteilungen“ entsprechende Vorbereitungen, heißt es in den Geheimpapieren. Die wecken nun erhebliche Zweifel am Wahrheitsgehalt dessen, was

die Chefs der drei britischen Geheimdienste erst vorvergangene Woche wieder vor einem Ausschuss im Parlament beteuerten: Dass nämlich Sinn und Zweck der eigenen Anstrengungen einzig die Bekämpfung des Terrorismus sei – und die Veröffentlichungen al-Qaida und ihresgleichen in die Hände spielen würden.

Den Dokumenten zufolge wurde der Prototyp zu Royal Concierge bereits im Jahr 2010 getestet. Das intern als „Innovation“ geführte und gefeierte Programm war dann offenbar so erfolgreich, dass man es stetig weiterentwickelte. Das internationale Diplomaten-Tracking der Briten funktioniere nach folgendem Prinzip: Wann immer eines der überwachten Hotels eine Reservierungsbestätigung an eine auffällige Mailadresse mit Regierungs-Domain (wie gov.xx) schickt, geht ein Warnhinweis („tip-off“) an die zuständigen GCHQ-Analysten – und zwar „tagessaktuell“. Konkrete Hotelnamen sind in den Unterlagen, die der SPIEGEL einsehen konnte, nicht genannt – als Beispiele werden anonymisierte Hotels in Zürich und Singapur angeführt.

Mit dem Vorwissen, welcher ausländische Diplomat wo absteigen wird, stünden dem Geheimdienst eine ganze Palette nachrichtendienstlicher Möglichkeiten offen, heißt es in einem Dokument. Es folgt

„Für besonders interessante Gäste sind ‚technische Attacken‘ vorgesehen.“

eine beeindruckende Aufzählung der Möglichkeiten, ein Hotelzimmer und seine Bewohner nach allen Regeln der Spionagekunst abzuschöpfen. Unter anderem gehören dazu das Abhören von Zimmertelefon und Faxgerät sowie die Überwachung von dort eingesetzten Computern über die Hotel-Netzwerke („Computer Network Exploitation“).

Für besonders interessante Gäste sind sogar „technische Attacken“ durch das

„TECA“-Team der Briten vorgesehen. Diese Eliteeinheiten basteln den Unterlagen zufolge „technologische Spezialanfertigungen“, um „die Lücken zu schließen, die unsere konventionellen Zugänge nicht erreichen können“. Diese „Active Approach Teams“ seien klein, aber technisch hochversiert und damit perfekt geeignet, um auch „einzigartige Aufgabenstellungen“ zu erfüllen.

Von all den Besuchsvorbereitungen sollen die Gäste natürlich nichts mitbekommen; es kann allerdings bei besonders interessanten „hartem Regierungszielen“ passieren, dass sie an der Hotelbar unverfänglich in anregende Gespräche verwickelt werden. Denn die Ergebnisse von Royal Concierge könnten auch die Voraussetzungen für „Humint“-Operationen sein, so heißt es in den Dokumenten. Die Abkürzung steht im Geheimdienstslang für „Human Intelligence“, also den Einsatz von menschlichen Spionen.

Konkrete Fallzahlen gehen aus den Materialien zu dem Programm nicht hervor – wohl aber, dass es offenbar weiterentwickelt wird und die Phantasie der Geheimdienstler angeregt hat. Etwa die der GCHQ-Abteilung, zuständig für „Effekte“ und „Täuschung“. Dort stellt man sich die Frage, ob man dank der Vorabinweise von Royal Concierge möglicherweise „die Hotelwahl beeinflussen“ oder bestimmte Besuche ganz absagen könnte. Als mögliche „Erweiterungen“ nennt eine Folie eine Ausdehnung des Programms auf Autovermietter. Das GCHQ wollte den Vorgang auf SPIEGEL-Anfrage „weder bestätigen noch demenieren“.

Den Agenten Ihrer Majestät ist dabei offenbar bewusst, dass sich der britische Geheimdienst mit der automatisierten Überwachung von diplomatischen Reisebewegungen auch außerhalb Großbritanniens aufbrisantem Terrain bewegt. Eine der Präsentationen, die sich mit Royal Concierge beschäftigt, heißt: „Geschichten aus dem wilden, wilden Westen des operativen GCHQ Dataminings“.

LAURA POITRAS, MARCEL ROSENBACH,
HOLGER STARK



Putins sinnliche Lippen

GLOBAL VILLAGE: Warum eine Dragqueen in der Olympiastadt keine Angst vor dem Anti-Homosexuellen-Gesetz des Kreml hat

Die Verwandlung von Andrej in Schuschu beginnt um Mitternacht. Im Nachtclub Majak pudert sich Andrej Kawaltschjan sein Dekolleté, er streift sich ein goldenes Paillettenkleid über und schlüpft in Pumps. Mit wogen den Hüften stolziert er auf die Bühne, nun eine Dragqueen in Sotschi, stadt bekannt, auch weil er einer der ersten bekennenden Homosexuellen in der Sowjetunion war.

Andrej Kawaltschjan, 44, trägt ein schnulziges Liebeslied vor, dann singt Armen alias Brenda Bond, eingeflogen aus Moskau, im Liza-Minnelli-Kostüm mit Strapsen und blonder Perücke „Cabaret“. Als er fertig ist, tritt Armen ans Mikrofon: „An die Ausländer im Publikum und an die Besucher der Winterspiele“, ruft er. „Willkommen in Russland, willkommen in Sotschi, und willkommen in meinem Anus.“

Das Publikum johlt.

So sieht es aus, das schwule Russland, mitten in der Olympiastadt Sotschi. Draußen bauen die Arbeiter Hotels und Hochhäuser, wird gebaggert und gehämmert, damit in knapp drei Monaten alles fertig ist für die Winterspiele. Das Einzige, was jetzt noch dazwischenkommen könnte, das wären Andrej und Armen. Oder genauer: ein Boykott der Spiele wegen Russlands Anti-Schwulen-Politik.

Im Juni ist das umstrittene Gesetz vom Parlament beschlossen worden, das „Propaganda unter Minderjährigen für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“ verbietet. Es dient als Vorwand, um Stimmung gegen Schwule zu machen. Das ist populär hier, 85 Prozent der Russen lehnen gleichgeschlechtliche Ehen ab.

Seither hat es viele Übergriffe auf Homosexuelle gegeben. Schwulenverbände berichten, sie würden jetzt oft nach Asylmöglichkeiten im Ausland gefragt. Stadtabgeordnete in St. Petersburg verkündeten öffentlich, es sei in Ordnung, Teilnehmer von Gay-Paraden zu verprügeln. Und ein Politiker im Osten des Landes

forderte den Einsatz von Kosaken und Fallschirmjägern, um Schwule öffentlich auszupeitschen, denn: „Dafür ist der Arsch schließlich traditionell da.“

Vor allem homosexuelle Sportler stehen vor einem Dilemma: Sollen sie schweigen, wie es die Olympia-Funktionäre fordern? Oder protestieren? Der US-Schauspieler Harvey Fierstein verglich Wladimir Putins Spiele bereits mit Hitlers Olympia 1936 und rief zum Boykott auf.

Und wie geht ein Schwuler in Sotschi damit um?

senkameraden im Lenin-Park gesichtet wurde, einem traditionellen Schwulentreffpunkt. Danach wurde er so lange schikaniert, bis er die Schule wechselte.

Auch Kawaltschjan und zwei andere Männer in Frauenkleidern wurden vor Jahren von Jugendlichen gejagt. Sie konnten sich in den Club retten. Kawaltschjan seufzt, er will darüber nicht reden, er regt sich über all die Leute auf, die „aus mir herauslocken wollen, wie schrecklich die Situation von Schwulen bei uns angeblich ist“. Vieles habe sich doch für Homosexuelle in Russland verbessert: „Ich weiß, wovon ich rede. Ende der achtziger Jahre war ich einer der Ersten, die kein Geheimnis daraus machten, schwul zu sein.“

Als Andrej Kawaltschjan mit 7 Jahren anfing, die Kleider seiner Schwester zu tragen, und noch später, als er mit 13 Jahren zum ersten Mal Sex hatte, standen auf „Geschlechtsverkehr unter Männern“ noch bis zu fünf Jahre Lagerhaft. „Ich dachte mir nicht viel dabei“, erzählt er, „ich wusste nicht einmal, dass das verboten ist.“ Erst Präsident Boris Jelzin hob das einst von Stalin eingeführte Gesetz 1993 auf.

Da war Andrej Kawaltschjan gerade aus seiner Heimatstadt Apscheronsk nach Sotschi gezogen, er arbeitete zunächst als Koch, ehe es ihm die neuen Freiheiten nach dem Ende der Sowjetunion erlaubten, mit seiner Neigung Geld zu verdienen. Seit 1995 tritt er als Dragqueen auf.

Erst vor ein paar Monaten hat er im Publikum seine Nachbarn entdeckt, ein braves Rentnerpärchen. Andrej erschrak erst – und ging dann zu den beiden. „Wir wissen doch schon lange, dass du hier arbeitest und ein wenig anders bist“, sagen die Nachbarn. „Das ist in Ordnung.“

MATTHIAS SCHEPP



Dragqueen Kawaltschjan: „Bloß keinen Boykott“

Als die Show vorbei ist, als sie genug geschimpft haben über die Kosten von fast 38 Milliarden Euro, als sie gelästert haben über die Eiskunstlaufhalle, die aussieht wie ein praller Hintern, spricht auch Andrej Kawaltschjan über das Gesetz. Er mag es nicht, weil es Stimmung mache gegen Schwule und Lesben. Aber gegen Putin sei er nicht, wie auch? „Unser Präsident hat so sinnliche Lippen und einen durchtrainierten Körper.“

Ein Boykott? Bloß nicht, sagt er.

Denn Sotschi sei eigentlich eine tolerante Stadt. Schon zu Sowjetzeiten habe es neben dem FKK-Strand einen Abschnitt für Schwule gegeben. „Da liege ich manchmal mit Badeanzug und Perücke und genieße es, die Blicke auf mich zu ziehen.“ Aber natürlich gibt es auch offenen Schwulen Hass. Da ist zum Beispiel der Fall des 17-jährigen Schülers, der kürzlich von Klas-



Video: Ein Auftritt von Andrej Kawaltschjan

spiegel.de/app472013dragqueen
oder in der App DER SPIEGEL



AFRIKA (I) Schafft der Kontinent den Sprung in die Zukunft? Wer profitiert von dem Reichtum, den Afrika birgt? Wie verändern Handys und Laptops den Alltag der Menschen? Und was wäre Afrika ohne seine starken Frauen, die endlich auch teilhaben

wollen am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben? In einer dreiteiligen Serie beschreibt der SPIEGEL den Wandel eines Kontinents, den der Westen schon abgeschrieben hatte. Und der jetzt Unternehmergeist, Mut und neues Selbstbewusstsein zeigt.

„Die Löwen brechen auf“

Afrika boomt – eine neue Mittelschicht entsteht, und ein Kontinent wird digital.

Die Frontseite war pechschwarz. In der Mitte, gerahmt von den Umrissen Afrikas, ein grimmiger Buschkrieger, der mit einer Panzerfaust herumfuchtelte. Über dem Bild stand: „Der hoffnungslose Kontinent“.

Die Titelgeschichte des britischen „Economist“, des einflussreichsten Wirtschaftsmagazins der Welt, erschien im Mai 2000. Es war ein zutiefst pessimistisches Dossier, das den miserablen Ruf Afrikas vollends ruinierte: ein verlorener Erdteil, auf ewig geplagt von Stammeskriegen, Hungersnöten und Massenarmut.

Seit der Jahrtausendwende wird Afrika anders wahrgenommen. Das liegt an einem Wirtschaftsaufschwung, der nicht mehr in das übliche Zerrbild passen will. Dem oftmals totgesagten Kontinent wird eine Wiedergeburt prophezeit: Afrika, ein erwachender Riese mit schier unermesslichen Naturschätzen (rund 40 Prozent der weltweiten Rohstoffreserven, 60 Prozent des unkultivierten Agrarlands), schnellwachsenden Absatzmärkten und einer jungen, hochmotivierten Bevölkerung.

„Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert Afrikas“, verkündete der damalige Präsident Nigerias, Olusegun Obasanjo.

Die Fakten jenseits der Fiktionen: Kein anderer Erdteil hat im vergangenen Jahrzehnt so rasant zugelegt wie Afrika. Das reale Wirtschaftswachstum betrug zwischen 5 und 10 Prozent pro Jahr, in Ölstaaten wie Angola 2007 sogar 22,6 Prozent – Weltrekordverdächtig.

In einer Studie der Weltbank kommen 17 der 50 Volkswirtschaften mit den größten wirtschaftlichen Fortschritten aus Afrika. Das Bruttoinlandsprodukt des Kontinents – über 1,7 Billionen Dollar – entspricht fast dem Russlands.

Afrika zeige jetzt sein wahres Potential und biete „Myriaden von Gelegenheiten“, so die deutsche Beratungsagentur Roland Berger; Investoren könnten es sich nicht mehr leisten, dies zu ignorieren.

Weil in Europa und Amerika infolge der Finanzkrise und der Sparpolitik mo-

mentan nicht viel zu holen ist, entdecken Kapitalanleger und Spekulanten den afrikanischen Kontinent. Investmentfonds, die mit Bodenschätzen, Nahrungsmitteln oder Ackerland zocken, verheißen märchenhafte Renditen.

Historiker sprechen schon von einem zweiten „Wettlauf um Afrika“, vergleichbar dem am Ende des 19. Jahrhunderts, als die europäischen Kolonialmächte den „dunklen Erdteil“ unter sich aufteilten und plünderten. Im Zeitalter des global entfesselten Kapitalismus sind neue Konkurrenten hinzugekommen: Indien, Brasilien und kleinere Schwellenländer wie die Türkei, vor allem aber China.

Die Großmacht aus Fernost hat den Westen überholt, sie ist der wichtigste Wirtschaftspartner Afrikas, das chinesisch-afrikanische Handelsvolumen betrug im Vorjahr fast 200 Milliarden Dollar. Angetrieben vom unstillbaren Hunger nach Rohstoffen und Massenmärkten, erobern die Chinesen den Erdteil so zielstrebig, dass afrikanische Intellektuelle schon vor einem „gelben Kolonialismus“ warnen. Doch die meisten Afrikaner sehen im Engagement der neuen Global Player eine Chance, sich aus der Armut zu befreien.

Der Boom lässt sich an vielen Indikatoren ablesen, an der Autodichte und den infernalischen Verkehrsstaus in den Metropolen, an glitzernden Shopping-Malls oder an infrastrukturellen Großprojekten. Schnellstraßen, Bahntrassen, Flughäfen, Staudämme, Kraftwerke, Pipelines und Fabriken werden gebaut, in den Megastädten Lagos, Nairobi, Addis Abeba entstehen Industrieparks und Sonderwirtschaftszonen.

Eine neue Gründerzeit ist angebrochen, viele Afrikaner wirken so zuversichtlich wie seit dem Ende der Kolonialära in den frühen sechziger Jahren nicht mehr. Ökonomen führen das auf drei Hauptfaktoren zurück: politische Stabilität, wirtschaftliche Reformen und einen technologischen Innovationsschub, der den gesamten Kontinent erfasst hat.

Viele Länder werden inzwischen besser regiert, Afrika ist friedlicher und demokratischer geworden. Am Ende des Kalten Krieges gab es nur in 3 von 53 afrikanischen Staaten halbwegs funktionierende Demokratien, heute sind es 25 von 54. Jenseits der chronischen Konfliktzonen im Kongo, Sudan oder in Somalia hat die Zahl der Bürgerkriege, Militärputsche und Gewaltexzesse abgenommen.

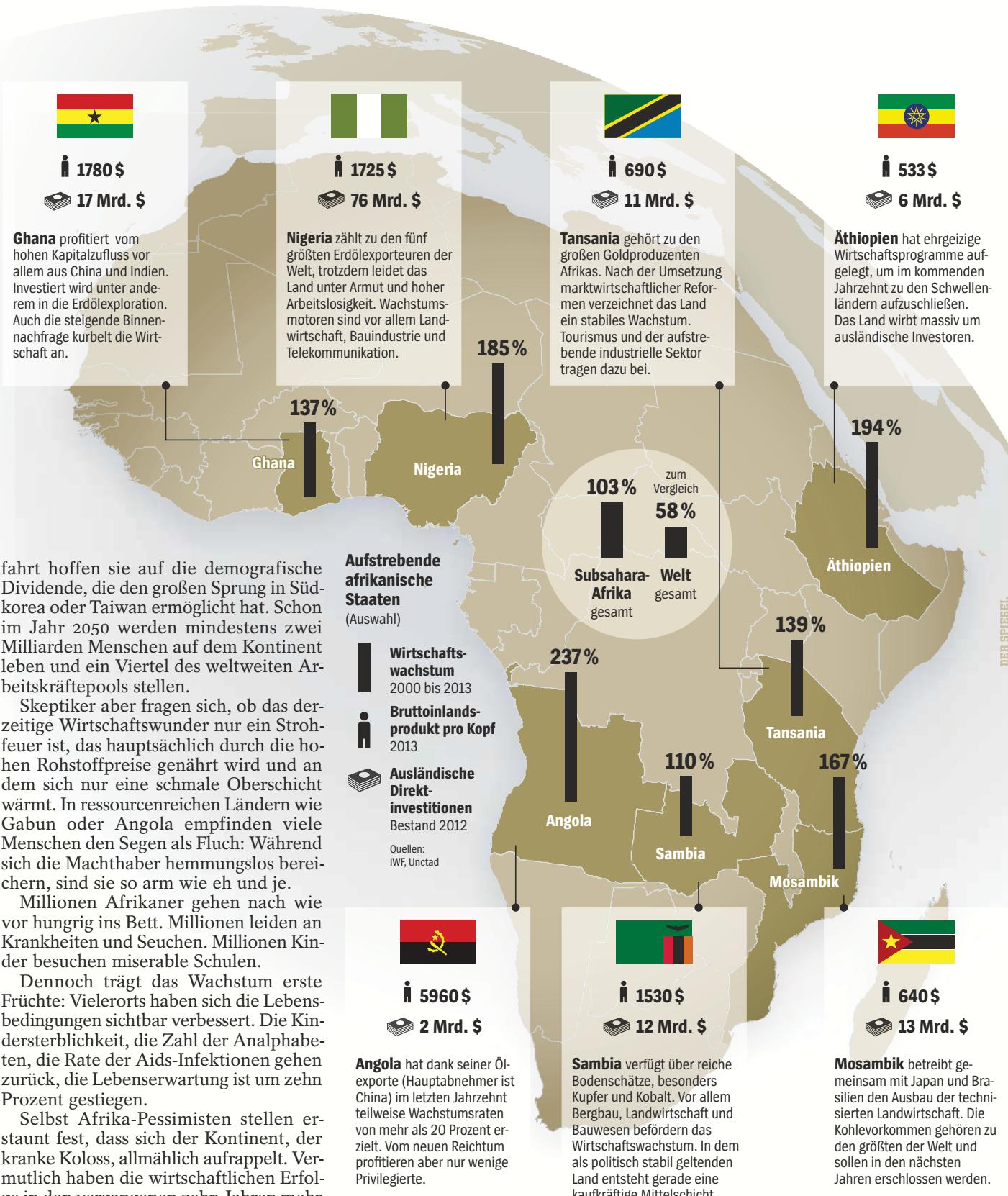
Zugleich vollzieht sich eine Revolution im Informations- und Kommunikationssektor: Afrika vernetzt sich auf modernen Daten-Highways mit der Welt. Nirgendwo breitet sich das Internet so flächendeckend aus wie zwischen Kairo und Kapstadt, nirgendwo nimmt die Zahl der Mobiltelefone so explosiv zu; 650 Millionen Afrikaner benutzen ein Handy – mehr als in Nordamerika!

In Kenia entwickeln junge einheimische IT-Experten innovative Anwendungen der Mobiltelefonie und leisten globale Pionierarbeit. Entwicklungsexperten sprechen von Leapfrogging: Afrika holt die Modernisierung nach, überspringt dabei das industrielle Zeitalter und landet in der digitalen Zukunft. Der freie Zugang zu Informationen fördert die wirtschaftliche Aktivität, stärkt die Zivilgesellschaft und führt vor allem in den Großstädten zu sozialen Umwälzungen. Die Jugend und die Frauen Afrikas emanzipieren sich.

Das Antriebsaggregat des Fortschritts ist die neue Mittelschicht. Sie umfasst mehr als 310 Millionen Menschen, schätzt die African Development Bank – so viele, wie die USA Einwohner hat.

Wer in die afrikanische Mittelklasse aufgestiegen ist, entspricht nicht mehr dem Klischee des hilflosen, bettelarmen Afrikaners. Es sind selbstbewusste Bürger, die Arbeit haben, Wohnungen kaufen und in die Ausbildung ihrer Kinder investieren – wie Mittelschichten in aller Welt.

„Die Löwen brechen auf“, heißt nun die neue Lösung der afrikanischen Eliten – eine Anspielung auf die asiatischen Tigerstaaten. Nach Jahrzehntelanger Tal-



fahrt hoffen sie auf die demografische Dividende, die den großen Sprung in Südkorea oder Taiwan ermöglicht hat. Schon im Jahr 2050 werden mindestens zwei Milliarden Menschen auf dem Kontinent leben und ein Viertel des weltweiten Arbeitskräftepools stellen.

Skeptiker aber fragen sich, ob das derzeitige Wirtschaftswunder nur ein Strohfeuer ist, das hauptsächlich durch die hohen Rohstoffpreise genährt wird und an dem sich nur eine schmale Oberschicht wärmt. In ressourcenreichen Ländern wie Gabun oder Angola empfinden viele Menschen den Segen als Fluch: Während sich die Machthaber hemmungslos bereichern, sind sie so arm wie eh und je.

Millionen Afrikaner gehen nach wie vor hungrig ins Bett. Millionen leiden an Krankheiten und Seuchen. Millionen Kinder besuchen miserable Schulen.

Dennoch trägt das Wachstum erste Früchte: Vielerorts haben sich die Lebensbedingungen sichtbar verbessert. Die Kindersterblichkeit, die Zahl der Analphabeten, die Rate der Aids-Infektionen gehen zurück, die Lebensorwartung ist um zehn Prozent gestiegen.

Selbst Afrika-Pessimisten stellen erstaunt fest, dass sich der Kontinent, der kranke Koloss, allmählich aufrappelt. Vermutlich haben die wirtschaftlichen Erfolge in den vergangenen zehn Jahren mehr bewirkt als Afrikas Anteil an der gesamten Entwicklungshilfe von geschätzten 2,3 Billionen Dollar, die in einem halben Jahrhundert geflossen sind.

Afrika, der Zukunftskontinent? Experten wie Robert Kappel und Birte Pfeiffer vom Hamburger GIGA-Institut für globale Studien loben zwar die Fortschritte in einzelnen Ländern, dämpfen aber die Euphorie. Die Mehrzahl der 48 Subsahara-Staaten liege auf der weltweiten Wohl-

standsskala noch ganz unten, nur wenige hätten tatsächlich Anschluss gefunden, stellen die beiden Wirtschaftswissenschaftler fest. Überschwängliche Vergleiche mit den asiatischen Tigern halten sie für „wenig angebracht“.

Denn die hausgemachten Probleme könnten die jüngsten Errungenschaften schnell wieder zerstören: Staatsversagen, Misswirtschaft, Nepotismus, endemische

Korruption, Kapitalflucht. Wenn die Wende nachhaltig sein soll, müssen sich die Afrikaner endlich von ihren Kleptokraten befreien.

In einer dreiteiligen Serie beschreibt der SPIEGEL, beginnend in diesem Heft, drei Triebkräfte des Aufschwungs: die Wirtschaftsoffensive Chinas, die digitale Revolution und den Kampf der afrikanischen Frauen für eine bessere Zukunft.



Feierlichkeiten bei Grundsteinlegung für ein Stadion in Lusaka: „Wir sehen Afrika mit anderen Augen, nicht als verrotteten Kontinent“

Der Drache und der Strauß

Chinesische Unternehmen erobern den Schwarzen Kontinent und sichern sich so den Zugriff auf Rohstoffe. Afrikas Staaten profitieren von der Wirtschaftsförderung aus Fernost – in der Bevölkerung wächst das Misstrauen gegenüber den neuen Investoren.



Alles ist so, wie es immer war. Kariöse Häuserzeilen, verwitterte Türstöcke mit arabesken Schnitzereien, schlaglöchrige Lehmwege, am Strand morsche Fischerboote und mittendrin die Boma, die steinerne Festung der deut-

schen Eroberer: Bagamoyo, ein Küstenstädtchen in Tansania, gleichgültig unter der Tropensonne dahindämmernd.

Bagamoyo war einmal die Hauptstadt der Kolonie Deutsch-Ostafrika, von 1888 bis 1891, dann wurde der Verwaltungssitz nach Daressalam verlegt, weil das Gestade für einen richtigen Seehafen zu flach

war. Seither scheint hier die Zeit stehen geblieben.

„Aber bald wird in Bagamoyo nichts mehr so sein, wie es immer war“, sagt Marie Shaba. „Denn jetzt kommen die neuen Herrscher der Welt, die Chinesen.“

Die 65-jährige Radiojournalistin trägt eine Kitenge in leuchtendem Mangogelb,



MOMENT / AGENTUR FOCUS

das traditionelle Kleid der tansanischen Frauen. Sie nennt sich Kulturaktivistin. Seit Jahren kämpft sie dafür, dass Bagamoyo, dieser im 19. Jahrhundert bedeutsame Schauplatz des Sklavenhandels und der Kolonialgeschichte, zum Weltkulturerbe erklärt wird.

Nun befürchtet Shaba, dass der verträumte Ort in den Wellen des Fortschritts versinken wird.

Denn im Frühjahr tauchte Bagamoyo plötzlich in den internationalen Wirtschaftsnachrichten auf: Weltweit berichteten über 400 Zeitungen, dass China für den Bau eines modernen Containerterminals 15 Kilometer südlich der Stadt einen zinsgünstigen Kredit von zehn Milliarden Dollar bereitstelle und darüber hinaus die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone im Hinterland des Hafens finanzieren wolle.

„Das ist gut für Tansania, sehr gut. Das arme Land wird einen gewaltigen Sprung machen“, sagt Janson Huang. Es ist auch gut für ihn und seine Firma. Der 36-jährige Manager leitet die Niederlassung des chinesischen Bauunternehmens Group Six International in Dares-salam. Der kleine, drahtige Mann mit dem schütteren Oberlippenbart ist leger gekleidet: offenes, grau-weiß gestreiftes Hemd, dunkle Hose. Huang spricht gutes Englisch, und er redet offen und direkt.

Das ist ungewöhnlich, normalerweise sind chinesische Investoren medienscheu, sämtliche Anfragen des SPIEGEL bei anderen in Tansania registrierten Unterneh-

bilateralen Verträge. Der Staats- und Parteichef kam gerade aus Moskau, und es war kein Zufall, dass die zweite Station seiner ersten Auslandsreise in Afrika lag.

China, die Wirtschaftsgroßmacht aus Asien, ist hungrig nach Bodenschätzen, Energie, Nahrungsmitteln und Absatzmärkten. Afrika hat all das zu bieten: rund 40 Prozent der weltweiten Rohstoffreserven, 60 Prozent des unkultivierten Agrarlandes, eine Milliarde Einwohner mit steigender Kaufkraft und eine Reservearmee billiger Lohnarbeiter.

„Unsere Beziehungen stehen an einem neuen historischen Ausgangspunkt“, sagte der chinesische Präsident den tansanischen Gastgebern. Afrika gehöre zu den

Allerorten setzen die Chinesen unübersehbare Zeichen ihrer Präsenz: Präsidentenpaläste, Ministerien, Kongresshallen.

men wurden abgelehnt oder erst gar nicht beantwortet.

Die Firma im Gewerbegebiet von Mikocheni war nicht leicht zu finden, die ungeteerte Zufahrtsstraße hat noch keinen Namen. Ein unscheinbarer Komplex hinter hohen, mit Stacheldraht bewehrten Mauern. Gegenüber dem Materiallager zwei rote Lampions, der Zugang zum wenig einladenden Wohnheim der chinesischen Vorarbeiter. Gleich daneben das Büro des Chefs, Kunstledersessel, Aktenchränke, kahle Funktionalität.

Janson Huang, gelernter Ingenieur, arbeitet seit zehn Jahren in Ostafrika, erst in Kenia, dann in Tansania. Er mag seine neue Heimat, er will mit seiner Familie bleiben und wünscht sich ein zweites Kind, einen Sohn.

Es sei nicht einfach gewesen, in Tansania Fuß zu fassen, sagt er, „aber wir Chinesen scheuen kein Risiko. Wir sehen Afrika mit anderen Augen als der Westen, nicht als verrotteten Kontinent, sondern als einen Wirtschaftsraum mit enormem Potential“.

Huang's Privatunternehmen war am Bau zahlreicher Gebäude beteiligt, zuletzt hat es den Crystal Tower im Zentrum Daressalam hochgezogen. „Wir investieren und schaffen Arbeit, es ist eine Win-win-Situation für beide Seiten.“

Der einzige Schmuck in Huangs Büro sind gerahmte Fotos an der Wand, sie zeigen ihn bei der Übergabe von Firmenspenden für humanitäre Zwecke. Besonders stolz ist er auf ein Gruppenbild mit seinem Präsidenten Xi Jinping. Huang steht direkt hinter der schönen First Lady: ein junger Wirtschaftspionier aus China.

Das Foto wurde beim Staatsbesuch von Xi aufgenommen, Ende März dieses Jahres. Chinas frischgekürter Präsident unterzeichnete die Investitionsabkommen für den Hafen von Bagamoyo und die Sonderwirtschaftszone sowie 17 weitere

am schnellsten wachsenden Weltregionen, es presche voran wie ein „galoppierender Löwe“.

Xi erinnerte an das herzliche Verhältnis zwischen dem Großen Vorsitzenden Mao Zedong und dem tansanischen Gründervater Julius Nyerere, pries den brüderlichen Kampf gegen den Imperialismus und beschwore die gemeinsamen Interessen aller Entwicklungsländer. „Wir sind wahre Freunde, wir behandeln uns als gleichwertige Partner.“

Zuvor hatte Xi Jinping ein monumentales Konferenzzentrum, das ein chinesischer Baukonzern schlüsselfertig in die Wirtschaftsmetropole Daressalam gestellt hat, in einer symbolischen Geste an den tansanischen Präsidenten übergeben. Anschließend fuhr er zum BRICS-Gipfel nach Durban, Südafrika, um Geschäfte mit Indern, Brasilianern, Russen und Südafrikanern zu machen.

Tansania zählt zu den Schwerpunkten der chinesischen Globalisierungsstrategie in Afrika. Im Jahr 2011 investierte ein Großunternehmen hier drei Milliarden Dollar in Kohle- und Eisenerzminen. Von strategischem Interesse sind die enormen Gasvorräte vor der Küste des Landes, geschätzte 40 Billionen Kubikfuß, angeblich mehr als in den Niederlanden. Die China National Petroleum Corporation verlegt gerade eine 532 Kilometer lange Pipeline von Mtwara nach Daressalam.

Im Hafen von Bagamoyo sollen dann Supertanker das auf minus 164 Grad Celsius heruntergekühlte Flüssiggas aufnehmen und nach Fernost transportieren. Auch Erze und Agrargüter aus Tansania, Sambia und dem Kongo sollen von hier aus verschifft werden. Zudem sollen die Chinesen einen Marinestützpunkt planen, um ihre Wirtschaftsinteressen am Indischen Ozean militärisch zu sichern.

„Die Geschichte wiederholt sich“, sagt Marie Shaba, die Kulturaktivistin. „Früher wurden über Bagamoyo Elfenbein



Von China finanziertes Konferenzzentrum der Afrikanischen Union in Addis Abeba: „West is best“ – das war einmal

und Sklaven exportiert, heute sind es Bodenschätze.“

Bagamoyo bedeutet: „Wirf dein Herz weg.“ So tauften einst die Sklaven den Ort. Wer es auf dem Weg zur Küste nicht geschafft hatte, den Menschenjägern zu entfliehen, war hier endgültig verloren.

Chinas ökonomische Offensive in Afrika begann vor der Jahrtausendwende, zunächst ganz langsam und unmerklich. Seit 2000 aber verzweigten sich das chinesisch-afrikanische Handelsvolumen; 2012 betrug es an die 200 Milliarden Dollar. Das Reich der Mitte stieg zum wichtigsten Wirtschaftspartner Afrikas auf, es hat die alten Großmächte – Großbritannien, Frankreich, die USA – überholt.

Seit Jahren pflegt China eine intensive Besuchsdiplomatie. Präsidenten, Regierungschefs und Minister haben fast alle Subsahara-Staaten bereist, die ihre Politik unterstützen und Taiwan nicht anerkennen. Sie erließen Schulden, gewährten Milliardenkredite, besiegelten Rüstungsgeschäfte, verteilten großzügige Entwicklungsgeschenke. Vor allem aber sicherten sie sich den Zugriff auf Afrikas Rohstoffe.

Der „Einfall“ Chinas sei „die dramatischste und wichtigste Veränderung in den Außenbeziehungen des Kontinents seit dem Ende des Kalten Krieges“, befand Christopher Clapham vom Centre of African Studies in Cambridge.

Mittlerweile sind mehr als 2000 chinesische Firmen und weit über

eine Million chinesische Staatsbürger in den Subsahara-Staaten aktiv. Sie begegnen einem in den großen Städten, in den Bergbauzentren, auf Ölfeldern, Plantagen und selbst in den hintersten Urwalddörfern. Es sind Manager und Militärberater, Ärzte und Agronomen, Ingenieure und Importeure, fliegende Händler, Kleinstunternehmer und Vertragsarbeiter, die auf zahllosen Großbaustellen beschäftigt sind.

Allerorten setzen die Chinesen unübersehbare Zeichen ihrer Präsenz: Präsidentenpaläste, Ministerien und Kasernen, Kongresshallen, Museen, Sportstadien, Rundfunkanstalten, Hotelkomplexe und agroindustrielle Großbetriebe. Sie renovieren Eisenbahnlinien, asphaltieren Tausende Straßenkilometer, bauen Flughäfen, Staudämme, Kraftwerke, Krankenhäuser. Sie erneuern einen Großteil der Infrastruktur des Kontinents.

Zwischen 2000 und 2011 habe China ungefähr so viel Hilfe geleistet wie die USA im selben Zeitraum, schätzt das Center for Global Development in Washington: rund 75 Milliarden Dollar für insgesamt 1673 Projekte. Allerdings ist die Grenze zwischen profitablen Investitionen und uneigennützigen Initiativen fließend.

Die Konkurrenz aus dem Westen hat oft das Nachsehen. Chinesische Staatsunternehmen arbeiten unbürokratischer, schneller und billiger, und in der Regel liefern sie die Finanzierung der Projekte durch zinsgünstige Kredite der Staatsbanken gleich mit.

Für den Ausbau der Infrastruktur erhalten sie im Gegenzug lukrative Lizenzen zur Ausbeutung von Rohstoffen und fossilen Energieträgern. So wurde zum Beispiel ein gestern noch marginalisiertes

und kriegsgeplagtes Land wie Angola zu einem der wichtigsten Erdölleiteranten Chinas – es konkurrierte mit Saudi-Arabien um die Spitzenposition.

Auch andere aufstrebende Schwellenländer haben Afrika entdeckt oder wiederentdeckt: Indien, Brasilien, die Türkei zählen dazu, doch keines breitet sich zwischen Khartum und Kapstadt so schnell aus wie China. Lamido Sanusi, Gouverneur der Zentralbank Nigers, verspürt schon einen „Hauch von Kolonialismus“.

Der senegalesische Intellektuelle Adama Gaye geht noch weiter – er



Manager Huang in Daressalam: „Zäher als ihr Weißen“

FREDERIC COURBET / PANOS / DER SPIEGEL

warnt vor einer zweiten Welle der Eroberung. In seiner Kampfschrift „Le dragon et l'autruche“ stehen sich China, der gefäßige Drache, und Afrika, der einfältige Strauß, als höchst ungleiches Duo gegenüber. „Sie nehmen, was sie kriegen können“, sagt Gaye über die Chinesen. Er wirft ihnen sogar vor, durch soziale Abkapselung „so etwas wie eine Kultur der Apartheid“ zu schaffen.

Azaveli Lwaitama, 61, sieht das gelassener: „Die Chinesen bleiben unter sich und ziehen einfach ihr Ding durch.“ Der Philosophiedozent spricht für das Vision East Africa Forum, einen Think-Tank, der sich über die Zukunft Ostafrikas Gedanken macht. „Wir werden gerade globalisiert und erleben den beschleunigten Verteilungskampf um unsere Ressourcen.“ Der Kapitalismus zeige dabei nur ein anderes, „ein chinesisches Gesicht“.

Man kann die Worte des Dozenten kaum verstehen, nebenan dreschen Rammen mit ohrenbetäubendem Lärm Stahlpfosten in den Boden. Eine chinesische Baustelle. Ganz Daressalam ist eine Baustelle, aus der City schießen Wolkenkratzer, Bürokomplexe, Bankentürme. In den Straßen herrscht Dauerstau, jeder zweite Passant rennt mit einem Handy herum.

„Wir sind in der modernen Welt angekommen, das sieht alles vielversprechend aus, aber man sollte sich nicht täuschen lassen“, gibt Lwaitama zu bedenken. Denn die Mehrheit der 45 Millionen Tansanier habe trotz eines Wirtschaftswachstums von rund sieben Prozent im Jahr

keit, Korruptionsbekämpfung und den Schutz der Menschenrechte einfordert.

Deshalb schätzen auch Despoten wie Simbabwes Präsident Robert Mugabe die Genossen aus China so: Die Kooperation füllt die leeren Haushaltssachen und sichert ihre Macht. Und Afrikas Diktatoren werden nicht geschurigelt, wenn sie ihre Völker unterdrücken und ausplündern.

Als zum Beispiel das Regime im Sudan einen verbrecherischen Vertreibungskrieg in Darfur führte, störte das Peking nicht weiter. Es lieferte weiterhin Waffen und blockierte Resolutionen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Hauptsache, das Öl floss, der Sudan ist nach Angola Chinas zweitwichtigste Bezugsquelle in Afrika.

Mit der wirtschaftlichen Dominanz Chinas erodiert allmählich auch der politische Einfluss des Westens. In autoritären Staaten wie Äthiopien, Uganda oder Ruanda ist das Leitbild der chinesischen Entwicklungsdiktatur längst eine willkommene Alternative zur liberalen Demokratie: mehr Wachstum, weniger Freiheit.

Zugleich schwindet die kulturelle Deutungsmacht Europas und Amerikas. Chinas staatliche Nachrichtenagentur Xinhua unterhält mittlerweile 28 Büros in Afrika, mehr als jeder westliche Konkurrent. Das Staatsfernsehen CCTV, das im Vorjahr eine neue Propagandazentrale in Nairobi eingerichtet hat, zählt immer mehr Zuschauer. Denn statt der üblichen Katastrophenberichte verbreitet der Sender überwiegend „good news“ aus Afrika und präsentiert China als „wahren Freund“.

In den Townships werden die neuen Einwanderer „yellow masters“ geschimpft, gelbe Kolonialherren.

2012 bislang nicht viel vom Aufschwung; im Gegenteil, die Kluft zwischen Armen und Reichen sei größer geworden.

„Die afrikanischen Führer haben China, die attraktivste Braut auf dem Weltmarkt, geheiratet, und nun jammert der Westen über den unerwünschten Rivalen“, sagt Lwaitama. Dabei würden die Chinesen genauso wie Amerikaner oder Europäer von Profitinteressen getrieben. „Aber sie haben einen entscheidenden Vorteil, sie sind zäher als ihr Weiß, sie kommen aus der Armut und können unter schwierigsten Verhältnissen überleben.“

„West is best“ – das war einmal. Enttäuscht von Europa und Amerika, wo ihr Kontinent oft als hoffnungsloser Fall abgeschrieben wird, schauten die Afrikaner in den Fernen Osten. Dort fanden sie einen starken Verbündeten – einen, der vor allem Big Business machen möchte und sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten einmischt. China knüpft keinerlei politische Konditionen an die wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Gegensatz zum Westen, der zumindest auf dem Papier gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit,

Dennoch wächst in Südafrika, wo bereits 250 000 Chinesen leben sollen, der Unmut. In den Townships werden die neuen Einwanderer „yellow masters“ geschimpft, gelbe Kolonialherren. Die Chinesen seien gierig, rücksichtslos und oft auch rassistisch, heißt es; sie würden Afrika nur ausbeuten, seine Märkte mit Billigprodukten überschwemmen und die ohnehin schwache heimische Industrie ruinieren.

In Angola beklagen Gewerkschafter, dass chinesische Firmen zu wenige Arbeitsplätze für Einheimische schaffen; in der Hauptstadt Luanda hört man Gerüchte über chinesische Strafgefangene, die auf den Großbaustellen Zwangsarbeit leisten müssen.

In Sambia kommt es regelmäßig zu Protesten gegen die Hungerlöhne und inhumanen Arbeitsbedingungen in chinesisch geführten Kohle- und Kupferzechen. Chinesische Sicherheitskräfte schossen in den vergangenen Jahren mehrfach auf streikende Bergleute und richteten ein Blutbad an. Einer der Kumpel, den im Juli 2006 eine Kugel traf, sagte: „Sie betrachten uns einfach nicht als menschliche



LANG HONGGUANG / PICTURE ALLIANCE / AP / DPA

Chinas Staatschef Xi, Tansanias Präsident Jakaya Kikwete: „Wir sind wahre Freunde“

Wesen.“ Bei einem Lohnstreit im August 2012 wurde ein chinesischer Manager von wütenden Arbeitern getötet.

In Simbabwe nennt man Waren, die aus China stammen, Zing-zhong: Schrottprodukte, die schnell kaputtgehen. Auf dem Kariakoo-Markt im tansanischen Daressalam wurden unlängst chinesische Händler attackiert. „Die unterbieten jeden Preis und verderben uns das Geschäft“, klagt eine Marktfrau.

„Was soll die ganze Aufregung? Es herrscht doch auf der ganzen Welt freier Wettbewerb“, sagt Janson Huang, der Manager des chinesischen Bauunternehmens in Tansania. „Wir nutzen unsere Möglichkeiten und tun genau das, was der Westen seit Jahrhunderten tut.“ Der Vorwurf, chinesische Firmen würden nur Landsleute einstellen, sei unberechtigt. Sein Baukonzern beschäftige rund 1000 einheimische Arbeiter und 50 Chinesen in leitenden Funktionen. Er hält sie an, die Amtssprache Kiswahili zu lernen. Man müsse sich kulturell anpassen, sagt Huang.

Der Unternehmer widerlegt das Klischee der räuberischen Chinesen, die über Afrika herfallen. Aber nun hat Janson Huang keine Zeit mehr, seine beiden Smartphones surren. Es geht um Großprojekte in Bagamoyo, die Ausschreibungen laufen, seine Firma rechnet mit lukrativen Aufträgen.

Auch die indische Kumar-Gruppe plant hier ein Gaskraftwerk, ein japanisches Konsortium legte bereits Entwürfe für die Hafenanlage vor. Der deutsche Konzern HeidelbergCement investierte in den letzten Jahren 130 Millionen Dollar in sein Tochterunternehmen in Wazo Hill, einem Ort mitten in der Sonderwirtschaftszone.

In Bagamoyo löst die Goldgräberstimung gemischte Gefühle aus. „Die Men-

schen sind verunsichert, weil sie überhaupt keine Informationen erhalten. Selbst die Stadtverwaltung weiß nicht, was da auf sie zukommt“, sagt Baraka Kalangahe, 53, Projektleiter einer kleinen Umweltorganisation, die das fragile Ökosystem an der Küste bewahren will.

„Die jungen Leute hoffen auf Arbeit, aber viele glauben nicht mehr daran.“ Kalangahe erzählt von den Fischern, die um ihre Zukunft fürchten, und von einem kleinen Dorf am Meer, das gerade geräumt wird: „Die Regierung siedelt die Bewohner gegen geringe Entschädigungen einfach um.“ Es gehe schließlich um ein Projekt von kontinentaler Bedeutung, um den mit Abstand größten Hafen Afrikas, in dem pro Jahr 20 Millionen Container umgeschlagen werden sollen.

Aber wird es auch eine Erfolgsgeschichte für Tansania? Die Regierung ist durch den jüngsten „Africa Progress Report“ gewarnt. Darin stellt ein Gremium unter der Leitung des ehemaligen Uno-Generalsekretärs Kofi Annan fest, dass Afrika durch undurchsichtige Rohstoff-Deals und Steuervermeidung jährlich rund 38 Milliarden Dollar einbüßen würde, ein Verlust, der die geleistete Entwicklungshilfe bei weitem übersteige.

Im derzeitigen Boom, der vor allem durch Chinas Offensive beflügelt wird, setzt sich also die alte Asymmetrie fort: Afrika bleibt ein Lieferant von Bodenschätzen, die Wertschöpfung findet anderswo statt.

„Eine kleine Clique bereichert sich, die Massen bleiben arm: Das ist der Fluch des Rohstoffsegens. Aber wir haben die Chance, das zu ändern“, sagt Godwin Nyelo, 52, Geologe, Berater der tansanischen Regierung in Bergbaufragen und Vorstandsmitglied eines australischen Urankonzerns. Er wohnt in Wazo Hill,

die neueingerichtete Sonderwirtschaftszone beginnt quasi an seiner Türschwelle.

Nyelo ist viel im Ausland unterwegs, um Bedenken zu zerstreuen und Investoren anzuwerben. In einer PowerPoint-Präsentation mit der Überschrift „Ostafrica: Der große Sprung nach vorn?“ zeigt er eine Grafik, die aussieht wie eine farbenprächtige Schatzkarte. Darauf sind die Ressourcen seines Landes verzeichnet: Edelsteine, Gold, Kupfer, Nickel, Kobalt, Magnesium, Phosphate, Kaolin, Kohle, Eisenerz, Uran, Erdgas – alles, was die Weltwirtschaft begehrt.

„Die Regierung plant ein transparentes Ressourcenmanagement“, erläutert Nyelo. „Wir streben nachhaltige Entwicklung an, der Wohlstand soll allen Tansaniern zugutekommen.“

In der Küstenstadt Mtwara, wo die von den Chinesen finanzierte Gas-Pipeline beginnen soll, fühlen sich die Leute schon jetzt betrogen. Sie fordern, dass eine Gas-aufbereitungsanlage in der Region gebaut wird, um Arbeitsplätze zu schaffen. Vor rund sechs Monaten brachen hier Unruhen aus, die Regierung verlegte Soldaten nach Mtwara, mehrere Demonstranten wurden getötet. Augenzeugen sprachen von „bürgerkriegsartigen Zuständen“.

Die Regierung Tansanias verspricht eine goldene Zukunft, aber die „wananchi“, die einfachen Leute, sind misstrauisch geworden. Korrupte Politiker und Geschäftsleute sollen rund 5,9 Milliarden Dollar Schwarzgeld auf ausländischen Konten gebunkert haben, schätzt eine von der Regierung ernannte Kommission.

Marie Shaba, die Kulturaktivistin, befürchtet, dass die gerissenen Unterhändler aus China und anderen Ländern die naiven und bestechlichen Regierungsbeamten über den Tisch ziehen werden. „Die Versuchung ist groß, wir sind doch wie Hühner, die nicht fliegen können.“

Afrika werde gerade zum zweiten Mal aufgeteilt, wie damals, 1885, auf der Berliner Konferenz der europäischen Kolonialmächte, sagt Shaba. Die Afrikanerin steht am Bootssteg von Mbegani und schaut über die Mangroveninseln in der türkisgrünen Bucht. Bald wird dieses Idyll der Hafenanlage weichen müssen. Dann werden riesige Schiffe von hier ablegen, beladen mit den Reichtümern des afrikanischen Kontinents.

BARTHOLOMÄUS GRILL

Lesen Sie im nächsten Heft:

Der digitale Kontinent – wie Mobilfunk und Internet Afrika verändert haben und Unternehmer davon profitieren



Video:

Investoren aus Fernost

spiegel.de/app472013afrika
oder in der App DER SPIEGEL

KOMMENTAR

Aus der Bahn

Von Christian Wüst

Die alten Intercity-Waggons der Bahn sind das Rückgrat des deutschen Schienenverkehrs. Sie stammen aus einer Zeit, als der Kanzler noch Helmut Schmidt hieß, und sie sind auch so robust wie das rastlos rauchende Polit-IDOL. Wenn ein moderner ICE ausfällt, kommt als Ersatz oft einer dieser Nostalgiezüge daher wie ein Gruß aus guten alten Rheingold-Tagen, als die Bahn AG noch Bundesbahn hieß, nicht wirklich schnell war, aber solide.

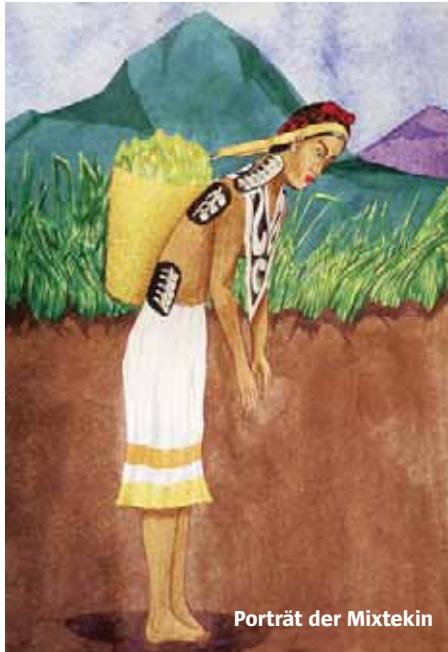
In diesem Winter werden die Oldtimer wohl wieder häufig Pannendienst leisten. Die kalte ist die verschleißträchtige Jahreszeit, und bis heute ist nicht klar, wann die 16 dringend benötigten neuen ICE-Züge von Siemens endlich in Dienst gestellt werden können.

Seit einem Jahr blockiert das Eisenbahn-Bundesamt ihre Auslieferung, weil die Brems elektronik Probleme macht. Die Behörde monierte, dass der Zug auf den Bremsbefehl des Lokführers nur mit einer Verzögerung von etwa einer Sekunde reagierte. Immerhin, sagt Siemens, sei nur die „Betriebsbremse“ betroffen. Notbremsungen erfolgten unverzüglich. Soll das beruhigen? Vor allem aber: Sollte sich ein solches Problem nicht innerhalb eines Jahres lösen lassen? Antworten auf diese Fragen gibt es keine. Siemens verweigert jeden Kommentar, auch die Bahn und ebenso das Bundesamt. Der Zulassungsprozess laufe, heißt es, der soll, bitte schön, nicht gestört werden.

Es scheint, als verwendeten all die Beamten und Prüfer und Ingenieure mehr Energie auf das Kaschieren dieses einen Elektronikfehlers als auf seine Behebung. Zwischen Politik und Industrie in der Autonation Deutschland herrscht wohl ein Konsens: Dem Bundesbürger kann eine marode, vertrödelte Bahn durchaus zugemutet werden. Der pseudoprivatisierte Betrieb – Eigentümer ist zu 100 Prozent der Bund – leistet sich den Luxus, schlecht zu funktionieren.

ARCHÄOLOGIE

Krank zur Arbeit



Porträt der Mixtekin

Die Frau war keine Schönheit. Sie litt am sogenannten Klippel-Feil-Syndrom, einem Gendefekt, bei dem der Hals kurz und unbeweglich wird. Eine Schiefstellung könnte die Gesichtszüge verzogen haben, auch die Schultern standen nicht gerade. Doch trotz ihrer Gebrechen lebte die Frau zur Zeit der späten Postklassik (1200 bis 1520) im heutigen mexikanischen Bundesstaat Oaxaca als vollwertiges Mitglied ihrer Gemeinschaft, des Volks der Mixteken. Das schlossen die Anthropologin Martha Alfaro Castro und ein Ärzteam des Hospital Civil de Oaxaca aus der Untersuchung des entsprechenden Knochenfunds. Die Skelettteile zeigen, dass die Mixtekin arbeitete wie alle anderen auch; sie trug Lasten auf dem Rücken und kniete wohl oft auf dem Boden, etwa wenn sie Essen zubereitete. Der Dame von damals ist nun eine Ausstellung im Historischen Regionalmuseum von Ensenada im mexikanischen Bundesstaat Baja California gewidmet. Zu den Fotos der Knochen hat der Künstler Ernesto Arrolla Santiago eindrucksvolle Porträts der Mixtekin gemalt; sie zeigen, wie die Frau zu Lebzeiten ausgesehen haben könnte.

TIERE

Killerschweine

Hätten Stachelschweine keine Stacheln, wären sie längst ausgestorben: Füchse, Wölfe, Wildkatzen – für viele Räuber sind sie eine begehrte Beute. Wie genau die Nagetiere ihre spitzen Verteidigungswaffen einsetzen, haben jetzt Wissenschaftler der Universitäten von Siena, Florenz und Western Ontario in der Toskana untersucht. Dort werden



Stachelschwein mit Jungtier

Stachelschweine während der Jagdsaison nicht selten von Jagdhunden angegriffen. Offenbar, so konnten die Forscher beobachten, verteidigen die Tiere sich dabei in vier Eskalationsstufen. Erstens: die Stacheln (die winzige Widerhaken besitzen) aufstellen. Zweitens: mit den hohlen Schwanzstacheln rasseln. Drittens: knurren. Und viertens: Gegenangriff der Stachelschweine. Dabei rennen die Nager mit steil aufgestellten Stacheln rückwärts in Richtung Aggressor. Bei einzelnen Hunden reichte meist schon das Rasseln, und die Tiere machten sich davon. Offenbar wussten die Hunde genau, dass diesem Geräusch Schmerz folgen kann. Gegen eine ganze Gruppe von Hunden allerdings war ein Stachelschwein machtlos. Andersherum kann ein Trupp Stachelschweine einem einzelnen Hund durchaus gefährlich werden. Ein Jungtier kam zu Tode, als es von zwei Stachelschweinen rückwärts mit aufgestellten Stacheln in die Enge gedrängt wurde: Die Nager hatten es einfach aufgespießt. Die Forscher fanden auch Füchse und Dachse mit Stacheln im Körper, die meisten schon tot, einer schwer verwundet.



Echt? Als Brigitte Howarth, Insektenforscherin an der Sajed-Universität in Dubai, die Bohrfliege auf einem Oleanderstrauch im Norden Omans herumkrabbeln sah, dachte sie zunächst, echte Ameisen hätten sich des Tieres bemächtigt. Erst bei nä-

herer Betrachtung erkannte sie, dass es sich um ein Flügelmuster handelte. Noch haben die Wissenschaftler nicht klären können, ob es im Laufe der Evolution zum Schutz der Fliege entstanden ist – oder ob hier der Zufall am Werk war.

WELTALL

Mission Marsmond

Der Mars ist das neue Ziel der bemannten Raumfahrt, schon trainieren Astronauten für den Langzeitflug, aber zunächst gilt es, den Nachbarplaneten – und seine Monde – weiterhin gründlich zu erforschen. Dabei könnten jüngste Erkenntnisse von Astronomen der amerikanischen Brown University in Providence, Rhode Island, helfen. Auf der Oberfläche des Marsmonds Phobos haben die Wissenschaftler eine feine Staubschicht ausgemacht, die von zwei Himmelskörpern stammt: der größere Teil von Phobos – und ein kleinerer Teil vom Roten Planeten höchstselbst. Die Forscher hatten untersucht, wie sich Felssplitter und Staub von Asteroideneinschlägen auf dem Mars ins All ausbreiten. Sie stellten dabei fest, dass diese Marsreste zum Teil von Phobos eingefangen werden. Material von diesem Marsmond zur Erde zu bringen ist

wesentlich einfacher, als es vom Mars zu holen. Denn Phobos ist klein, 20 Kilometer im Durchmesser, und seine Anziehungskraft gering. Ein Weltraumgefahrt brauchte verhältnismäßig wenig Treibstoff, um zurück zur Erde zu starten. Das passt zu den Plänen der russischen Raumfahrtagentur: Die will eine Sonde Richtung Phobos schicken, sie soll Gesteinsproben sammeln – und könnte nun problemlos echtes Marsmaterial zusammenklauben.



Größter Krater des Marsmonds Phobos

MEDIZIN

Geld prägt Meinung

Zu Beginn der Schweinegrippe-Pandemie vor drei Jahren, als die Lage noch unklar war, gaben manche Wissenschaftler Entwarnung – während Kollegen das Bild eines tödlichen Seuchenzugs malten. Jetzt hat ein Team der London School of Hygiene and Tropical Medicine damalige Medienberichte ausgewertet und dabei festgestellt, dass die Pharmaindustrie die Forscher offenbar bei ihrer Einschätzung der Lage massiv beeinflusst hatte: Wissenschaftler, die für Vorträge oder Forschung Geld von der Industrie bekamen, dramatisierten die Schweinegrippe viel häufiger als Wissenschaftler ohne solche Interessenkonflikte. Ähnlich war es bei Tamiflu und den anderen Grippemitteln: Industrienahe Experten priesen diese Medikamente eher an als Forscher, die kein Geld von Big Pharma bekamen.

ALTERTUM

Wettlauf der Götter

Eine Ausstellung in Karlsruhe soll eine epochale Frage der Religionsgeschichte beantworten: Wieso gewann das Christentum in der Antike den Konkurrenzkampf der Kulte? Was machte Jesus zum Superstar?

Vor mehr als 2000 Jahren wurde die römische Republik von einem blutigen Religionsstreit erschüttert; er sollte als „Bacchanalienskandal“ in die Geschichte eingehen. Anhänger des aus dem Orient heranschwappenden Ritus um den Weingott Bacchus verabredeten sich in den Gassen der Hauptstadt zu orgiastischen Feiern, die in Raserei, Wollust und Trance endeten. Zeugenbefragungen ergaben, dass sich zum „Tosen der Trommeln und Zimbeln“ auch „Giftmischer“ unter die Verzückten mischten.

Womöglich waren Drogenhändler gemeint.

Am 7. Oktober 186 vor Christus verbot der Senat das liederliche Treiben. 7000 Personen wurden inhaftiert, viele starben. Es war das erste Mal, dass sich die antike Weltmachte – per Federstrich – gegen den entgrenzten Taumel morgenländischer Religiosität wehrte.

Bald danach stemmten sich die Cäsaren erneut gegen eine fremde Heilslehre – allerdings vergebens. Adepten dieser Sekte verehrten einen Mann mit Dornenkronen und beteten in Katakomben.

Tausende Urchristen verloren ihr Leben. Sie wurden totgepeitscht oder von Hunden zerfleischt. Dennoch hatte der Kult steten Zulauf. In der Spätantike war die Bewegung auf rund zehn Millionen Gläubige angeschwollen.

Wieso dieser Vormarsch? Gab es im Römischen Reich nicht über 50 Alternativen? Mit jedem Feldzug verlebte sich das Land neue Überirdische ein – vom nordischen Wotan bis zum furchtbaren Baal aus Karthago. Jeder durfte sie anbieten, Rom war tolerant. Warum aber ging aus all dem Gewimmel ausgerechnet der Schmerzensmann aus Nazaret als Sieger hervor?

Exakt diese Frage wird in einer Ausstellung des Badischen Landesmuseums in Karlsruhe aufgeworfen. „Imperium der Götter“, so der Titel der Schau, stellt gut 400 Exponate vor: Dämonen aus Marmor, zerborstene Prachtsarkophage aus dem

Vatikan und auch eine nachgebaute Kulthöhle.

Vor allem aber geht es um Jesus und seine wichtigsten Widersacher am Firmament: Auch sie kamen aus dem Orient und lockten mit Erlösung, Trost und einem rosigen Jenseits.

Die ägyptische Isis zum Beispiel versprach ihren Anhängern ein ewiges Faulenzen im Paradies. Als die Römer das Pharaonenland eroberten, stieg die nach

halten, dann hätte die Welt dem Mithras gehört“, urteilte der Historiker Ernest Renan.

Die offiziellen Staatsgötter, allen voran Juno, Minerva und Jupiter, wirkten eher steif und unnahbar. Monumental in Stein geschlagen, standen sie in ihren Tempeln auf dem Palatin. Das war nichts für Herz und Seele.

Die Götzen aus dem Morgenland dagegen boten Schutz, Wärme und Geborgenheit. Ihnen habe man sich mit „persönlicher Ansprache“ nähern können, erklärt der Museumschef Harald Siebenmorgen.

Auch das Rauschhafte der orientalischen Kultpraxis zog die Bürger an. Im Dienst der aus Asien stammenden Kybele, die in Rom als „Große Mutter“ populär wurde, standen blondierte und geschminkte Eunuchen, entmantelt durch Selbstkastration. Unter willem Geheul führten die Männer Kreisänzäne auf.

Fasziniert war die rational gestimmte Großmacht offenbar auch vom Mysterium, das die östlichen Religionen umwehte. Es waren allesamt dunkle Geheimkulte. Bei Mithras musste jeder Adept sieben Weihestufen durchlaufen. Er fing als „Rabe“ an, es folgten die Ränge „Löwe“ und „Sonnenläufer“. Ganz oben stand der „Vater“. Über die Initiationsriten ist leider wenig bekannt, kein Mitglied durfte das Arkanum verraten, entsprechend spärlich sind die Quellen.

Gewiss ist nur, dass jeder Neuling nackt in den Clan eintrat und zuerst einen symbolischen Tod sterben musste, der mit Mutproben und Folterungen einherging. Dazu gehörten eine Art Waterboarding sowie Verbrennungen und angetäuschte Pfeilschüsse.

Nur, woher stammte die Stiertöter-Zeremonie? Kurz vor der Zeitenwende war sie plötzlich da. Manche Forscher vermuten hinter dem Kult höchstes astrales Wissen: Im Jahr 127 vor Christus hatte der Astronom Hipparchos die Taumelbewe-

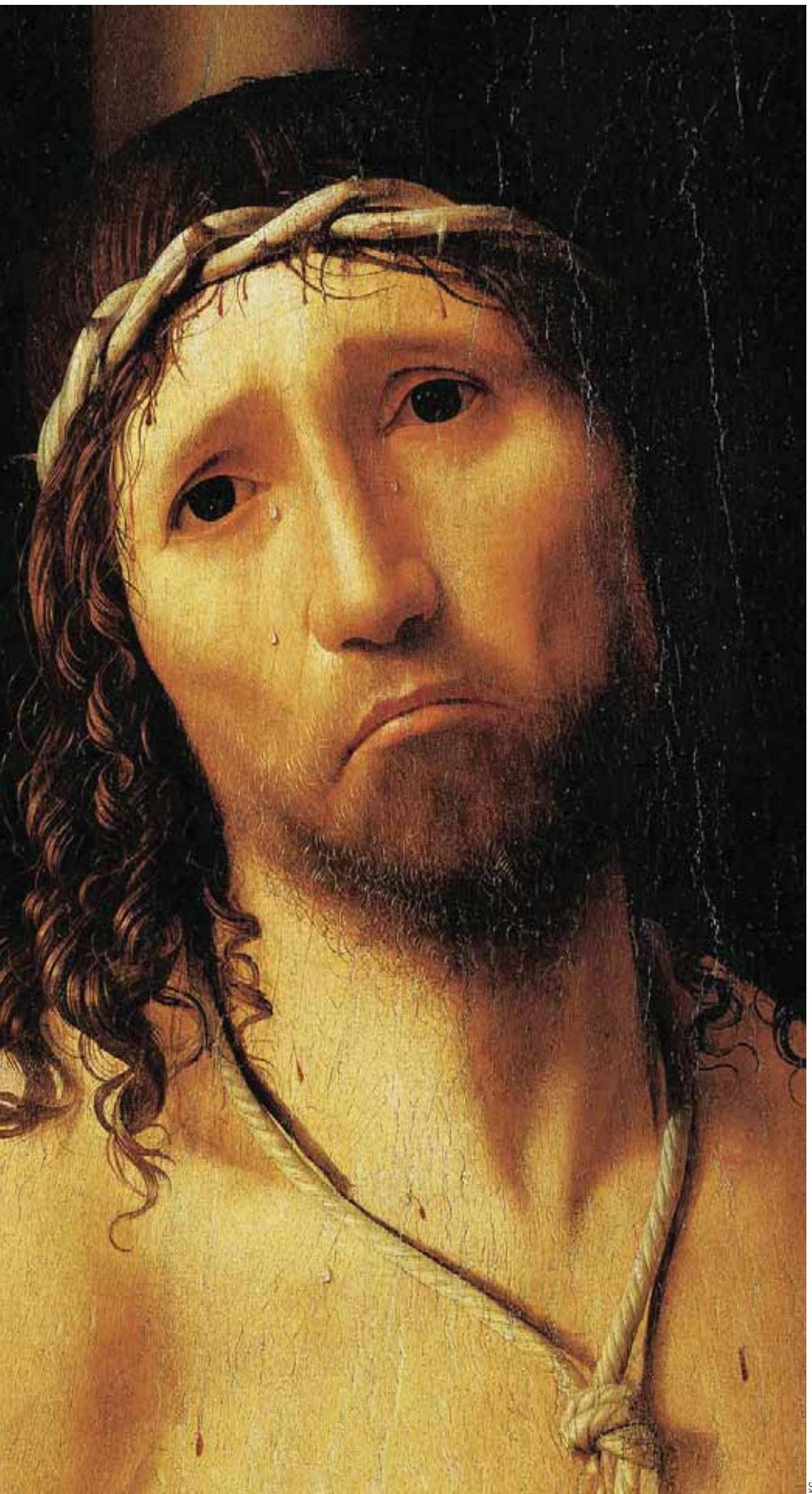


Stiertöter Mithras: Äfferei des Teufels

Europa importierte Gattin des Osiris zur universellen Heilsgestalt auf. In einem Gedicht wird sie als „Himmelsgöttin“, „Königin der Toten“ und „Urmutter der Früchte“ gepriesen.

Beliebter noch war Mithras, ein Gott mit Mütze und Dolch. Seine Wurzeln lagen in Persien. Reliefs zeigen den fremden Überirdischen als Stiertöter. Aus dem Blut und dem Samen des Rindes, so der Glaube, entstehe neues Leben.

Noch im 1. und 2. Jahrhundert sah es so aus, als könnte sich der Tiermeuchler an die erste Stelle im römischen Pantheon setzen. „Hätte ein tödliches Missgeschick den Siegeszug des Christentums aufge-



ung der Erdachse („Präzession“) entdeckt. Ihm wurde bewusst, dass die Fixsterne einer langsamen Umwälzung unterliegen, die rund 25 000 Jahre dauert.

Zur Zeit des Hipparchos stand am Tag des Frühlingsanfangs das Sternbild des Widders im Zenit. Dieses war gerade dabei, von den herandrehenden Fischen verdrängt zu werden. Rund 2000 Jahre zuvor hatte dort das Sternbild des Stiers gestanden.

Dieser Untergang, so die Vermutung, drückte der Mithras-Kult allegorisch aus. Anerkannt ist die These nicht. Klar ist nur, dass die Weihestätten meist unterirdisch lagen.

Dort, im Verborgenen, trafen sich auch die Urchristen. Es waren kleine, versprengte Grüppchen, von vielen gehasst. Die Vorstellung vom schmählichen Tod Jesu habe das gemeine Volk anfangs verwirrt, erklärt Siebenmorgen: „Das kam den Leuten widersinnig, ja sogar anstößig vor.“

Als Beleg dient dem Museumschef das vielleicht verblüffendste Exponat der Schau. Es ist eine Krakelzeichnung, entstanden um 125 nach Christus, und damit die älteste Kreuzesdarstellung überhaupt. Das Graffito prangte an einer Kadettenanstalt auf dem Palatin, wo die Oberschicht ihre Kinder ausbildete.

Das Bild zeigt einen Jungen, daneben hängt der gekreuzigte Jesus mit einem Eselskopf. Unterzeile: „Alexamenos betet Gott an“. Offenbar sollte ein Schüler wegen seiner sakralen Orientierung gefoppt werden.

Dass die Botschaft der Apostel am Ende doch obsiegte, verdankten die Christen nicht zuletzt ihrer guten Organisation und der Kuscheligkeit ihrer Beständen. Hinzu kam die verlockende Idee von der Auferstehung.

Dass die Verfechter der Nächstenliebe, kaum auf der Siegerseite, dann aber selbst auf ihre Gegner eindroschen, darf angesichts des ersten Gebots Moses niemanden verwundern. Den Mithras-Kult nannten die Kirchenväter eine „Äfferei des Teufels“. Isis galt ihnen als Schlampe.

Zuletzt ging es der edlen Victoria an den Kragen. Von alters her stand im Sitzungshaus des Senats ein Altar der strahlenden Siegesgöttin. Der müsse raus, brüllten die Christen.

Zwar versuchte der Stadtpräfekt von Rom, Symmachus, noch zu beschwichtigen. „Der Himmel ist uns gemeinsam“, klagte er im Jahr 391 nach Christus, „warum ist es so wichtig, nach welcher Methode jemand die Wahrheit sucht?“

Doch der verzweifelte Toleranzappell war der letzte seiner Art im Altertum. Schon kurz danach tobten wütende Mönche durch die Straßen des Imperiums und legten die Tempel ihrer Feinde in Schutt und Asche. Der Kaiser hatte alle heidnischen Kulte verboten. MATTHIAS SCHULZ

Christus-Darstellung aus dem 15. Jahrhundert: „Widersinnig, ja sogar anstößig“

AKG

LANDWIRTSCHAFT

Zum Wohle der Knolle

Die Landtechnik-Branche baut gigantische Erntemaschinen, gesteuert von ausgefeilter Software – das Dreschen muss der Bauer nun im Simulator üben.



MARCO KASANG / DER SPIEGEL

Kartoffelroder auf der Agritechnica in Hannover: Den Nutzflächen höhere Erträge abtrotzen

Die Kartoffel ist die Diva unter den Feldfrüchten. Ihre Knollen gedeihen nur im erdigen Dunkel. Jeder Lichtstrahl während des Wachstums lässt grüne Flecken sprießen und verdirbt die Ernte. Dem Erdreich muss der Bauer sie mit Gefühl entreißen, sonst leidet die zarte Schale. Selbst ins Lagerhaus sollte er die Erdäpfel nicht einfach vom Laster kippen; Stürze aus großer Höhe bekommen ihnen schlecht.

Christian Döhmann hat das Wohl der Knolle stets im Sinn: Für den niedersächsischen Landmaschinenhersteller Grimme hat der junge Ingenieur eine Art Trocken-Whirlpool zum Kartoffelpulzen ersonnen. Noch während der elf Meter lange Bunkerroder erntet über die Scholle rumpelt, gezogen von einem wenigstens 200 PS starken Traktor, befreit Döhmanns „AirSep“ die Knollen von Steinen und Erde.

Das Prinzip ist so simpel wie elegant: Luft wird durch die Löcher im Boden einer Trennwanne gepresst und wirbelt die Kartoffeln nach oben. Steine und Erdbrocken haben ein höheres spezifisches Ge-

wicht und bleiben am Grund. Auf zwei verschiedenen Förderbändern wandern dann die Kartoffeln in den Bunker und die Brocken zurück auf den Acker.

In Hannover, auf der weltgrößten Landtechnik-Messe Agritechnica, bestaunte vorige Woche die internationale Zunft der Kartoffelproduzenten den „AirSep“ – und andere feuerwehrrote Grimme-Gefährte: den vollautomatischen Lagerhausfüller etwa, dessen Ultraschallsensoren den Abstand zur Wand und zum bereits aufgetürmten Kartoffelhaufen messen.

Der Trend zur Gigantomanie zieht sich durch sämtliche Messehallen: Die Kabine

Simulator entwickelt, mit dem der Bauer das Dreschen am Rechner übt.

Mit großem Gerät allein aber lassen sich die drängenden Probleme der Branche nicht lösen. Die Landwirte müssen ihren Nutzflächen höhere Erträge abtrotzen als bisher: Im Jahr 2025 werden sich nach Schätzungen der Vereinten Nationen rund acht Milliarden Menschen auf der Welt drängeln, 2050 könnten es zehn Milliarden sein. „Wir haben keine zusätzlichen Flächen, auf denen wir mal eben so viel mehr Lebensmittel anbauen können“, mahnt DLG-Chef Bartmer.

Um Erträge zu steigern und zugleich Energie zu sparen, soll das Agrgerät jetzt schlauer werden – und enger zusammenarbeiten. „Wir haben lange Zeit immer größere und schönere Maschinen gebaut“, sagt Claas-Geschäftsführer Hermann Garbers, „jetzt müssen sie lernen, miteinander zu kommunizieren.“

So haben sich Claas-Ingenieure mit Wissenschaftlern vom Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz zum Projekt „Marion“ zusammen geschlossen. Sie entwickelten Roboter und Software, die beispielsweise einem Traktor melden kann, wie voll der Korntank des Mähdreschers ist – so kann die Zugmaschine mit Hänger stets rechtzeitig zur Stelle sein. Der getaktete Paarlauf der Ackermanster soll unnötige Fahrten und Wartezeiten überflüssig machen.

Einzelne Methoden des sogenannten Smart Farming haben schon Einzug in die Landwirtschaft gehalten. So können moderne Sämaschinen das Korn zentimetergenau in der Erde ablegen – und zwar exakt dort, wo ein anderes Gerät zuvor den Dünger platziert hat. Den Düngerbedarf des Ackers wiederum ermitteln Sensoren. Automatische Lenksysteme lassen Traktoren und Mähdrescher die Reihen auf zwei Zentimeter genau abfahren – so bleibt kein Halm stehen, kein Tropfen Treibstoff wird vergeudet.

„In einem modernen Traktor steckt mehr Hightech als in einer S-Klasse“, erklärt Agrarsystemtechniker Thomas Herlitzius von der Technischen Universität Dresden, „die sind mit GPS gefahren, lange bevor das im Auto Standard wurde.“ Die Ansprüche der Landtechnik ließen ohnehin jede Ingenieurskunst in der Automobilindustrie verblassen, findet Herlitzius. Agrarmaschinen müssten mit widrigem Wetter und unterschiedlichsten Böden klarkommen – und dabei auch noch tonnenweise Feldfrüchte absäubern und verarbeiten. Ein Auto dagegen, so Herlitzius, „das fährt ja nur“.

JULIA KOCH



Video: Die Kartoffelernte-Maschine in Aktion

spiegel.de/app472013ernte
oder in der App DER SPIEGEL

„Wir haben nur eine Erde“

Der Geo-Ingenieur David Keith will das Weltklima aktiv verändern: mit einer Art Sonnenfilter im Himmel, der die globale Erwärmung bremst. Die Technik sei wirksam und billig, sagt er. Kritiker vergleichen sie mit der Atombombe.

Während in Warschau die Delegierten auf der Weltklimakonferenz um Reduktionsziele für Treibhausgase ringen, treibt eine kleine Schar Forscher eine ganz andere Idee vom Kampf gegen den Klimawandel voran: Sie wollen die globale Erwärmung durch einen Eingriff ins Klimageschehen des Planeten Erde bremsen. Wo immer von diesem sogenannten Geoengineering die Rede ist, taucht der Name David Keith auf. Er ist der wohl namhafteste Fürsprecher dieser Vision. Als sich der Kanadier vor gut 20 Jahren dem Thema zuwandte, galt die Idee, das Klima aktiv zu manipulieren, als gefährliche Spinnerei. Klimaschützer reagierten empört, Keith fand Morddrohungen auf seinem Anrufbeantworter vor. Inzwischen gewinnt die Option des Geoengineering zunehmend Anhänger, auch der Weltklimarat IPCC setzt sich in seinem jüngsten Bericht damit auseinander. Keith, 50, forschte lange im kanadischen Calgary, wo er auch eine Firma gründete, die Verfahren zur Klimatechnologie entwickelt. Vor zwei Jahren erhielt Keith einen Ruf an die Harvard University und pendelt seither zwischen Calgary und Boston.

SPIEGEL: Herr Professor, sind Sie ein „Klimaklempner“?

Keith: So stand es im „New Yorker“, nicht wahr? Es sind mir schon alle möglichen Namen zugeschrieben worden. Aber ich sehe mich nicht als Klimaklempner. Ich befasse mich vielmehr mit Klimatechnologie, dem sogenannten Geoengineering.

SPIEGEL: Wie würden Sie das Anliegen der Klimaingenieure beschreiben?

Keith: Es besteht in dem Versuch, das Klima mutwillig und global zu lenken.

SPIEGEL: Klingt ziemlich vermessens. Sie selbst haben dem „New Yorker“ gegenüber erklärt, dass Geoengineering, unbedacht angewendet, dazu führen könnte, „das Leben auf Erden auszulöschen“ ...

Keith: ... und viele meiner Kollegen waren sehr unglücklich über diesen Satz. Was ich damit sagen wollte, ist Folgendes: Wenn wir die Klimatech-



Pinatubo-Ausbruch im Juni 1991: „Aerosole in der Stratosphäre verringern die Erwärmung“

nologie mit Weisheit, Demut und gleichzeitig mit einer möglichst wirksamen Reduktion der Treibhausgasemissionen einsetzen, dann wird dies mit großer Sicherheit zum Wohle der Erde sein. Aber es gehört auch zu unserer Verantwortung, darüber zu reden, was wir im schlimmsten Fall damit anrichten könnten. Was geschieht, wenn derjenige, in dessen Hand diese Technik liegt, durchdreht? Was, wenn die menschliche Rasse irgendwann beschließen sollte, kollektiv Selbstmord zu begehen?

SPIEGEL: Dann wäre die Klimatechnologie die Methode der Wahl? Mit anderen

Worten: Sie arbeiten an der gefährlichsten Technik der Welt?

Keith: Ja und nein. Das Geoengineering ist immer wieder mit der Atombombe verglichen worden. Und in einer Hinsicht sind beide wirklich vergleichbar: Mit geringem Aufwand lässt sich ein gewaltiger Effekt erzielen. Aber der große Unterschied besteht darin, dass die Klimatechnologie ihrem Wesen nach viel langsamer wirkt: in Jah-

ren statt in Minuten. Das lässt deutlich mehr Raum für einen wohlbedachten, vorsichtigen Einsatz.

SPIEGEL: Kritiker werfen Ihrer Zunft vor, Gott zu spielen ...

Keith: ... vielleicht nicht ganz zu Unrecht. Ich persönlich habe nicht das Gefühl, Gott zu spielen. Aber diese Formulierung umschreibt ja durchaus das, worum es hier geht: die Sehnsucht danach, die gesamte Natur verändern zu können.

SPIEGEL: Eine Sehnsucht, die Sie teilen?

Keith: Ach, der Mensch hat doch längst begonnen, den Planeten zu modifizieren. Denken Sie nur an die Landwirtschaft, die Treibhausgase, den Eingriff in den Stickstoffhaushalt der Erde.

SPIEGEL: Wobei in all diesen Fällen niemand von vornherein den Plan hatte, den Planeten umzugestalten.

Keith: Sie haben recht. Die Absicht spielt durchaus eine Rolle – wir unterscheiden ja auch zwischen Totschlag und Mord. Aber meine Absicht und die meiner Kollegen ist, dem Treibhauseffekt entgegenzuwirken und damit den Einfluss des Menschen zu verringern. Das ist etwas ganz anderes, als wenn wir das Klima nach unseren eigenen Vorstellungen gestalten wollten. Wer den Klimawandel



Physiker Keith

nur verlangsamen will, der spielt nicht Gott.

SPIEGEL: Und wie würden Sie es anstellen, diesen Prozess zu bremsen?

Keith: Die Idee besteht darin, die Strahlungsbilanz der Erde ein klein wenig zu verändern, indem man zum Beispiel Schwefelaerosole in der Stratosphäre versprüht. Diese Methode ist billig, wirksam, schnell einzuführen, aber unvollkommen.

SPIEGEL: Wieso unvollkommen?

Keith: Weil sie nicht alle Probleme, die mit dem Ausstoß von Kohlendioxid verbunden sind, löst. So ändert sie nichts daran, dass die Ozeane versauern.

SPIEGEL: Und was genau heißt „billig“?

Keith: Meiner Schätzung zufolge würden die Kosten der Injektion einer klimawirksamen Dosis von Schwefelaerosolen in einer Größenordnung von etwa einer Milliarde Dollar im Jahr liegen. Das ist fast nichts, wenn Sie daran denken, dass die jährlichen Kosten des Klimawandels bis zur Mitte dieses Jahrhunderts auf mindestens eine Billion geschätzt werden.

SPIEGEL: Eine Milliarde Dollar – das klingt geradezu beängstigend billig. Das heißt, jeder Milliardär könnte es sich im Prinzip leisten, nach seinem Gutdunkeln an der Klimaschraube zu drehen?

Keith: Jedenfalls haben wir es hier mit einer Technik zu tun, bei der „billig“ nicht unbedingt „gut“ heißt. Wobei ich es für schwer vorstellbar halte, dass ein Einzelner im Alleingang ein Geoengineering-Programm startet. Er würde von seiner Regierung daran gehindert.

SPIEGEL: Und was ist, wenn ein kleiner Inselstaat, der sich vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht sieht, beschließt, die Welt ein wenig abzukühlen?

Keith: Ein solches Vorhaben wüsste die internationale Gemeinschaft sicher zu stoppen. Mir bereiten eher große Staaten wie Indien, Indonesien oder die USA Sorgen.

SPIEGEL: Wer auch immer Schwefel in der Stratosphäre versprüht, geht gewaltige Risiken ein. Macht Ihnen das keine Angst?

Keith: Kein Zweifel, die Gefahren sind erheblich. Irgendwann regnet der Schwefel auf die Erde zurück und kann dort eine Gefahr für Gesundheit und Umwelt bedeuten. Hinzu kommt das Risiko, die Ozonschicht zu schädigen.

SPIEGEL: Eine löschrige Ozonschicht bedeutet mehr UV-Strahlung, und das wiederum bedeutet mehr Hautkrebs. Wollen Sie Tote für Ihre Kur des Weltklimas in Kauf nehmen?

Keith: Das zu rechtfertigen wäre gar nicht so schwierig. Wir führen regelmäßig Techniken ein, die einige Menschen gefährden. Mit der Inbetriebnahme jedes neuen Kraftwerks ist Luftverschmutzung verbunden, die zu Todesfällen führen kann. Im Übrigen ist noch gar nicht klar, wie sich die Injektion von Schwefelaerosolen



Nutzung der Klimatechnologie, aber eines ist klar: Sie wird umso wahrscheinlicher, je differenzierter die Manipulation des Klimas wird.

SPIEGEL: Wäre das Drehen an mehr als einer Schraube denn technisch überhaupt möglich?

Keith: Durchaus. Und ich habe auch schon dahingehende Arbeiten veröffentlicht – auch wenn ich mich inzwischen frage, ob wir in dieser Richtung fortfahren sollten.

SPIEGEL: Das lässt sich doch überhaupt nicht verhindern.

Keith: Nicht ganz, aber ein Stück weit schon. Öffentliche Programme haben klar definierte Ziele. Und dabei kann man sich überlegen, ob man die maßgeschneiderte Klimamanipulation zu einem der Ziele erklärt oder nicht.

SPIEGEL: Gibt es bereits handfeste Pläne, das Versprühen von Schwefelaerosolen in der Stratosphäre zu testen?

Keith: Das hängt davon ab, was Sie „handfest“ nennen. Eine Reihe von Gruppen denkt über Experimente nach.

SPIEGEL: Wer müsste einen solchen Großversuch eigentlich genehmigen?

Keith: Jedenfalls gibt es hier riesige Gesetzeslücken. Wenn ich Schwefel durch einen Kraftwerksschlott ausstoßen will, ist das genau geregelt. Und wenn ich Schwefel aus den Triebwerken eines Flugzeugs herausblase, ebenfalls. Aber wenn ich die millionenfache Menge in der Stratosphäre versprühen will, um das Klima zu verändern, ist das nicht geregelt. So erstaunlich es ist: Wer das täte, würde damit kein geltendes Recht verletzen.

SPIEGEL: Das heißt, niemand könnte Ihnen Einhalt gebieten?

Keith: Im Prinzip ja, und das ist ein Unding. Wir brauchen dringend klarere Regeln. Aus meiner Sicht sollten wir uns auf ein Memorandum einigen, in dem sich die großen Forschungsinstitutionen für Transparenz und präzise Risikoabschätzungen bei Stratosphärenexperimenten aussprechen. So etwas wäre zwar nicht rechtlich bindend, hätte aber enormen Einfluss.

SPIEGEL: Geoengineering hat auch politische Nebenwirkungen: Wozu noch die CO₂-Emissionen senken, wenn wir die Erderwärmung jetzt technisch stoppen können? Der Druck auf Klimakonferenzen wie jetzt in Warschau wäre deutlich verringert. Verstehen Sie, dass diese Aussicht Klimaaktivisten beunruhigt?

Keith: Absolut. Dies ist sogar die größte meiner Sorgen. Den Begriff des „moralischen Risikos“, der genau das beschreibt, wovon Sie gerade reden, habe ich selbst in diese Debatte eingeführt. Natürlich könnte Geoengineering zu einer solchen Haltung führen. Aber interessanterweise zeigte sich in Umfragen das Gegenteil: Nachdem man den Leuten von der Möglichkeit des Geoengineering erzählt hatte, waren sie eher noch besorgter ums Klima als zuvor.

* Mit dem Redakteur Johann Grolle in Boston.

SPIEGEL: Jedenfalls ist Geoengineering unter den industrienahen Ideologen, die den Klimawandel leugnen, bemerkenswert populär.

Keith: Es gibt solche Leute, kein Zweifel. Ich bestreite nicht, dass die Ölindustrie sich bemüht, unser Anliegen für ihre Zwecke zu missbrauchen. Aber Tatsache ist, dass wir die meiste Unterstützung von links und nicht von rechts bekommen. Die überwältigende Mehrheit der Befürworter des Geoengineering plädiert für scharfe Emissionsgrenzwerte.

SPIEGEL: Welche Art von Klimanotstand müsste denn Ihrer Meinung nach bestehen, ehe wir die ersten Jets losschicken, um mit der Schwefelkur fürs Weltklima zu beginnen?

Keith: Ich denke, die Leute, die vom Klimanotstand reden, sollten erst mal erklären, was zum Teufel sie damit eigentlich meinen. Dieser Begriff ist naiv, und er gibt ein völlig falsches Bild der Welt. Für einige Ökosysteme und einige Völker ist der Klimanotstand längst Wirklichkeit, andere profitieren sogar von der Erwärmung. Ich

halte nichts davon, eine Technik auf Vorrat für den Notfall aufzubewahren.

SPIEGEL: Also am besten gleich morgen anfangen?

Keith: Falls eine genaue Prüfung zeigen sollte, dass der Nutzen des Geoengineering die Risiken und Kosten bei weitem übersteigt, dann sollten wir recht bald beginnen. Allerdings behutsam und in kleinen Schritten. Das würde uns helfen, die unbekannten Risiken kennenzulernen. Und falls der Klimawandel tatsächlich irgendwann eine dramatische Wendung nehmen sollte, würde das bis dahin gewonnene Wissen unsere Lage wesentlich verbessern. Der Notstand ist der schlechteste Zeitpunkt, mit einer neuen Technologie herumzuprobieren.

SPIEGEL: Und wer sollte entscheiden, wann es losgeht mit der Klimareparatur?

Keith: Das genau ist die große Frage. Und eben deshalb sollten wir lieber heute als morgen darüber reden. Die technischen Fragen sind letztlich einfach zu lösen. Wirklich schwierig ist die Frage der politischen Steuerung. Denn wir haben nur eine Erde. Und wir müssen, als Spezies Mensch, Steuerungsmechanismen für den Umgang mit solchen global wirksamen Techniken finden – das gilt nicht nur für das Geoengineering, sondern auch für die Internetkommunikation, die Veränderung des menschlichen Genoms oder die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen.

SPIEGEL: Wenn Sie all die technischen und politischen Hürden betrachten, die dem Geoengineering noch im Wege stehen, wie lautet dann Ihre Prognose: Wird das Zeitalter der aktiven Klimamanipulation noch vor dem Ende Ihrer Karriere anbrechen?

Keith: Ich habe keine Ahnung. Jedes Mal, wenn mir diese Frage gestellt wird, versuche ich eine spontane Antwort zu geben. Ich bin gerade 50 geworden. Ich habe also, wenn alles gutgeht, noch 25 Jahre Forschung vor mir. Aber die politischen Systeme, besonders im Westen, sind so träge geworden. Ich glaube, heute entscheide ich mich für die Antwort „Nein“.

SPIEGEL: Herr Professor, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Der Vulkaneffekt

Wie künstlicher Dunst die Klimaerwärmung bremsen soll

1 Einfallende Sonnenstrahlung erwärmt die Erdoberfläche. Ein großer Teil davon wird als langwellige Wärmestrahlung wieder in den Weltraum abgegeben. Klimawirksame Spurengase wie Kohlendioxid (CO_2) wirken jedoch wie das gläserne Dach eines Treibhauses, indem sie die Wärmeabstrahlung blockieren.

2 Die Bekämpfung des Treibhauseffekts zielt überwiegend auf eine Verminderung der CO_2 -Emissionen oder darauf, die natürliche Aufnahme von Kohlendioxid aus der Luft zu stärken, etwa durch die Aufforstung von Wäldern.

3 Der Klimaforscher David Keith schlägt hingegen ein Geoengineering-Programm vor, das die Sonneneinstrahlung reduzieren soll: Flugzeuge könnten in der Stratosphäre ein schwefelhaltiges Aerosol freisetzen, das einen Teil der Strahlung reflektiert. Es käme ein Kühlleffekt zustande wie nach Vulkanausbrüchen.

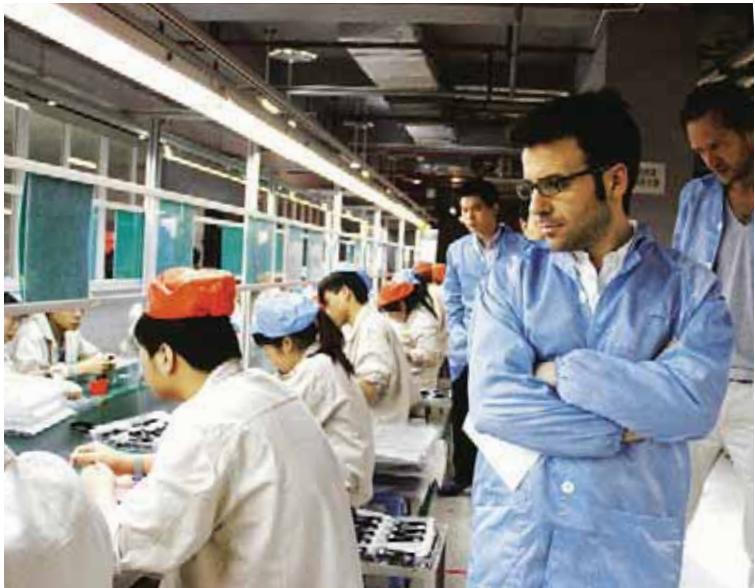
KOSTEN

| | |
|--------------------------------------------------|-------------------------|
| bei anfänglich 10 Maschinen | 700 Millionen \$ |
| und 250 000 t Schwefel | jährlich |
| zum Vergleich: | |
| geschätzte Folgekosten des Klimawandels bis 2050 | 1 Billion \$ |
| | jährlich |

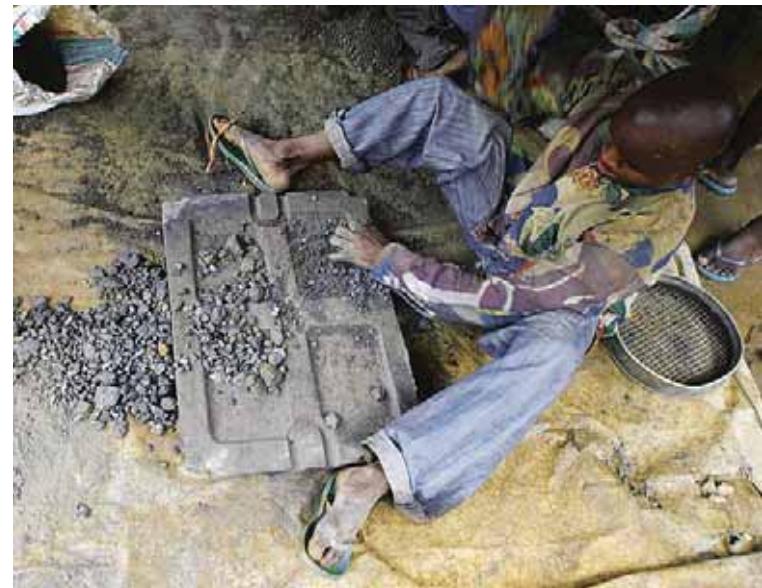
MÖGLICHE GEFAHREN

- Saurer Regen
- Beschädigung der Ozonschicht
- Auswirkung auf Pflanzenwachstum und auf den globalen Wasserhaushalt
- Störung des Sommermonsuns in Afrika und Asien

DER SPIEGEL



Fairphone-Mitarbeiter bei der Inspektion einer chinesischen Fabrik in Shenzhen, Kinderarbeit im Kongo: Entwaffnende Transparenz



ELEKTRONIK

Puzzle dir eins

Mit viel Elan haben sich junge Erfinder darangemacht, sozial und ökologisch korrekte Smartphones zu bauen. Doch Gutes zu tun ist gar nicht so einfach.

Als Dave Hakkens seine Abschlussarbeit vorlegte, hatte er nicht nur einen Gutachter, sondern 18 Millionen. So viele Zuschauer sahen sich einen Film an, den der Designstudent aus Eindhoven gedreht und auf YouTube veröffentlicht hatte. Sie gaben ihm Bestnoten.

Hakkens hatte eine simple Idee vorge stellt. Phonebloks heißt das Konzept des 25-jährigen Niederländers, Telefonblöcke. Das Prinzip: ein Smartphone, das aus Modulen zusammengesetzt wird, wie mit Legosteinen. Einen Block für den Bildschirm, einen Block für den Speicher und so weiter. Wer bessere Fotos schießen will, schiebt einfach einen neuen Kamera block in den Telefonrahmen – fertig. So muss man nicht immer gleich ein komplett neues Gerät kaufen, wenn nur eine der Komponenten veraltet ist.

„Wir brauchen endlich Handys, die länger halten“, sagt Hakkens. Tausende Interessenten meldeten sich bei ihm. Dabei gibt es nicht einmal einen Prototyp, sondern nur die Idee.

Dann rief Motorola an, der Elektronikgiant, der vor 30 Jahren mit dem Dynatac für 4000 Dollar eines der ersten Mobiltelefone der Welt auf den Markt gebracht hatte. In den neunziger Jahren dominierte die amerikanische Firma den Markt, seitdem ging es bergab, voriges Jahr kaufte Google den Handyhersteller. Nun will er wieder Anschluss finden mit der Klötzen-Idee. Jeder soll seine eigenen Blöcke entwerfen dürfen.

Lässt sich ein Telefon einfach so in seine Bestandteile zerlegen? Manche Ingenieure bezweifeln das. Denn flexible Module erfordern längere Leitungswege – das macht die Telefone möglicherweise langsamer. Und niedrige Stückzahlen machen sie teuer.

Den Fans der neuen Puzzlephones ist das erst mal egal. Sie sind Teil einer technikbegeisterten Alternativszene, die ihre politischen Überzeugungen mit Businessplänen und Lötkolben umsetzen will. „Ein Smartphone für Schrauber kommt der sogenannten Maker-Bewegung entgegen“, sagt Wolfgang Heckl, Leiter des Deutschen Museums in München, der gerade das Buch „Die Kultur der Reparatur“ vorgelegt hat. In den vergangenen Jahrzehnten erst, meint er, habe sich die „Wegwerf-Ulkultur“ entwickelt. „Das ist ein Wimpernschlag in der Menschheitsgeschichte“, meint Heckl. Es werde Zeit, dass diese Phase zu Ende geht.

Die neuen Telefonrebellen sehen sich als Widersacher von Apple und Google, die gemeinsam mit über 90 Prozent der Verkäufe den Smartphonemarkt beherrschen. Vor allem das iPhone gilt als schwierig zu reparieren, weil Speicher und Batterie schwer zugänglich sind.

Früher heftete man sich Anstecker mit „AKW? NEE!“ an den Parka – die neuen Telefone könnten diese Tradition fortführen, indem sie ein Zeichen setzen gegen die technisch hochgerüstete Konsumgesellschaft.

Das One Touch Fire der französischen Firma Alcatel allerdings eignet sich optisch eher nicht als politisches Statement: Das Ding, das seit ein paar Wochen in Deutschland von einem Billiganbieter ab 100 Euro mit Prepaid-Karte vertrieben wird, sieht aus wie ein normales Einsteiger-Handy aus Plastik. Doch wer es einschaltet, wird euphorisch begrüßt: „Wenn Sie Firefox OS benutzen, werden Sie Teil einer globalen Gemeinschaft, welche dabei hilft, eine leuchtendere Zukunft für das Internet zu erschaffen.“

Das One Touch Fire zeichnet sich vor allem durch das aus, was es nicht besitzt: ein Betriebssystem im herkömmlichen Sinne. Stattdessen kommt es mit einem frisierten Internetbrowser aus, Firefox, entwickelt von Mozilla. Die Non-Profit-Organisation besteht aus einer Kerentruppe von rund 300 bezahlten Profis, die rund 30 000 ehrenamtliche Programmierer dirigieren. Das Mozilla-Telefon ist Teil des Internets, sein Browser ein Königs weg für Renegaten der kommerziellen Online-Welt.

Die Öko-Handys

Smartphones, die unter fairen Bedingungen hergestellt und ökologisch nachhaltig sein sollen



Phonebloks (Designkonzept)

Modularer Aufbau, einfache Erweiterung, unkomplizierte Reparatur einzelner Komponenten, längere Lebensdauer, weniger Elektroschrott

Denn Firefox besitzt die Nutzer nicht auf jedem ihrer Pfade im Netz; zudem unterstützt jeder, der den Browser nutzt, indirekt die Mozilla-Stiftung, die sich der Freiheit des Internets verschrieben hat. So wird das Alcatel-Handy ein Weltverbesserungsmaschinchen.

„Jolla“ nennt sich eine kleine Truppe ehemaliger Nokia-Mitarbeiter, die von Finnland aus Sailfish-Handys entwickelt, die diesen Winter noch auf den Markt kommen sollen. Sailfish basiert auf der offenen Linux-Software und soll nicht nur für den Google-Appstore offen sein, sondern auch für andere Software-Anbieter. „We are unlike“, wir sind anders, lautet das Motto. Natürlich hat diese Andersartigkeit der Finnen ihren Preis: 399 Euro.

Am ambitioniertesten sind derzeit wohl die Erfinder des Fairphone. Es entstammt einem alternativ angehauchten Technik-Club namens Waag Society, der seit 1996 in Amsterdam residiert, im über 500 Jahre alten Gemäuer der ehemaligen städtischen Waage.

„Wir versuchen die Telefonherstellung so sozialverträglich wie möglich zu gestalten“, sagt Roos van de Weerd, verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit beim 15-köpfigen Fairphone-Team. Sogenannte Blutminerale aus Bürgerkriegsgebieten wie dem Ostkongo sollen nach Möglichkeit nicht verbaut werden. Und der chinesische Hersteller, A'Hong, hat sich zur Einhaltung arbeitsrechtlicher Standards verpflichtet. Kinderarbeit, brutale Überstunden, Diskriminierung von Minderheiten, all das soll es nicht geben.

Die ersten 25 000 Fairphones sind bereits per Internet bestellt, sie sollen nach etlichen Verzögerungen angeblich noch vor Weihnachten an die Unterstützer ausgeliefert werden. In endlosen Online-Debatten diskutieren die „Fairphoners“ über ökologische Lötspaste, Rezepte für Bananenkuchen und darüber, ob sich der Vertrieb mit Hilfe von Fahrgemeinschaften organisieren lasse.

25 000 Fairphones – das ist im Vergleich zum Gesamtmarkt natürlich homöopathisch wenig, allein in Deutschland gehen pro Jahr mehr als tausendmal so viele Handys über den Ladentisch, und Apple verkauft diese Stückzahl in weniger als zwei Stunden. „Wir wollen nicht den Markt aufrollen, sondern ein Beispiel geben“, sagt van de Weerd: „Das Fairphone ist vor allem eine Story. Wer es benutzt, regt damit Gespräche an.“

Die Pointe der Fairphone-Story lässt Firmen wie Apple oder Samsung ziemlich schlecht aussehen: Die sozial und ökologisch orientierte Produktion kostet nicht viel mehr als die übliche Herstellung. Gereade mal 22 Euro pro Fairphone fallen dafür an; insgesamt kostet das Gerät 325 Euro. Zum Vergleich: Apple verdient an einem iPhone 5 schätzungsweise über 200 Euro – ließe sich davon nicht etwas abzweigen für bessere Produktionsbedingungen?

Doch die Jungunternehmer aus Amsterdam mussten feststellen, dass es gar nicht so einfach ist, Gutes zu tun. „Bei Metallen wie Gold und Kobalt können wir die Herkunft bislang nicht lückenlos kontrollieren“, gibt Bibi Bleekemolen zu, die bei Fairphone die Lieferketten erforscht. Mehrfach schon sind sie und ihre Kollegen nach Ghana und in die Demokratische Republik Kongo gereist, um etwa Coltanminen zu inspizieren.

Man hätte auf unbedenkliche Mineraleien etwa aus Australien ausweichen können, doch schließlich entschieden sich die Jungproduzenten doch, weiterhin von kongolesischen Minen zu kaufen. Sonst müssten die dortigen Arbeiter hungern, sagt Bleekemolen. „So kommt es, dass wir letztlich auch auf Minen mit Kinderarbeit zurückgreifen.“ Verhindern könnten sie das nicht, aber immerhin offen darüber sprechen. „Einige Dörfer liegen mitten zwischen den Minen, und natürlich helfen Kinder dort ihren Müttern beim Waschen der Rohstoffe.“

Mit dieser entwaffnenden Transparenz will Fairphone die Produktion erst sichtbar machen, um sie im zweiten Schritt zu verbessern. Und in Zukunft wollen sie Metalle wie etwa Kupfer verstärkt mit „Urban Mining“ gewinnen: aus Elektroschrott-Müllkippen in Ländern wie Ghana.

„Von wirklich fair ist das Fairphone noch weit entfernt“, urteilt Friedel Hütz-Adams, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Südwind-Institut in Siegburg, das sich um gerechtes Wirtschaften kümmert. „Aber das ist auch nicht der Anspruch. Die wollen schlicht beweisen, dass es möglich ist, die Lieferkette unter Kontrolle zu bekommen.“

Das langfristige Ziel der neuen Handybauer: Öko- und Fairtrade-Labels für ihre Geräte zu schaffen, wie es sie für Kaffee oder Schokolade bereits gibt. Wohlklingende Initiativen wie die Electronic Industry Citizenship Coalition oder Global E-Sustainability Initiative seien ein Anfang, so Hütz-Adams. „Aber ein übergreifender Ansatz ist in der Branche noch lange nicht in Sicht.“

Einzelne Firmen versuchen, sich mit den Aktivisten zu schmücken. Der Phonebloks-Designer Dave Hakkens erzählt, dass Motorola ihm eine Festanstellung angeboten habe. Doch der Niederländer lehnte ab: „Ich will lieber unabhängig bleiben, bei so einem Konzern wäre ich vielleicht untergegangen.“ Ohnehin sehe er sich nicht als Handyproduzent, sein Ziel sei eher, eine Gemeinschaft von Entwicklern zu organisieren. „Jeder, der möchte, soll am Entwicklungsprozess beteiligt sein.“

Bei allen Differenzen sind sich die Entwickler der neuen Gutmenschmaschinen in einem einig: Jedes Handy lässt sich ökologisch nachrüsten. Indem man es nicht nach zwei Jahren wegwirft, sondern so lange benutzt, bis es nach mehreren Batteriewechseln und zerkratztem Display eines natürlichen Todes stirbt.

HILMAR SCHMUNDT



Sailfish/Jolla

Linux-basiertes System, von ehemaligen Nokia-Mitarbeitern, plattformübergreifend, offen auch für Google-unabhängige App-Stores, besonders leistungsfähiges Multitasking (gleichzeitiges Öffnen vieler Applikationen)

Preis 399 €

Verfügbarkeit Voraussichtlich Ende des Jahres



Fairphone

Hergestellt aus Rohstoffen, die nicht aus Bürgerkriegsregionen stammen, faire Arbeitsbedingungen beim Produzenten in China

Preis

325 € ohne Mobilfunkvertrag

Verfügbarkeit Voraussichtlich Weihnachten

Alcatel One Touch Fire

Nichtkommerzielles, offenes Betriebssystem, abgeleitet vom Browser Firefox, einfache App-Programmierung

Preis

ab 100 € mit Prepaid-Karte

Verfügbarkeit Seit Oktober



Motorola Project Ara (Designkonzept)

Modulares Handy, bei dem externe Entwickler und die Nutzer frei entscheiden können, was ihr Telefon kann: „Wir wollen für die Hardware das machen, was Android für die Software gemacht hat.“



KUNSTMARKT

„Die haben auch noch mehr Geld“



Der Kunsthändler Hans Neuendorf, 76 (Artnet), über die neuen Rekorde bei der Christie's-Auktion in New York

SPIEGEL: 142,4 Millionen Dollar für einen Francis Bacon. Wann platzt die Blase auf dem Kunstmarkt?

Neuendorf: Der Markt wird getragen von den reichsten Leuten der Welt, die miteinander in Konkurrenz stehen und spekulativ agieren. Da kann man ruhig noch 20 Millionen obendrauf legen. Leute mit so viel Geld haben auch noch mehr Geld.

SPIEGEL: Vor ein paar Jahren noch galten 100 Millionen Dollar als Grenze.

Neuendorf: Jetzt geht es munter auf die 200 Millionen zu. Das ist der Tanz ums Goldene Kalb und spiegelt die Verteilung der Güter auf der Welt.

SPIEGEL: Warum ist Kunst inzwischen vor Yachten, Flugzeugen, Privatinseln ein begehrenswerter Spielplatz für die Superreichen?

Neuendorf: Was sollen die armen Kerle denn machen mit ihrem Geld? Kunst ist das Einzige, was ihnen bleibt.

SPIEGEL: Für den „Balloon Dog“ von Jeff Koons wurden bei Christie's 58,4 Millionen Dollar gezahlt. Warum gibt es nun auch Rekordsummen für die



DON EMMERT / AFP

Koons-
Plastik „Balloon
Dog (Orange)“

lange mit Unsicherheit behaftete Gegenwartskunst?

Neuendorf: Koons ist ein ausgebuffter Werbefachmann, ein Marketing-Genie wie Damien Hirst.

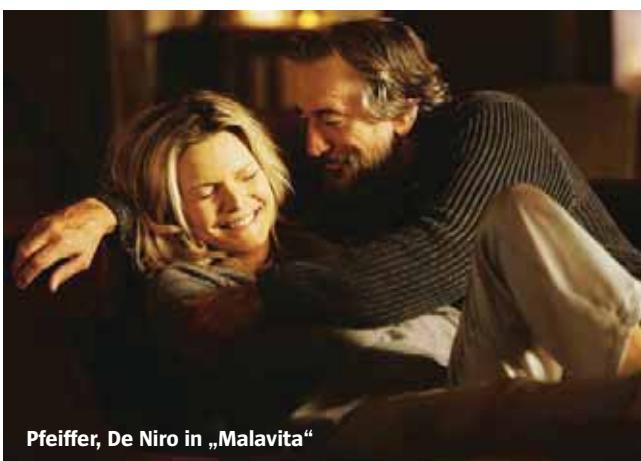
SPIEGEL: Den „Balloon Dog“ gibt es noch in Gelb, Blau, Magenta und Rot. Den gelben besitzt Steven Cohen, ein Hedgefonds-Milliardär. Seit wann interessieren sich Hedgefonds-Manager für Kunst?

Neuendorf: Seit sie diese Unsummen verdienen. Es gibt aber auch eine Menge Milliardäre, die an diesem Zirkus

nicht teilnehmen. Warren Buffett würde das nicht einfallen, auch Bill Gates hält sich zurück.

SPIEGEL: Das Bild einer Colaflasche von Andy Warhol erzielte ebenfalls einen Rekord bei Christie's. 57,3 Millionen Dollar, der teuerste Warhol jemals. Was waren Ihre Preise, als Sie Anfang der Sechziger Warhol erstmals in Hamburg ausstellten?

Neuendorf: 4000 Dollar. Ich habe damals keinen einzigen verkauft. Warhol gefiel nicht.



UNIVERSUM FILM

KINO IN KÜRZE

„Malavita – The Family“. Wenn sich Filmemacher einen Insiderwitz gönnen, muss das fürs Publikum nicht immer lustig sein. „Malavita“, inszeniert von dem Franzosen Luc Besson („Léon – Der Profi“), produziert von Martin Scorsese, ist eine launige Hommage an die Mafia-Klassiker „Goodfellas“ und „Casino“. Robert De Niro spielt noch einmal, sichtlich gelangweilt, einen Mob-Boss, der sich im ländlichen Frankreich mit Frau (Michelle Pfeiffer) und zwei halbwüchsigen Kindern zur Ruhe setzen will. Doch der Brooklyn-Clan kann nicht von seinen Gewohnheiten lassen. Delikatessenläden fliegen in die Luft, und Tommy Lee Jones verzweifelt als stoischer FBI-Aufpasser. Das ist so lange leidlich amüsant, bis der harmlose Schwank auch noch harter Thriller sein will.



GLOSSE

Enteignet Suhrkamp!

Von Lothar Gorris

Das Kapital ist böse. Der Geist aber auch. Der Frankfurter Richter Norbert Höhne jedenfalls hat vergangene Woche in seiner lange erwarteten Entscheidung über den zur Klage gebrachten gegenseitigen Ausschluss der Suhrkamp-Eigner Hans Barlach und Ulla Unseld-Berkewicz beiden Seiten schwere Verletzungen von Gesellschafterpflichten zur Last gelegt. Beide, der kapitalistische Investor genauso wie die Türsteherin des literarischen Elfenbeinturms, hätten private Interessen mit Gesellschaftsinteressen vermengt; beide hätten sich gegenseitig öffentlich diffamiert beziehungsweise diskriminiert. Der Richter sprach auch davon, dass es genügend Gründe gebe, jeden von ihnen aus dem Unternehmen auszuschließen. Was allerdings wirklich eine gute Idee wäre: Enteignet Suhrkamp! Ein Verlag ohne Barlach, ohne Unseld-Berkewicz, stattdessen eine Aktiengesellschaft im Besitz seiner Belegschaft, seiner Autoren. Rainald Goetz als Vorstandsvorsitzender! Durs Grünbein als Vorstand für Strategie! Peter Handke als Vorsitzender des Aufsichtsrats! Die Kultur den Kulturschaffenden! Und auf der jährlichen Hauptversamm-

lung machen sie sich gegenseitig zur Schnecke: Bestsellerautorin Isabel Allende fragt den Aufsichtsratsvorsitzenden Handke, warum sich seine Bücher inzwischen auch nicht mehr so gut verkaufen. Rainald Goetz muss sich den Vorwurf gefallen lassen, wieso er zwar toll über den Kapitalismus und seine Unternehmer schreiben kann, aber die Umsätze trotzdem nicht steigen. Und Durs Grünbein wird bei der Unesco dafür kämpfen, dass der Suhrkamp Verlag endlich zum Weltkulturerbe erklärt wird, was natürlich eine extrem klug ausgedachte, vielleicht sogar auch poetologisch interessante Strategie ist. Wie auch immer: Sollten die Autoren nicht rasch lernen, noch besser hauszuhalten als zu schreiben, wird der Laden bald pleite sein. Am Ende kommt der Staat und rettet ihn, und die Dichter können endlich das sein, was sie, so vermuten es ganz böse Geister, schon immer sein wollten: Staatsdichter mit monatlichem Salär und Staatsdichter-Pension. Von solch einem Modell träumen in schlechten Nächten sogar Redakteure vom SPIEGEL, denen immerhin die Hälfte ihrer Firma gehört.

POP

Kampf den Vorgärten

Schorsch Kamerun, Theaterregisseur und Sänger der linken Avantgarde-Band Die Goldenen Zitronen, hat neulich beim Bier in St. Pauli den Begriff „Vorgarten-Generation“ eingeführt. Damit bezeichnet Kamerun, 50, die ab 1960 Geborenen, aufgewachsen zwischen den Vorgärten und Siedlungen eines engen Westdeutschlands, Kinder von Deutschen, die keine Fehler mehr machen wollten; Kinder von Eltern, die nicht reden wollten, weil das Erlebte zu beschämend oder zu schmerhaft war. All die Musik, die Theaterstücke, Romane, Kinofilme, die diese Vorgarten-Kinder bis heute herstellen, ließen sich auf dieses Urtrauma zurückführen, behauptete Kamerun. Sehen wir uns also „Who's Bad“ an, das neue Album der Goldenen Zitronen: Darauf sind elektronische, zitternde, fiepende, manchmal angenehm monotone Stücke



Kamerun (3. v. l.) mit den Goldenen Zitronen

zu hören, dazu Kameruns überbordender Gesang, der einen sofort nach den Ritalin-Pillen suchen lässt. Die Texte wollen Kunst und Politik zugleich sein, sie sind assoziative Überlegungen zu Gentrifizierung, Zuwanderung oder dem Horror der Fun-Kultur. Vor allem aber bestehen sie aus der traditionell linken Selbstdistanzierung, die noch aus der Zeit im Vorgarten stammt. „Dem Stumpfsinn der Vorstädte einstmals entkommen“, heißt es in einem Song. Geografisch stimmt das. Würde es auch psychologisch stimmen, wäre diese Platte nur halb so beeindruckend.

Der Knaller, der nicht zünden wollte

Es war eine Traumkarriere: „Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand“ tauchte im September 2011 auf der SPIEGEL-Bestsellerliste auf und behauptete sich dort satte 54 Wochen lang. Dem bis dahin unbekannten Jonas Jonasson war mit seinem „Schelmenroman“ ein knallbunter Weltbestseller gelungen. Nun hat der Schwede, inzwischen 52, seinen zweiten Schmöker aufgetischt: „Die Analphabetin, die rechnen konnte“.

Sie heißt Nombeko, wächst in den siebziger Jahren im südafrikanischen Soweto auf und fällt früh durch ihr phänomenales Rechentalent auf. Als 15-Jährige landet sie als Putzfrau in einer geheimen Hochsicherheitsanlage, wo an einer Atombombe gearbeitet wird. Rasch hat Nombeko die physikalische Fachliteratur im Labor verschlungen, und sie beginnt, ihrem schwachköpfigen Chef geniale Tipps einzuflüsteren: Dank der Putzfrau kann Südafrika nach zehnjähriger Arbeit seine erste Bombe testen. Wenig später landet Nombeko als Asylsuchende in Stockholm, heimlich im Gepäck eine Handvoll Rohdiamanten sowie, schlimmer noch, eine Atombombe. Doch mit bei dem weiß die kleine Schwarze in dem fremden weißen Land wenig anzufangen. Und ihr Autor auch nicht, obwohl seine Figuren im Lauf der nächsten Jahrzehnte vor keiner Tollheit zurückschrecken. Fatal ist nicht der haarsträubende Blödsinn (den könnte ein Fabulierer mit Slapstick-Bravour wohl auskönnen), sondern Jonassons Unfähigkeit, den Stoff in seinem plattfüßig-humorigen Einheitsstonfall lebendig zu machen. Sein erster Roman geriet so amüsant, weil sich dort der schlitzohrige Hundertjährige selbst in Münchhausen-Manier quer durch die Zeitgeschichte schwadronierte. Diesmal aber agiert der Autor als Urheber allen Unfugs, und so erweist sich sein Buch, das gern ein geistreicher Bomben-Bestseller wäre, als ausgesprochener Rohrkrepierer.



Jonas Jonasson
Die Analphabetin, die rechnen konnte

Aus dem Schwedischen von Wibke Kuhn. Verlag Carl's Books, München; 448 Seiten; 19,99 Euro.

Die Liebe seines Lebens

Jahrzehntelang hütete Cornelius Gurlitt in seiner Münchener Wohnung einen Kunstschatz, den sein Vater, ein Kunsthändler, unter zweifelhaften Umständen in der Nazi-Zeit zusammengetragen hatte. Nun spricht er zum ersten Mal.

Von Özlem Gezer



Das Schlafkleid von Cornelius Gurlitt hatte noch nie jemand gesehen, bis zu jenem Tag, im Februar 2012, als das Schloss durchbrach und sie hineinmarschierten, die Fremden, wie er sie nennt, die Zollfahnder und Beamten der Augsburger Staatsanwaltschaft.

Seine Wohnung war seine Welt. Aber nun waren die Fremden da, und sie waren viele, vielleicht 30 – und sie blieben. Vier Tage lang wickelten sie sein Leben in Tücher, verpackten es in Pappkartons und trugen es fort, eins nach dem anderen, insgesamt weit über tausend Kunstwerke.

Währenddessen sollte Cornelius Gurlitt sich in die Ecke setzen und leise sein. Also schwieg Gurlitt und sah, wie sie ihm den Liebermann von der Wand nahmen, die „Reiter am Strand“, die seit Jahrzehnten dort hingen. Den Chagall aus dem verriegelten Holzschränk, die „Klavierspielerin“ aus der Diele. Sie ließen nichts zurück. Auch nicht den kleinen Koffer mit seinen Lieblingsbildern, der Papier-Sammlung, die Gurlitt Abend für Abend ausgepackt hatte, um sie anzusehen, manchmal auch öfter, jahrzehntelang. Jetzt waren sie weg, und Gurlitt war allein.

Die Einzige, die noch kam, war eine Frau vom psychologischen Beratungsdienst, geschickt von den Fremden. Als „grausam“ und „furchtbar“ beschreibt er diesen Besuch, bei dem eine Fremde mit Gurlitt über seine Gefühle sprechen sollte. Er wolle sich jetzt nicht umbringen, versicherte er ihr, sie solle wieder gehen.

Seit jenem Tag ist Cornelius Gurlitt allein in seiner kahlen Wohnung, in dem Wohnhaus mit weißem Anstrich, in jener Stadt, die er sein Gefängnis nennt, München. Und seit das Magazin „Focus“ vor zwei Wochen die Beschlagnahme enthüllte, versammelt sich unten vor seiner Haustür die WeltPresse. Tritt er vor die Tür, beginnt das Blitzgewitter, als wäre er ein Kriegsverbrecher. Ständig klopfen Fremde an seiner Haustür, stecken Briefe durch den Schlitz.

Die Werke sind ein sensationeller Kunstschatz, Bilder von Marc Chagall, Max Beckmann, Franz Marc, Pablo Picasso und Henri Matisse. Die rätselhafte Sammlung stammt aus dem Erbe seines Vaters Hildebrand Gurlitt, 1956 verstorben, Kunstkritiker, Museumsdirektor, Händler, einer der Männer, die in Deutschland die Kunst der Moderne etabliert hatten und die nach 1933 Geschäfte mit den Nazis machten. Es geht auch darum, ob Hildebrand Gurlitt Unrecht tat, um die Bilder zu bekommen. Wie viele dem Sohn zustehen, wissen zurzeit weder Staatsanwaltschaft und Wissenschaftler noch die Politik, und auch Cornelius Gurlitt weiß es nicht, der nur weg will von diesem Ort, an dem er der Gejagte ist.

So viele Bilder, so viele Rätsel. Raubkunst? „Entartete Kunst“? Wem gehören die Bilder? Wie kamen sie in die Wohnung in Schwabing? Und wie geht man um mit allem: mit den Erben, die sie für sich reklamieren? Mit dem Unrecht, das damals geschah? Und mit dem Unrecht, das womöglich heute ihm geschieht, Cornelius Gurlitt, dem Erben einer Sammlung mit zweifelhafter Herkunft?

Er hat mit seinen Bildern gesprochen, sie waren seine Freunde, jene treuen Begleiter, die es im echten Leben nicht gab. Er betrachtete es als seine Lebensaufgabe, den Schatz seines Vaters zu hüten, im Laufe der Jahrzehnte ist ihm dabei die Wirklichkeit verlorengangen.

„Ich hatte einfach nicht mit ihnen gerechnet“, sagt er und meint die Fremden. Ein bisschen sei er selbst Schuld an diesem „fatalen Unglück“, dem Abschied vom Erbe seines Vaters. Er hätte es schützen müssen, sagt er, wie sein Vater es getan habe, gegen das Feuer der Nazis, gegen die Bomben, gegen die Russen, gegen die Amerikaner. Für Cornelius Gurlitt war sein Vater ein Held, und er selbst ist jetzt der Versager.

Er war sein Leben lang Sohn und Erbe. Er hatte es sich zur Aufgabe gemacht, das Vermächtnis des Vaters zu bewahren. Er sagt, er habe nie darüber nachgedacht, dass in seiner 100 Quadratmeter großen Wohnung Kunst gelagert gewesen sei, die ihm vielleicht gar nicht vollständig gehörte und die vielleicht helfen könnte, ein wenig von dem wiedergutzumachen, was der Nationalsozialismus angerichtet hatte.

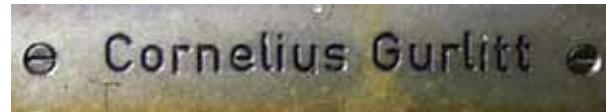
„Wenn ich woanders gelebt hätte, wäre das alles einfach nie passiert.“ Irgendwo, weit weg von der Schweizer Grenze, wo 2010 in einem Zug die Zollfahnder auf ihn aufmerksam wurden. Weg von den Münchnern, denen er noch nie wirklich traute. Schuld an dieser Misere sei die Mutter. Sie habe damals nach dem Tod des Vaters nach

Schwabing ziehen wollen. Sie träumte von der Boheme, von wohlhabenden Menschen, die nicht nach dem Geld der anderen schauen. Cornelius war damals 27, ein junger Mann, der ungern Entscheidungen traf, kein Macher, ganz anders als sein Vater. Einer, der nicht gern führt, sondern geführt werden will. Er vertraute seiner Mutter. Sie kauften zwei Wohnungen am Arthur-Kutscher-Platz. Heute, 53 Jahre später, sagt Cornelius Gurlitt: „Sie hatte unrecht.“

Für ihn ist München „allen Unheils Ursprung“. „Hier wurde die Bewegung gegründet“, sagt er. Er sagt diesen Satz immer wieder, seine zittrige Stimme wird laut, wenn er das sagt. Er hebt den rechten Zeigefinger, mit der anderen Hand hält er sich an dem Tisch des ICE fest und zieht die Augenbrauen hoch. Gurlitt redet über die Entstehung der NSDAP im Jahr 1920. Über die Rede Adolf Hitlers im Festsaal des Münchner Hofbräuhauses, in der er das Programm der NSDAP verkündete. Für Gurlitt scheint das Unheil seitdem die Stadt nie wieder verlassen zu haben.

Cornelius Gurlitt wirkt eingesperrt in einer anderen Zeit. Ein Mann, der aufgehört hat fernzusehen, als das Zweite Deutsche Fernsehen kam, der „neue Sender“ mit den Mainzelmännchen. Der seine Hotelzimmer per Brief bucht, geschrieben auf Schreibmaschine, unterschrieben mit Füller, Monate vorher, mit der Bitte um ein Taxi, das ihn dann abholt. Seine Welt ist langsam und still.

Er wundert sich über Telefone, die die Nummer des Anrufers anzeigen. Er weiß,



„Was wollen diese Menschen nur von mir? Ich bin doch etwas ganz Stilles.“

Vergangenen Dienstag sitzt Cornelius Gurlitt im Mutter-Kind-Abteil eines ICE. Seit der Enthüllung hat er nun das zweite Mal seine Wohnung verlassen, das erste Mal ging er einkaufen und wurde von Fotografen abgeschossen. Zehn Tage lang verbrachte er in seinem nahezu dunklen Wohnzimmer und tat nichts. Er konnte kaum schlafen, sagt er, und wenn doch, überfielen ihn die Alpträume. Manchmal schaltete er das Radio ein und wieder aus. Das Einzige, das sie ihm gelassen hatten, war das zerbrochene Türschloss.

Gurlitt ist auf dem Weg zu seinem Arzt in einer süddeutschen Kleinstadt. Er trinkt Tee aus einer Kaffeetasse, manchmal streicht er sich über sein weiß gewordenes Haar. Drei Tage lang ist er unterwegs, eine traurige Fahrt.

Er sagt: „Ich bin doch nicht Boris Becker, was wollen diese Menschen nur von mir? Ich bin doch etwas ganz Stilles. Ich habe doch nur mit meinen Bildern leben wollen. Warum fotografieren die mich für diese Zeitungen, in denen sonst nur Halbweltgestalten abgelichtet werden?“

Gurlitt versteht nicht, warum sich die Menschen so für das interessieren, was er sein Privateigentum nennt. Er spricht von den Geboten aus der Bibel: Du sollst nicht stehlen. Du sollst nicht lügen. Du sollst nicht das Eigentum deines Nächsten begehrn. Sein Gesicht ist blass. Seine blauen Augen tränken, er wischt seine Nase mit einem Stofftaschentuch, das er in seiner rechten Manteltasche trägt.

dass man im Internet etwas suchen kann, aber er hat es noch nie gemacht. Er hat mit seinen Bildern gelebt. Ihm fehlt der Austausch mit Menschen. Seine Lebenserfahrungen sammelte er in Büchern.

Er berichtet von der Kafka-Erzählung „In der Strafkolonie“. Es ist die Geschichte eines Forschungsreisenden, dem auf einer entlegenen Insel vorgeführt wird, wie Verurteilte, die ihr Vergehen nicht kennen, gefoltert und getötet werden. Das Leerräumen seiner Wohnung sei ähnlich tragisch gewesen.

Der ICE fährt über die Stadtgrenze von München. „Jetzt ist ein wenig Stille“, sagt er. „Endlich.“ Die vergangenen zehn Tage sind ihm nicht gut bekommen. Gurlitt wird Ende Dezember 81, eigentlich hat er immer davon geträumt, 90 Jahre alt zu werden. „Es gibt Leute, die mit 97 noch Bergsteiger sind, aber ich werde nicht so alt“, sagt er. „Die hätten doch warten können mit den Bildern, bis ich tot bin.“

Er versteht nicht, was die Menschen von ihm wollen. Die Bilder seien doch bei der Staatsanwaltschaft, da müsse man hin, wenn man die Werke sehen oder etwas über sie erfahren wolle. Er wisse viel über ihre Entstehungsgeschichten, aber das will er für sich behalten. Wie eine Liebschaft, die behütet werden muss. „Und mehr als meine Bilder habe ich nichts geliebt in meinem Leben.“

Frage man ihn, ob er mal in einen Menschen verliebt gewesen sei, dann kichert er: „Ach, nein.“

Gurlitt hat viele Abschiede in seinem Leben hinter sich, den Tod des Vaters bei einem Autounfall, den Tod seiner Mutter, den Krebs seiner Schwester. „Der schmerzvollste war der Abschied von meinen Bildern“, sagt er. „Hoffentlich klärt sich alles schnell, und ich bekomme endlich meine Bilder zurück.“ Auch dieser Satz sagt er oft in diesen drei Tagen.

Er ist herzkrank. Wenn er 30 Meter gegangen ist, muss er fünf Minuten lang pausieren. Er hat nicht das starke Herz seines Vaters. Sein Herz lässt ihn nur in Sorge schlafen, bis zum nächsten Termin beim Herrn Doktor.

Der Arzt, dem Cornelius Gurlitt vertraut, praktiziert Hunderte Kilometer ent-

fernt, ein Internist. Ein freundlicher Mann. Er will den Patienten überzeugen, in ein Heim zu gehen. Erzählt Gurlitt von ihm, hat man das Bild eines Chefarztes einer Privatklinik im Kopf. Tatsächlich ist es eine ganz normale Praxis in der Seitenstraße einer Kleinstadt, unscheinbar, „aber mit den besten Geräten Deutschlands“, sagt Gurlitt, um zu rechtfertigen, warum er eine strapaziöse Reise auf sich nimmt, obwohl er zu Hause mit dem Taxi zum Einkaufen fahren muss.

Die Zugfahrt ist für ihn ein wenig wie Urlaub, zweite Klasse, ICE, alle drei Monate, 102 Euro, ohne Sitzplatz-Reservierung, Gurlitt sitzt sonst im Großraum. Er will nicht in die Verlegenheit kommen, anderen Menschen in die Augen zu schauen. An diesem Nachmittag ist kein Platz im Großraum, Gurlitt muss ins Abteil, er wird unruhig. Er sitzt gleich rechts neben

sen, aber vielleicht verschwindet dann die Meute vor seiner Haustür.

Er versteht nicht, warum die Staatsanwaltschaft so einen Wind macht um eine alte Sache. Die Razzia, der Überfall auf seine Welt, ist ja schon eineinhalb Jahre her. „Jetzt sind die Bilder irgendwo in einem Keller, und ich bin allein. Warum haben sie die Bilder nicht dagelassen und nur immer die abgeholt, die sie prüfen wollen? Dann wäre es jetzt nicht so leer.“

Er erzählt viel von alten Zeiten in diesen drei Tagen. Als er keine Verantwortung tragen, keine Entscheidungen treffen musste. Als sein Vater noch der Herr der Lage war, ein Kämpfer für die Moderne, ein Förderer der Kunst, der aber dann doch Geschäfte mit den Nazis machte, „Entartete Kunst“ ins Ausland verkaufte und wohl auch geraubte Kunst. Und der einiges davon offenbar für sich behielt.

Cornelius Gurlitt erinnert sich an seine Kindheit in der Alten Raabenstraße in Hamburg, die Alster nur ein paar Meter entfernt. Er erzählt von den Tarnbauten für die Flugabwehrkanonen an der Alster, die Hamburg schützen sollten vor den Bombenangriffen. Er will noch mal nach Hamburg, er möchte seinen Taufschein haben, für sein Privatarchiv. Ein wenig Zugehörigkeit, alte Wurzeln, das ist schön, das braucht der Mensch.

Die Familie ist oft umgezogen, immer dem Vater hinterher. Der habe es nicht leicht gehabt, da er „rassistisch nicht einwandfrei war“, aber er habe immer gekämpft und sei sehr schlau gewesen. In Hamburg hatte er seinen Kunsthändler in der Klopstockstraße 35 auf die Mutter eingetragen, er selbst wurde geführt als Angestellter. Später in Dresden habe er das Geschäft gar nicht mehr eintragen lassen, die Kunstwerke zu Hause aufbewahrt und so mit ihnen gehandelt. „Mein Vater wurde oft vertrieben, er ist oft gestürzt, aber er stand immer wieder auf.“

Es war jedes Mal ein Neustart für seinen Sohn Cornelius. Der schüchterne Junge Cornelius, der die Volksschule in Hamburg besuchte, dann das Gymnasium in Dresden, wo er Hitler aus dem Zug winken sah. Nach der Nazi-Zeit kam er auf

„Ich werde nicht so alt. Die hätten doch warten können mit den Bildern, bis ich tot bin.“

der Glastür, damit das Abteil voll aussieht. Neben ihm steht sein Rollkoffer. Eingepackt hat er sein rot-weiß kariertes Schlafhemd, Brot, Aufschnitt und seine Lieblingslimonade. Er braucht das Essen für die Abende im Hotel.

Gurlitt kommt immer pünktlich, das ist ihm wichtig. Er mag keine ungeplanten Dinge. Der Arztermin ist Donnerstag, aber Gurlitt fährt schon am Dienstag los. Er trägt ein schwarz-weiß kariertes Sakko, es hat drei Knöpfe, die Schultern hängen, er verschwindet darin, er sei früher dicker gewesen. In den Kaufhäusern gibt es nichts mehr nach seinem Geschmack.

Er hofft, dass die Öffentlichkeit bald das Interesse verliert, so lange will er sich in den kalten Wintertagen draußen hinter einem Schal verstecken, den er sich hoch ins Gesicht zieht. Er ahnt, dass das möglicherweise nicht funktioniert, und deswegen hofft er, dass bald etwas anderes Großes passiert. Ein Anschlag vielleicht, Gott bewahre, keine Opfer natürlich, er mag keine Gewalt, keine Siege von Bö-

Gurlitts Schatz

Immer mehr Bilder aus dem Münchner Fund werden freigegeben.



1



2



3



4

das Odenwald-Internat. Zwischendurch Aushilfsunterricht von Pfarrern, sein Abitur machte er in Düsseldorf. Cornelius Gurlitt war immer der Neue. Der Letzte, der kam. Der Erste, der ging. Der Fremde, der nie wirklich dazugehörte. Ein Einzelgänger, der nie selbst bestimmen musste, weil es da diesen starken Vater gab, der mit Thomas Mann und Theodor Heuss im Kunstmuseum in Düsseldorf posierte. Der fließend Französisch und English sprach. „Ich spreche nur Englisch, aber langsam“, sagt Gurlitt.

Er wollte seinem Vater gefallen. Nach dem Abitur studierte er Kunstgeschichte an der Kölner Universität. Er hörte auch Vorlesungen der Philosophie und Musiktheorie. Sein Studium brach er ab, wann, weiß er nicht, er erzählt nicht gern davon. Einmal sei er nach Paris gereist, mit seiner Schwester, allein traute er sich nicht.

Cornelius Gurlitt lebte erst bei seinen Eltern. Später bei der Schwester, dann allein mit der Mutter, egal wo Cornelius lebte, er blieb ein Phantom. Ein höflicher Mensch, aber wenn Techniker vor der Tür standen, um ein Glasfaserkabel zu verlegen, mussten sie kämpfen, um hineinzudürfen. Er habe ja nur seine Bilder schützen wollen vor fremden Blicken.

Schon als Kind spielte er zwischen Liebermann, Beckmann und Chagall, die Bilder zogen mit ihm von Stadt zu Stadt, sie hingen in den Wohnzimmern, in ihren Dielen. Der Vater hat sie alle berührt, er hat sie sortiert und geliebt, sie alle tragen seine Spuren. Über das Bett von Cornelius hängte der Vater das grüne Gesicht von Kirchner. „Hitler mochte keine grünen Gesichter“, sagt Gurlitt. Man habe zu Hause nicht gut über den Führer gesprochen. Sein Vater habe ihn bekämpft, allerdings so verdeckt, dass es niemand merkte, sagt Gurlitt.

Hildebrand Gurlitt habe nie etwas von Privatpersonen gekauft, alles andere sei für ihn unvorstellbar. Die Bilder kämen aus deutschen Museen oder von Händlern. Der Vater habe mit den Nazis nur kooperiert, weil er die Bilder vor dem Feuer retten wollte. Und dann sagt der Sohn: „Es kann ja sein, dass meinem Vater mal etwas Privates angeboten wurde, aber er hat es sicher nicht genommen. Das wäre ihm übel bekommen.“



TU DRESDEN UNIVERSITÄTSARCHIV

Hildebrand Gurlitt mit Familie 1914*
Der Vater ein Held, der Sohn ein Versager?

Nun steht der anonyme Sohn im Licht der Öffentlichkeit. Es geht um die Aufarbeitung deutscher Geschichte, aber es geht auch um ihn. Er ist der Sohn, der einen Schatz erbte, aber nie der Frage nachging, woher er stammt. Er müsste Verantwortung übernehmen, aber das ist schwierig für jemanden, der keine Verantwortung übernehmen mag. „Die Staatsanwaltschaft“, sagt er, „wird schon prüfen, was ich zurückbekomme. Ich habe noch nie eine Straftat begangen und selbst wenn, wäre das verjährt. Wenn ich schuldig wäre, dann würden die mich doch ins Gefängnis nehmen.“

Er will seine Bilder einfach nur wiederhaben. Aber wann? Und welche werden es sein? Und seine Lieblingsbilder?

Cornelius Gurlitt braucht Freunde, eine Familie und vor allem Anwälte. Aber er kann sich nicht entscheiden: „Ich habe doch noch nie einen gebraucht.“

Er ist auch ein wenig enttäuscht von seiner Schwester Benita, die voriges Jahr an Krebs starb. Sie hat ihn allein gelassen mit der Last. „Sie war zwei Jahre jünger als ich und verheiratet, sie hätte mich überleben müssen.“ Er guckt auf seine

* Schwester Cornelia und Vater Cornelius (M.).

Hände, die er auf den Tisch stützt. „Dann hätte sie das alles geerbt, und sie wüsste, wie sie das jetzt regelt. Jetzt ist alles so miserabel.“

Er soll so viele Fragen beantworten, auf die er keine Antwort weiß. „Ich hatte nie etwas mit der Anschaffung der Bilder zu tun, nur mit der Rettung.“ Er hat seinem Vater schon damals in Dresden geholfen, als sie die Kunstwerke vor den Russen retteten. Die Menschen müssten ihm dankbar sein. „Mein Vater wusste, die Russen kamen immer näher.“

Bei der Fahrgemeinschaft in Dresden habe sein Vater schnell ein Fahrzeug besorgt, gemeinsam luden Vater und Sohn die Bilder ein, die der Vater dann zu einem Bauern im Umland von Dresden brachte, später auf ein Schloss in Süddeutschland. Sein Vater habe überall in Deutschland Bekannte gehabt.

„Die Menschen sehen zwischen diesen Papieren mit Farbe nur Geldscheine – unglücklicherweise“, sagte er.

„Ich bin nicht so mutig wie mein Vater. Er hat für die Kunst gelebt und für sie gekämpft. Der Staatsanwalt muss den Ruf von meinem Vater geraderücken.“

So ist aus dem Leben von Cornelius Gurlitt eine Endlosschleife aus Reue und Zufall geworden. Zufall, dass er derjenige ist, der alles überlebte. Zufall, dass er damals in den Zug stieg mit 9000 Euro in der Tasche und in das Visier der Zollfahnder geriet. Dass er sie erst anlog und dann auf der Toilette bei der Leibesvisitation aufflog. Die Sache mit der Schweiz, sie ärgert ihn sehr, vor mehr als 20 Jahren habe er dort ein Bild verkauft. Das Geld legte er auf ein Schweizer Konto. Der Kunsthändler hatte den Transport übernommen, damit habe er nichts zu tun gehabt. „Ich habe nie illegal und unverzollt etwas über die Schweizer Grenze gebracht“, sagt er.

Er habe nie Einkommen in der Schweiz gehabt, keine Zinsen kassiert. „Sollen sie doch bei der Schweiz anfragen, die werden schon merken, dass ich da nichts habe“, sagt er. Die Deutsche Bahn hätte ihm ja einen Zettel mitgeben können, sagt er. Einen, auf dem steht, dass die Zollfahnder in Zügen auch nach Geld suchen, nicht nur nach Waren, dann wäre er damals nie in diesen Zug gestiegen.



5



6



7

- 1 Otto Dix Selbstporträt, undatiert
- 2 Auguste Rodin Zeichnung, undatiert
- 3 Christoph Voll „Mönch“, 1921
- 4 Otto Griebel „Die Verschleierte“, 1926
- 5 Bernhard Kretzschmar „Straßenbahn“, undatiert
- 6 Carl Spitzweg „Das Klavierspiel“, 1840
- 7 Marc Chagall „Allegorische Szene“, unbekannt

Der ICE fährt in den Hauptbahnhof in Augsburg ein. „Hier in Augsburg sitzt der Staatsanwalt, dem ich alle Unterlagen geschickt habe“, sagt Gurlitt. „Ich verstehe nicht, warum der sich noch nicht bei mir gemeldet hat“, sagt er.

Er hat dem Staatsanwalt ein Bild von dem abgebrannten elterlichen Haus in Dresden geschickt. Er hat alte Zeitungsartikel beigelegt, um die Hetze gegen Hildebrand Gurlitt zu belegen, die zum „Sturz seines Vaters“ führte. Cornelius Gurlitt versteht nicht, warum das alles jetzt öffentlich geworden ist. Gerichte und Richter müssen das entscheiden, nur vor denen müsse er sich rechtfertigen. Der Staatsanwalt habe gesagt, irgendwann bekomme er die Anklageschrift, es sei bis heute nichts gekommen, dafür die „Bübereg“ vor seiner Haustür. „Ich bin kein Mörder, warum jagen die mich?“

In einem Brief ist ihm die Rückgabe einiger Kunstwerke angekündigt worden. Er weiß nicht, welche das sind. Aber er glaubt dem Staatsanwalt nicht. „Ich habe nie etwas vom Staat gewollt.“ Nie einen Cent Zuschuss. Von Hartz IV spricht er wie von einer unbekannten Krankheit. Er zahlt immer pünktlich seine Grundsteuer. Sonst habe er nichts mit deutschen Behörden zu tun gehabt. Cornelius Gurlitt hat keine Rente, war nie in seinem Leben krankenversichert. Seinen deutschen Pass ließ er immer nur im Konsulat in Salzburg verlängern, seit fast zwei Jahren ist auch der abgelaufen.

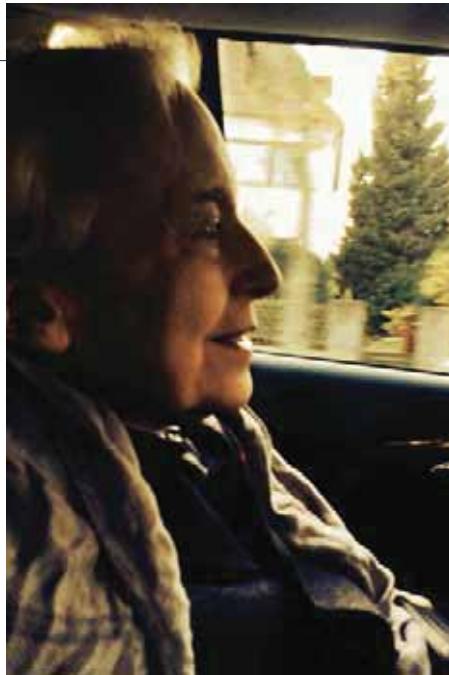
Bei seinem letzten Aufenthalt in Österreich, in seinem Haus in Salzburg, wurde er ins Krankenhaus eingeliefert, er konnte nicht mehr laufen, das Herz. Einen Monat lang musste er in der Klinik bleiben, in der eine Alarmsirene anging, wenn er das Bett verließ. „Als ob ich ein Verbrecher wäre“, sagt Cornelius Gurlitt.

Aber sein gesundheitlicher Zustand hat sich verschlechtert in den letzten Jahren. Weitere Krankenhausaufenthalte, Grauer Star. Gurlitt zahlte die Ärzte immer bar. Im Herbst 2011 lieferte er den „Löwenbändiger“ von Max Beckmann beim Kunsthause Lempertz ein. Der Justitiar sei sehr nett gewesen. Auch mit den Erben sei alles geregelt worden. Das Bild wurde für 725 000 Euro verkauft, Gurlitt erhielt knapp über 400 000, die Erben den Rest.

1 Bonaventura Genelli
„Männlicher Akt“,
undatiert

2 Henri Matisse
„Sitzende Frau“,
circa 1924

3 Eugène Delacroix
„Maurische Unterhaltung auf der Terrasse“,
undatiert



ÖZLEM GEZER / DER SPIEGEL

Kunstliebhaber Gurlitt am vorigen Dienstag
„Als ob ich ein Verbrecher wäre“

Eigentlich wollte Gurlitt den Liebermann abgeben, aber er habe ihn nicht abbekommen von der Wand. „Dann habe ich den Beckmann genommen“, sagt er. Der sei „solide“ verpackt gewesen. Ein schönes Gemälde, typisch für Beckmann. Ein zentrales Werk, aber Gurlitt brauchte dringend Geld. Schon damals fuhr er immer zum Arzt in der Kleinstadt.

Ein Hotel, ein weißer Bau, drei Stockwerke. Die Rezeption ist unbesetzt. Er steigt immer dort ab, per Telefon an der Rezeption erfährt er seine Zimmernummer, der goldene Schlüsselanhänger hängt an der Tür. Keine Menschen. Ruhe. Im Zimmer Plastikvorhänge mit Tulpen und Gerberas, Neonröhren, an den Wänden hängen Bilder wie aus dem Otto-Katalog. „Sehr sympathisch“, sagt Gurlitt.

Auf kleinen Karten hat er sich die Sätze aufgeschrieben, die er seinem Arzt vorlesen will, um einen guten Eindruck bei ihm zu hinterlassen. Cornelius Gurlitt unterhält sich nicht oft mit Menschen. Am Vorabend des Arztbesuchs schließlich will er um 18 Uhr schlafen, um nachts um zwei schon wieder aufzustehen. Der Termin ist zwar erst um 8.40 Uhr, aber er braucht die Zeit, um sich vorzubereiten. Er hat eine blutende Wunde am Fuß, seit

Monaten, er will sich einen neuen Verband umlegen. „Ein Unglück“ nennt er die Wunde am Fuß.

Am Morgen bestellt er sich ein Taxi für die 300 Meter zur Praxis. Am Ende steht 3,40 Euro auf dem Taxameter, Gurlitt zahlt 20 Euro, es müsse sich ja lohnen für die Taxifahrer. Der Arzt sagt ihm an diesem Morgen, das Herz sei schwächer als sonst, aber das liege an der Aufregung.

Zurück im Hotelzimmer sitzt er auf seinem Bett. Gurlitt trägt seinen Schlafrock, darüber seinen langen grauen Mantel. Er wirkt erleichtert. Die Nachtlampe brennt.

Cornelius Gurlitt sieht seine Bilder in den Zeitungen. Er ist entsetzt. „Was ist das für ein Staat, der mein Privateigentum zeigt?“, fragt er. Cornelius Gurlitt hat Tränen in den Augen. Er flüstert: „Die müssen zu mir zurück.“

Am nächsten Morgen steht der Vorschlag vom bayerischen Justizminister Winfried Bausback in der Zeitung, dass man auf jeden Fall mit Gurlitt reden müsse. Es tut weh, ihm dabei zuzuschauen, wie er langsam verzweift. „Die stellen das alles falsch dar. Ich werde nicht mit denen reden, und freiwillig gebe ich nichts zurück, nein, nein. Der Staatsanwalt hat genug, was mich entlastet.“

Cornelius Gurlitt hofft, dass er die Bilder, die ihm zustehen, bald wieder bekommt. Eins will er dann noch verkaufen, vielleicht den Liebermann, wenn er ihm denn zusteht, wie er es ausdrückt, für die Krankenhauskosten. Der Rest soll wieder zu ihm in die Wohnung. Chagall kommt dann wieder in den Schrank, das Bild mit der Klavierspielerin in die Diele, wo es seine Mutter immer hängen hatte.

„Ich habe die Bilder sehr vermisst, das merke ich jetzt.“ Das sei jetzt genug Öffentlichkeit gewesen, für ihn und seine Bilder, und er werde sie keinem Museum der Welt mehr geben. Die hätten genug anderes, was sie ausstellen könnten. „Wenn ich tot bin, können die damit machen, was sie wollen.“ Bis dahin will er sie für sich allein. Dann sei endlich wieder ein wenig „Stille“.



Video: Özlem Gezer über ihre Reise mit Cornelius Gurlitt

spiegel.de/app472013gurlitt
oder in der App **DER SPIEGEL**



1



2



3

Rechtsstaatlicher Expressionismus

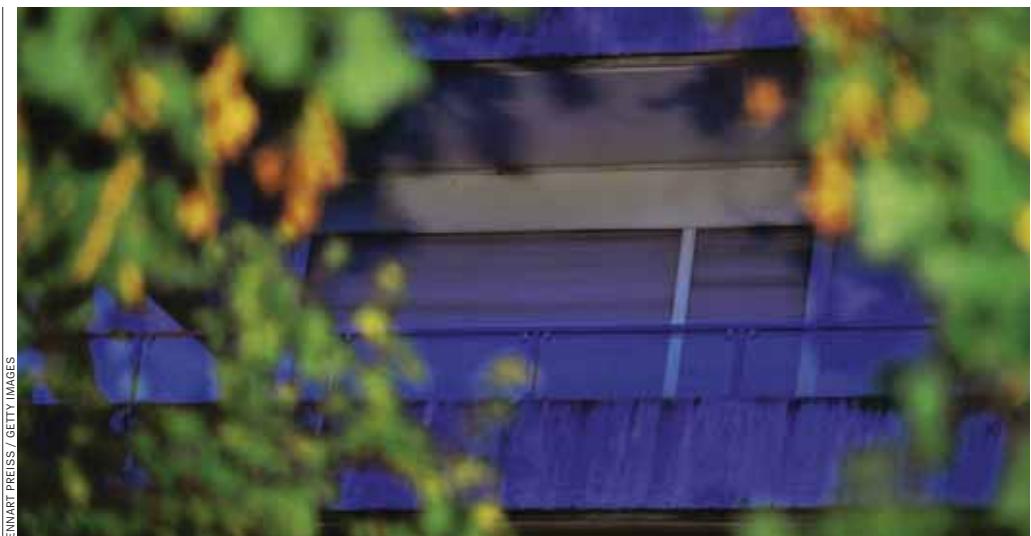
Wie der Kunstmord von München Politik, Ermittler und Wissenschaftler überfordert und warum der Fall Gurlitt vor allem im Ausland Entsetzen auslöst

Augsburg war ein Zufall. Wie immer wenn die Dinge aus dem Ruder laufen und alles im Chaos endet, gab es keinen Plan. Es passierte einfach so.

Als Fahnder des Zolls im September 2010 einen älteren Herrn namens Cornelius Gurlitt im Schnellzug auf der Strecke von Zürich nach München kontrollierten, geschah das kurz hinter Lindau. Einer der Beamten hatte ihn ein paar Stunden früher auf dem Hinweg in die Schweiz gesehen und sich an ihn erinnert. Die Zollfahnder vermuteten in ihm einen Bürger, der Schwarzgeld bei seiner Schweizer Bank abgehoben hatte. Er behauptete, kein Geld bei sich zu tragen, doch bei einer Leibesvisitation auf der Zugtoilette entdeckten die Beamten 9000 Euro.

Sie informierten die für Lindau zuständige Staatsanwaltschaft in Augsburg. Gurlitt soll sich gegenüber den Zöllnern als Kunsthändler bezeichnet haben, er hatte seine Münchner Adresse angegeben, doch als die Ermittler die Angaben später überprüften, stellten sie fest, dass er dort nicht gemeldet war. Bankverbindung, Sozial- und Krankenversicherung, Finanzamt, sie suchten nach Spuren Gurlitts, und sie fanden: nichts. Cornelius Gurlitt hat nicht mal eine EC-Karte. In der Welt von Zoll- und Steuerfahndern ist so etwas suspekt.

Die Beamten haben ihn dann, so heißt es, observiert. Im September 2011 schließlich der richterliche Durchsuchungsbeschluss, ausgestellt in Augsburg. Fünf Monate später erst die Durchsuchung der Wohnung selbst. Auf die Frage, warum das so lange gedauert hat, gibt es bislang keine Antworten. Vermutlich, weil die Zollfahnder unsicher waren, um was für einen Fall und um was für einen Mann es sich hier handelt.



Münchener Wohnhaus von Cornelius Gurlitt: Sie suchten nach Spuren und fanden: nichts

Inzwischen scheint das tatsächlich niemand mehr zu wissen: nicht die Fahnder, nicht die Staatsanwälte, nicht die Ministerien in Bayern und Berlin und die Öffentlichkeit sowieso nicht. Es gibt einen riesigen Haufen Bilder aus Gurlitts Wohnung, viele davon mit unbekannter Herkunft. Es gibt Anwälte auf der ganzen Welt, die eben wegen dieser Bilder für ihre Mandanten Ansprüche anmelden, etwa hundert sollen es bislang sein. Es gibt eine amerikanische Regierung, die sich über das Vorgehen Deutschlands beschwert. Es gibt mit Gurlitt einen vermeintlichen Täter, dem seine Sammlung zwar abgenommen wurde, der aber nicht unter dringendem Tatverdacht steht. Und es gibt die Vermutung, dass hier die Prinzipien eines Rechtsstaates etwas arg expressionistisch ausgelegt wurden.

Was indirekt sogar Regierungssprecher Steffen Seibert bestätigte, als er verkündete, das Aufklärungsinteresse der Öffentlichkeit und die Interessen der Justiz müssten miteinander in Einklang gebracht werden: „Wir müssen ein rechtsstaatliches Verfahren finden.“ Was heißt: Sie haben bislang keins.

Mit Cornelius Gurlitt ist, nach einer ersten knappen Befragung, nicht mehr geredet worden.

Die Verunsicherung der Zollfahnder muss groß gewesen sein, als sie am 28. Februar 2012 mit der Durchsuchung der Wohnung (Grund: mögliche Steuerhinterziehung und Unterschlagung) begannen und Kunst fanden. Sie hegten offenbar bald einen neuen Verdacht. Am übernächsten Tag baten sie eine Expertin der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen hinzu, eine Provenienzforscherin, die sich aus-



1



2



3



4



5

kennt mit Bildern, die unter den Nazis jüdischen Eigentümern abgejagt wurden.

Sie kam an diesem 1. März 2012 mit einer freien Mitarbeiterin, wie sie eine Expertin für sogenannte Raubkunst, sie hielt sich zwei Stunden lang in der Wohnung auf, hatte aber keine Handschuhe dabei, mochte deshalb die empfindlichen Blätter aus dem Grafikschränk nicht anfassen. Außerdem war es recht eng, Kartons, Möbel. Bei der Sichtung der Gemälde wiederum, die dicht an dicht im Regal standen, erkannte sie, dass sich darunter wertvolle Originale berühmter Maler befanden und es sich teilweise um Raubkunst aus den Nazi-Jahren handeln könnte. Die Fachfrau von den Staatsgemäldesammlungen riet, die kostbaren Stücke in einem passend temperierten Bilderdepot unterzubringen, bloß nicht in einer Asservatenkammer.

Man informierte die Generalstaatsanwaltschaft in München und bald – neben dem sowieso auf dem Laufenden gehaltenen – Bayerischen Justizministerium wohl auch Berlin, genauer: das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen. Dort sitzen die Fachleute für den Umgang mit zu NS-Zeiten entzogenem Besitz, das Amt gehört zum Finanzministerium. Ende März meldet man sich beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Auch das Finanzministerium selbst soll nicht lange unwissend geblieben sein, obwohl die frühe Kenntnis einigen Mitgliedern unangehängt zu sein scheint. Fast wirkt es so, als ob der Münchener Fund in der Politik behandelt würde wie eine heiße Kartoffel.

Ein Staatssekretär im Finanzministerium, der CSU-Politiker Hartmut Koschyk, bestätigt, bei einem Besuch des Münchener Zollfahndungsamtes im Juni 2012 „sehr kurz und vage informiert“ worden zu sein über die „Sicherstellung von Bildern“. „Ich erfuhr keine Details über die Herkunft, die Zahl oder die Künstler. Ich bin um strengstes Stillschweigen gebeten worden. Danach habe ich nie wieder von dem Vorgang gehört.“

Seltsam war auch, dass man offenbar noch über Jahre den Fund geheim halten wollte. Denn die Augsburger hatten, einen Ratschlag der Regierung befolgend, eine einzige Kunsthistorikerin auf die

weit mehr als tausend Bilder angesetzt. Sie sollte die Herkunft der Werke ganz genau klären. Das kann eine Ewigkeit dauern.

Und Cornelius Gurlitt? Ist dieser alte, scheue Mann von 80 Jahren, über den jetzt die halbe Welt redet, wirklich ein Krimineller? Und falls er es nicht ist oder die Tat verjährt ist: Darf man ihm seinen Kunstbesitz einfach weiter entziehen? Einfach Abbildungen der Werke aus seinem Besitz ins Netz stellen?

Was man mit Sicherheit weiß, worauf wohl auch die Behörden schnell stießen und was sie wohl elektrisierte, betrifft vor allem seinen verstorbenen Vater: Der Kunsthändler Hildebrand Gurlitt war täglich im Dienste der Nazis. Er durfte mit

► Da wären erst einmal solche Bilder, mit denen Hildebrand Gurlitt einst im Auftrag der NS-Diktatur handelte, weil sie als „entartet“ eingestuft wurden und er damit im Ausland Devisen erlösen sollte. Die Ermittler in Bayern schätzen die Zahl der Werke, die einen solchen Hintergrund haben könnten, im Gesamtkonvolut auf 380 Werke.

► Dann gibt es, Teil zwei, solche Werke, die „verfolgungsbedingt entzogen“ wurden, die sogenannte Raubkunst. Das sind Objekte, die ihren jüdischen Eigentümern abgejagt wurden. Die Nazis konfiszierten ganze Kollektionen, zwangen zum Verkauf, sie brachten die Kunst jüdischer Sammler an sich. Manches landete bei NS-Größen, anderes im Handel. Im Bestand des Händlersohns Cornelius Gurlitt sollen sich 590 Werke befinden, die man auf eine mögliche Raubkunst-Geschichte hin überprüfen will.

► Der dritte Teil, der 310 Werke umfasst, scheint harmloser zu sein: Manches mag Hildebrand Gurlitt auf unverdächtigem Wege erworben haben, vielleicht vor der Nazi-Zeit, manches soll aus Familienbesitz stammen.

Aber darf man den Sohn kriminalisieren und zugleich lächerlich machen? Denn das ist es, was die Behörden in Bayern getan haben, als sie – obwohl der Durchsuchungsbeschluss das kaum hergeben dürfte – eine ganze Kunstsammlung aus der Wohnung räumten und einbehielten; und als schließlich Informationen kursierten, denen zufolge Gurlitt als Messie auf einem Berg von Nazi-Bildern gesessen habe. Inzwischen wird kolportiert, man wollte die nicht gesicherte und nicht versicherte Sammlung auch schützen.

Ihm, Cornelius Gurlitt, legte man zuerst also dies zur Last: Steuerhinterziehung und Unterschlagung, so stand es im Durchsuchungsbeschluss. Datiert man die mögliche Unterschlagung auf den Zeitpunkt, als Cornelius Gurlitt den Kunstbesitz nach dem Tod seiner Mutter 1967 übernahm, wäre sie verjährt. Wenn die Behörden also eher einzelne unversteuerte Verkäufe vermuten, diesen Sachverhalt klären oder Steueransprüche des Staates sichern wollen – dann wird nicht nachvollziehbar,

Letztlich geht es um die Schuld eines Verstorbenen, um die Schuld des Vaters.

angeblich „entarteter“ Kunst der Avantgarde handeln, außerdem kaufte er Klassiker für Hitlers geplantes Museum in Linz, Altmeister für deutsche Museen. Er mischte mit auf einem unheimlichen Markt, der in hohem Maße von dem Leid der Verfolgten, von ihrem Eigentum profitierte. Die Nazis waren unendlich gierig, und er half, diese Gier zu befriedigen. Nicht weniges hortete er selbst.

Hildebrand Gurlitt starb 1956 an den Folgen eines Verkehrsunfalls, seine Frau verschied 1967. Wie geht man um mit seinem moralisch und politisch heiklen Nachlass, und wie mit den Erben?

Cornelius Gurlitt war offenbar spätestens seit dem Tod der Mutter der eigentlichen Hüter des Bilderschatzes. Immer mal wieder verkauft er wohl ein Werk. Durfte er das? Ist das, was er seit Jahrzehnten in seiner ebenfalls von der Mutter übernommenen Wohnung versteckte, sein rechtmäßiges Erbe, oder gehört es den Erben der von den Nazis Verfolgten?

Das Bayerische Justizministerium spricht inzwischen von 1280 Grafiken und Gemälden, bisher war immer von mehr als 1400 Werken die Rede. Der Bestand lässt sich grob in drei Bereiche aufteilen.



1 Conrad Felixmüller „Paar in Landschaft“, 1924

2 Otto Griebel „Kind am Tisch“, undatiert

3 Wilhelm Lachnit „Mann und Frau am Fenster“, 1923

4 Christoph Voll „Sprengmeister Hansch“, 1922

5 Canaletto „Sa. Giustina in Prà della Vale“, 18. Jahrhundert

6 Erich Fraaß „Mutter und Kind“, 1922

7 Hans Christoph „Paar“, 1924

8 Otto Dix „Dompteuse“, 1922

weshalb sie die ganze Sammlung eingezogen haben. Ein einziges Werk könnte als Pfand reichen. Womöglich schiebt man daher neue Vorwürfe nach: Nun soll es vielleicht auch um Betrug oder Hehlerei gehen.

Letztlich aber geht es um die Schuld des Vaters, Hildebrand Gurlitt, um die Schuld eines Verstorbenen. Kann man deshalb den Sohn mit zur Verantwortung ziehen? Will man ihn zu einer Art Mitwisser machen? Bei Kriegsende war Cornelius Gurlitt gerade zwölf Jahre alt. Es wäre nicht verwunderlich, wenn der Sohn den Vater als ehrenwerte Person in Erinnerung hat. So hat der sich gegeben, so wurde er wahrgenommen.

Nach Kriegsende stand Hildebrand Gurlitt unter Hausarrest. Die Amerikaner beschlagnahmten die Kisten voller Bilder, die sie bei ihm fanden. Er wurde von den Besatzern immer wieder befragt, man wusste um seine Geschäfte mit den Nazis. Man ließ ihn trotzdem ziehen, gab ihm die Kunst zurück.

Im sogenannten Entnazifizierungsverfahren stritt Gurlitt ab, jüdische Kunden übergvorteilt zu haben. Dazu beteuerte er schriftlich: „Juden, die emigrieren wollten, habe ich nicht ausgenutzt, sondern versucht, ihnen beim Umtausch von deutschen Bildern gegen international wertvolle zu helfen. Juden, die verschleppt wurden, habe ich niemals etwas abgekauft, sondern ihnen im Gegenteil, soweit es möglich war, zu helfen versucht.“

Hildebrand Gurlitt galt schließlich als entnazifiziert, alles schien geklärt, er wurde 1948 Direktor des Kunstvereins in Düsseldorf. Ein Teil seiner Sammlung wurde 1956 in New York ausgestellt. Im Katalog ist ein Blatt Kandinskys abgebildet – ein Künstler, dessen Werke als „entartet“ gegeben hatten. Er handelte wohl auch noch, aber das taten andere ehemalige NS-Galeristen ebenso, und sie galten als angesehene Persönlichkeiten.

Der Handel mit ehemals als „entartet“ konfiszierter Kunst war nach 1945 ohnehin nicht verboten. Man hatte die meisten Werke der Avantgarde einst aus Staats-



ULSTEIN BILD

Münchner Justizpalast: Im Notfall die Verjährung streichen

besitz, nämlich aus öffentlichen Museen, geholt. Der Staat hatte sich damit selbstbeklaut. Seine Museen konnten auch später nicht auf Rückerstattung pochen. Das „Gesetz über die Einziehung von Erzeugnissen entarteter Kunst“ vom 31. Mai 1938 wurde, auch wenn das eigentlich wirkt, nach 1945 nicht aufgehoben.

Und die Raubkunst, also solche Werke, die jüdischen Eigentümern abgejagt worden waren? Die Alliierten restituieren Bilder, die junge Bundesrepublik zahlte in kleinem Umfang Entschädigungen. Doch die Sache ist schwieriger, viel berührender. Vieles konnte nicht aufgeklärt werden: Etliche Eigentümer waren von den Nazis ermordet worden, wenige konnten fliehen – aber natürlich ohne Ordner mit Dokumenten, die belegten, was ihnen gehörte. Irgendwann liefen alle Fristen auf Anträge für die Rückerstattung oder Entschädigung aus.

Schon in den fünfziger Jahren waren Geschäfte mit dem, was man heute Raubkunst nennt, etwas Alltägliches. Manche Auktionshäuser, so fand die Provenienzforscherin Monika Tatzkow heraus, verwiesen in ihren Katalogen „vermutlich aus Wertsteigerungsgründen“ auf geschädigte Alteigentümer. Ein jüdischer Sammlername galt plötzlich wieder etwas. Im Großen und Ganzem interessierte man sich für die Echtheit der Werke, nicht für ihre Vergangenheit.

In den neunziger Jahren entwickelte sich eine Debatte, die 1998 immerhin in der sogenannten Erklärung von Washington mündete. Deutschland erklärte sich

bereit, den Kunstbesitz seiner staatlichen Museen zu untersuchen und trotz Verjährung zu restituieren, sollte es sich um Raubkunst handeln. Geschehen ist das nur in Ansätzen. Erst 1998 fing man also an, etwas ernsthafter über die Moral im Umgang mit Kunstbesitz nachzudenken. Hildebrand Gurlitt war da schon mehr als 40 Jahre, seine Witwe Helene mehr als 20 Jahre tot. Cornelius Gurlitt war Mitte sechzig und hatte das Versteckspiel mit der Kunst wohl zur Lebensaufgabe gemacht.

Das Bayerische Justizministerium, das die Beschlagnahmung rechtfertigen muss, geht – im Gegensatz zur weitverbreiteten Meinung – nun nicht davon aus, dass Ansprüche Dritter unbedingt verjährt sind. Das Ministerium prüft vorsichtshalber trotzdem, ob man im Zweifelsfall Verjährungsfristen erweitern sollte. Das wäre eine Sensation.

Man betont auch, die Erben der wahren Eigentümer müssten Beweise vorlegen. Die Anwälte werden versuchen, Papiere aufzuspüren, Werkverzeichnisse von Künstlern, in denen Besitzer genannt sind, Briefe von Galeristen. Nicht immer wird es Belege geben. Die Juristen werden also noch andere Fragen aufwerfen, etwa die: Hat Hildebrand Gurlitt das ein oder andere Bild von den Nazis gekauft oder es nur in Kommission genommen? Dann hätte er es nie wirklich besessen. Man wird wissen wollen, inwiefern die Familie gegen Treu und Glauben verstieß, als nach dem Krieg erst Cornelius' Vater, dann die Mutter behaupteten, alle Unterlagen seien verbrannt.

Ein Anwalt von Cornelius Gurlitt könnte dagegenhalten, sein Mandant habe sich alles gutgläubig ersessen, habe seinen Vater – nach dem 1965 sogar eine Düsseldorfer Straße benannt wurde – wie so viele für eine integre Figur gehalten, es nicht besser gewusst. Trotz irgendwelcher alter Listen mit Namen darauf, die man wohl auch in seiner Wohnung fand. Bekäme er dann alles zurück?

Wie will man dieses Szenario den Erben des jüdischen Anwalts Fritz Glaser

1 Otto Dix „Dame in der Loge“, 1922



2 Honoré Daumier „Don Quichote und Sancho Pansa“, um 1865



3 Ludwig Goden-schweg „Weiblicher Akt“, undatiert



4 Théodore Rousseau „Vue de la vallée de la Seine“, undatiert



erklären, die wohl Anspruch haben auf mindestens 13 Werke, wie soll man es der bekannten französischen Journalistin Anne Sinclair beibringen, die eine Enkelin des jüdischen Händlers Paul Rosenberg ist. Ihr Anwalt sagt, man habe Dokumente, die eindeutig belegen, dass mindestens eines der Gemälde, ein Matisse, aus Rosenbergs Besitz stamme.

Gurlitt, mit dem sich die Anwälte auseinandersetzen müssen, ist ein Privatmann. Das macht alles komplizierter, erfordert größere juristische Aggressivität als bei Museen, die wegen der Erklärung von Washington halbwegs zur Rückgabe verpflichtet sind. Womöglich wird man um fast jedes der 590 Bilder, die vorläufig unter Raubkunstverdacht stehen, einzeln vor Gericht kämpfen. Jahrelang.

Vorvergangene Woche, nach der Entdeckung des Kunstdfundes, tagte ein inoffizieller Krisenstab der zuständigen Behörden. Zu ihm gehörten Vertreter des Bundesfinanzministeriums, Abgesandte des bayerischen Justiz- und Kultusministeriums, ein Delegierter aus Nordrhein-Westfalen und Beamte des Berliner Beauftragten für Kultur und Medien. Großes Aufgebot. Die Bayern, die die Sache verbockt hatten, versuchten, die Verantwortung wohl den Berliner Ministerialbeamten zuzuschieben. Die seien doch von Anfang an informiert gewesen.

Die aufgescheuchte Runde vereinbarte die Gründung einer Taskforce. Nun soll nicht mehr nur eine einzige Kunsthistorikerin, sondern eine ganze Gruppe von Experten den Kunstdfund aufarbeiten, und zwar unter Führung der Juristin Ingeborg Berggreen-Merkel, die bis April Stellvertreterin des Staatsministers für Kultur war. Reicht das alles? Die Beamten des Auswärtigen Amtes treibt scheinbar die Sorge um, dass sich Deutschland derzeit blamiert und die Nachkommen der Opfer des Holocaust brüskiert.

Die am Israel Museum in Jerusalem tätige deutsche Kuratorin Rita Kersting hat gerade in den USA viele jüdische Mäzene ihres Hauses getroffen. Überall, sagt sie, werde sie auf den Fall angesprochen. Das Entsetzen sei groß. Niemand verstehe, „wie unprofessionell, wie unsensibel“ sich die Deutschen verhalten würden, von latenter Antisemitismus sei die Rede.

Die Jewish Claims Conference in Deutschland, die Ansprüche von Holocaust-Opfern und deren Familien vertritt, hatte darum gebeten, ebenfalls in die Taskforce aufgenommen zu werden. Vor allem hofft man, dass Cornelius Gurlitt von sich aus auf Raubkunst verzichtet, dass es nicht zu Rechtsstreitigkeiten kommen muss. Man habe sich vorgenommen, ihm einen Brief zu schreiben, heißt es bei der Frankfurter Dependance.

LOTHAR GORRIS, ULRIKE KNÖFEL,
CONNIE NEUMANN, SVEN RÖBEL,
FIDELIUS SCHMID, MICHAEL SONTHEIMER

„Eine Art Lehen“

Der Kunsthändler Hildebrand Gurlitt berichtete in einem nie gedruckten Text aus dem Jahr 1955 von seiner Liebe zur Malerei und vom Schicksal seiner Kunstsammlung.

Über die Geschichte seiner Sammlung hatte Hildebrand Gurlitt (1895 bis 1956) ein knappes Jahr vor seinem Tod einen sechseitigen Text verfasst, der ursprünglich als Vorwort für einen Ausstellungskatalog gedacht war, aber niemals gedruckt wurde – „aus vielerlei Gründen“, wie Gurlitt im November 1955 in einem Brief schrieb. Das vergessene Manuskript – seit Jahrzehnten im Magazin des Stadtarchivs Düsseldorf aufbewahrt – ist eines der wenigen von Gurlitt verfassten Zeugnisse, die Einblick in die Lebens- und Gedankenwelt des leidenschaftlichen Sammlers bieten. Eine Seite – die fünfte, in der Gurlitt offensichtlich seine Zeit als Kunsthändler unter dem Hakenkreuz beschreibt – fehlt jedoch im Archivbestand. Gleichwohl sind die erhalten gebliebenen Seiten seiner Lebensbeschreibung eine wichtige Quelle. Eine Dokumentation der wichtigsten Passagen:

Man mag verzeihen, daß ich, wenn ich von meiner Sammlung spreche, auch von meinem eigenen Leben berichten muß. Einem Leben, das in seinem Wechsel nicht viel Besonderes, aber sehr viel typisch Deutsches enthält. Ich hatte das Glück, in einem Elternhaus geboren zu werden, in dem ich schon als Gymnasiast, noch vor 1914, mit der Kunst zusammentraf, die heute in Europa als „modern“ gilt. Mein Vater war ein Mann, bei dem junge Künstler wie Kirchner, Schmidt-Rottluff, Heckel – kurz: die Begründer der Dresdner „Brücke“ ein und aus gingen. Ich vergesse nicht die Stunde, in der ich mit meiner Mutter, der „Königlich Sächsischen Frau Geheimen Rat“, die erste Ausstellung der „Brücke“ in einem barocken Lampengeschäft, in einer öden Straße Dresdens, etwa 1912, sah. Diese Kunst, diese barbarisch leidenschaftlich kraftvollen Farben, diese Grobheit, in ärmsten Holzleisten gerahmt, wollten als Schlag ins Gesicht der Bürger wirken und taten es auch. Auch ich, der junge Schüler, erschrak, aber „Frau Geheime Rat“ meinte, eigentlich sollte man von diesen interessanten Arbeiten kaufen, und nahm einen der erstaunlichsten Holzschnitte mit nach Hause. Mein Vater aber, der damals schon 60-jährige Rektor der Hochschule, sagte mir, diese jungen Maler sind ausgezeichnete Leute. „Es kann gut sein, daß diese Kunst für dein Leben das Bedeuten wird, was für mich der Kampf um Hans Thoma, um Böcklin, um Max Liebermann war.“

Er sollte Recht behalten, nur da war ein kleiner Unterschied. In der Generation meines Vaters hatte man mit geistigen Waffen gekämpft, bei uns sollte es größer zugehen.

Noch als Primaner begann für mich der Erste Weltkrieg. Der Dostojewski lesende junge Mann wurde „selbstverständlich“ Kriegsfreiwilliger und war bald in den großen Abwehrschlachten in der Somme und in der Champagne mehrfach verwundeter Maschinengewehroffizier. Mit den Kriegskameraden besah man sich in den vordersten Stellungen Pfemferts „Sturm“, eine Zeitschrift voller modernster Bilder und Lyrik, und war also wohl vorbereitet, als man später in den geheimnisvollen polnisch, litauisch, jiddischen barocken Winter- und Nachstädteln, Wilna und Kownow, in denen sie Chagalls Bilder wiederzuerkennen glaubten, Männern wie Arnold Zweig, Schmidt-Rottluff, Paul Fechter u. a., die dort als Soldaten hausen, begegnete.

Aus dem Kriegsfreiwilligen, der ins Feld ging, entwickelte sich ein junger Mann, der die Kunst allein wichtig nahm, und ein Skeptiker aller Politik gegenüber.

Der Vater Cornelius hatte 1871 in Versailles Posten gestanden, als Bismarck das Deutsche Reich gründete. Der Sohn kam nach Dresden zurück und hatte so viel Blut unnütz fließen sehen, daß er sein Leben lang den Gedanken nicht loswerden konnte, wie sehr es nur ein Zufall sei, der Zufall einer Zehntausendstel-Sekunde, daß er nicht mit den besten seiner Freunde an der Somme das Grab teilt, statt mit einem „Heimatschuß“ Urlaub zu bekommen. Ein Gedanke übrigens, der ihn die Kunst seiner Zeit wahrscheinlich besser verstehen ließ.

In dieser Verfassung also, in einer schwarzgefärbten alten Uniform, begann das Studium der Kunstgeschichte in der alten Stadt Frankfurt/M., wo Max Beckmann und Paul Hindemith, die Gestirne der Zeit für die Eingeweihten, regierten. Daß Käthe Kollwitz eine bedeutende Frau, Chagall ein großer Maler, die „Brücke“, der „Blaue Reiter“, das „Bauhaus“ die Zentren der deutschen Kunst seien, daß Mary Wigmann eine große Tänzerin, Trakl und Werfel Dichter seien – dies war fast das einzige Sichere in der Gegenwart, was wir Studenten damals im Auf und Ab der politischen Wirrungen wußten.

An Kaufen und Sammeln war nicht zu denken. Mein Vater, damals mit Ehrenämtern überhäuft, hatte schon 1915 seine letzte goldene Uhrkette und die goldenen Ehrenmedaillen und Orden dem Staat gegen Eisen gegeben. Wie den meisten „anständigen“ Deutschen nahm ihm die Inflation restlos sein Vermögen.

Die „Frankfurter Zeitung“ schickte mich 1925 nach USA, und im gleichen Jahre wurde ich Museumsdirektor in Zwickau. Die alte sächsische Stadt war jetzt voller Kohlenbergwerke, Industrie, Arbeitsloser und Ruß. Hier für die Kunstreunde aller Stände, also auch für die Arbeiter, aus einem verschlafenen Provinzmuseum eine lebendige Stätte der Kunst zu machen, war mein Ziel. Da nur geringe Mittel zur Verfügung standen, verkaufte ich bei der Neuordnung der schönen alten Bestände zum Beispiel einen Ölschinken des späten 19. Jahrhunderts. Junge Freunde aus dem Bauhaus besorgten den Anstrich und die Beleuchtung des Museums. Als Sammlung zeitgenössischer

1 Fritz Maskos

„Sinnende Frau“, 1922

2 Max Liebermann

„Reiter am Strand“, 1901

3 Ludwig Godenschweg

„Männliches Bildnis“, undatiert

4 Wilhelm Lachnit

„Mädchen am Tisch“, 1923



Kunst kaufte ich Aquarelle, Zeichnungen und Lithographien der großen deutschen Maler der Gegenwart. Ich war der Meinung und bin es heute noch, daß im deutschen Expressionismus das Wichtigste in der Graphik gesagt sei. Ich schuf ein lebendiges Museum, das, von vielen Gruppen und Tausenden von Einzelpersonen aller Stände besucht, mit Führungen und Ausstellungen sich lebhaft regte. Werke der wichtigsten neueren deutschen Künstler wurden gezeigt, aber es musizierte z. B. auch Paul Hindemith alte und eigene Musik, Ringelnatz las, Schwitters, aber auch Prof. Pinder und viele andere sprachen. Diese heute in den Museen der Industriestädte selbstverständliche Arbeit brachte mir, als Förderer des „Krickel-Krackel-Klee“, des „Schmierer“-Kokoschka, der „ost-baltisch Mongoliden“ Käthe Kollwitz und Barlach, des jüdischen Liebermann, harte Kämpfe mit der NSDAP und 1928 den Verlust meines Museumsamtes ein. Es war die gleiche Zeit, in der das Bauhaus in Weimar ausgebootet wurde. Jung wie ich war, hatte ich das Richtige am ungeeigneten Ort versucht.

Nach einigen Semestern Lehrtätigkeit an der Staatlichen Kunstakademie Dresden, wo ich in überfüllten Sälen genau das lehrte, was die immer mächtiger werdende NSDAP haßte, wurde ich Direktor im neu und schön gebauten Kunstverein in Hamburg, um nach erfolgreicher Arbeit im gleichen Sinne 1932 wiederum entlassen zu werden.

Was es in den folgenden Jahren hieß, der Kunst, die man liebt, treu zu bleiben, kann man sich in USA kaum vorstellen. Es hieß, gegen die Presse, gegen die öffentliche Meinung, die dem „normalen“ Bürger endlich erlaubte, seinem angeborenen Haß gegen die gute Kunst, die seine gemütliche Welt sprengte, freie Luft zu machen, zu denken.

Man war allein. Gewiß, es gab ein paar Freunde, die man auch kannte, aber alle Zweifel wuchsen immer größer.

Natürlich, die neue Kunst lebte noch. Die Maler malten, wenn auch meist im Geheimen. Merkwürdigerweise konnte man, bis hinein in die Parteikreise, Freunde neuer Kunst finden. Merkwürdigerweise konnte man – allerdings nur, wenn man Glück hatte – mehr für die neue Kunst tun, als oft getan wurde. Ich gründete eine Kunsthändlung in meiner Wohnung an der Alster in Hamburg. Konnte viele schöne neue Ausstellungen zeigen. Zum Beispiel die einzige im Dritten Reich mit Werken von Max Beckmann, ehe der große Maler auswanderte.

Man besuchte mein Kunstkabinett, in dem sich die moderne Kunst nun bald häufte, wie eine Art Lasterhöhle, ein wenig



Hildebrand Gurlitt führt durch die São-Paulo-Ausstellung 1954

KUNSTVEREIN DÜSSELDORF

Ausriß aus einem Kunstgeschichtsbuch

„Ich konnte die einzige Ausstellung im Dritten Reich mit Werken von Max Beckmann zeigen.“

geheim, aber eifrig. Sozusagen „zwischen den Zeilen“ erschienen bei mir die merkwürdigsten Menschen, neue Museumsdirektoren, die man andernorts in SS-Uniformen herumlaufen sehen konnte, und sie fühlten sich scheinbar wohl und denunzierten nicht. Aber wer kannte wen? Wer blieb, wer wanderte aus, was war richtig, was tapfer?

Sehr viele Bilder neuer Kunst gingen durch meine Hand. Sie kamen von den Malern, von emigrierenden Kunden und Freunden, von Menschen, die die Bilder aus Vorsicht lieber abstießen, aus dem großen Beschlagnahmedepot Niederschönhausen, wo man gegen dieselben Devisen, die zu besitzen mit Zuchthaus bestraft wurde, wenn man den Schneid dazu hatte, sehr schöne Bilder kaufen konnte. Was nicht

gegen bare Devisen verkauft wurde, ich glaube, etwa 80 000 Kunstwerke, hat die SS verbrannt. Viele dieser Bilder konnte ich vor dem Untergang retten und großen Sammlern, z. B. Haubrich in Köln oder etwa die gesamte Nolde-Graphik dem Dr. Sprengel nach Hannover, weitergeben, es gab immer wieder Männer, deren große Liebe zur neuen Kunst sie mutig machte, aber alles blieb halb verborgen.

(Hier fehlt eine Seite)

(Nach dem Bombenangriff auf Dresden in der Nacht zum 14. Februar 1945 –Red.) schworen wir uns, keinen materiellen Verlust je zu bedauern, logische Folgen, die zu dieser Zerstörung geführt hatten, anzuerkennen und voller Trauer zwar, aber doch das – wenn auch einfachste – Leben anzunehmen.

Ich fand die ausgelagerten Reste der Sammlung und besitze sie noch. Aber ihre Abenteuer sollten eigentlich erst beginnen. Aus den Passepartouts herausgerissen, an verschiedenen Orten verteilt, blieb ein Teil in Sachsen, und erst später, als ein kommunistischer Dorf-Bürgermeister die Blätter bereits beschlagnahmt hatte, konnte ich sie mit einer kleinen List freibekommen und dank eines braven Russen, dem in einer regennassen Nacht zwei Flaschen Schnaps hervorragend gefüllt, durch den Eisernen Vorhang bringen. Ein anderer Teil wurde von den Amerikanern beschlagahmt und mir nach fünf Jahren von einem hervorragenden Fachmann, wohlbehütet, zurückgegeben. Ein dritter Teil war in den dicken Mauern einer alten fränkischen Wassermühle eingemauert und fand sich da wieder.

Längst bin ich kein Kunsthändler mehr, die „Tausend Jahre“ des Dritten Reichs waren mir genug. Aber ich werde nichts von diesen Blättern verkaufen, wie ich auch nur wenig noch hinzukaufen kann. Ich sehe die Sammlung, die nach soviel Fahrnissen mir, ich kann nur sagen unerwarteter Weise, wieder zugefallen ist, nicht eigentlich als mein Eigentum an, sondern als eine Art Lehen, mit dem zu wirken mir aufgegeben ist.

Ich weiß, in diesen Zeilen ist kein Wort über den geistigen Wert unserer Kunst gesagt. Ich weiß, wie schwer es ist, den Rang dessen zu bestimmen, was einem sehr nahe ist. Ich weiß aber, was mir diese Blätter bedeutet haben: das Beste meines Lebens. In diesen Werken zeigt sich der Kampf um uns selbst, und ich dachte, daß man diese Kunst vielleicht besser verstehen könnte, wenn man die für Deutschland gar nicht einmalige, sondern sehr typische Geschichte der kleinen Sammlung kennt.

Dr. H. Gurlitt





KINO

„Ruhm ist nicht fair“

Die US-Schauspielerin Jennifer Lawrence über ihr Leben als jüngster Superstar Hollywoods, ihr loses Mundwerk und ihren neuen Film „Catching Fire“

Lawrence, 23, erhielt in diesem Jahr für ihre Darstellung in der Komödie „Silver Linings“ den Oscar und war damit eine der jüngsten Gewinnerinnen in der Geschichte Hollywoods. Zum Superstar wurde sie durch den Film „Die Tribute von Panem“, der auf dem Romanbestseller von Suzanne Collins beruht. Darin spielt sie eine junge Frau in einem totalitären Zukunftsstaat. In modernen Gladiatorenspielen, die das Regime im Fernsehen überträgt, muss sie ums Überleben kämpfen. „Catching Fire“, der zweite Teil der auf vier Folgen angelegten Reihe, läuft diese Woche an.

SPIEGEL: Ms. Lawrence, die Filme „Die Tribute von Panem“ und „Catching Fire“ spielen in einem Staat, der seine Bürger rund um die Uhr überwacht. Wie realistisch ist dieses Szenario?

Lawrence: Viel realistischer, als uns lieb ist, fürchte ich. Wenn Sie sich anschauen, wie in meinem und in Ihrem Land die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, dann erkennen Sie, dass nichts unmöglich ist. Irgendwann werden die Unterschiede so groß, dass sich die Gesellschaft nur noch mit Gewalt zusammenhalten lässt.

SPIEGEL: Jetzt gehören Sie aber auch zu den Reichen. Zehn Millionen Dollar Gage haben Sie für „Catching Fire“ bekommen.

Lawrence: Richtig, aber ich werde auch überwacht. Von der Öffentlichkeit. Denn die Medien suggerieren den Menschen tagtäglich, sie hätten einen Anspruch darauf zu erfahren, was ich Samstagnachmittag mache. Paparazzi jagen mir nach, um Bilder von mir zu machen, wie ich im Gemüseladen einkaufen gehe. Immer

mehr Menschen glauben, die Stars würden ihnen gehören.

SPIEGEL: Ist das wirklich totalitär?

Lawrence: Ja, und zwar deshalb, weil die Medien auf diese Weise mehr und mehr Macht über unser Leben gewinnen. Diese ständigen Verletzungen der Intimsphäre lassen uns abstumpfen, die Schocks müssen immer stärker werden. Wenn ich mir einige Reality-TV-Shows anschau, habe ich das Gefühl, dass wir von den Gladiatorenkämpfen unserer Filme gar nicht mehr allzu weit entfernt sind.

SPIEGEL: In den „Panem“-Filmen sind die Medien in den Händen der Mächtigen. Das ist in der Wirklichkeit etwas anders.

Lawrence: Natürlich, die Ereignisse in den arabischen Staaten haben ja gezeigt, dass die sozialen Netzwerke entscheidend dazu beitragen können, undemokratische Systeme zu stürzen. Aber schauen Sie

sich mal an, wie geschickt Barack Obama das Internet genutzt hat, um ein Polit-Star zu werden. Schon etwas beunruhigend, wenn man sich vorstellt, dass dies erst der Anfang war. Die Menschen sind so leicht zu manipulieren.

SPIEGEL: Sind Sie auf Twitter?

Lawrence: Nein, auch nicht auf Facebook und den ganzen anderen Netzwerken.

SPIEGEL: Warum nicht?

Lawrence: Nichts für mich. Mein Smartphone nutze ich nur, um damit zu telefonieren und Kurzmitteilungen zu schicken. Es gibt Menschen, die filmen sich mit dem Ding, wie sie eine Treppe hochgehen, schicken diesen Film an alle ihre Freunde und schreiben dazu: „Aufzug kaputt, muss die Treppe nehmen.“ So wichtig nehme ich mich nicht.

SPIEGEL: Aber es dürfte Ihnen kaum entgangen sein, dass jeden Tag Hunderttausende über Sie twittern und Ausschnitte aus Ihren Fernsehinterviews auf YouTube millionenfach angeschaut werden.

Lawrence: Klar, Freunde schicken mir ab und zu Tweets. Das ist auch okay.

SPIEGEL: Wie gehen Sie mit diesem Ruhm um?

Lawrence: Ruhm ist nicht fair. Wenn Sie erwarten, dass er fair ist, fangen Sie eines Tages an zu weinen, und das habe ich getan. Dann habe ich versucht, mich daran zu gewöhnen, und das hat etwa zwei Jahre gedauert. Ich frage mich allerdings, ob man sich je ganz daran gewöhnen kann. Diese Männer, die mit ihren Kameras vor meinem Haus darauf warten, dass ich aus der Tür trete, können einem Angst machen. Dann kommen diese ganzen Lügen dazu. Das größte Problem ist aber, dass man sich ständig fremd fühlt.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Lawrence: Klingt jetzt wahrscheinlich total bescheuert, aber man fühlt sich irgendwann so, als würde man nicht mehr zur menschlichen Rasse gehören. Die Leute

geben dir ständig das Gefühl, anders zu sein, besonders. Wenn ich eine Tasse Kaffee bestelle, geht ein Raufen durch den Raum. Befremdlich. Ich will doch nur einen Kaffee! Alle denken immer, du veränderst dich, wenn du berühmt bist. Nein, alle um dich herum verändern sich.

SPIEGEL: Haben Sie schon mal versucht, dem Rummel zu entkommen, indem Sie sich verkleiden?

Lawrence: Klar habe ich schon über Perücken oder falsche Zähne nachgedacht. Ein Großteil meiner Arbeit besteht nämlich darin, Leute zu beobachten. Das geht jetzt nicht mehr, weil die mich beobachten. Dann verhalten sie sich auf einmal völlig unnatürlich. Wirklich blöd. Ganz normal unter den Leuten zu sein, das fehlt mir schon sehr.

SPIEGEL: Sie haben Hollywood mit einem Hornissennest verglichen. Sind Sie schon gestochen worden?

Lawrence: Bisher noch nicht, zum Glück. Aber die Hölle wird noch kommen.

SPIEGEL: Da sind Sie sicher?

Lawrence: Ganz sicher. Am besten, man schafft sich seine eigene Welt aus Familie und Freunden, die einen schützt und abschirmt. Das ist meine Realität.

SPIEGEL: Und wenn Sie auf dem roten Teppich stehen?

Lawrence: Springe ich in eine Parallelwelt und rufe: „Wow!“ Die Aufregung dieser jungen Mädchen am roten Teppich überträgt sich komplett auf mich. Ich habe oft ein schlechtes Gewissen, weil ich einen so tollen Job habe und dafür auch noch so viel Geld bekomme. Der Zweifel, ob ich all das verdiente, verlässt mich nicht. Aber wenn ich diese Mädchen sehe, ist meine Freude ungetrübt.

SPIEGEL: Sehen Sie sich als Vorbild?

Lawrence: Es ist völlig egal, ob ich ein Vorbild sein will oder nicht, ich wurde es in dem Moment, als ich die Rolle der

Katniss Everdeen in „Die Tribute von Panem“ übernommen habe. Die jungen Mädchen, die zu ihr aufschauen, schauen auch zu der Person auf, die sie spielt, ganz normal.

SPIEGEL: In Talkshows reden Sie über Ihre Besuche in Striplokalen und Ihre Lust am Pinkeln. Ist diese Offenheit eine Eigenschaft, die Sie an Ihre jungen Fans weitergeben wollen?

Lawrence: Na ja, der Teil meiner Persönlichkeit, der immerzu redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, bringt mich auch ganz schön oft in Schwierigkeiten. Dann denke ich: Hättest du mal besser die Klappe gehalten. Aber natürlich bin ich der Meinung, dass jeder möglichst ehrlich sein sollte, klar.

SPIEGEL: Sie wuchsen in einer ländlichen Umgebung in Kentucky auf. Vermissten Sie das übersichtliche Leben manchmal?

Lawrence: Doch, natürlich. Früher kam ich von der Schule nach Hause und verbrachte Stunden damit, Angeln zu gehen oder mit meinem Pferd durch die Wälder zu reiten. Ich habe viel Zeit allein mit der Natur verbracht. Wir haben so viel Lärm um uns herum, und wenn der plötzlich einmal weg ist, fühlen wir uns sofort einsam. Dabei ist es nur friedlich.

SPIEGEL: Sie haben die Schule abgebrochen und bezeichneten sich selbst in einem Interview einmal als „unfassbar ungebildet“.

Lawrence: Sehen Sie, das war einer dieser Momente, in denen ich besser die Klappe gehalten hätte!

SPIEGEL: Betrachten Sie das Filmemachen als eine Form der Ausbildung?

Lawrence: Wahrscheinlich würde ich schon bei einem Mathe-Test für Zweitklässler versagen. Aber ich glaube, man muss Bildung viel individueller betrachten. Ich reise rund um die Welt, ich reiste schon, als ich ein Teenager war. Meine Eltern sagten immer, man geht aufs College, um später mal einen guten Job zu bekommen, aber jeder Job braucht seine eigene Ausbildung. Meine besteht aus Menschen und Geschichten, es ist eine eher emotionale Bildung.

SPIEGEL: Stimmt es, dass Sie als Kind oft unter Angstattacken litten?

Lawrence: Ja, und das ängstliche Kind in mir ist immer noch da. Aber das ist nicht schlimm, weil es auch die erwachsene, gelassene Jennifer gibt, die alle Sorgen mit einer verächtlichen Geste wegwischt. Mein Körper spürt immer noch die Ängste von früher, aber mein Geist hat gelernt, sie wegzuschubsen.

INTERVIEW: LARS-OLAV BEIER,
ANDREAS BORCHOLTE



Video: „Die Tribute von Panem – Catching Fire“

spiegel.de/app472013lawrence
oder in der App DER SPIEGEL



Darstellerin Lawrence in „Catching Fire“: „Die Hölle wird noch kommen“

ZEITGEIST

Volksfeinde

Kulturexporte in die USA geraten zurzeit in weltpolitische Zusammenhänge. Die Berliner Schaubühne und der Schriftsteller Ilija Trojanow erlebten das in New York. Von Alexander Osang

An einem sonnigen, kalten Novembermorgen steht Ilija Trojanow mit einer Zigarette in der Hand unter einem Baugerüst vor dem Restaurant Balthazar in Soho. Zu Hause raucht er nicht, beim Schreiben raucht er nicht, aber jetzt raucht er. In New York ist Rauchen in der Öffentlichkeit beinahe ein Statement. Eine Schachtel Zigaretten kostet 13 Dollar, und man darf nicht mal unter freiem Himmel überall rauchen. Die Raucher stehen oft ganz am Rand des Bürgersteigs, ein Fuß auf der Fahrbahn, fast schon tot. Manchmal möchte man allein aus diesem Grund wieder anfangen.

„Wollen Sie die Zigarette fürs Foto weglegen?“, fragt der Fotograf.

„Auf keinen Fall“, sagt Trojanow.

Ilija Trojanow ist vor ein paar Wochen die Einreise in die USA verweigert worden. Er wollte zu einem Germanistenkongress nach Denver fliegen, aber sie ließen ihn nicht ins Flugzeug. Er weiß bis heute nicht, warum. Die amerikanische Botschaft in Berlin hat ihm gesagt, es sei ein Eingriff in die Intimsphäre, wenn sie ihm Auskunft über seine Ablehnung erteilen würde. Das ist natürlich ironisch und auch ein bisschen dialektisch, sagt Trojanow.

Bereits im Vorjahr hatte es Schwierigkeiten gegeben, als Trojanow eine Gastprofessur in St. Louis antreten wollte. Diesmal sorgte der Fall für Wirbel, weil er in die Zeit der NSA-Enthüllungen fiel. Trojanow warnt seit Jahren vor den Auswirkungen der allumfassenden Überwachung im digitalen Zeitalter. Gemeinsam mit der Schriftstellerin Juli Zeh hat er die Kampfschrift „Angriff auf die Freiheit“ verfasst, die den staatlichen Sicherheitswahn beschreibt. Er war einer der Erstunterzeichner eines offenen Briefes an Bundeskanzlerin Angela Merkel, in dem die Regierung aufgefordert wurde, den Abhörskandal aufzuklären.

Nachdem ihm die Einreise nach Denver verweigert worden war, beantragte Trojanow im Oktober ein Einjahresvisum für die USA, auch um am New Yorker Festival für neue europäische Literatur teilnehmen zu können. Kurz nachdem er den Antrag abgegeben hatte, kam heraus, dass Angela Merkels Handy abgehört worden war. Mit der Post erreichte Trojanow überraschenderweise ein Zehnjahresvisum. Vielleicht wollten die Ame-

rikaner die Beziehungen zu Deutschland nicht noch mehr komplizieren. Vielleicht war es auch nur ein Zufall.

Trojanows Fragen sind grundsätzlicher. Geheimdienste wie die NSA entwickeln sich zu einem Staat im Staat, sagt er, sie sind Monster, gefräßig, teuer, riesige Beschäftigungskomplexe. Sie sammeln Informationen, weil es technologisch möglich ist, und speichern sie, bis sie sie brauchen. Das will Trojanow verhindern.

Er findet es erschreckend, wenn ihm Freunde sagen: Du bist aber mutig.

Er glaubt, es sei seine Aufgabe als Autor, diese drängenden Fragen zu stellen. Auch deshalb ist er in den USA. In der Höhle des Löwen gewissermaßen.

Der Immigrationsbeamte wollte wissen, was er beruflich mache.

Ich bin Autor, sagte Trojanow.

Und was schreiben Sie so?, fragte der Mann.

Die Wahrheit, sagte Trojanow.

Und wie lange machen Sie das schon? Mein Leben lang.



Autor Trojanow in New York

Trojanow strahlt, als er das wiederholt. Seine Familie floh einst aus Bulgarien, sein Onkel saß dort jahrelang in politischer Haft, er will jetzt nicht nachlassen.

Am ersten Abend sitzt Trojanow im New Yorker Goethe-Institut und beschreibt mit ruhigen Worten das Schreckensszenario des Überwachungsstaates. Jede Generation müsse sich ihre Freiheit neu erkämpfen, sagt er. Er erzählt, wie die Wohnung, in der er Ende der sechziger Jahre als Kleinkind lebte, von etwa 20 bulgarischen Staatssicherheitsleuten verwantzt worden sei. Es sei wie eine militärische Großaktion gewesen. Edward Snowden habe bewiesen, dass man heute den gleichen Effekt mit wenigen Mauskicks erzielen könnte.

Es sei seltsam, wie routiniert selbst seine amerikanischen Gastgeber aus der Literaturszene mit dem NSA-Skandal umgehen würden, sagt Trojanow. An seinem zweiten New Yorker Abend wird der Journalist Glenn Greenwald, der den NSA-Skandal für den „Guardian“ aufdeckte und der in Brasilien lebt, per Skype in eine Konferenz geschaltet. Die Veranstalter freuen sich, dass sie ihn zeigen können. Dabei sei doch der eigentliche Skandal, dass ein kritischer US-Journalist nicht mehr in seine Heimat einreisen dürfe, sagt Trojanow.

Andererseits möchte er nicht als guter Botschafter eines vorbildlichen Deutschlands missbraucht werden.

Auf der Veranstaltung des Goethe-Instituts sagt er, dass die deutschen Behörden wenig hilfreich gewesen seien, als man ihn nicht in die USA gelassen habe. Er beschwert sich darüber, dass Angela Merkel auf den offenen Brief nie reagiert habe, und erzählt, dass in den Koalitionsverhandlungen in Berlin gerade darüber beraten werde, den deutschen Geheimdienst nach amerikanischem Vorbild auszubauen. In der ersten Reihe erstarren der Generalkonsul und der Uno-Botschafter der Bundesrepublik zu Stein.

Sie sitzen hier für ein Deutschland, das es sich in seiner Erregung über die NSA-Machenschaften gemütlich gemacht hat. Mitunter wirkt es, als freut sich die Deutschen, dass sie auch mal Opfer sind. Edward Snowden leuchtet von den Titelseiten der Magazine wie Che Guevara, Barack Obama wird jeden Tag grauer, er ist, je nach Kommentator, einsam oder kalt oder ignorant, oft auch alles zusammen.

In den USA aber ist Edward Snowden weit weniger populär, selbst liberale, regierungskritische Menschen, die sonst George W. Bush verachten, Obama kritisch sehen, die Fahrrad fahren, im Food Co-op arbeiten und ihre Urlaube in Europa verbringen, trauen ihm nicht. Die Gespräche über Snowden erinnern an jene, die man vor ein paar Jahren mit ihnen über Lance Armstrong führte. Sie

DIRK EUSTEBROCK / DER SPIEGEL



JULIETA CERVANTES

Szene aus Ostermeier-Inszenierung „Ein Volksfeind“: Vergiftetes Wasser in Brooklyn

glaubten nicht, dass ihr Mann dopte, sie glaubten eher, dass die Europäer sauer waren, weil er pausenlos ihr wichtigstes Radrennen gewann.

Wer in diesen Tagen als deutscher Künstler in Amerika auftritt, muss weiter um die Welt reisen als je zuvor.

Als Thomas Ostermeier Anfang November zur Brooklyn Academy of Music reiste, sagte ihm der Theaterdirektor, dass ein Großteil der Amerikaner Snowden für einen Vaterlandsverräter hält.

Die Schaubühne brachte Ostermeiers Inszenierung des Ibsen-Stücks „Ein Volksfeind“ nach New York. Es ist die Geschichte des Kurarztes Dr. Stockmann, der entdeckt, dass das Heilwasser seiner Bäderstadt vergiftet ist. Er wendet sich an die Lokalzeitung, er attackiert die örtlichen Politiker und schließlich die ganze Gesellschaft. Als sie das Gastspiel planten, gab es noch keine Snowden-Affäre, sagt Ostermeier. Er habe seine Inszenierung zunächst als Reflex auf die Occupy-Bewegung verstanden, die aus ihrem Zeltlager das internationale Finanzkapital zur Strecke bringen wollte. Es sollte ein Stück über das naive und halbherzige politische Engagement sein, das er in seiner Generation spürt, bei sich, bei seinen Freunden. Ein Stück über die Grenzen politischer Veränderungsmöglichkeiten.

Aber wer in Brooklyn im Theater sitzt, sieht natürlich eine Metapher auf Edward Snowden, den Mann, der der Welt die Maske vom Gesicht reißen will. Kurz vor Schluss, unmittelbar nachdem Dr. Stockmann seine Weltanklage herausgeschleudert hat, der globale Schwanengesang aus der Kleinstadt verstummt ist, treten die Schauspieler, immer noch in ihren Rollen, in einen Dialog mit dem Publikum.

Wer stimmt Stockmann zu?, fragen sie.

Und dann passiert etwas Interessantes: Die Mehrzahl der New Yorker Zuschauer hebt den Arm.

Jemand sagt: Bringt einfach das Bad in Ordnung und jagt die Politiker davon, die dafür verantwortlich sind. Jemand anderes sagt: In den USA wäre das nicht möglich, der Bäderbetreiber hätte sofort ein Dutzend Anwälte am Hals. Eine Frau sagt, dass sie keine Kraft mehr habe zu kämpfen, der Alltag fresse sie auf. Ein Mann schlägt eine Revolution vor. Ein schlanker, grauhaariger Herr mit feingeschnittenem Gesicht, der ein wenig an Jeremy Irons erinnert, sagt: „Eine Revolution wäre jetzt nicht schlecht.“ Die Frau neben ihm sieht ihn verliebt an.

Es ist ein wunderbares Erlebnis. Die Schaubühne zündet Brooklyn an, Charles Isherwood, Kritiker der „New York Times“, aber schreibt, der „Volksfeind“ mag ein Spaß für Leute sein, die sich auch an chaotischen Versammlungen linksalternativer Aktivistengruppierungen erfreuen. Er bevorzugt es, seine politischen Ansichten bei Wahlen auszudrücken, nicht im Theater. Womöglich will sich Isherwood nicht von den verdammten Deutschen erklären lassen, wo der Hammer hängt.

Die Produktion wird auf der ganzen Welt als Kommentar verstanden. In Buenos Aires saß ein Politiker im Publikum, der Argentinien mit in die Krise ritt, in Frankreich wurde die Inszenierung als Reaktion auf einen Pharma-Skandal interpretiert, in Griechenland waren es die europäischen Schulden, und in den USA ist es ein Kommentar zur NSA. Im nächsten Februar geht die Schaubühne mit dem „Volksfeind“ vielleicht nach Teheran. Aber die Iraner wollen, dass Stockmanns Frau ein Kopftuch trägt. Ostermeier emp-

findet es oft als ein Malheur, ausgerechnet mit einer deutschen Theatergruppe um die Welt zu ziehen. Das kann, so sieht er es, manchmal ziemlich vermassen wirken.

Ilya Trojanow kennt diese Skrupel nicht. Er ist in Bulgarien geboren, in Nairobi auf die deutsche Schule gegangen, er hat in Südafrika und in Mumbai gelebt, wohnt jetzt in Wien. Vielleicht hat es damit zu tun. Er ruft: Wer, wenn nicht wir? Er sagt, dass die Leiden des letzten Jahrhunderts vergeblich gewesen seien, wenn nicht mal das Volk, das Gestapo und Staatssicherheit erlebte, seine Lehren daraus ziehen dürfe.

Als Ilya Trojanow an seinem ersten New Yorker Abend gerade die Bühne verlassen wollte, sprang der deutsche Uno-Botschafter auf und versuchte, noch ein paar Dinge geradzurücken.

Er sagte, dass er eigentlich mit einer Lesung gerechnet habe. Er sagte, er sei ein Bewunderer des Autors. Er lobte die notwendige Diskussion, die in Gang gekommen sei. Aber er müsse auch Einschränkungen machen. Er redete von „lebhaften Kontakten“ zwischen amerikanischen und deutschen Politikern und Diplomaten nach der Trojanow-Affäre und dem Merkel-Handy-Skandal. Er erinnerte an die Resolution, die er Anfang November in die Generalversammlung eingebracht habe. Eine deutsch-brasilianische Initiative, die sich gegen die Ausspähung wende. Der Botschafter ruderte mit den Armen, federete in den Knien. Im Hintergrund wurden bereits die Weinflaschen entkorkt.

Trojanow lehnte sich zurück und sah schmallippig zu, wie sich der Beamte abstrampelte. Sie wirkten wie Figuren aus dem „Volksfeind“. Zwei Deutsche, die in einer New Yorker Novembernacht in ein großes, historisches Drama geraten waren. ♦

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (1)** **Khaled Hosseini**
Traumsammler
S. Fischer; 19,99 Euro

- 2 (2)** **Jussi Adler-Olsen**
Erwartung
dtv; 19,90 Euro

- 3 (12)** **Henning Mankell**
Mord im Herbst
Zsolnay; 15,90 Euro

- 4 (-)** **Elizabeth George**
Nur eine böse Tat
Goldmann; 24,99 Euro

- 5 (3)** **Stephen King**
Doctor Sleep
Heyne; 22,99 Euro

- 6 (4)** **Cecelia Ahern**
Die Liebe deines Lebens
Fischer Krüger; 16,99 Euro

- 7 (-)** **Jo Nesbø**
Koma
Ullstein; 22,99 Euro

- 8 (5)** **Timur Vermes**
Er ist wieder da
Eichborn; 19,33 Euro

- 9 (6)** **Ferdinand von Schirach**
Tabu
Piper; 17,99 Euro

- 10 (7)** **Rebecca Gablé**
Das Haupt der Welt
Ehrenwirth; 26 Euro

- 11 (8)** **Dan Brown**
Inferno
Bastei; 26 Euro

- 12 (17)** **Ulrich Tukur**
Die Spieluhr
Ullstein; 18 Euro

Schauerromantische
Novelle um ein
magisches Bild, das
den Betrachter auf
eine Zeitreise entführt



- 13 (9)** **Horst Evers**
Wäre ich du, würde ich mich lieben
Rowohlt Berlin; 16,95 Euro

- 14 (16)** **Robert Harris**
Intrige
Heyne; 22,99 Euro

- 15 (11)** **Daniel Kehlmann**
F
Rowohlt; 22,95 Euro

- 16 (20)** **Nina George**
Das Lavendelzimmer
Knaur; 14,99 Euro

- 17 (-)** **Håkan Nesser**
Himmel über London
btb; 19,99 Euro

- 18 (19)** **Atze Schröder**
Und dann kam Ute
Wunderlich; 19,95 Euro

- 19 (13)** **Terézia Mora**
Das Ungeheuer
Luchterhand Literatur; 22,99 Euro

- 20 (10)** **Ian McEwan**
Honig
Diogenes; 22,90 Euro

Sachbücher

- 1 (1)** **Christopher Clark**
Die Schlafwandler
DVA; 39,99 Euro

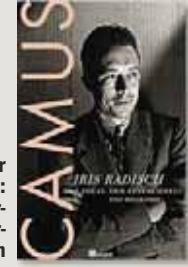
- 2 (2)** **Guido Maria Kretschmer**
Anziehungskraft
Edel Books; 17,95 Euro

- 3 (3)** **Florian Illies**
1913 – Der Sommer des
Jahrhunderts S. Fischer; 19,99 Euro

- 4 (4)** **Malala Yousafzai mit Christina Lamb**
Ich bin Malala
Droemer; 19,99 Euro

- 5 (6)** **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klaren Denkens
Hanser; 14,90 Euro

- 6 (20)** **Iris Radisch**
Camus –
Das Ideal der
Einfachheit
Rowohlt; 19,95 Euro



Aus dem armen Algier
ins besetzte Paris:
Einblick in ein abenteuer-
liches Schriftsteller-
und Philosophenleben

- 7 (12)** **Meike Winnemuth**
Das große Los
Knaus; 19,99 Euro

- 8 (8)** **Ruth Maria Kubitschek**
Anmutig älter werden
Nymphenburger; 19,99 Euro

- 9 (7)** **Bronnie Ware**
5 Dinge, die Sterbende am meisten
bereuen Arkana; 19,99 Euro

- 10 (5)** **Rüdiger Safranski**
Goethe – Kunstwerk des Lebens
Hanser; 27,90 Euro

- 11 (10)** **Jennifer Teege / Nikola Sellmair**
Amon
Rowohlt; 19,95 Euro

- 12 (18)** **Christiane zu Salm**
Dieser Mensch war ich
Goldmann; 17,99 Euro

- 13 (13)** **Eben Alexander**
Blick in die Ewigkeit
Ansata; 19,99 Euro

- 14 (9)** **Stephen Emmott**
Zehn Milliarden
Suhrkamp; 14,95 Euro

- 15 (-)** **Andreas Englisch**
Franziskus – Zeichen der Hoffnung
C. Bertelsmann; 17,99 Euro

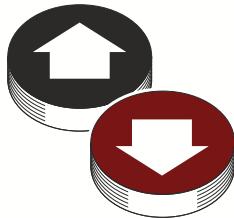
- 16 (15)** **Ronald Reng**
Spieltage
Piper; 19,99 Euro

- 17 (14)** **Kurt Flasch**
Warum ich kein Christ bin
C. H. Beck; 19,95 Euro

- 18 (-)** **Christine Westermann**
Da geht noch was
Kiepenheuer & Witsch; 17,99 Euro

- 19 (19)** **Volker Ullrich**
Adolf Hitler – Die Jahre des Aufstiegs
S. Fischer; 28 Euro

- 20 (-)** **Henryk M. Broder**
Die letzten Tage Europas
Knaus; 19,99 Euro



Die Angst des Schriftstellers

BUCHKRITIK: Maxim Biller lässt in seiner Novelle „Im Kopf von Bruno Schulz“ einen bösartigen Doppelgänger von Thomas Mann auftreten.

Wie schreibt man einen Brief an Thomas Mann? Ein kleiner, dünner, ernster Herr namens Bruno, der in einem schlecht beleuchteten Souterrain im polnischen Städtchen Drohobycz an seinem niedrigen Schreibtisch sitzt, versucht es mit Unterwürfigkeit: „Sehr verehrter, hochgeschätzter, lieber Herr Thomas Mann ...“, hebt er an. Doch er streicht den Satz wieder durch und beginnt noch mal. „Sehr geehrter Herr! Ich weiß, dass Sie täglich viele Briefe bekommen und wahrscheinlich mehr Zeit damit verbringen, sie zu beantworten, als mit dem Schreiben Ihrer wunderbaren, weltberühmten Romane.“ Er bricht bald ab, stößt sich das Knie, hält seinen großen, fast dreieckigen Kopf in den Händen, und dann, schnell und ohne zu überlegen: „Lieber Dr. Thomas Mann!“

Die schlichten Worte sind die richtigen Worte, sie bringen ihn ins Erzählen. Er will Thomas Mann berichten von jenem Doppelgänger, der seit drei Wochen in der polnischen Provinz lebt und behauptet, er sei der berühmte Schriftsteller und Nobelpreisträger, der sich aber ganz und gar nicht so benimmt.

Maxim Biller, 53, braucht nur anderthalb Seiten, um in seiner Novelle „Im Kopf von Bruno Schulz“ die Unruhe seiner Hauptfigur zu etablieren, die bald schon in panische Angst umschlägt.

Der Text ist eine Verbeugung vor dem Werk des polnischen Dichters Bruno Schulz, dessen große Kunst darin lag, in seinen Erzählungen jenen Strom von Ungewissheit und Unerklärbarem einzufangen, der unter der vermeintlichen Wirklichkeit fließt.

Und so ist auch Billers Novelle nur oberflächlich ein Text über Bruno Schulz und das Jahr 1938; über die historisch überlieferte Tatsache, dass sich der polnische Schriftsteller wirklich an den deutschen Schriftsteller wandte und ihm mit

einem Brief seine auf Deutsch verfasste Erzählung „Die Heimkehr“ schickte. Anders als Billers fiktive Figur hoffte der wahre Bruno Schulz auf diesem Wege einen Fürsprecher zu finden, er hoffte, Zugang zum literarischen Zentrum Europas zu erlangen. Tatsächlich war es am Ende wohl ein deutscher Gestapo-Mann, der den jüdischen Schriftsteller 1942 auf offener Straße erschoss. Schulz' großer Erzählzyklus „Die Zimtläden“ wurde in Deutschland erst viele Jahre nach seinem Tod entdeckt.

„Es klang zwar nicht schlecht, was er las – Krull beschließt, zum Zirkus zu gehen, lernt eine reiche, schöne Engländerin kennen, die er nicht liebt und so weiter –, doch die Sätze waren gewöhnlich und aufgeblasen.“

Biller treibt die Figur des Bruno Schulz in einen zunehmenden Wahnsinn, bald wird aus dem Brief an Thomas Mann ein innerer Monolog über das beengte Leben in Drohobycz mit immer groteskeren Motiven. Höhepunkt ist eine sadomasochistische Szene in einem großen, kahlen Badezimmer, an dessen Betondecke Duschen eingelassen sind, aus denen metallblaue Rauchschwaden strömen.

Diese Gaskammer-Allegorie mit dem Doppelgänger Thomas Manns im Mittelpunkt ist bisher ehrfürchtig-ernsthaft rezensiert worden, aber es ist auch kühn und lustig, wie Biller, getarnt als Bruno Schulz, die Grenzen zwischen der Lichtgestalt der deutschen Literatur und der Finsternis der deutschen Geschichte verwischt.

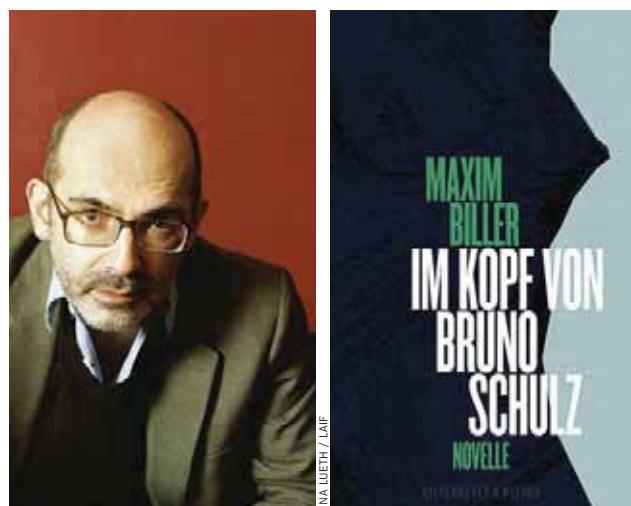
Bevor das Niedertrampeln, das Morden, das Zerstören begann, war Deutschland – das klingt in dieser Novelle an – ein kulturelles Sehnsuchtsland. Eine Traurigkeit über die unwiederbringliche Vielfalt von damals durchzieht

den Text, und trotzdem liegt dessen große Kunstfertigkeit darin, vom Gestern zu erzählen und das Heute hindurchschimmen zu lassen.

In schlanken, eleganten Sätzen schreibt Biller in dieser Novelle von der Angst eines Schriftstellers, der vom „bösaartigen Abbild“ Thomas Manns daran erinnert wird, endlich seinen großen Roman fertigzustellen.

Auch Maxim Biller – der vor zwei Jahren in einem Pamphlet die autobiografische Reflexion in literarischen Texten forderte – schreibt an einem dicken Roman. Er soll im kommenden Jahr erscheinen. Nach seiner vorlaufenen Auseinandersetzung mit Thomas Mann sind die Erwartungen daran nicht eben gering.

CLAUDIA VOIGT



Autor Biller

Es geht in dieser Novelle aber von Anfang an auch um die Frage: Wie schreibt man einen Roman nach Thomas Mann? Obwohl der Nobelpreisträger bald 60 Jahre tot ist, obwohl andere deutsche Schriftsteller den Nobelpreis erhielten, als Maßstab für den ganz großen Roman, gilt in Deutschland noch immer das Werk von Thomas Mann. Biller, das ist aus der Novelle herauszulesen, scheint unbedingt dafür zu sein, aus dieser Begeisterung mal ein wenig die Luft abzulassen.

Nicht nur das Ringen um die richtige Anrede am Beginn des Textes deutet darauf hin, es gibt einige eingestreute Gemeinheiten gegen den Großschriftsteller: zum Beispiel jene Episode in der Apotheke am Marktplatz, in der eine Lesung einer Felix-Krull-Fortsetzung stattfindet.



SHOWS

„Bloß noch Polemik“

„Wetten, dass ...?“-Regisseur Volker Weicker, 56, über die anhaltende Kritik an der Show

SPIEGEL: Herr Weicker, die letzte „Wetten, dass ...?“-Ausgabe wollten so wenige Zuschauer sehen wie noch nie. In einer Mail an Ihr Team schrieben Sie daraufhin „Fuck you Quote“.

Weicker: Das war ein Wortspiel, das sich auf den Film „Fack ju Göhte“ bezog, der in der Show präsentiert wurde. Nach Sendungen schreibe ich immer mal wieder Mails an die Crew, in denen ich mich humorvoll bedanke oder auch kritisiere.

SPIEGEL: Nervt Sie das Dauerfeuer der Kritik?

Weicker: Kritik muss sein, die eine oder andere Spitze, auch mal satirisch. Aber wenn Moderatoren ständig persönlich angegriffen werden, dann ist das nicht in Ordnung. Mir fällt keine andere Berufsgruppe ein, mit der man so umgeht. Wie groß war der Sturm der Entrüstung, als Mehmet Scholl sich kritisch über Mario Gomez äußerte.

SPIEGEL: Die Kritiker geben Markus Lanz keine Chance?

Weicker: Bei „Wetten, dass ...?“ ist das meiste bloß noch Polemik. Wohlwollend wird er jedenfalls nicht beobachtet. Nehmen Sie die letzte Sendung. Da sitzen zwei Schauspieler und twittern während der Show, und der Kritik fällt diese Unhöflichkeit nicht einmal negativ auf. Ich möchte die beiden sehen, wenn ich bei denen im Theater in

der ersten Reihe sitze und mit meinem Handy rumspiele.

SPIEGEL: Sie fühlten sich offenbar nicht besonders gut unterhalten – wie die meisten Kritiker auch.

Weicker: Wenn mir eine Sendung nicht gefällt, schalte ich sie nicht mehr ein. Das macht der Zuschauer genauso. Aber die Kritiker arbeiten sich immer wieder daran ab. Wenn jemand keinen Fisch mag, sollte er nicht über Sushi-Restaurants schreiben.

SPIEGEL: Machen Sie jetzt die Kritik für die schlechten Quoten verantwortlich? Thomas Gottschalk wurde auch permanent verrissen.

Weicker: Es gibt nur wenige von der Kritik geliebte Sendungen, die hohe Quoten haben. Aber darum geht es gar nicht. Es geht um die Form der Auseinandersetzung. Leute, die sich von der Show gut unterhalten fühlten, fragen mich drei Wochen später, was mit der Sendung los sei, man lese ja so viel Schlechtes – dabei gab es zwischendurch keine neue Ausgabe. Fernsehkritik sollte weder eine Fehde noch Comedy sein. Fernsehschaffende sind ja mittlerweile so weit, dass sie die Tatsache, nicht verrissen zu werden, schon als Lob verstehen.

SPIEGEL: Aber es sind doch nicht bloß die Kritiker. Wenn Sie sich das Echo auf Twitter ansehen ...

Weicker: ... da läuft gerade grundsätzlich etwas schief. Man sollte sich dringend auf einen Kodex verständigen: Twittern nur mit der wahren Identität! Es geht nicht, dass anonym über jemanden hergeholt wird, und dann tragen das die Online-Dienste weiter, der Moderator der Morningshow liest es vor, und am nächsten Morgen um neun Uhr ist die Nation auf eine Stimmung eingenordet.

FERNSEHSTARS

Kösters Tierschau

Die Komikerin Gaby Köster arbeitet an ihrer Rückkehr ins Fernsehen. Für Sat.1 zeichnete die 51-Jährige in den vergangenen Wochen mehrere Folgen einer Sendung auf, in der sie Tiervideos ansagt. Co-Moderator ist der Kabarettist Philip Simon, gedreht wurde im Duisburger Zoo. Köster, bekannt durch die RTL-Reihen „7 Tage, 7 Köpfe“ und „Ritas Welt“, tritt nach einem Schlaganfall im Jahr 2008 zwar als Gast in TV-Shows auf, eine eigene Sendung aber hat sie nicht. Die Tierschau wird von der Firma Straßen-

feger produziert, die für Super RTL „Upps! Die Pannenshow“ herstellt, in der ebenfalls lustige Videos gezeigt werden.



Köster

TV-PROGRAMM

Große Stille

Hörgeschädigte Zuschauer haben vom Programm des Senders RTL so gut wie nichts, die Kölner TV-Gruppe verzichtet komplett auf eine erweiterte Untertitelung. Das könnte noch für Ärger sorgen, denn diese Woche beratschlagen die Landesmedienanstalten über dieses Thema. Grundlage ist eine von den Anstalten durchgeföhrte Analyse des Programms von April bis Juni dieses Jahres. Danach steht der Münchner Senderverbund ProSiebenSat.1 besser da als die private Konkurrenz, er hält durchschnittlich ein Angebot pro Tag bereit.

GEDENKEN

„Er hat sich unangreifbar gemacht“

Nachrufe auf den SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann



**Jürgen
Leinemann**

Geboren am 10. Mai 1937. Er studierte Geschichte, Germanistik und Philosophie, bevor er für die Presseagentur dpa arbeitete. Von 1971 bis 2006 war er Korrespondent, Reporter und Ressortleiter beim SPIEGEL, er wurde unter anderem mit dem Egon-Erwin-Kisch-Preis und auch dem Henri-Nannen-Preis für sein Lebenswerk geehrt. Am 9. November erlag er in Berlin seinem Krebsleiden.



Autor Leinemann, Ehefrau Rosemarie, Altkanzler Schröder 2007

SABINE SAUER / DER SPIEGEL

VIEL ZU NAH

GERHARD SCHRÖDER
Bundeskanzler a. D.

Distanz und Nähe – das waren die Prinzipien von Jürgen Leinemanns journalistischer Arbeit. Dieses Gegensatzpaar kennzeichnet ebenso unser persönliches Verhältnis über mehr als drei Jahrzehnte.

Erstmals sind wir uns 1975 bei einem rechtspolitischen Kongress der SPD begegnet. Der frisch aus Amerika zurückgekehrte SPIEGEL-Korrespondent und der Juso-Bezirksvorsitzende stellten erstaunt fest, dass beider Wege immer wieder nach Hannover führten. Das war der Beginn einer langen Beziehung, die von gegenseitiger Achtung, aber auch heftigen Auseinandersetzungen gekennzeichnet war.

Ich kann nicht leugnen, dass ich am Anfang meiner politischen Karriere von

Journalisten und ihrer Arbeit fasziniert war. Sie verkörperten für mich ein Stück Macht, an der ich teilhaben wollte. Umgekehrt war Jürgen Leinemann von der Welt der Politik beeindruckt.

Als junger Bundestagsabgeordneter traf ich ihn Anfang der achtziger Jahre regelmäßig in Bonn. Wir fanden Gefallen am Streitgespräch über Politik und Politiker. Um mein Ziel zu erreichen – die Spitzenkandidatur für die SPD bei der niedersächsischen Landtagswahl 1986 –, musste ich mir im Land zunächst die nötige Bekanntheit verschaffen. So begleitete mich Leinemann einmal im Monat für mehrere Tage. In meinem VW-Passat begaben wir uns dann auf Entdeckungs- und Vorstellungstour durch unsere gemeinsame Heimat Niedersachsen.

Das journalistische Ergebnis hielt er in seinem ersten großen Porträt über mich im SPIEGEL fest: „Marathonlauf auf dem Hochseil“ war die Quintessenz – für mich überraschend kritisch. Damit hatte ich

nicht gerechnet; ich war enttäuscht. So machte ich meine erste Erfahrung mit Leinemanns Fähigkeit, konsequent von der Nähe zum Objekt seiner journalistischen Beobachtung auf Distanz beim Formulieren umschalten zu können.

Später sagte er über diese Zeit, dass wir uns in diesen drei Jahren menschlich viel zu nahe gekommen seien, um auf Dauer professionelle Distanz halten zu können. Also stellte er den Sicherheitsabstand wieder her.

Zehn Jahre lang erschien von ihm kein Artikel über mich im SPIEGEL. Dennoch tauschten wir uns regelmäßig aus und besuchten uns mit unseren Familien – gelegentlich in Hannover, gelegentlich vor den Toren der Stadt, wo ich lebte.

1994 kam es zu einem tiefen Zerwürfnis mit der Folge einer zweijährigen Funkstille. Uns beiden war aber das Nachtragen wesensfremd. Und so überwandene wir trotz gegenseitig zugefügter Blessuren diesen Graben – rechtzeitig vor der Ent-

scheidung der SPD über die Kanzlerkandidatur 1998. Leinemann machte kein Geheimnis daraus, dass er mir nicht zutraute, das Amt des Bundeskanzlers angemessen ausüben zu können. Ich brauchte sieben Amtsjahre, bis er seine Meinung änderte. Sein abschließendes Urteil im Herbst 2005, als er mir an dieser Stelle bescheinigte, das Zeug zum Kanzler zu haben, war für mich eine späte Genugtuung.

Was auch immer uns trennte, Jürgen Leinemann hielt nie mit seinem großen Respekt vor der Arbeit von Politikern hinter dem Berg; und zwar Respekt vor der Kraftanstrengung, einem gewaltigen Druck standhalten zu können.

Kaum einer seiner Kollegen hat sich ein solches Verständnis von den Anforderungen und Gefährdungen eines Politikerlebens erworben wie er.

Meine Bewunderung für Leinemann galt seinem sicheren Instinkt und seiner Fähigkeit, Grenzen zu erkennen, die sein berufliches Selbstverständnis ihm setzte. Als Journalist war er überall dabei, aber er wollte nie dazugehören. Seine Leidenschaft für seine Arbeit und für die Objekte seiner Beobachtungskunst war davon nicht tangiert.

Und er war ein Meister der Sprache, die für ihn Lebenselixier war. Allen angehenden Vertretern seines Berufsstandes, die von ihm lernen wollten, bläute er ein, dass der Journalismus ein Beruf mit strengen handwerklichen Regeln ist und auf einer Standesethik gründet. Bis zum Schluss forderte er von seinen Adlatischen die eigene klare Haltung, die er im journalistischen Gewerbe zunehmend vermisste. Dazu gehörten für ihn die fundierte solide Recherche und die klare Grenzziehung zwischen „Politik machen“ und „Politik beschreiben“. Dieser Versuchung hat Leinemann Zeit seines Lebens widerstanden. Das ist es, was am Ende seine Größe ausmacht.

Ich selbst bin oft Opfer seiner Sezierkunst geworden. Gelegentlich habe ich mich damit getröstet, dass Jürgen Leinemann womöglich versucht, sich selbst zu entlasten, indem er die eigenen Schwächen und Fehler auf andere projizierte.

Aber dieses hilflose Argument trug nicht dauerhaft, weil er auch mit sich selbst ehrlich ins Gericht ging und seine eigenen Schwächen schonungslos öffentlich eingestand.

Sein Buch „Höhenrausch“ hat ihm viel Anerkennung eingebracht. Es wird einzigartig bleiben; er hat sich damit unangreifbar gemacht. Denn das Argument mit der Projektion hat er darin für alle Zeiten entkräftet, weil er sich selbst nicht nur als Analytiker, sondern auch als Opfer dieses „Systems“ sah, der für kurze Zeit die Erdung verloren hatte.

Und dann der Fußball! Kein Gespräch mit ihm ohne einen Blick auf den vergangenen Spieltag der Bundesliga. Gerne hät-

te ich von ihm erfahren, wie er über die jungen erfolgreichen Trainer heute, zum Beispiel beim amtierenden Deutschen Meister, aber auch beim Vizemeister denkt.

Jürgen Leinemann, der große deutsche Journalist, hat tiefe Spuren hinterlassen. Er hatte die Kraft und die Argumente, die Autorität und die Ausstrahlung, gespeist aus Erfahrung und Lebensweisheit, anderen Orientierung zu geben und Vorbild zu sein. Das ist von Dauer. Und das können nicht alle seines Fachs von sich sagen.

IN ÖL

BIRGIT LAHANN

Ex-„Stern“-Reporterin

Ich hatte mich in der letzten Zeit vor einem Wiedersehen gedrückt, hatte Angst, dass Jürgen sich mit diesem schrecklichen Sprachapparat am Hals, der oft so schlecht zu verstehen war, zu sehr anstrengen müsste. Jürgen ohne Gespräche – das war doch zu traurig. Ich sehe ihn noch in Tokio, als Helmut Kohl in einer Rede über Kulturzusammenarbeit sagte: „Befruchtung ist keine Einbahnstraße.“ Wir notierten den herrlichen Satz, Jürgen für den SPIEGEL, ich für den „Stern“. Und dann lachte er und sagte: „Birgit, aber wir erscheinen schon Montag!“

Er schrieb ja in Öl. Umkreiste Mächtige und Ohnmächtige. Tage, Wochen, Monate. Er kreiste sie ein. Ja, sagte Joschka Fischer, und am Ende liegt man auf der Couch. Jürgen war der Analytiker unter den politischen Journalisten, suchte immer nach dem psychologischen Schlüsselerlebnis. Er überfiel seine Opfer nicht gleich mit Fragen. Sollen sie doch zeigen, wie sie gezeigt werden wollen, sagte er mal zu mir. Minister Hans Matthöfer sagte vor dem Gespräch zu seiner Frau: „Der Herr Leinemann soll nämlich eine schöne Geschichte über mich schreiben.“ Was für ihn denn schön sei, fragt Leinemann ihn. Und Hans-Dietrich Genscher wollte am liebsten alles selbst schreiben. „Dann machen Sie mal“, sagte Leinemann und beschrieb ihn als einen Mann, „der den Finger in die Luft reckt, um zu sehen, woher der Wind weht, den er selbst macht.“

Und dann habe ich Jürgen doch noch besucht. Wenige Tage vor seinem Tod. Er lag im Krankenhaus. Wie schmal war er geworden, aber die schönen Augen und sein Lächeln – alles noch da. Zweieinhalb Stunden lang habe ich erzählt.

Und sein Blick war wach und vergnügt. Nur der neue Sprech-

apparat nervte und erlaubte nicht mehr als telegrammartige Sätze. Wir sind dann langsam ein paar Runden im Haus spazieren gegangen, und die Schwestern standen da und applaudierten, wenn sie ihren Patienten wieder um die Ecke kommen sahen.

SEIN TROST

CORDT SCHNIBBEN

SPIEGEL-Reporter

Wenn ein großer Mensch stirbt, ist die Trauer so groß oder klein wie bei jedem anderen Menschen. Wenn ein großer Journalist stirbt, mischt sich in die Trauer der Triumph, der Sieg über den Tod. Die Texte bleiben! Unsterblich. Jeder kann sie lesen, seine Enkel, seine Leser, die Enkel der Leser, die Enkel der Enkel.

Als ich zusammen mit Jürgen die Grenze zum Tod abgeschritten bin, vor Jahren, haben wir darüber gesprochen, wie tröstlich deshalb ein Journalistentod sein kann. Vor uns lag der sterbende Hanns Joachim Friedrichs, der wollte, dass wir aus seinen letzten Gedanken ein Interview machten. Der Krebs hatte ihn innerhalb weniger Monate zum Bettgespenst gemacht, das von sich sagte, „ich hab ganz dünne Beinchen und Ärmchen, wer will denn so leben?“

Er hauchte, flüsterte, keuchte seine Abrechnung mit ARD-Bürokraten, mit Politikern, mit vermeintlichen Freunden in das Aufnahmegerät, fünf Stunden lang. Und immer, wenn er zwischendurch wegämmerte, sprachen Jürgen – damals noch gesund – und ich – ganz weit entfernt vom Tod – darüber, wie wir sterben wollten.

Hajo gab uns mit auf den Weg: „Der einzige Trost, den man hat, kurz vor dem Ende: dass es kein weggeschmissenes Leben war. Dass man sagen kann: Ich bin sauber geblieben.“

Geschafft, Jürgen, sauber geblieben.

EIN DOLMETSCHER

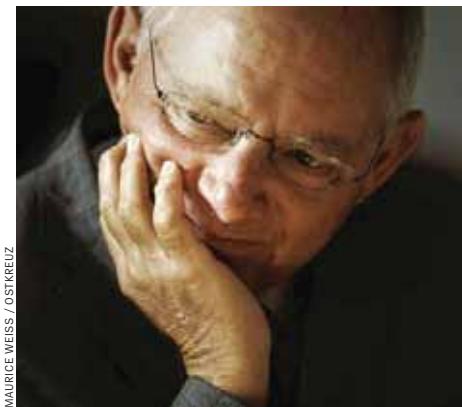
WOLFGANG SCHÄUBLE

Bundesfinanzminister

Jürgen Leinemann war kein Politiker, doch er wirkte und lebte in der Politik. Er hat Politiker begleitet, ihnen zugehört und sie einfühlsam und fair beschrieben. Er hat genau beobachtet, nicht gerichtet. Es war immer spürbar, dass er dem Menschen gerecht werden wollte – im Guten wie in den fragwürdigen Zügen. Die Würde der Porträtierten hat er immer gewahrt. Die Geschichteten sahen in sei-



DDP IMAGES



MAURICE WEISS / OSTKREUZ

nen SPIEGEL-Texten tatsächlich in einen Spiegel. Man lernte sich durch seine Texte selbst besser kennen. Bei Jürgen Leinemann stand der Mensch im Zentrum, nicht das Amt. Gerade an komplexen Persönlichkeiten hat sich seine psychologisch-literarische Kunst bewährt. All das hob Jürgen Leinemann heraus aus den politischen Journalisten in Bonn und Berlin.

Diese Porträtkunst Leinemans war auch ein Beitrag zu einem besseren Verhältnis zwischen Bürgern und Politik. Da war keine Verachtung oder Überheblichkeit in seinen Texten, die Vorurteile über Politiker bedient hätten. Da war keine Dämonisierung, die die Abkehr der Menschen vom Politischen befördert hätte, keine Besserwisserei und kein bequemer Zynismus. Sondern das Interesse am Politischen und am Politiker – ein Interesse, dem die Leser der Texte Jürgen Leinemanns etwas verdankten, von dem wir gerade heute nicht genug haben können: ein besseres Verständnis von Politik. Wir teilten diese Begeisterung für Politik und die Begeisterung für den Fußball. Seine differenzierte Biografie meines großen Idols seit Kindheitstagen, Sepp Herberger, habe ich verschlungen.

In seinem Buch „Höhenrausch“ hat Jürgen Leinemann über die schwierige Frage des richtigen Zeitpunkts zum Aufhören in der Politik nachgedacht. Gott sei Dank hat Jürgen Leinemann für sich selbst die Frage so beantwortet, dass er nach seinem Ausscheiden beim SPIEGEL trotz der Krebsdiagnose weiterschrieb – oder gerade wegen ihr. Sein Buch über seine Krankheit hat anderen Menschen geholfen. Solange es eben ging, wollte er schreiben. Das war sein Leben. So werden wir ihn in Erinnerung behalten.

VOR DEM ABPIFF

WIBKE BRUHNS
Autorin

Diesmal bin ich meine Rosen nicht losgeworden. Ihr wart nicht zu Hause, ich fand euch in einer anderen Klinik, diesmal die wirklich letzte

Station. Auf dem Weg dorthin schlossen die Bilder durch meinen Kopf.

Helmut Kohl in Israel 1984 – die Gnade der späten Geburt, sein Regierungssprecher Peter Boenisch im knöchellangen Ledermantel, dunkelgrün. Großer Gott. So fing das an, wir haben geratscht in meinem Haus in Jerusalem. Die Töchter und ich hörten mit großen Augen die Geschichte deiner Sucht – du hattest sie damals gerade hinter dir.

Später Washington, Bonn, Berlin, Sylt im Winter, mein Domizil im Elsaß – die endlosen Gespräche. Der große Autor, der gute Freund. Wir haben uns nicht losgelassen, deine wunderbare Frau eingeschlossen, neben der ich mir bis heute so grobschlächtig vorkomme wie Gulliver.



TEUTOPRESS

Jetzt, wenige Stunden vor deinem Tod, saß ich an deinem Bett, hielt deine Hand. Wir wussten beide, dass du stirbst. Wir nahmen Abschied. Deine Tochter Susanne kam ins Zimmer, verkündete jubelnd „Hertha gegen Hoffenheim – 3:2“. Dein Gesicht, Jürgen, verklärte sich. Voller Triumph strecktest du den Daumen in die Luft. Ein Sieg kurz vor dem Abpfiff.

ENTDECKUNGSVERLIEBT

KLAUS BRINKBÄUMER

Stellvertretender Chefredakteur des SPIEGEL

Es gibt diese Vorbilder, die etwas Edles und Reines verkörpern, also eine Idee, und solch ein Vorbild war Jürgen Leinemann nicht. Es ging damals, als ich ihn erstmals sah, eher um Lässigkeit, um Stil und auch um jene Macht, die durch Nähe zur eigentlichen Macht entsteht.

Es war der Juni 1990, in Italien spielte Deutschland um die Fußball-Weltmeisterschaft, und in einer Turnhalle in Como wurde täglich zur Mittagsstunde die Heimatpresse versorgt.

Laut war es und hektisch, doch Leinemann saß auf der Tribüne. Er hatte schon weiße Haare, trug weiße Leinenhosen und ein weißes Hemd, lächelte herab. Dann öffnete sich eine Tür. Ein gelockter Kopf blickte heraus. Leinemann stand auf, ging zum Teamchef Franz Beckenbauer, und die Tür schloss sich. Und jeder in der Turnhalle, Spieler oder Reporter, war neidisch. Wir alle lasen dann Leinemanns

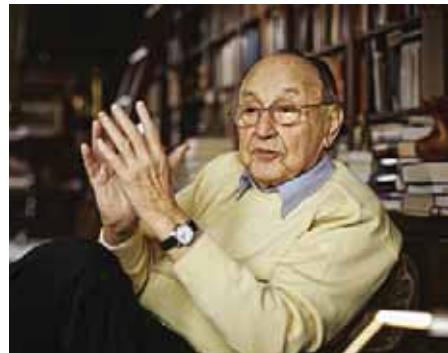
Geschichten, die wir so gern geschrieben hätten: über „das Kaiserle“ Lothar Matthäus, dieses „zähnebleckende Bild kraftvollen Friedens“; über Thomas Hässler, den „Zauüberer mit angerisse-

ner Seele“, der im kalten Turin vereinsamte und schlimme „problemi psicologici“ hatte; über „die Elf als Gesamtbeckenbauer“.

Leinemann sah mehr als andere. Er dachte schärfer als andere. Und nur er hatte die Sprache für diese Texte, ganz zart und entdeckungsverliebt, und wie ein Komponist verlor er das Ganze nicht aus dem Blick: Leinemann machte es unmöglich, während der Lektüre auszusteigen, denn der eine Absatz trug die Leser zum nächsten, weil bis zum letzten Punkt irgendetwas offenblieb, und jede dieser Geschichten hatte ihren Rhythmus und ihren Klang.

Jürgen Leinemann war dann auch später nicht edel und rein. Er mochte es nicht so sehr, wenn andere ihm nachfolgten oder zu anderen Urteilen kamen als er. Aber er war ein Lehrmeister, wie ein junger Reporter ihn sich nur wünschen konnte, weil er so gern über sein Handwerk sprach. Er redigierte und kritisierte gefühlvoll, er ließ Texte leben und machte sie besser. Er war mutig nach oben, in Richtung Chefredakteur oder Herausgeber.

Superlative, dem übrigen SPIEGEL nicht fremd, brauchte Leinemann nicht. Er war der größte Reporter in der Geschichte des SPIEGEL.



WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

SCHARFER SCHNITT

HANS-DIETRICH GENSCHER

Ex-Außenminister

Jürgen Leinemann gehörte zu den Großen des deutschen Nachkriegsjournalismus. Nun hat er uns verlassen – für immer. Wie wenige prägte er das Bild der deutschen Presselandschaft. Gewiss, er war und blieb der Leinemann vom SPIEGEL; aber er war eben Jürgen Leinemann, den als Autor namentlich zu nennen auch eine Publikation vom Range des SPIEGEL sich zur Ehre anrechnete.

In dieser Hinsicht befand sich der SPIEGEL durchaus in Übereinstimmung mit den von Leinemann Porträtierten. Von Leinemann gewürdigt zu werden – so oder so, meist beides und meist recht kritisch – wurde in der politischen Klasse gleichwohl als eine Art Auszeichnung be-



MARTIN ADOLSOHN

trachtet. „Leinemann schoss nicht auf jeden.“ Da war er wählerisch. Was er schrieb, hat mich stets in besonderer Weise beeindruckt. Und das keineswegs nur, wenn es um mich selbst ging.

Leinemann war ein Meister des scharfen Schnitts. Ich wäre unaufrechtig, wenn ich verschweigen würde, dass ich mich auch ungerecht von ihm behandelt fühlte. Aber mich stets zu erbauen war gewiss nicht seine Aufgabe. Wirklich getroffen hat er mich nur dann, wenn ich zu einer besonders scharfen Kritik sagen musste: Das Schlimmste ist, er hat auch noch recht.

Mit einem Satz vermochte Leinemann die politische Szene zu erhellen und sichtbar zu machen, was vorher allenfalls zu ahnen war. Er konnte Augen öffnen. Was er schrieb, wird bleiben, denn er bot seinem Leser nicht das schnelle Foto, sondern das tiefe und hintergründige Gemälde und meist das Milieu dazu!

Dem Historiker, der sich künftig mit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Deutschen befasst, sei angeraten: Bevor du die Akten liest, lies Leinemann; dann verstehst du die Zeit von damals besser. So hat er sich selbst sein Denkmal gesetzt. Für ihn kann man abgewandelt sagen, was für einen anderen Berufsstand gegenteilig geschrieben wurde: „Die Nachwelt weiß durchaus den Kranz zu flechten – aber nur dem Könner.“

SEIN PANZER

GERHARD SPÖRL
SPIEGEL-Kolumnist

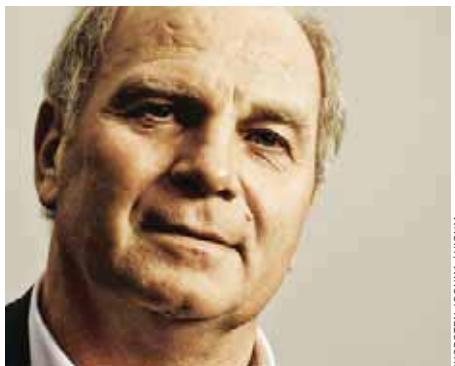
Jürgen trug immer diese Lederweste, sie war braun, leicht speckig, getragenes Leben. Vorne drinnen steckten mindestens zwei Kugelschreiber, in der Innentasche verstaute er den Block, in dem er mit großer Krakelschrift festhielt, was er sah und was ihm diejenigen erzählten, über die er schreiben wollte. Die Notizen schrieb er später sorgfältig aus, daraus entstanden dann die Porträts, die ihm Ruhm und Preise einbrachten.

Er war immer gespannt darauf, wie die Schröders und die Fischers reagieren würden, wenn sie im SPIEGEL lasen, was er geschrieben hatte. Manche heulten auf, manche verfielen in Staunen, weil er in ihnen mehr sah, als sie selbst in sich gesehen hatten. Die wenigsten fühlten sich schlecht getroffen oder mies behandelt.

Journalismus, wie ihn Jürgen Leinemann verstand, ist Hebammen-Kunst. Wenn er sich jemandem nähern wollte, dann redete er mit allen möglichen Leuten, die dem Gegenstand seines Inter-

esses auf irgendeiner Lebensstufe begegnet waren. Er saß bei ihnen zu Hause oder im Büro, er hörte ihnen zu, er war sympathisch und gebildet, er trug seine Lederweste, und so erzählten sie ihm dann, was sie noch niemandem erzählt hatten und auch ihm eigentlich nicht erzählen wollten.

Die Lederweste war mehr als nur bequeme Arbeitskleidung, sie war sein Panzer. Die psychologische Methode, die er im Beruf anwendete, hatte er an sich selbst leidvoll erfahren. Sie hielt ihm den Spiegel vor, in dem er sich erkennen musste: den Suchtmenschen, den ewig Gefährdeten. Das war sein Innerstes, das er schützte, tagtäglich. Und das Innerste suchte er bei den Politikern, Sportlern, Managern, die es natürlich auch schützen wollten und ihm doch oft genug offenbarten.



zugsklinik, die richtige Rehaklinik, für die Zeit danach. „Wenn es euch nicht gelingt, den Gerd sozial einzubinden, ihm ein Umfeld zu schaffen“, warnte Leinemann, „dann bringt alles nichts, dann wird er rückfällig.“ Ich vertraute Leinemann und befolgte jedes seiner Worte. Wir gaben Gerd eine Aufgabe und ließen ihn all die Jahre nicht mehr aus den Augen. Dass der „Bomber der Nation“ seine Krankheit gut überstanden hat, haben wir Leinemann zu verdanken. Er war nicht nur ein großer Journalist, sondern auch ein großer Mensch.

NASE IM WIND

JÜRGEN FLIMM
Intendant

Es gebe zwei Erfahrungen, schrieb Geheimrat Goethe, die Erfahrungen der Vergangenheit machten wir auf fremde Kosten, die des Gegenwärtigen auf die eigenen. Auf die Spur dieses Gegenwärtigen hat sich Jürgen Leinemann, studierter Lehrer für Deutsch und Geschichte, ein langes Leben lang gesetzt, ein sehr nachdrücklicher und unbeirrbarer Reporter, der sich stets auf die hartnäckige Suche nach etwas Altmodischem wie Ehrlichkeit und Anstand begab.

Ein messerscharfer Beobachter, der eben Moralist blieb und nie zum Zyniker taugte, nie in die Trickkiste greifen wollte, musste. Dazu war er zu gebildet, mit den schönen Künsten verwoben, auch saß der kluge, fachkundige Deutschkenner hoch aufmerksam in manchem Zuschauerraum, um treffliches Urteil auch hier nie verlegen, die Frage nach des Pudels Kern stellte er auch hier den schwankenden Gestalten. Zum Geburtstag eines bedeutenden Politikers schrieb er einmal,



DER RETTER

ULI HOENESS
Präsident des FC Bayern München

Mitte der Achtziger, Udo Lattek war noch Trainer, wollte Jürgen Leinemann ein Porträt über mich schreiben. Er war ein Vollblutjournalist, der die Großen der Welt kennengelernt hatte, ich war ein blutjunger Manager beim FC Bayern. Obwohl er über mich schreiben wollte, war er es, der die meiste Zeit erzählte. Mich interessierte, was er zu sagen hatte, er war der Auslöser, dass ich mich als ursprünglich unpolitischer Mensch sehr für Politik interessierte.

Leinemann erzählte mir auch von seiner Alkoholsucht und davon, wie er sie schließlich in den Griff bekommen hatte. Wieder war ich es, der gebannt zuhörte. Mich beeindruckte die Offenheit, mit der er von seiner Schwäche berichtete. Am Ende kannte ich seine Lebensgeschichte besser als er meine.

Als unser Stürmer Gerd Müller später Probleme mit dem Alkohol hatte, erinnerte ich mich an Leinemann, rief ihn an und bat um Rat. Ich las auch das Buch, das er unter Pseudonym über seine Sucht geschrieben hatte. Von ihm kamen letztlich alle wesentlichen Tipps: für die Ent-

Du bleibst Deinen Freunden wie einst, die Nase hoch im Wind, die klugen Augen unter buschigen Adlerbrauen, die hellen Haare, immer aufmerksam unsere Gegenwart beobachtend und so zugeneigt. So sehen doch Künstler aus oder schillersche Helden „Männerstolz vor Königstronen“ und „Wahrheit gegen Freund und Feind“ heißt es in dessen Ode „An die Freude“.

Danke, mein lieber Freund, für alle Deine guten Worte, die mein Herz immer bewegen werden. Gute Reise!





ARUN SANKAR / AP / DPA

WELTMEISTERSCHAFTEN

Schach statt Vorlesung

Seit gut einer Woche spielen Titelverteidiger Viswanathan Anand und Herausforderer Magnus Carlsen um die Weltmeisterschaft im Schach, und das Duell des Inders gegen den Norweger hat einen Hype entfacht, wie es ihn in diesem Sport noch nie gegeben hat. Das norwegische Fernsehen überträgt die Partien live aus dem indischen Chennai, der Marktanteil liegt bei bis zu 42 Prozent. Studenten schwänzen die Vorlesung und Eltern die Arbeit, damit sie vorm Bildschirm sitzen können, es gibt Public Viewing in Cafeterias. In Indien interessieren sich zur-

zeit wohl mehr Menschen für Schach als für Cricket, auch hier läuft das Match live im TV: Es ist die erste Direktübertragung eines Schachturniers seit 18 Jahren, damals spielte Anand gegen Garri Kasparow in New York um die WM. Vor Ort im Hyatt Regency können 400 Zuschauer zugucken, die Karten kosten zwischen 23 und 304 Euro. Um den Andrang zu bewältigen, gibt es Gästetickets, mit denen man 20 Minuten im Saal sein kann. Wenn Anand eine Figur zieht, bricht Jubel aus, der die Spieler aber nicht stört, weil sie hinter einer schalldichten Glas-

scheibe sitzen. Vor allem im Internet ist der Titelkampf ein Renner. Damit die offizielle Turnierseite nicht zusammenbricht, setzt der indische Schachverband sechs zusätzliche Server ein. Auch auf Schach.de, dem größten Schach-Server der Welt, kann man die WM per Videostream verfolgen, kommentiert wird auf Englisch und Deutsch, auf Französisch und Spanisch. Allein die vierte Partie am vergangenen Mittwoch verfolgten in der Spitzte 12 600 Menschen gleichzeitig. Der Liveticker bei SPIEGEL Online wurde 1,5 Millionen Mal aufgerufen.

FUSSBALLFANS

Härtere Strafen

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat seinen Rahmen für Stadionverbote erweitert und kann gegen Randalierer in Zukunft noch härter vorgehen. Nach den verschärften Richtlinien, die eine Arbeitsgemeinschaft unter Beteiligung von Fanprojekten und Vereinen formuliert hat und die dem SPIEGEL vorliegen, wird zum 1. Januar 2014 das Höchstmaß für Stadionverbote in deutschen Spielstätten der ersten bis vierten Liga von drei auf fünf Jahre aus-



Bengalische Feuer in Fanblock

gedehnt. Hausverbote von einem, zwei oder drei Jahren bei Gewalt, Verwendung von Pyrotechnik oder verfassungsfeindlichen Umtrieben soll es weiter geben. Der Fünfjahresausschluss kann bei besonders schweren Vergehen gegen Wiederholungstäter verhängt werden. Der DFB übermittelt gemäß dem Beschluss einmal wöchentlich der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze sowie der Bundespolizei die Namen der ausgesperrten Fans. Vor Spielen der deutschen Nationalmannschaft wird wie bisher eine Namensliste an die internationalen Verbände Uefa und Fifa weitergegeben.

OLYMPIA

„Zu groß, zu teuer“

Weil die Bürger in Bayern eine Bewerbung um die Winterspiele 2022 abgelehnt haben, steckt der Spitzensport in Deutschland in einer Sinnkrise:
Sind Großveranstaltungen und Goldmedaillen überhaupt noch gewollt?



Dass sie noch mal berühmt werden würden, hätten die Bürger von Wonneberg in Oberbayern nicht gedacht. Die Gemeinde im Landkreis Traunstein liegt oberhalb des Waginger Sees, 1500 Einwohner, Gärten mit Obstbäumen, Kühe auf den Wiesen. Ein abgelegenes Idyll.

Am vorvergangenen Sonntag haben es die Wonneberger krachen lassen. Mit 75 Prozent stimmten sie bei einem Bürgerentscheid gegen eine Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2022. Nirgendwo sonst war die Ablehnung größer.

„Mia brauch ma des ned“, sagt ein Landwirt aus dem Ort. Er meint den Trubel, die Fahnen, die TV-Kameras, die so ein Sportereignis mitschleppt. „Kost ois zvui Geld.“

Eine Autostunde von Wonneberg entfernt liegt Schönau am Königssee. Dort haben sie für Olympia gestimmt. Klar. In Schönau steht eine frisch renovierte Bob- und Rodelbahn. Jedes Jahr werden hier Weltcuprennen ausgetragen. Bürgermeister Stefan Kurz sagt, Olympia wäre „ein Event mehr“ gewesen.

Aber Olympia kommt nicht. Die Wonneberger haben sich durchgesetzt.

Der Deutsche Olympische Sportbund, der DOSB, wollte die Winterspiele 2022 nach Bayern holen, mit einer Bürgerbefragung an den geplanten Austragungsstädten wollte er sich das Okay für eine Bewerbung sichern. Heraus kam eine krachende Pleite. In München, in Garmisch-Partenkirchen, im Landkreis Traunstein und im Berchtesgadener Land fiel das Sportfest bei den Bürgern durch.

Zu groß waren die Vorbehalte gegenüber dem IOC, zu wenig überschaubar die finanziellen und ökologischen Folgen des Spektakels.

Für den DOSB ist das Votum verheerend. Die Winterspiele sollten das große Zukunftsvorhaben werden. Nach der Abfuhr in Bayern stellt sich nun die Frage, ob Sportgroßereignisse in Deutschland noch machbar sind. Unterstützen die Bürger überhaupt noch Spitzensport? Wollen sie ihn noch?

Zwei Tage nach der Blamage sitzt der Generaldirektor des DOSB im Zug nach Berlin. Michael Vesper ist ein Gründungsmitglied der Grünen, und wenn man mit ihm über den Bürgerentscheid redet, dann spricht er zunächst so, wie ein Politiker nach einer Wahlniederlage eben spricht. Das Ergebnis sei „bedauerlich“, und man müsse nun „in Ruhe analysieren, woran es lag und auch, welche Fehler wir gemacht haben“. Es dauert aber nicht lange, bis sich sein Ton ändert.

Nach ein paar Minuten klingt Vesper nur noch beleidigt. Wie ein Junge, dem der Bengel von Nebenan die Lego-Burg zertrümmert hat. „Haben Sie mal in Garmisch Urlaub gemacht?“, fragt Vesper. Es ist seine Art zu sagen, der Ort müsste

mal modernisiert werden. Und die Spiele hätten geholfen. „Es gibt kein besseres Konjunkturprogramm als eine Olympiabewerbung. Aber es ist schwer, sich mit rationalen Argumenten gegen eine Stimmung durchzusetzen.“

Schön doof die Garmischer, so sieht das Vesper.

Es kommen schwere Wochen auf ihn zu. Er ist seit 2006 beim DOSB, in dieser Zeit bewarb sich der deutsche Sport zweimal um Winterspiele, und zweimal ging das Vorhaben daneben. Bei der Bewerbung für die Spiele 2018 scheiterte München am südkoreanischen Konkurrenten Pyeongchang, aber das war noch zu erwarten. Diesmal unterschätzten die Funktionäre die Gemütslage der Bürger.

Statt mit Fakten und einer Vision für ihren erneuten Anlauf zu werben, ließen die Olympiabefürworter Prominente ein

Postkarten über, weil ihn Glückwünsche aus ganz Deutschland erreichen.

Doering ärgert sich über Funktionäre wie Vesper, die jetzt allen weismachen wollen, die Menschen hätten nur etwas gegen Olympische Spiele vor der eigenen Haustür. „Ich kann den Unsinn nicht mehr hören. Olympische Spiele sind zu groß, zu teuer, außerdem fremdbestimmt“, sagt er. „Den Sportlern und den Funktionären ist es vielleicht wurscht, dass die Allgemeinheit für sie bezahlt. Der Allgemeinheit ist es aber nicht wurscht.“

Olympische Winterspiele sind aufwendig, das Programm ist aufgeblättert, das macht sie zu einem riskanten Unternehmen. Für Turin wurden sie 2006 zum finanziellen Desaster, die Region musste anschließend ein Defizit von 25 Millionen Euro übernehmen. 2010 in Vancouver

HAUCK & BAUER



paar warme Worte sagen, und sie klebten München mit 12 500 Wahlplakaten zu.

„Man war sich zu sicher, dass die Leute ja sagen“, meint ein hoher deutscher Verbandsfunktionär.

Der Initiative „OJa! München 2022“ stand eine Million Euro zur Verfügung, die CSU, die SPD und die Freien Wähler machten sich für die Bewerbung stark, auch der ADAC, Audi und der FC Bayern. In der Münchner S-Bahn liefen Durchsagen, die die Fahrgäste aufforderten, für Olympia zu stimmen.

Es half nichts. Die Allianz der Mächtigen scheiterte an der Zwergenkampagne der Bürgerinitiative Nolympia, das sind rund ein Dutzend Aktivisten mit einem Budget von 35 000 Euro.

„Wir hatten die besseren Argumente“, sagt Axel Doering, Förster im Ruhestand aus Garmisch und Sprecher von Nolympia. Schon gegen die erste Münchener Bewerbung kämpfte Doering, damals wurde der Kreisvorsitzende des Bundes für Naturschutz noch beschimpft und erhielt Morddrohungen. Nun quillt sein E-Mail-

konnten die Olympiaplaner die Budgetvorgaben gerade so einhalten. Aber nur, weil die Provinz British Columbia, das Land und das IOC mit Finanzspritzen aushalfen.

Für die Winterspiele in München erstellte der Sportökonom Holger Preuß von der Universität Mainz eine Kosten-Nutzen-Analyse: Über einen Zeitraum von 18 Jahren wären jährlich rund 162 Millionen Euro zusätzlich nach Deutschland geflossen – ein Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt von insgesamt gerade mal 0,1 Prozent. „Sportgroßereignisse sind kein effizientes Instrument der Konjunktur- oder Wachstumsförderung“, sagt Preuß. Das gelte für Olympia genauso wie für Fußball-Weltmeisterschaften. Die Effekte seien „einfach zu gering, um regionale oder nationale Wirtschaftsräume substantiell zu beeinflussen“.

Olympische Spiele sind allenfalls für den Spitzensport des Ausrichterlandes ein Konjunkturprogramm. Mit der Aussicht auf Olympia lassen sich bei der Wirtschaft, der Politik Fördergelder einfacher

freischaufern. Deshalb sind Funktionäre so heiß auf die Veranstaltung.

„Der Rückenwind, den wir durch die Olympiabewerbung bekommen hätten, fehlt uns jetzt“, sagt Alfons Hörmann. Der Unternehmer aus Sulzberg im Allgäu ist der neue mächtige Mann im deutschen Sport. Der Präsident des Deutschen Skiverbands wird Anfang Dezember zum neuen DOSB-Chef gewählt, er folgt Thomas Bach ins Amt, der seit September IOC-Präsident ist. Hörmann übernimmt eine Baustelle. Das Innenministerium fordert den Spitzensport in diesem Jahr mit 113 Millionen Euro. Eine Bedarfsanalyse des DOSB hat ergeben, dass die Summe nicht reiche, um in Zukunft international erfolgreich zu sein. Es müssten 151 Millionen sein. Als die Zahl publik wurde, winkten zuständige Politiker ab: Sie meinten, statt mehr Mittel zu fordern, sollte der Sport lernen, effizienter zu arbeiten.

Wenn Hörmann über die Zukunft des Sports redet, klingt er nachdenklich. Er sieht eine Grundstimmung „contra Sport“ aufziehen. Clemens Prokop, Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbands (DLV), hat das Olympia-Aus in Bayern deshalb schockiert, weil die Entscheidung eine „verhängnisvolle Botschaft“ transportiere: Den Menschen sei Spitzensport einfach „nicht mehr wichtig“.

Vor allem die Olympischen Spiele haben ihren Zauber verloren. „Entwickelte Zivilgesellschaften brauchen sie nicht, um ihr Renommee zu verbessern. Es gibt da keinen Mehrwert“, sagt der Sportsoziologe Eike Emrich, der bis 2009 Vizepräsident des DLV war. Aus diesem Grund hätten auch die Schweizer kürzlich gegen die Olympiabewerbung Graubündens votiert.

In Deutschland erinnert man sich, trotz des Attentats, gern an die Wettkämpfe der Sommerspiele 1972 in München, man bewundert bis heute das kunstvolle Stadiondach im Olympiapark. Doch das IOC wird inzwischen nur noch als Bande von Plünderern wahrgenommen. Doping, Korruption, die Bausünden in Sotschi, dem Austragungsort der Winterspiele im Februar: „Dadurch hat die naive Liebe zum Sport einen kräftigen Dämpfer erhalten“, sagt der Philosoph und Sportwissenschaftler Gunter Gebauer.

In der Woche vor dem Bürgerentscheid nahm er an einer Veranstaltung in Berlin teil, die Hochschule für Gesundheit und Sport hatte ins Atrium der Deutschen Kreditbank eingeladen, zu einem Symposium mit dem Titel „Ich kann Gold“. Trainingswissenschaftler waren da, Verbandspräsidenten, der Leistungssport-Direktor des DOSB. „Für die war es keine Frage, dass Olympia nach Deutschland kommen muss“, sagt Gebauer. „Da wurde sogar der Bürgerentscheid in Frage gestellt. Da hieß es: Das ist uns viel zu viel Demokratie.“ Das zeige, sagt Gebauer, dass die Branche „nicht geerdet“ sei.

Kurz nach dem Olympia-Aus in Bayern haben sich in Hamburg und Berlin ein paar Sportler, Funktionäre und politische Hinterbänkler vorgewagt und sich für eine Bewerbung um Sommerspiele ausgesprochen. 2024, hieß es, könne doch ein guter Termin sein.

Die Begeisterung beim DOSB und bei Alfons Hörmann hielt sich in Grenzen. Sommerspiele sind teurer und aufwendiger als Winterspiele. Die letzte deutsche Kampagne mit Leipzig als geplantem Austragungsort war reine Geldverschwendug. Wie soll man die Menschen von einem neuen Versuch überzeugen? Berlin und Hamburg haben schon Millionengräber: den Hauptstadtflughafen und die Elphilharmonie. Hörmann sagt, ohne Bürgerbefragung gehe es sowieso nicht mehr. Er will jetzt erst mal ermitteln, wo der Leistungssport in Deutschland steht. Sind dem Land Goldmedaillen im Rodeln und im Kanuslalom noch wichtig? „Wir brauchen eine breite Debatte, wie die Zukunft aussehen soll“, sagt Hörmann.

Sie könnte zu einer großen Enttäuschung werden, denn man wird den Eindruck nicht los, es gebe nur noch eine Sportart, die in Deutschland absolut mehrheitlich ist: Fußball.

Viertligapartien im Fußball haben bessere TV-Quoten als Spiele der Handball-Bundesliga. Dem gebührenfinanzierten ZDF sind die Rechte an der Champions League 162 Millionen Euro wert. Für zwei Weltmeisterschaften in der Leichtathletik gaben ARD und ZDF nur 6 Millionen aus.

Und der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat schon wieder Großes vor. Der Verband will sich um die Europameisterschaft 2024 bewerben, ein Turnier, das jetzt nicht mehr mit 16, sondern mit 24 Mannschaften gespielt wird. Große Fußballnationen wie Spanien oder Italien würden das Spektakel aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr stemmen können, heißt es. Dafür meint DFB-Präsident Wolfgang Niersbach, Deutschland habe große Chancen. Dass es Proteste geben könnte, kann sich Niersbach nicht vorstellen. „Ich will nicht arrogant erscheinen und das Münchner Ergebnis ignorieren. Aber die Situation lässt sich mit unserer nicht vergleichen.“

Fußball geht immer. Für eine EM braucht es auch keine Bürgerbefragung, sagt Niersbach. Der „größte Volksentscheid überhaupt“ sei der Verlauf der Fußball-WM 2006 gewesen, wie das Land dieses Event „gefeiert hat, wie die Menschen die Gastgeberrolle angenommen haben“.

Niersbach sagt, er spüre „fast eine Sehnsucht nach einem neuen Sommermärchen“.

Das ist, seit 2006, ein Wort des Fußballs. Wer würde bei Olympia an ein Märchen denken?

LUKAS EBERLE,

MAIK GROSSEKATHÖFER, JÖRG KRAMER,

CONNY NEUMANN, GERHARD PFEIL

RENNSPORT

Unter Kontrolle

In London steht Bernie Ecclestone vor Gericht, seine Geschäftspartner fühlen sich betrogen. Doch den Formel-1-Boss ficht das nicht an.

Was macht jemand, der dort sitzt, wo er nicht sitzen möchte, der Fragen hört, auf die er nicht antworten mag? Der es hasst, wenn seine Zeit fremdbestimmt wird und er sie nicht für einträgliche Geschäfte nutzen kann? Bernie Ecclestone kennt das ja so nicht.

Vier Tage lang saß der Formel-1-Geschäftsführer im Zeugenstand eines Londoner Gerichtssaals und wurde verhört, von morgens bis nachmittags, mit je einer Stunde zum Lunch zwischendurch. Jedes Mal, wenn er das abgesicherte Rolls Building in der Innenstadt betrat, stets begleitet von Ehefrau Fabiana Flosi, musste er sich durchscannen und abtasten lassen. Als er danach Platz genommen hatte in der Verhandlung, stand ihm Philip Marshall gegenüber, ein Mann von aufreizendem Selbstbewusstsein. Marshall hat den Rücken durchgedrückt, trägt einen dunklen Maßanzug mit violetter Seidenkrawatte und blickt herausfordernd. Er ist einer der bissigsten Wirtschaftsanwälte des Vereinigten Königreichs. Von einer Frage zur nächsten getrieben zu werden, so etwas hasst Ecclestone, aber nun muss er da irgendwie durch.

Noch nie hatte er so viel Ärger mit der Justiz. Seine Geschäftsmethoden werden untersucht. Auch in New York läuft eine Klage gegen ihn, in der Schweiz ermittelt die Staatsanwaltschaft. Und in München droht Ecclestone sogar Gefängnis, weil er einen Staatsbanker bestochen haben soll. Alles hat denselben Anlass: den Verkauf von Anteilen der Bayerischen Landesbank an der Formel-1-Holding vor acht Jahren.

In London geht es vor dem höchsten britischen Zivilgericht um Schadensersatz. Die Constantin Medien AG, vertreten durch Marshall, hat Ecclestone, dessen Familienstiftung und einen Partner auf Zahlung von 140,4 Millionen Dollar verklagt. Um seinen Posten als Geschäftsführer abzusichern, soll Ecclestone dafür gesorgt haben, dass

knapp die Hälfte der Formel-1-Anteile unter Wert verkauft worden seien – an die ihm nahestehende Kapitalgesellschaft CVC. Constantin fühlt sich als früherer Teilhaber geschädigt, weil die Firma von einem höheren Verkaufspreis profitiert hätte. Ecclestone bestreitet jedoch, den Handel mit CVC beeinflusst zu haben.

Marshall fragt: Können Sie sich erinnern, Mr. Ecclestone? Wussten Sie davon? Ist es nicht schwer vorstellbar, dass dies und das ohne Ihre Kenntnis geschah? Worum ging es bei diesem und worum in jenem Meeting? Waren das Ihre Worte? Philip Marshall hält das Tempo hoch. Am Pult stehend, zieht er aus Kartons, die ihn wie Munitionskisten umgeben, eine Akte nach der anderen heraus und zitiert. Sofort trägt eine Gerichtsmitarbeiterin einen Ordner mit der gleichen Nummer zum Zeugenstand und schlägt die entsprechende Seite auf. Während Marshall lässig am Pult lehnt, beugt sich Ecclestone über das Papier, nimmt die Brille ab und liest. „Ich erinnere mich nicht“, das sagt er oft. Leise, aber unerschrocken.

Mittlerweile ist er 83 Jahre alt, sein eigener Anwalt hat das Gericht gebeten, Rücksicht zu nehmen, sein Mandant höre und sehe nicht mehr so gut. Ecclestone

versucht, jeden Eindruck zu vermeiden, er sei nicht mehr Herr seiner Sinne. Aufmerksam hört er Marshall zu, und wenn er sich nicht erinnert, dann, sagt Ecclestone, werde es wohl eher unwichtig gewesen sein. Außerdem: „Ich habe jeden Monat Hunderte Besprechungen. Wenn Sie meinen, da habe es eine Besprechung gegeben, dann war da offenbar eine Besprechung. Ich weiß allerdings nicht mehr, warum.“

Sein halbes Leben lang hat Ecclestone die Formel 1 vermarktet, Geschäfte sind sein Lebenselixier, der Tag, an dem er aufhören zu arbeiten, sei der Tag, an dem er sterbe, hat er einmal gesagt. Er besitzt die Macht im Rennzirkus, und wie dieses System funktioniert, auch darum geht es vor dem Londoner Gericht. Marshall glaubt, dass Ecclestone um seine Macht gefürchtet habe. Deshalb habe er alles unternommen, um CVC die Anteile günstig zuzuschänzen. Denn er habe gewusst: CVC würde ihn nach der Übernahme unbehelligt weiterarbeiten lassen.

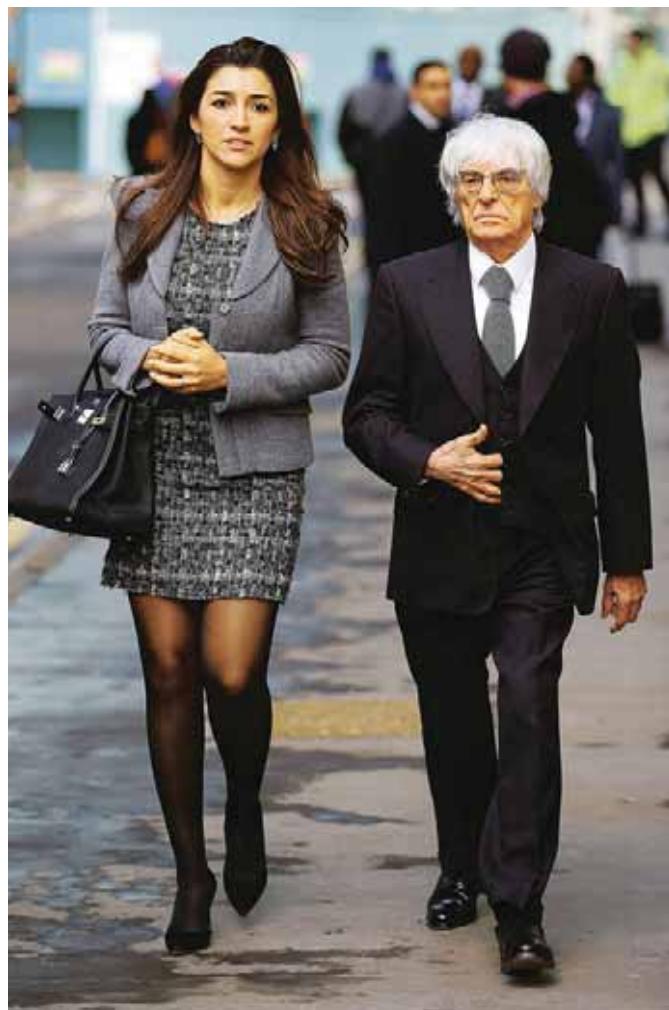
Laut Ecclestone aber ist es unwichtig, wem die Formel 1 gehört. Er allein sei der Boss. „Es ist mir egal, wer die Teilhaber sind. Ich bin derjenige, der das Business führt und die Kontrolle hat“, sagt er. „Ich habe am Wochenende einen Vertrag mit jemandem über 600 Millionen abgeschlossen. Das ginge nicht, wenn diese Leute glauben würden, ich werde morgen gefeuert.“

Wie weit reicht seine Macht? Bis zur Unantastbarkeit?

Offenbar hatte Ecclestone sich abgesichert. Denn beim Verkauf der Formel-1-Anteile an CVC besaß der Automobil-Weltverband Fia ein Vetorecht. Fia-Präsident war damals Max Mosley, ein Weggefährte Ecclestones. Vor Gericht sagt Ecclestone nun aus, die Fia habe darauf bestanden, dass er Geschäftsführer bleibe, wenn CVC die Formel 1 übernehme. Andernfalls hätte die Fia den Deal platzen lassen. Ecclestone blieb, die Fia segnete den Verkauf ab. Und CVC als neuer Eigentümer war zufrieden.

Um die Jahreswende wird in London das Urteil gefällt. Vor allem wird das Münchner Landgericht auf den Richterspruch achten. Es muss 2014 entscheiden, ob es Ecclestone wegen Bestechung den Prozess macht. In London entscheidet sich deshalb auch, wie weit das System Ecclestone noch mit den Mitteln des Rechts durchforstet wird.

DETLEF HACKE,
CHRISTINA HOFSTÄTTER



Manager Ecclestone, Ehefrau: „Ich erinnere mich nicht“

PETER MACDIARMID / GETTY IMAGES

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · E-Mail spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Wolfgang Büchner (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE

Klaus Brinkbäumer, Dr. Martin Doerry

MITGLIED DER CHEFREDAKTION

Nikolaus Blome (Leiter des Hauptstadtbüros)

ART DIRECTION Uwe C. Beyer

Politischer Autor: Dirk Kurbjuweit

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO *Stellvertretende Leitung:*

Christiane Hoffmann, René Pfister. *Redaktion Politik:* Nicola Abé, Dr. Melanie Amann, Ralf Beste, Horand Knaup, Peter Müller, Ralf Neukirch, Gordon Repinski. *Autor:* Markus Feldenkirchen

Redaktion Wirtschaft: Sven Böll, Markus Dettmer, Cornelia Schmargal, Gerald Traufetter. *Reporter:* Alexander Neubacher, Christian Reiermann

Meinung: Dr. Gerhard Spörle

DEUTSCHLAND *Leitung:* Alfred Weinzierl, Cordula Meyer (stellv.), Dr. Markus Verbeet (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Panorama). *Redaktion:* Felix Bohr, Jan Friedmann, Michael Fröhlingsdorf, Hubert Geist, Carsten Holm, Charlotte Klein, Peter Kleinau, Guido Kleinhaber, Bernd Kuhnl, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Maximilian Popp, Andreas Ulrich, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstädt, Gisela Friedrichsen, Beate Lakotta, Bruno Schrepel, Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegreffe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig. *Redaktion:* Sven Becker, Markus Degericher, Özlem Gezer, Sven Röbel, Jörg Schindler, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren:* Stefan Berg, Jan Fleischhauer, Konstantin von Hammerstein

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Michael Sauga (Berlin), Susanne Amann (stellv.), Marcel Rosenbach (stellv., Medien und Internet). *Redaktion:* Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezirk, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSSLAND *Leitung:* Clemens Höges, Britta Sandberg, Juliane von Mittelestaedt (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Jan Puhl, Sandra Schulz, Samiha Shafy, Daniel Steinvoth, Hélène Zuber. *Autoren, Reporter:* Ralf Hoppe, Hans Hoynig, Susanne Koelbl, Dr. Christian Neef, Christoph Reuter

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Betthge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronbein (stellv.). *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmecke, Tobias Rapp, Katharina Stegelmänn, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Wolfgang Höbel, Thomas Hüttlin, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Elke Schmitter, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sander

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Dr. Stefan Willeke, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardingshaus, Wiebke Hollersen, Ansbert Kneip, Katrin Kunz, Dialika Neufeld, Bettina Stielke, Jonathan Stock, Takis Würger. *Reporter:* Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Guido Mingels, Cordt Schnibben, Alexander Smoltzky

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Rafael Buschmann, Lukas Eberle, Maik Großkathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Annette Großbongardt (stellv.). *Redaktion:* Annette Brühns, Angela Gatterberg, Uwe Küffmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-Maria Schnurr, Dr. Rainer Traub

MULTIMEDIA Jens Radt; Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Kiedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Anke Jensen; Christian Albrecht, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Ursula Junger, Sylke Kruse, Maika Kunze, Stefan Moos, Rainer Nagel, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Tapio Sirkkala, Ulrike Wallentels

PRODUKTION Solveig Birnroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michaela Herold (Ltg.), Claudia Jeczwajt, Claus-Dieter Schmidt; Sabina Döttling, Susanne Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz

E-Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIN Martin Brinker, Johannes Unsalt (stellv.); Cornelia Baumann, Ludger Boller, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, André Stephan, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Jens Kuppi, Reinilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Böllmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geihlufe, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm

Besondere Aufgaben: Michael Rabanus

Sonderhefte: Rainer Sennwald

TITELBILD Suze Barrett, Arne Vogt; Iris Kuhlmann, Gershon Schwabenberg

Besondere Aufgaben: Stefan Kiefer

INTERNET www.spiegel.de

REDAKTIONSLOG spiegel.de/spiegelblog

TWITTER @derspiegel

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft, Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäschken 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Benrather Straße 8, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Martin Hesse, Simone Salden, Anne Seith, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Daniel Deckstein, Anna Kistner, Conny Neumann, Rosenthal 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Büchselstraße 8/10, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BOSTON Johanna Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. (001617) 9452531

BRÜSSEL Christoph Pauly, Christoph Schult, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. (00271) 4261191

LONDON Christoph Scheuermann, 26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel. (0044203) 4380610, Fax (0044207) 092905

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 650652889

MOSKAU Matthias Schepp, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. (007495) 22849-61, Fax 22849-62

NEU-DELHI Dr. Wieland Wagner, 210 Jor Bagh, 2f, Neu-Delhi 110003, Tel. (00911) 41524103

NEW YORK Alexander Osang, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Mathieu von Rohr, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (0033) 58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P. O. Box 170, Peking 100101, Tel. (008610) 65325431, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glusing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (00521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 679752, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Thomas Schulz, P. O. Box 330119, San Francisco, CA 94133, Tel. (001212) 2217583

TEL AVIV Julia Amalia Heyer, P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. (00972) 6810998, Fax 6810999

VARSHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL-03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Marc Hujer, Holger Stark, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Susmita Arp, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Julia Broecker, Dr. Heiko Busche, Andrei Curtaz-Wilkens, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. Andre Geicke, Silke Geister, Thorsten Harpe, Susanne Heitkötter, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immlisch, Kurt Jansson, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper, Gusek, Jessica Kensiuk, Ulrich Klötzter, Ines Koster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lubbert, Sonja Maal, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Nabér, Margaret Nitsche, Malte Nohrm, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Dr. Vassilos Papadopoulos, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Jil Sörensen, Rainer Staudhammer, Tuiski Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 67 vom 1. Januar 2013

Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg

Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden / Prinovis, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Matthias Schmolz, Rolf-Dieter Schulz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe



MIX
Papier
FSC FSC® C020233

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Hinweise für Informanten:

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, finden Sie unter der Webadresse www.spiegel.de/briefkasten Hinweise, wie Sie die Redaktion erreichen und sich schützen. Wollen Sie wegen vertraulicher Informationen direkt Kontakt zum SPIEGEL aufnehmen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o „Briefkasten“, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg

PGP-verschlüsselte Mail: briefkasten@spiegel.de (den entsprechenden PGP-Schlüssel finden Sie unter www.spiegel.de/briefkasten)
Telefon: 040-3007-0, Stichwort „Briefkasten“

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte, Fotos, Grafiken:

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom. Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de übriges Ausland:

New York Times News Service/Syndicate E-Mail: nytsyn-paris@nytimes.com Telefon: (00331) 41439757

Nachbestellungen

SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben

Historische Magazine Bonn

www.spiegel-antiquariat.de Telefon: (0228) 9296984

Kundenservice

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,

Sa. 10.00 – 16.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg Telefon: (040) 3007-2700 Fax: (040) 3007-3070 E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606265

Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde Telefon: (069) 955124

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 218,40

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl.

sechsmal UniSPIEGEL

Österreich: 52 Ausgaben € 234,00

Schweiz: 52 Ausgaben sfr 361,40

Europa: 52 Ausgaben € 273,00

Außerhalb Europas: 52 Ausgaben € 351,00

Der digitale SPIEGEL: 52 Ausgaben € 202,80

Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 4,20 pro Ausgabe

für € 3,90 pro digitale Ausgabe

für € 0,50 pro digitale Ausgabe zusätzlich zur Normallieferung. Eilbotenzustellung auf Anfrage.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahlte

bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

nach Erhalt der Jahresrechnung. Eine Belehrung über Ihr Widerrufsrecht erhalten Sie unter:

www.spiegel.de/widerrufsrecht

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

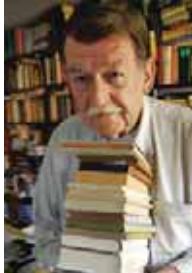
SP13-001

SD13-006

SD13-008 (Upgrade)

GESTORBEN

Georg P. Salzmann, 84. „Die Verbotenen und Verbrannten dürfen nicht auch noch zu Vergessenen werden.“ Mit diesem Leitmotiv fahndete der gelernte Finanzkaufmann seit Jahrzehnten systematisch nach von den Nazis verfemter Literatur und baute so die größte Privatsammlung mit mehr als 12 000 Büchern auf. Salzmann stammte aus einer Thüringer Fabrikantenfamilie, sein Vater hatte sich im Mai 1945 aus einer persönlich empfundenen Schuld



OLIVER LANG / DDP IMAGES

am Aufstieg der NSDAP erschossen. Nach einem Besuch des befreiten KZ Buchenwald begann Salzmann, nach Erstausgaben von Werken zu suchen, deren Autoren „bis zum 10. Mai 1933 in den Bücherschränken unserer Großeltern standen“ und die „plötzlich nicht mehr beim Namen genannt werden durften“. Dafür brachte er horrende Summen auf und unternahm weltweite Reisen. Rund 80 Schriftsteller – darunter Feuchtwanger, Zuckmayer und Kästner – waren in seiner Sammlung vertreten. Jahrelang versuchte Salzmann, seine Bücher an den Staat zu verkaufen, um sie als Präsenzbibliothek der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. 2009 wanderte seine „Bibliothek der verbrannten Bücher“ schließlich an die Universität Augsburg. Georg P. Salzmann starb am 9. November in Lochham bei München.

Ursula Kerstein, 82. „Frust, Frust, Frust“ habe sie empfunden, sagte die linke Sozialdemokratin, nachdem sie 1982 die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau aufgebaut hatte und die erste Frauenbeauftragte des Bundeslands geworden war. In ihren zwölf Amtsjahren hat Kerstein jedoch einiges erreicht. So brachte sie das Bremer Landesgleichstellungsgesetz – bundesweit das erste seiner Art – auf den Weg. Das Gesetz von 1990 führte die Frauenquote im Öffentlichen Dienst ein: Seitdem sind Frauen in der Hansestadt mit gleicher Qualifikation Männern bei der Einstellung vorzuziehen. Kerstein gab auch den Anstoß dafür, dass die Bremer Staatsanwaltschaft ein Sonderdezernat für Gewalt gegen Frauen einführt – wiederum das erste seiner Art. Ursula Kerstein starb am 10. November in Bremen.



MICHAEL BAHLO

Saul Kagan, 91. Über Wladiwostok, Japan und Hawaii gelangte der aus Vilnius geflohene Jude, dessen Mutter und Bruder von den Nazis ermordet wurden, auf abenteuerlichen Wegen zu Verwandten nach New York. Dort trat er in die U.S. Air Force ein und landete kurz nach dem D-Day in Europa. Im Auftrag der USA untersuchte er im Nachkriegsdeutschland die Rolle der Banken im „Dritten Reich“. Später koordinierte der acht Sprachen beherrschende junge Mann auch die Vermögensrestitution und half Displaced Persons bei der Umsiedlung. Höflich, aber hartnäckig in der Sache auftretend fand Kagan seine Aufgabe darin, den jüdischen Holocaust-Überlebenden wenigstens ein Mindestmaß an Gerechtigkeit zu verschaffen. Zurück in New York, half er bei der Gründung der „Conference on Jewish Material Claims Against Germany“, die Entschädigungsansprüche jüdischer Opfer des Nationalsozialismus und Holocaust-Überlebender bis heute vertritt. Als langjähriger Vizepräsident der Claims Conference erreichte Kagan auch ein Abkommen mit der deutschen Industrie zur Entschädigung von Sklavenarbeit. Noch kürzlich gelang ihm die Bereitstellung von Geldern für die häusliche Betreuung von Überlebenden. Saul Kagan starb am 8. November in New York.



LEIBRECHT / CULTURE IMAGES

John Tavener, 69. Sein Leben war auch eine lange, neugierige Suche nach dem Glauben. Der britische Komponist kam aus einer presbyterianischen Familie, fühlte sich später aber zur orthodoxen Kirche hingezogen. Seine Kompositionen – in der Mehrzahl geistliche Vokalwerke – reflektieren immer wieder seine Auseinandersetzung mit dem Spirituellen. Tavener, der zeit seines Lebens an schweren Krankheiten und auch unter Schreibblockaden litt, näherte sich, nachdem er sich von der orthodoxen Kirche gelöst hatte, in den letzten Jahren dem Buddhismus und dem Islam an. Seine Vertonung der 99 Namen Allahs ist eine seiner spektakulärsten Arbeiten. Am Ende stand er allerdings allen Religionen ablehnend gegenüber. In seiner Heimat Großbritannien war er auch mit Opern- und Filmmusik populär. Aber erst sein „Song for Athene“, der während des Trauergottesdienstes für die verunglückte Diana, Prinzessin von Wales, 1997 in der Westminster Abbey aufgeführt wurde, hat den Komponisten weltweit bekannt gemacht. John Tavener starb am 12. Oktober in Child Okeford, Dorset.

SPIEGEL TV

SONNTAG, 24. 11., 22.50 – 23.35 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN



SPIEGEL TV

Mordopfer Tristan

21 000 Spuren und immer noch kein Täter – das Rätsel um den Mordfall Tristan; **Kettensäge gegen Hochsitz** – militante Tierschützer auf Jäger-Jagd; **Landgrabbing in Ostdeutschland** – der deutsche Acker als Spekulationsobjekt

MITTWOCH, 20. 11., 20.15 – 21.05 UHR | PAY-TV
Bei allen führenden Kabelnetzbetreibern

SPIEGEL TV WISSEN

Schwerpunkt: Wie viel „Öko“ braucht der Mensch?

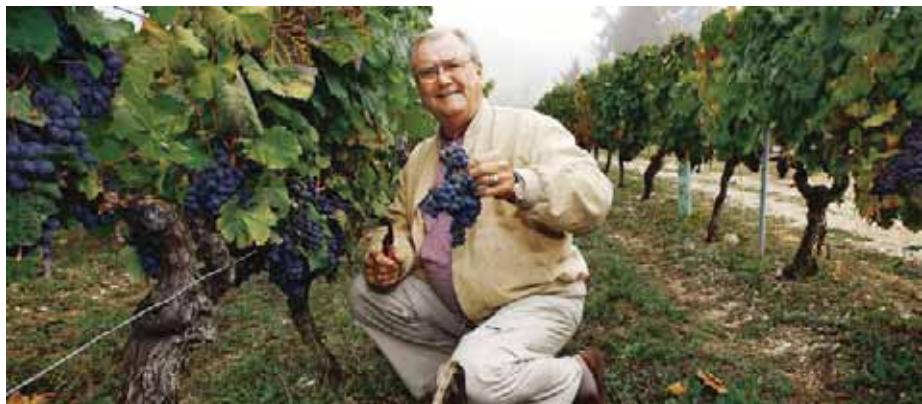
Die Deutschen ertragen das Kaltlicht von Energiesparlampen, sortieren ihren Müll und ersetzen Hackfleischbuletten durch Grünkernbratlinge – in den vergangenen Jahrzehnten hat sich ein Umweltbewusstsein entwickelt, das mittlerweile vielen Verbrauchern zu weit geht. SPIEGEL TV stellt gemeinsam mit dem SPIEGEL-Autor Alexander Neubacher die Sinnfrage: Wie viel „Öko“ braucht der Mensch?

FREITAG, 22. 11., 21.10 – 22.00 UHR | SKY

SPIEGEL GESCHICHTE

Die Kinder von Waco

Nahe der Stadt Waco in Texas kam es 1993 zu einer Tragödie, bei der mehr als 80 Menschen starben, darunter 25 Kinder. Während der Durchsuchung der Ranch einer christlichen Sekte kam es zu einer Schießerei, Beamte und Sektenmitglieder wurden getötet. Daraufhin belagerten FBI-Agenten 51 Tage lang das Anwesen. Als sie die Ranch schließlich stürmten, brach ein tödliches Feuer aus. Anhand von selten gezeigten Videoaufnahmen und exklusiven Interviews mit Überlebenden erzählt der Film den Fall aus der Sicht der Kinder von Waco.



Schuldenprinz

Mit der Winzerei auf seinem Weinschlösschen Château de Cayx im südwestfranzösischen Cahors verpulvert **Henrik**, 79, Prinzgemahl von Dänemark-Königin Margrethe II., seit Jahren Steuergelder, das berichten dänische Medien. Das Minus in den Büchern des Weinguts beläuft sich inzwischen auf rund 700 000 Euro. Der als französischer Graf de Laborde de Monpezat geborene Henrik sei damit „Dänemarks kostspieliger Weinbauer“, spottet das „Ekstra-

Bladet“. Die dänischen Steuerzahler finanzieren das Königshaus mit einer jährlichen Millionen-Apanage. Die Königin wird ihrem Ehemann nun wohl zum wiederholten Mal finanziell unter die Arme greifen, damit er sein Hobby beibehalten kann. Margrethe lässt übrigens Staatsgästen gern auch Henriks Weine servieren. Geholfen hat die PR nicht: Der Export von Château-de-Cayx-Weinen nach Deutschland, in die Schweiz, die Benelux-Länder, China und Japan ging zuletzt stark zurück, nur in Dänemark ist der Absatz noch stabil.

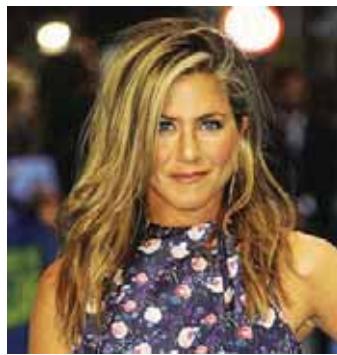


Gut im Geschäft

Die britische Sängerin **Birdy**, 17, hat Talent, keine Frage. Ihr neues Album „Fire Within“ schaffte es bis auf Platz 5 der deutschen Charts, in der Schweiz sogar an die Spitze. Aber die Präsentation ihrer neuen Single „Light Me Up“ zeigt vor allem, wie im Pop heute Geschäfte gemacht werden: Am 16. Dezember wird eine Folge der RTL-Vorabendserie „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ ausgestrahlt, in der Birdy, mit bürgerlichem Namen Jasmine van den Bogaerde, singt. Ihre Show wurde im Oktober bei einem von der Deutschen Telekom gesponserten Konzert aufgezeichnet. Zugleich plant die Telekom, Spots im Umfeld von Birdys „GZSZ“-Auftritt zu schalten, um für den Musik-Streaming-Dienst Spotify zu werben. „Branded Entertainment“ nennt sich das Konzept in der Branchensprache. „GZSZ“ bekommt Musik, die Telekom eine Werbeplattform – und Birdys Fans kommen auch auf ihre Kosten.

Professionelle Tante

Der Kinderwunsch von Hollywood-Star **Jennifer Aniston**, 44, wird seit der Trennung von Brad Pitt vor fast neun Jahren immer wieder öffentlich diskutiert. Pitt hat inzwischen drei Töchter und drei Söhne, leibliche und adoptierte, mit seiner Partnerin Angelina Jolie. Aniston hoffte bisher vergebens auf ein Baby. Derweil verhalte sie sich gegenüber ihrem Patenkind Coco Arquette „wie eine Mutter oder zumindest wie eine Tante“, sagt Aniston. Damit zählt die Schauspielerin zu einer wach-



Mode für die Welt

Vor zehn Tagen zeigte **Sonia Mugabo**, 23, Designerin aus Ruanda, ihre erste Kollektion auf der Kigali Fashion Week. Demnächst eröffnet sie eine Boutique, eine Website mit Online-Shop ist fast fertig. Das Label „Afrika Exquisiteness“ gründete Mugabo mit ihrer Freundin Candy Basomingera im August in Kigali. Zuvor lebte sie in New York, wo sie unter anderem ein Praktikum bei der „Teen Vogue“ absolviert hat. Mugabo, die viele Verwandte 1994 im Genozid an den Tutsi verlor, besuchte von 2007 bis 2013 in den USA Schule und Universität. Mit ihren Eltern, beide Beamte, spreche sie oft über den Bürgerkrieg, erzählt die junge Afrikanerin. In ihrem Freundeskreis seien die Massaker ebenfalls immer wieder Thema, obwohl sie damals alle Kleinkinder waren. Vergessen könne und solle die Katastrophe niemand, sagt Mugabo. Aber: „Ich finde, dass es Zeit für die Welt ist, Ruanda in einem anderen Licht zu sehen.“



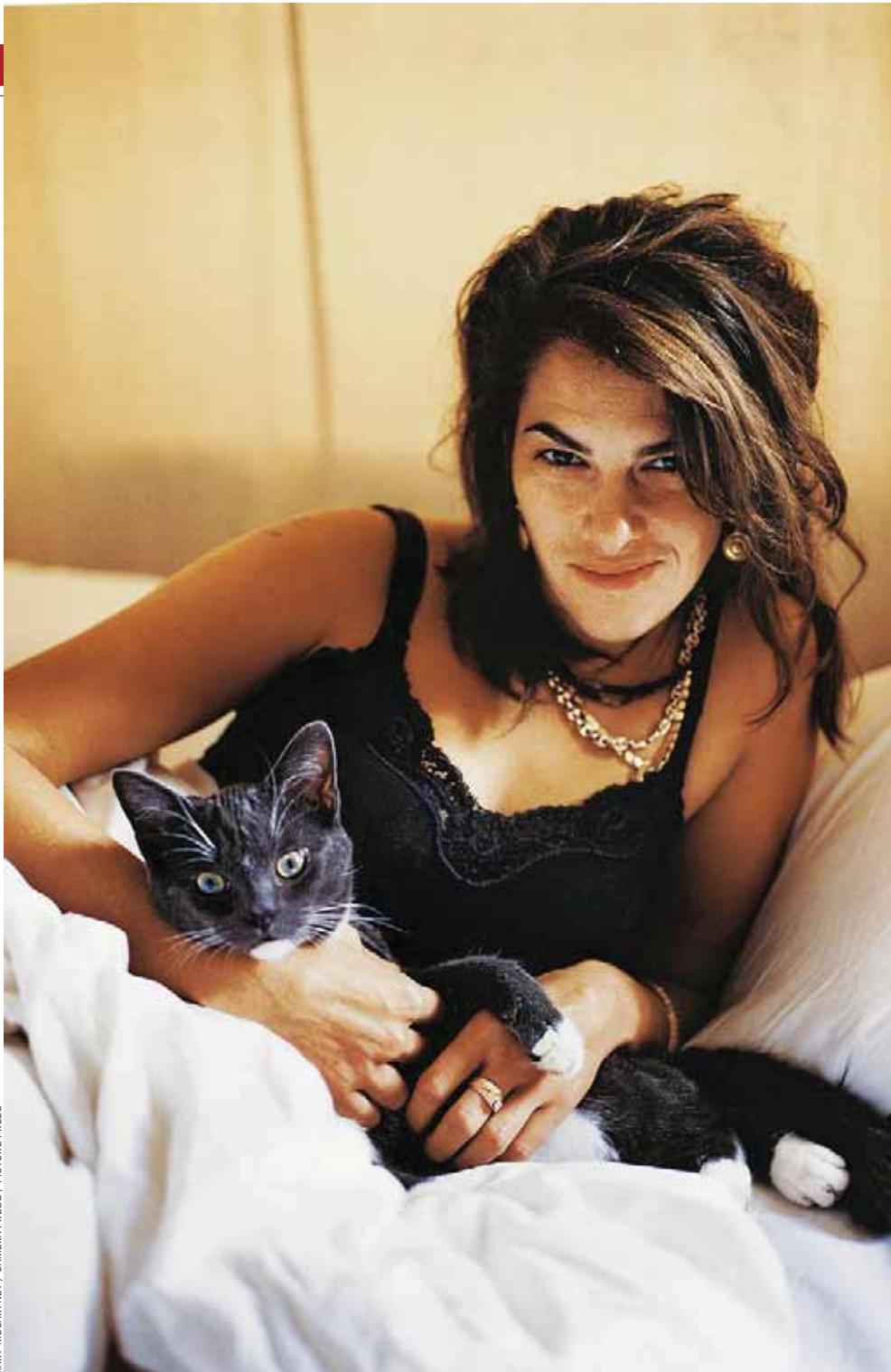
senden Gruppe von Frauen, für die angelsächsische Soziologen nun einen Namen gefunden haben: „Pank“ – „professional aunt, no kids“. Laut Definition zeichnen sich die berufstätigen Tanten ohne Kinder, ob verwandt oder nicht, dadurch aus, dass sie viel Geld und Zeit für den Nachwuchs ihrer Geschwister oder Freunde investieren. In den USA sollen Panks angeblich um die neun Milliarden Dollar im Jahr für Geschenke und Bequemlichkeit ausgeben. Das männliche Pendant, der „professional uncle, no kids“, ist seltener, hat aber ein perfektes Akronym: „Punk“.

Edmund Stoiber, 72, und **Günther Beckstein**, 69, beide bayerische Ministerpräsidenten a. D., sind nach wie vor Kunden des staatlichen Personenschutzes. Das machte das Bayerische Staatsministerium des Innern nach einer Anfrage des Abgeordneten Florian Streibl von den Freien Wählern im Juli deutlich. Genaue Zahlen könnten allerdings nicht mitgeteilt werden, „da dies Rückschlüsse auf Art und Umfang polizeitaktischer Maßnahmen zulassen“ würde. Nur die Reisekosten, „die im Zusammenhang mit den o. g. Personenschutzmaßnahmen abgerechnet worden sind“, wurden preisgegeben: Im vergangenen Jahr waren das „ca. 63 400 Euro“, wie der Staatsminister schrieb. Davon erstattete die Europäische Union 19 590,32 Euro, weil Stoiber als Leiter der Arbeitsgruppe zum Abbau von Bürokratie Kosten in Brüssel geltend gemacht hatte.

Liz Cheney, 47, Tochter des ehemaligen US-Vizepräsidenten Dick Cheney, bewirbt sich um einen Sitz im Senat. In ihrem ersten Wahlwerbespot präsentiert sich die Republikanerin aus Wyoming familien- und heimatverbunden, klassisch konservativ. Doch einige Konservative werfen Liz Cheney vor, zu liberal zu sein. Hauptgrund für die Kritik: Bisher hat sie lediglich gesagt, sie sei „nicht für die Homo-Ehe“, eine explizite Ablehnung hat sie vermieden. Ihre Schwester Mary ist offen lesbisch – und mit einer Frau verheiratet.

Sven-Göran Eriksson, 65, schwedischer Fußballtrainer, enthüllt in einer Autobiografie sein reges Liebesleben. Zu seinen Freundinnen zählten in den vergangenen zwei Jahrzehnten unter anderen eine ehemalige rumänische Turnerin, eine schwedische Hotelfrau und eine Sekretärin. In „Sven – My Story“ beschreibt Eriksson auch, wie er 1997 die verheiratete Nancy Dell’Olio kennenlernte und später mit ihr eine Affäre begann. Dell’Olio sei dabei die treibende Kraft gewesen. Sie trennte sich von ihrem Mann – und sei Eriksson bald zu anstrengend geworden, zu „fordernd“: Er habe sich heimlich mit seinem Vorgänger getroffen, um ihn zu überreden, die Frau wieder zurückzunehmen, vergebens. 2007 trennten sich die Juristin und der ehemalige Nationaltrainer für England. Vor einigen Monaten haben sie einen gerichtlichen Streit beigelegt, in dem es um eine Londoner Wohnung ging, die der Trainer seiner Ex-Geliebten überlassen hatte. Es heißt, Dell’Olio habe nun eine Immobilie in Italien und rund 200 000 Euro bekommen.

MARY McCARTNEY / CAMERA PRESS / PICTURE PRESS



Zerbrechlicher Freund

Er ist die Liebe ihres Lebens, und nun hat die Künstlerin **Tracey Emin**, 50, ihren Kater **Docket**, 14, unsterblich gemacht. Die Britin, die einst mit der Installation ihres ungemachten Bettes Aufsehen erregte, stellte eine Gussform aus Gips und Ton nach dem Vorbild des betagten Tieres her, reiste damit nach Venedig und brachte sie zu der weltberühmten Glasmanufaktur Berengo Studio. Dort wurde flüssiges Glas hineingossen und nach der Aushärtung sandgestrahlt, um die Oberfläche zu glätten.

Docket habe einen beruhigenden Einfluss auf sie, sagt Emin, und seit 2010, dem Jahr, in dem sie sich von dem Fotografen Scott Douglas getrennt hat, sei der Kater ihr bester Freund. Das hält sie allerdings nicht davon ab, den gläsernen Docket zu verkaufen: Für 25 000 Pfund wird er Ende des Monats in London angeboten.



TRACEY EMIN

Aus der „Saarbrücker Zeitung“: „Eis und Schnee sollen im Schnellbahnverkehr zwischen Frankfurt und Paris über Saarbrücken künftig die Zahl der Zugausfälle verkleinern.“

LÜNEBURG**Salzmuseum besucht seine Besucher**

Aus dem „Hamburger Abendblatt“

Aus dem „Trierischen Volksfreund“: „Doch in begehrten Wohngebieten ist schon die alte Miete so happig, dass ein Geringverdiener als neuer Mieter dann erst recht in Frage kommt.“

Deutsche Mittelschicht gut gelaunt

STUDIE Helmut Schmidt liegt als Vorbild vor Jesus

Aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“

Aus dem „Reutlinger General-Anzeiger“: „Die Bundespolizei ermittelt jetzt wegen Körperverletzung und sucht in diesem Zusammenhang einen Mann, der etwa 40 bis 50 Jahre alt ... sein soll, mit Schnauzbart und hochdeutschem Akzent.“

Aus dem „Tagesspiegel“: „Seit die Epoche der Silikon-Technologie angebrochen ist, verfügen staatliche Stalker über wunderbare technische Spielsachen ...“

Weihnachten wirft Schatten voraus

Stadt stellt den ersten von vier Bäumen auf

Aus dem Bonner „General-Anzeiger“

Aus den „Erlanger Nachrichten“: „Daraufhin beledigte er sie auf das Übelste und bedrohte sie mit dem Leben.“

Aus der „Nordbayerischen Zeitung“: „Die Langhaarfrisuren der vier Streicher ließen schon erahnen, dass sie sich auch im Jazz und Rock ausleben würden.“

Zitate

Die „New York Times“ über Cornelius Gurlitt, der sich vergangene Woche in München zeigte:

Cornelius Gurlitt, der 80-jährige Einsiedler, der rund 1400 Kunstwerke in seiner Münchner Wohnung versteckt hatte, verließ nach Zeugenangaben am Dienstag das Apartmenthaus und nahm ein Taxi zum Flughafen. Es war nicht klar, wohin er wollte. Eine Frau, die Herrn Gurlitt zum Taxi begleitete und dann mit ihm davonfuhr, schien Özlem Gezer zu sein, investigative Journalistin beim SPIEGEL, Deutschlands führendem Nachrichten-Magazin.

Die „tageszeitung“ über den SPIEGEL-Titel „Asyl für Snowden!“ (Nr. 45/2013):

Dritter Stock, Boulevard Unter den Linden, schräg gegenüber der russischen Botschaft: Über der Tür zum Büro des Bundestagsabgeordneten Ströbele klebt jetzt die Titelseite des aktuellen SPIEGEL, kopiert in Schwarzweiß: „Asyl für Snowden!“ Sein Appell, prominent platziert. Mit dieser Zwei-Mann-Show hat er den Druck auf die Bundesregierung erhöht, sich mit dem Aufklärer namens Edward Snowden zu befassen. Dinge scheinen in Bewegung zu geraten in Berlin. Es gibt eine neue Asyldebatte.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 44/2013 „Das Nest“ über mutmaßliche Spionagetechnik auf dem Dach der US-Botschaft in Berlin:

Die Datensammelwut der Amerikaner bedroht womöglich auch die Pressefreiheit, fürchtet die Linke im Bundestag. Sie hat die Bundesregierung gefragt, ob das SPIEGEL-Büro in Berlin, das 100 Meter Luftlinie von der Botschaft entfernt liegt, ausspioniert wird. Die Antwort: Man wisse es, wie so vieles, nicht genau. Die Regierung betreibe „aktiv Sachverhaltsaufklärung“. Im Fall „statuswidriger geheimdienstlicher Aktivitäten müsste über Konsequenzen entschieden werden“, schreibt das Innenministerium.

Ehrungen

Für ihren Beitrag „Im Hüllenhimmel“ (SPIEGEL 46/2012) über die Arbeitsbedingungen in deutschen Apple Stores ist Redakteurin Anna Kistner mit dem Ferdinand-Simoneit-Nachwuchspreis für Wirtschafts- und Finanzjournalismus ausgezeichnet worden. Die Jury würdigte die „mutige Recherche“ und „exzellente Schreibe“ der Autorin.

